

# Armutsbericht **Oberösterreich** 2009

## Finanzkrise und Armutsgefährdung

Erstellt von Studierenden der Lehrveranstaltung “Armut und Soziale Ausgrenzung”  
Sommersemester 2009

Herausgegeben vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik  
Johannes Kepler Universität Linz

Redigiert von  
Christine Stelzer-Orthofer  
Martina Stadlmayr  
Philipp Gerhartinger

*„Economists set themselves too easy, too useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is past the ocean is flat again.“*

John Maynard Keynes

ISBN: 978-3-900581-58-9

Printed in Austria

Medieninhaber:

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Johannes Kepler Universität Linz

Grafisches Konzept: Gertrude Plöchl

Layout: Anita Kögl, Christine Schopf

Linz, 2009

## Oberösterreich und die Krise

Die gegenwärtige Krise ist in aller Munde und wird gemeinhin als eine der weitreichendsten seit der Depression der 1930er Jahre bewertet. Ausgehend vom Banken- und Immobiliensektor Nordamerikas sind die Auswirkungen dieser Crashes mittlerweile unübersehbar in Europa und dem Rest der Welt angekommen; sie lassen sich nicht auf einen Kontinent oder einige wenige Branchen beschränken. Die wirtschaftlichen Verflechtungen und der globalisierte Finanzsektor führen dazu, dass „jede Ecke unseres Planeten“ und somit die gesamte Weltwirtschaft betroffen sind. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt den weltweiten Abschreibungsbedarf von Risikopapieren auf unvorstellbare 4.100 Milliarden Dollar. Auch heimische Banken sitzen auf faulen Krediten und Wertpapieren und sind auf die Garantien des österreichischen Staates angewiesen. Die US-Finanzkrise hat in der Zwischenzeit nicht nur die hiesigen Banken, sondern auch die österreichische Realwirtschaft erreicht; Auftragsrückgänge und Konkurse, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Auch wenn mittlerweile zum Teil davon ausgegangen wird, dass die wirtschaftliche Talsohle erreicht ist, von einem raschen Aufschwung sind wir weit entfernt. Ein Ende der Krise scheint - aller staatlicher Interventionen und Rekordbudgets zum Trotz - nicht wirklich in Sicht.

Individuelle Folgen und Auswirkungen sind ähnlich schwer abschätzbar wie die noch zu erwartende Dauer. Langzeitstudien zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise in der 1930er Jahren können aber aufgrund ihrer Reichweite und ihrem Längsschnittdesign als mögliche Referenz herangezogen werden. Die bekanntesten Studien stellen die Oakland Growth und die Berkeley Guidance Studies dar, die Alterskohorten der 1930er Weltwirtschaftskrise teil-

weise bis ins mittlere Alter begleitet haben. Obgleich der Umgang von Individuen mit einer Krisensituation vom Ereignis an sich, der Einbettung in den kulturellen Hintergrund, der Lebensphase bzw. dem Lebensalter und den eigenen Bewältigungsressourcen abhängt, zeigen die beiden Studien ganz deutlich negative Auswirkungen vor allem auf Personen und Familien, deren Einkommensverlust mehr als ein Drittel betrug. Während Familien mit einem unterstützenden Klima und moderaten Einkommenseinbußen im Zuge der Krise „näher zusammenrückten“, traf es jene mit schlechteren Ausgangsbedingungen und hohen Einkommensverlusten besonders hart: Diese wurden durch die Krise im Alltag desorganisiert und besonders konfliktanfällig. Die negativen Folgen waren dabei nicht nur in den Lebensverläufen der Betroffenen selbst messbar, sondern auch bei deren Kindern. Insofern sind die Einschnitte als nachhaltig zu bezeichnen (vgl. Elder 1995).

Die gegenwärtige Krise stellt somit gerade die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vor große Herausforderungen. Die Krise der Realwirtschaft wirkt sich unmittelbar auf jene aus, die schon bisher Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt hatten, sowie auf jene, deren Beschäftigungsverhältnis prekär ist. Durch die nachteilige Ausgangssituation sozial schwacher Personen muss einer erwartbaren Verschlechterung ihrer Lebenssituation entgegengetreten werden. Daneben ist anzunehmen, dass durch die rasant steigende Arbeitslosigkeit mehr und mehr Personen ihrer Existenzgrundlage beraubt und verstärkt durch Armut gefährdet sein werden. Aber auch auf Ebene der Organisationen und der Gesellschaft als Ganzes ist mit weitreichenden Folgen zu rechnen. Immer häufiger wird auch davor gewarnt, dass als Folge der Wirtschaftskrise die Vergrößerung

der sozialen Kluft zwischen „Arm“ und „Reich“ den sozialen Frieden gefährden wird. ExpertInnen bezeichnen daher die derzeitige Lage auch als System- bzw. Demokratiekrise und fordern ein Um- und Neudenken ein.

Die späte Einsicht, dass die internationale Finanzwelt mehr Kontrolle und Regeln als bisher braucht, gilt als ein Baustein dazu, um die „grenzenlose Profitgier“ des globalen Finanzkapitalismus zu zügeln und hinkünftig einen derartigen Show-down zu vermeiden. Auch jene, die uns in den letzten Jahrzehnten beschworen haben, auf die Selbstregulierung des Marktes zu vertrauen, und von der „unsichtbaren Hand“ der freien Märkte (A. Smith) zum Wohle der gesamten Gesellschaft überzeugt schienen, sind indes eines Besseren belehrt worden. Sie gehörten mit zu den ersten, die politische Verantwortung in Form von Haftungsübernahmen und staatlichem Eigenkapital für Banken sowie konjunkturbelebende Maßnahmen zur Gegensteuerung eingefordert haben. Geplante internationale Reformen zur Finanzmarktregulierung, wie beispielsweise Regeln für Rating-Agenturen, bessere Finanzmarktaufsicht, Verbot von Leerverkäufen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, sind dringend notwendig - und dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Krise hat unser Vertrauen erschüttert, sie vernichtet und bedroht Arbeitsplätze und macht die fragilen und unsicheren Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft und unserer Lebensbedingungen deutlich; gleichzeitig gibt sie uns aber die Chance, über neue Modelle, die zu Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit beitragen können, nachzudenken.

Der vorliegende Armutsbericht Oberösterreich 2009 wurde von den Studierenden der Lehrveranstaltung „Armut und soziale Ausgrenzung“ am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz im Sommersemester 2009 erstellt. Die Konzeption der Lehrver-

anstaltung orientiert sich am projekt- und teamorientierten Lernen, mit dem Ziel, sich in wissenschaftlicher und interdisziplinärer Weise kritisch mit spezifischen Aspekten zu Armutsgefährdung und armutsgefährdeten Gruppen auseinanderzusetzen. Der vorliegende oberösterreichische Armutsbericht folgt damit einer bereits mehrjährigen Tradition, Arbeit und Erkenntnisse der Studierenden einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Nach den Themenstellungen Migration und Integration (2008), Lebenslagen junger Menschen (2007), Erwerbsarbeit und Armutsgefährdung (2006) sowie Gesundheit und Armut (2005) wurde heuer die Frage nach den konkreten Auswirkungen der aus den USA kommenden Krise für Oberösterreich sowie im besonderen nach den allfälligen Auswirkungen auf die regionale Armutsgefährdung gestellt: Wie hat sich die Krise entwickelt und ihren Weg nach Oberösterreich gefunden? Wie stark ist Oberösterreich von der Krise betroffen? Welche Personengruppen sind in welcher Form durch die Krise betroffen? Welche Auswirkungen sind auf Armut und Armutsgefährdung zu erwarten? Wie stark fühlen sich relevante Organisationen, Institutionen in Oberösterreich betroffen? Welche Folgen werden von ExpertInnen noch erwartet? Welche Strategien werden verfolgt, um der Krise entgegen zu treten? Welche Maßnahmen sind hinkünftig notwendig?

Die Gruppe der Studierenden war dabei den Vorschlägen der Lehrveranstaltungsleitung von Anfang an aufgeschlossen und mit hoher Motivation am Werk. Neben Desktop-Research und der Analyse von Sekundärdaten wurden Medienberichte verarbeitet und Fachvorträge besucht. Methodisches Herzstück des Berichts bildet die Generierung aktueller Informationen und Einschätzungen zur Krise von ExpertInnen in Form von leitfadengestützten, persönlichen Interviews. Die Studierenden haben dazu Gespräche mit Verantwortlichen aus Banken und Finanzdienstlei-

stungsunternehmen, aus dem Arbeitsmarktservice Oberösterreich, mit VertreterInnen der relevanten Sozialpartner sowie mit RepräsentantInnen von politischen Parteien geführt. Der Fragestellung und Thematik entsprechend wurden zudem Interviews mit ExpertInnen aus Beratungsstellen und Behörden sowie mit sozialen Hilfsorganisationen geführt. Die Erstellung der Transkripte, Auswertungen und die textliche Verarbeitung aller recherchierten Informationen in Berichtsform oblag den Studierenden, ebenso die Layoutierung und Sicherstellung der Finanzierung der Drucklegung. Wir möchten uns an dieser Stelle zum Einen ganz herzlich bei allen ExpertInnen bedanken, die den Studierenden ihre Zeit und ihr Wissen zur Verfügung gestellt haben, zum Anderen nicht minder bei jenen, die durch ihre Inserate und Spenden die Publikation ermöglicht haben.

Die Rolle der Lehrveranstaltungsleitung in der Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, der inhaltlichen wie methodischen Hilfestellung, der Steuerung von Gruppenprozessen sowie der kritischen Durchsicht und Reduktion der Texte wurde in diesem Sommersemester wesentlich durch unseren Tutor Philipp Gerhartinger fundiert mitgetragen. Auch ihm gebührt unser Dank.

Nicht zuletzt danken wir auch allen beteiligten Studierenden, deren hohes Engagement erst ermöglicht hat, den Armutsbericht 2009 in der kurzen Zeit eines Semesters zu erarbeiten. Mit jungen Menschen zu arbeiten, die Interesse, Teamgeist, Verlässlichkeit und Selbstorganisation an den Tag legen, ist eine Freude und stimmt zuversichtlich, auch krisenhafte Zeiten gut zu meistern.

Linz, Juni 2009  
Christine Stelzer-Orthofer & Martina Stadlmayr

Quelle:

Elder, Glen H. Jr. (1995): The life course paradigm: Social change and individual development. In: Moen, Phyllis; Elder, Glen Jr.; Lüscher, Kurt (Eds.): Examining lives in context. Perspectives on the ecology of human development. Washington: APA, pp. 101-139.



## Mitgearbeitet haben:

Baumgartner Martin  
Buder Bernadette  
Burgholzer Claudia  
Eibinger Roman  
Fazeni Karin  
Feichtl Falko  
Freilinger Brigit  
Gerhartinger Philipp  
Gruber Werner  
Grünberger Tatjana  
Hackenberger Verena  
Hirschenberger Eva  
Hochholdt Julia  
Hörl Tanja  
Hübinger Ralf  
Jaksch Michaela  
Kaar Christine  
Kammerhofer Julia  
Klein Barbara  
Kögl Anita  
Mayrhofer Doris  
Medicus Reingard  
Mitter Susanne  
Mühleder Andrea  
Peinbauer Teresa

Penkov Roxana Adelina  
Radonic Vedrana  
Reinthal Julia  
Schopf Christine  
Thalhammer Claudia  
Thieme Andrea  
Wiesinger Barbara





## Armut in Krisenzeiten

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist derzeit in aller Munde. Milliardenvermögen wurden vernichtet, und die Regierungen und Wirtschaftstreibenden haben alle Hände voll zu tun, um den Schaden, der durch ausschweifende, von der Gier getriebenen Spekulationen auf unregulierten Finanzmärkten verursacht wurde, so gering wie möglich zu halten.

In den Medien liest man dabei viel von den vernichteten oder gefährdeten Vermögen der Reichen, von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken oder gar kündigen müssen, von Staaten, die entgegen ihrer bisherigen Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik plötzlich von Staatshilfen, ja sogar von Verstaatlichungen sprechen.

Wenig bis gar nichts hört man aber von jenen, die schon zuvor an der Armutsgrenze oder darunter gelebt haben. Die bereits auf staatliche Hilfe, wenn auch in viel geringerem Ausmaß, angewiesen waren. In Oberösterreich ist es laut jüngsten Erkenntnissen zumindest jeder Zehnte, der zu diesem Personenkreis gehört. Zumindest in der Vergangenheit waren sie oftmals Anfeindungen ausgesetzt oder zumindest mit Unverständnis konfrontiert worden, gerade weil sie staatliche Hilfe in Anspruch nahmen. Heute finden sie sich in prominenter Gesellschaft.

Der Armutsbericht 2009, von Studentinnen und Studenten der Johannes Kepler Universität verfasst, ist wie in den vergangenen Jahren ein wichtiger Beitrag, um das Thema "Armut" aus wissenschaftlicher Sicht aufzuarbeiten und zur Versachlichung dieses wichtigen Themas beizutragen. Es steht für mich außer Zweifel, dass wir der Armut und den Armutsrisiken noch viel stärker als bisher entgegentreten werden müssen. Daher bin ich auch in diesem Jahr für die Beleuchtung eines aktuellen Aspektes der Ursachen und der Herausforderungen von Armut, nämlich der Finanzkrise, dankbar, und gespannt auf die Erkenntnisse.

Ihr

Josef Ackerl  
Sozial-Landesrat



## Inhalt

<b>Finanzkrise: Ein erster Einblick</b>	<b>15</b>
Aufbau des Armutsberichtes	15
Übersicht zu den einzelnen Kapiteln	17
Armut, soziale Ungleichheit und staatliche Umverteilung	19
Hintergründe und Rahmenbedingungen der Finanzkrise	29
Maßnahmen gegen die Krise	35
<b>Finanzmärkte, Banken und das schnelle Geld</b>	<b>41</b>
Finanzmärkte	41
Auslöser und Ursachen der Finanzkrise	45
Die Betroffenen	48
Auswirkungen	50
Maßnahmen	55
Ein Blick in die Zukunft	60

---

## Arbeitsmarkt in der Krise 67

---

Daten zur aktuellen Arbeitsmarktsituation 68

---

Besonders gefährdete Gruppen am Arbeitsmarkt 74

---

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Krise 81

---

Prognosen für zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt 87

---

Ausblick 89

---

---

## Krise und Sozialpartnerschaft 95

---

AkteurInnen der Sozialpartnerschaft 95

---

Die Krise: Arbeitsmarktpolitisches Horrorszenario oder Chance? 99

---

Strategien zum Umgang mit der Krise 102

---

Maßnahmen und Forderungen der oberösterreichischen Sozialpartner 105

---

Kritische Sichtweise 111

---

---

<b>Die Krise und der dritte Sektor</b>	<b>119</b>
Die Rolle von sozialen Nonprofit-Organisationen in der Sozialpolitik	119
Die vier befragten Organisationen im Porträt	121
Die Auswirkungen der Krise auf soziale Hilfsorganisationen	124
Die Auswirkungen der Krise auf die KlientInnen	128
Solidarität und Zusammenhalt als Ausweg?	130

---

---

<b>Institutionelle Hilfestellung bei finanzieller Notlage</b>	<b>135</b>
Die Beratungsstellen als Anlaufstellen bei finanzieller Notlage	135
Veränderte Rahmenbedingungen durch die Krise	137
Finanzielle Nöte - wer ist betroffen?	138
Finanzielle Notlage - wie äußert sich die Betroffenheit?	140
Zukünftige Herausforderungen	141

---

<b>Mehr oder weniger Staat?</b>	<b>145</b>
Die aktuelle Situation aus Sicht der Politik	146
Vielfältige Handlungsmöglichkeiten der Politik - mehr Staat in der Krise?	148
Zusammenfassende Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte	157
<b>Finanzkrise und Armutsgefährdung – eine Zusammenschau</b>	<b>165</b>
Die Verlockung des Geldes	165
Wen trifft die Krise und wie äußert sie sich?	166
Weichenstellung für die Zukunft	167
Quo vadis?	172
Darstellungsverzeichnis	177
Infoboxenverzeichnis	179
Inserate	180

## Finanzkrise: Ein erster Einblick

Es ist noch nicht lange her, da galt die Finanzkrise in den Augen vieler als reine Utopie. Manche KritikerInnen haben zwar vor der unbezähmbaren Gier des Marktes, des Finanzkapitals und vor dem Turbokapitalismus gewarnt. Damals wurden diese Personen jedoch als unbelehrbar bezeichnet. Nun ist die Krise bittere Realität und die Auswirkungen sind bereits deutlich spürbar. Jede und jeder ist in der einen oder anderen Weise von der Finanzkrise bedroht. Die Einen machen sich darüber Sorgen, um wie viele Prozente ihre Aktiendepots und ihre Wertpapiere gesunken sind; die Anderen sind trotz Einlagensicherung nicht davon überzeugt, dass ihr Notgroschen auf dem Sparsbuch sicher ist. Nicht nur in den USA müssen Banken schließen oder können lediglich durch umfangreiche Zuschüsse durch den Staat ihr Überleben gewährleisten. Auch österreichische Banken und Wirtschaftsbetriebe wurden durch die Finanzkrise, die sich mittlerweile zu einer massiven Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, in Mitleidenschaft gezogen. Tagtäglich erfahren wir via TV und Printmedien, dass die Konjunkturbarometer nach unten zeigen, Betriebe berichten, dass es immer schwieriger werde, sich bei Banken Geld zu leihen, dass Umsatz- und Auftragsentwicklung weit hinter den Zahlen der letzten Jahre hinterherhinken. Kurzarbeit und Anstieg der Arbeitslosigkeit sind die Folge. Dies und die tägliche mediale Berichterstattung verunsichern die Menschen und versetzen sie in Angst um ihre Existenz.

Probleme, die vor der Krise noch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, erscheinen neuerdings belanglos. Nahezu alle Staaten der Welt haben nun andere Sorgen und versuchen die Krise abzuwehren. Auch die österreichische Regierung konzentriert sich auf Krisen-

bekämpfungsmaßnahmen, um die Auswirkungen auf Finanz- und Realwirtschaft einzudämmen. Das von Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll vorgelegte Doppelbudget für 2009 und 2010 steht daher im Zeichen der Krise. Die Regierung versucht dem konjunkturellen Einbruch gegenzusteuern, unter anderem mit Konjunktur- und Bankenpaketen und zusätzlichen Mitteln für die Arbeitsmarktpolitik. Dennoch kann aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung nicht kurzfristig zu überwinden ist. Denn besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besteht die Gefahr, dass mehr und mehr Menschen in die Armutsfalle tappen (vgl. O.V., 2009a).

Obwohl Österreich zu den reichsten Ländern der Welt zählt, sind heute schon rund eine Million Menschen als armutsgefährdet einzustufen (vgl. O.V., 2009b). Doch Armut ist für viele immer noch ein Tabuthema. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sind Armutsgefährdung und Armut so präsent wie schon lange nicht mehr, denn sie kann in Zeiten wie diesen, früher oder später, jeden von uns treffen (vgl. O.V., 2009c). Der Armutsbericht Oberösterreich 2009 widmet sich daher dem Thema Finanzkrise und deren Auswirkungen und versucht diese aus dem Blickwinkel unterschiedlicher AkteurlInnen zu beleuchten.

## Aufbau des Armutsberichtes

Zu Beginn erfolgt eine kurze Einführung in die Thematik. Zum einen wird auf die Begriffe Armut, soziale Ungleichheit und staatliche Umverteilung

eingegangen. Zum anderen werden die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Finanzkrise näher beleuchtet, sowie die Auswirkungen eben dieser auf die Realwirtschaft.

Im Themenbereich Armut, soziale Ungleichheit und Umverteilung werden grundlegende Armutskonzepte und Instrumente zur Messung ebenso erläutert wie der Begriff „soziale Ungleichheit“. Anschließend werden aktuelle österreichische und internationale Daten vorgestellt. Zudem wird auf die Erfassung von Vermögen und Reichtum näher eingegangen, da dieses Thema nicht zuletzt aufgrund der Finanzkrise an Aktualität gewonnen hat. In wirtschaftlich schweren Zeiten rücken Fragen zur Umverteilung in den Vordergrund. Daher wird auf die Rolle des Staates im Hinblick auf die Umverteilung sowie deren Instrumente eingegangen. Des Weiteren werden die bereits spürbaren und die zukünftig zu erwartenden Verteilungswirkungen der Finanzkrise in Österreich näher betrachtet.

In weiterer Folge werden die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Finanzkrise dargelegt. So wird die Immobilienkrise in den USA genauer unter die Lupe genommen, da diese als Auslöser der derzeitigen Finanzkrise gesehen wird. Die jahrelange Niedrigzinspolitik, mangelndes Risikobewusstsein seitens der GläubigerInnen und SchuldnerInnen sowie unzureichende Kontrolle seitens der Banken zählen ebenfalls zu den wesentlichen Faktoren, die an der derzeitigen Wirtschaftslage nicht unbeteiligt sind. Es wird dabei auch auf die Rolle der asiatischen Staaten hingewiesen, welche den Export in die USA durch Abwertung der eigenen Währung hoch halten wollten. Ausgehend von der Immobilienkrise und den Bankenpleiten und aufgrund der globalen Vernetzung blieb auch der Rest der Welt von den problematischen wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA nicht verschont. In Bezug auf die Auswirkungen wird zunächst

ein Blick auf die weltweite wirtschaftliche Lage geworfen sowie auf die Position der Schwellenländer hingewiesen, denn selbst ein wirtschaftlich dynamisches Land wie China hat mit Rückgängen von Exporten zu kämpfen. Im Anschluss daran wird die aktuelle wirtschaftliche Situation in Österreich widergespiegelt, denn unserem kleinen Land Österreich macht die Krise schwer zu schaffen: Wer hätte schon gedacht, dass Banken auf staatliche Hilfe angewiesen sein werden und dass tagtäglich mehr und mehr Unternehmen die vom Staat subventionierte Kurzarbeit in Anspruch nehmen müssen (vgl. Linsinger, Rexer, 2009:34).

Der Hauptteil des Armutsberichtes 2009 besteht aus sechs Kapiteln, welche Einschätzungen, Standpunkte und Sichtweisen wichtiger AkteurInnen der oberösterreichischen Gesellschaft und Politik zum Thema Finanzkrise und Armutsgefährdung präsentieren. Dazu wurden VertreterInnen von Banken, des Arbeitsmarktservice, der SozialpartnerInnen, sozialer Organisationen, diverser Beratungsstellen und der fünf größten politischen Parteien in Oberösterreich (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, BZÖ) befragt. Durch die Betrachtung aus ExpertInnensicht soll der Leserin und dem Leser ein umfassender Überblick über das Thema Finanzkrise und Armutsgefährdung gewährt werden. Darüber hinaus sollen Eindrücke von unterschiedlichen Blickwinkeln zum kritischen Denken und Hinterfragen anregen. Ziel ist es, einen objektiven und umfangreichen Einblick in die Thematik zu gewähren und mögliche Zusammenhänge zwischen Finanzkrise und Armutsgefährdung aufzuzeigen.

Die Informationen und Standpunkte der verschiedenen Organisationen und Personen wurden anhand leitfadengestützter Interviews (qualitativ) und quantitativer Erhebungen (Zahlen, Daten und Fakten) ermittelt. Die Grundgliederung der Leitfäden gestaltet sich für alle Befragungen

gleich und geht auf vier große Teilbereiche ein: eine allgemeine Einschätzung zur Finanzkrise, bereits wahrnehmbare Auswirkungen, noch zu erwartende Auswirkungen und schließlich möglichen Wege aus der Krise. Die vier Teilbereiche des Interviewleitfadens wurden entsprechend der Befragungsgruppen angepasst und dienten als Orientierung und Hilfe bei der Durchführung der Interviews.

An dieser Stelle soll vorweg ein Dank an alle interviewten ExpertInnen ausgesprochen werden, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen für den Armutsbericht zur Verfügung gestellt haben. Ein besonderer Dank gilt auch jenen Personen, die durch das Bereitstellen von Informationen und durch das Einbringen von Ideen maßgeblich zu der Erstellung des Armutsberichtes 2009 beigetragen und mitgewirkt haben.

## Übersicht zu den einzelnen Kapiteln

Da die aktuelle Wirtschaftskrise ihren Ursprung in den USA fand, wo durch fahrlässige Kreditvergabe an „mittellose Häuslbauer“ eine Immobilienkrise und in weiterer Folge eine weltweite Bankenkrise ausgelöst wurde, widmet sich der vorliegende Armutsbericht in seinem Kapitel mit dem Titel „Finanzmärkte, Banken und das schnelle Geld“ der Lage der heimischen Banken, Kreditinstitute und Finanzdienstleister. Es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß Österreichs Banken, Kreditinstitute von der Finanzkrise betroffen sind und mit welchen Folgen Unternehmen und PrivatkundInnen noch rechnen müssen. Des Weiteren werden Maßnahmen und Aktivitäten gegen die Krise, die seitens der Banken und der Politik gesetzt werden, aufgezeigt. Abschließend sollen mögliche Wege aus der Krise dargelegt werden. Die vielfältigen Informationen wurden durch Befragungen von

VertreterInnen diverser heimischer Banken und Finanzdienstleister sowie FinanzexpertInnen der Johannes Kepler Universität eingeholt.

Angesichts der alarmierenden Arbeitslosenzahlen und der zunehmenden Verunsicherung um den noch vorhandenen Arbeitsplatz, wird in der Folge der oberösterreichische Arbeitsmarkt im Kapitel „Arbeitsmarkt in der Krise“ unter die Lupe genommen. Die Auswirkungen der Finanzkrise im Hinblick auf die Beschäftigungszahlen werden von Tag zu Tag sichtbarer. Zur Verdeutlichung der aktuellen Situation stellte das Arbeitsmarktservice relevante Daten wie beispielsweise aktuelle Arbeitslosenquote, offene Stellen, Anzahl der Personen, die sich in Weiterbildung befinden, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen, Anzahl der KurzarbeiterInnen etc. zur Verfügung. Obendrein wurden ExpertInnen befragt, die die momentane Lage des Arbeitsmarktes reflektieren und mögliche Wege aus der Krise aufzeigen sowie die persönliche Sichtweisen und Einschätzungen wiedergeben.

Das nächste Kapitel des Armutsberichtes 2009 mit dem Titel „Krise und Sozialpartnerschaft“ setzt sich mit der Rolle der SozialpartnerInnen auseinander. In diesem Zusammenhang wird auch die aktuelle Situation der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in Oberösterreich beleuchtet. Gerade in Zeiten der Finanzkrise kommt der Sozialpartnerschaft hohe Bedeutung zu, schließlich versucht sie, Armut zu vermeiden, indem sie sich für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt. Es soll verdeutlicht werden, welche Maßnahmen seitens der Sozialpartnerschaft vorgeschlagen werden, um der Krise Einhalt zu gebieten. Insbesondere Jugendliche sind sehr stark von den Auswirkungen der Krise betroffen. Aufgrund dessen werden weitere Maßnahmen vorgeschlagen, die explizit auf junge Menschen abzielen und die Situation der Jugendlichen und Lehr-

linge am Arbeitsmarkt verbessern sollen. Relevante Informationen zum Thema Sozialpartnerschaft wurden mit Hilfe von ExpertInneninterviews mit VertreterInnen von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und ÖGB eingeholt.

Ende des Jahres 2008 hörte man in den Medien, dass sich die Spendenbereitschaft der ÖsterreicherInnen im Rücklauf befindet. Laut der Tageszeitung „Die Presse“ spendeten 2006 noch 81% der ÖsterreicherInnen für einen wohltätigen Zweck. Im Jahr 2008 waren es nur noch rund 60% der Bevölkerung. Die sinkende Spendenbereitschaft stellt eine alarmierende Entwicklung für heimischen Hilfsorganisationen dar. Gemäß Kurt Bergmann, dem Gründer von Licht ins Dunkel, lastet nun auf Hilfsorganisationen ein doppelter Druck, denn einerseits werden sie in Zeiten der Krise zunehmend gebraucht, andererseits sinkt aber die Spendenbereitschaft (vgl. O.V., 2009d). Ein weiteres Kapitel mit dem Titel „Die Krise und der dritte Sektor“ beschäftigt sich daher mit der Lage der Hilfsorganisationen in Oberösterreich. Dazu wurden VertreterInnen von großen Hilfsorganisationen und Sozialvereinen befragt, um die möglichen Folgen der Finanzkrise zu eruieren. So wurde bei den Gesprächen in Erfahrung gebracht, ob in Zeiten der Krise ein Anstieg der Inanspruchnahme von Diensten der Hilfsorganisationen vorliegt, ob sich bereits finanzielle Engpässe abzeichnen und wie gravierend die finanziellen Einbußen sind.

Nicht nur bei diversen Organisationen treten aufgrund der Finanzkrise finanzielle Engpässe auf, sondern auch viele Privathaushalte bangen um ihre Zahlungsfähigkeit. Es wird angenommen, dass sich die Situation für SchuldnerInnen in Zeiten der Krise dramatisch verschlechtern wird, da die Zusammenarbeit mit den Banken schwieriger wird, oder die Verschuldung aufgrund von Einkommensverlusten plötzlich zur Überschuldung ausar-

tet. Mehr und mehr Menschen sind in wirtschaftlich schweren Zeiten auf professionelle Hilfe und Beratung angewiesen. Aus diesem Grund widmet sich das Kapitel „Institutionelle Hilfestellung bei finanzieller Notlage“ der Sichtweise von Beratungs- und sonstigen relevanten Anlaufstellen, die Menschen bei finanziellen Problemen beratend zur Seite stehen. Auch hier wurden wichtige Informationen durch ExpertInneninterviews generiert.

Den fünf größten politischen Parteien in Oberösterreich ist auch ein Kapitel gewidmet worden. Mit dem Titel „Mehr oder weniger Staat?“ soll die Rolle der Politik in Zeiten der Wirtschaftskrise beleuchtet werden. Man versuchte herauszufinden, welche Maßnahmenpakete zur Bekämpfung der Auswirkungen der Krise von der jeweiligen Partei vorgeschlagen oder erarbeitet wurden und welche bereits umgesetzt wurden. Dazu wurden erneut ExpertInneninterviews durchgeführt, die Fragen wie allgemeine Einschätzung zur Krise, bereits wahrnehmbare und noch zu erwartende Auswirkungen und mögliche Wege aus der Krise in Verbindung mit konkreten politischen Maßnahmen beinhalteten. Die Schlussfrage sollte die persönliche Einschätzung der/des jeweiligen PolitikerIn zu den eventuell gewonnenen positiven Impulsen aus dieser Krise in Erfahrung bringen.

Nach den Hauptkapiteln wird im Fazit versucht, die Betrachtungen und Sichtweisen der einzelnen Kapitel zusammenzufassen und zu reflektieren. Es soll somit ein Ausblick für die Zukunft gegeben und weitere wichtige Maßnahmen gegen die Krise vorgestellt werden.

## Armut, soziale Ungleichheit und staatliche Umverteilung

### Konzepte von Armut

Eine zentrale Frage im Zusammenhang mit Armutskonzeptionen stellt die Definition des Begriffs „Armut“ an sich dar. Weidenholzer (2007:352) verweist auf die seit 1984 gültige Armutsdefinition der Europäischen Union, die folgendermaßen lautet:

*„Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von einer Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“* (Ratsbeschluss der Europäischen Union am 19. Dezember 1984, zit. nach Weidenholzer, 2007:352)

Sehr ähnlich beschreiben Alisch und Dangschat (1998:19) die Armutsgefährdung:

*„... dass es einen nennenswerten Anteil in der Gesellschaft gibt, der langfristig aus der materiellen, sozialen, politischen und kulturellen Partizipation ausgeschlossen ist.“* (Alisch, Dangschat, 1998:19)

Badelt und Österle (2001:227f) unterscheiden weiters zwischen einer absoluten und einer relativen Armutsdefinition: Ist jemand absolut arm, unterschreitet sie/er bestimmte Mindeststandards, wobei es sich hierbei um rein physische Kriterien (wie zum Beispiel erforderliche Kalorien) oder um weiter gefasste soziokulturelle Kriterien handeln kann. Das bedeutet,

wenn eine Person nicht über jenes Mindestmaß an Gütern verfügt, das im Sinne der gängigen Lebens- und Wertvorstellungen einer Gesellschaft als Voraussetzung für ein „menschwürdiges Dasein“ erachtet wird, spricht man von absoluter Armut. Die relative Armutsdefinition hingegen orientiert sich eher an der Einkommensverteilung beziehungsweise der Ungleichheit in einer Gesellschaft. Sie sieht die Gesellschaft als eine Reihe von Einkommensschichten; demnach ergibt sich relative Armut aus dem Verhältnis der untersten Einkommensschicht zum Rest der Gesellschaft (vgl. Badelt, Österle 2001:227f).

Einen weiteren wichtigen Unterschied macht Weidenholzer (2007:354f) deutlich, nämlich jenen zwischen armutsgefährdeten und armen Personen(gruppen). Dabei erläutert er, dass die Armutsgefährdung durch die Höhe des zur Verfügung stehenden Einkommens abgegrenzt wird. Aufgrund einer politischen Definition gelten all jene Personen als armutsgefährdet, die in Haushalten leben, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des nationalen Durchschnittseinkommens ausmacht. Geht es nicht nur um das zur Verfügung stehende Einkommen, sondern auch um reale Teilhabechancen, kann man von tatsächlich armen Personen sprechen: Liegt ein Haushalt unter der 60%-Grenze und weist mindestens eine Beeinträchtigung in einem der folgenden fünf Bereiche auf, spricht man von verfestigter Armut. Die fünf Bereiche umfassen (vgl. Weidenholzer, 2007:354f):

- Primäre Benachteiligung der Lebensführung (Unleistbarkeit von Urlaub, Heizung, Kleidung, etc.)
- Sekundäre Benachteiligung der Lebensführung (Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter wie zum Beispiel Computer oder Auto)
- Starke gesundheitliche Einschränkungen

- Wohnungsprobleme (Substandard-Wohnungen, Schimmel, ...)
- Probleme im Wohnungsumfeld (Lärmbelästigung,...)

Alisch und Dangschat (1998:22f) verwenden zur Erklärung des relativen Armutsbegriffs verschiedene Konzeptionen, einerseits den Ressourcenansatz und andererseits den Lebenslagenansatz. Am häufigsten wird das Konzept der relativen Einkommensarmut (wie bereits beschrieben) innerhalb des Ressourcenansatzes verwendet, um das Ausmaß von Armut darzustellen. Die beiden AutorInnen unterscheiden noch etwas subtiler, was die Intensität von Armut anbelangt: Das Erreichen der 60%-Marke des gewichteten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens umfasst ihrer Meinung nach jene Bevölkerungsschicht, die noch nicht arm ist, deren Gefährdung zu verarmen jedoch besonders groß ist. Die so genannte „mittlere Armutsmarke“ liegt bei 50% und gilt als eigentliche Armutsschwelle, wohingegen strenge Armut dann vorliegt, wenn die 40%-Grenze unterschritten wird (vgl. Alisch, Dangschat, 1998:22).

Gemäß Statistik Austria (2009a:15) liegt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt derzeit bei 912 Euro pro Monat. Dieser Schwellenwert erhöht sich mit jeder weiteren erwachsenen Person um 456 Euro und mit jedem Kind um 274 Euro. Die Armutsgefährdungsquote beträgt in Österreich 12%. Dies bedeutet, dass knapp eine Million ÖsterreicherInnen in Haushalten leben, die entsprechend ihrer Haushaltszusammensetzung weniger Einkommen zur Verfügung haben. Im Durchschnitt lag das äquivalisierte Einkommen armutsgefährdeter Haushalte um 155 Euro (17%) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Im EU-27-Vergleich steht Österreich somit an fünfter Stelle – nur vier Länder haben eine geringere Armutsgefährdungsquote (wie etwa die Niederlande oder Tschechien mit jeweils 10%). In der gesamten Europäischen Union leben

78 Millionen Menschen, das sind 16% der Gesamtbevölkerung, unter der Armutsgefährdungsschwelle ihres jeweiligen Aufenthaltslandes (vgl. Statistik Austria, 2009a:15).

Wenn es um die Frage geht, welche Menschen und Personengruppen primär von Armut betroffen sind, so lassen sich folgende sozialen Gruppierungen nennen: AlleinerzieherInnen, alte Menschen/PensionistInnen, kinderreiche Familien, MigrantInnen/Nicht-EU-BürgerInnen, Personen mit geringer Schulbildung sowie Langzeitarbeitslose (vgl. Weidenholzer, 2007:355, Statistik Austria, 2009a:15). Die Ergebnisse der European Statistics on Income and Living Conditions (EU SILC) betonen zusätzlich die niedrige Erwerbseinbindung als Hauptarmutsrisiko (vgl. Statistik Austria, 2009a:15f). Weiters ist nicht außer Acht zu lassen, dass in armutsgefährdeten Haushalten auch Kinder direkt von Armut betroffen sein können. Nicht zuletzt aufgrund der Veröffentlichung des Kinderarmutsberichts des Instituts für Soziologie an der Universität Wien im März 2009 gewinnt dieses Thema zunehmend an Brisanz. Dieser Bericht besagt, dass im Jahr 2005 in Österreich rund 250.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet waren. Diese Armutsgefährdung macht sich im Alltag anhand der bereits erwähnten Deprivationsindikatoren bemerkbar: So können diese Kinder unter anderem aus finanziellen Gründen häufig nicht auf Urlaub fahren. Weiters verfügen die Haushalte, in denen diese Kinder aufwachsen, meist nicht über die notwendigen finanziellen Mittel um unerwartete Ausgaben zu decken. Abgesehen davon können diese Kinder nicht immer mit neuer Kleidung oder einem täglichen Fleisch- oder Fischgericht versorgt werden. Zuletzt wurde festgestellt, dass armutsgefährdete Kinder kaum die Möglichkeit zur privaten Internetnutzung haben (vgl. Lohr, Pani, Hannes, 2009:27).

Angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft und den damit einhergehenden Arbeitslosenzahlen, die immer wieder nach oben revidiert werden, kann man daraus schließen, dass die Armutsgefährdungsquote in ganz Österreich (auch in Oberösterreich) künftig steigen wird.

## Messung von Armut

Aufgrund der Tatsache, dass es keine allgemein gültige Definition von Armut gibt, gestaltet sich auch deren Erfassung und Messung vielfältig. Im Folgenden sollen kurz der Ernährungsstandard sowie die Warenkorbmethode, als Möglichkeit absolute Armut zu messen, erläutert werden. Weiters folgt eine Analyse der Einkommensverteilungsmaße, die sich eher auf das relative Armutskonzept stützt. Abschließend soll der so genannte Deprivationsindex Eingang in die Diskussion finden (vgl. Badelt, Österle 2001:229).

Die so genannten Ernährungsstandards stellen den ältesten Ansatz der Armutsmessung dar. Bei dieser Methode wird die Ernährung als Grundlage zur Abgrenzung des Existenzminimums verwendet, wobei andere Lebensbereiche keinen Eingang in die Berechnung finden. Maßgröße für die Kalkulation stellt der Grundkalorienbedarf eines Individuums dar, aus dem sich ein Mindestgeldbetrag errechnen lässt. Durch die Hochrechnung der Ernährungsausgaben auf die Gesamtausgaben lässt sich gemäß dieser Methode eine Armutsgrenze ermitteln. Bei der Warenkorbmethode wird ein fiktiver Warenkorb gebildet, der Güter und Dienstleistungen mit ihren Marktpreisen umfasst, die die menschlichen Minimalbedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen können. Diese Produkte sollen dem Menschen

eine „menschenwürdige“ Lebensführung ermöglichen. Die Summe der Produktpreise führt anschließend zu einem Mindesteinkommen, welches zugleich die Armutsgrenze darstellt.

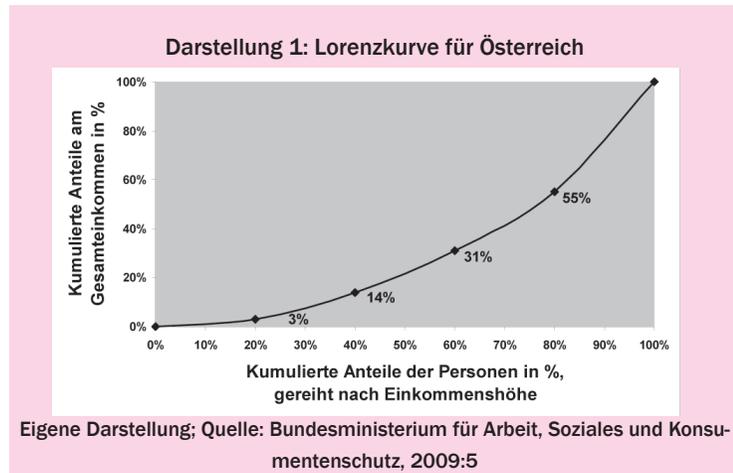
Die so genannten Einkommensverteilungsmaße wurden bereits in obigen Ausführungen näher beschrieben: Hierbei gelten jene Personen oder Haushalte als arm, deren gewichtetes Einkommen pro Kopf unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, welche meist in Relation zum durchschnittlich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in einem Staat festgelegt wird. Diese Armutsmessung orientiert sich demnach stark an Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit. Beim Verhaltensansatz beziehungsweise dem Deprivationsindex wird versucht, das Verhalten einer Person und ihr Einkommen in Beziehung zu setzen. Am bekanntesten ist der Ansatz von Townsend aus dem Jahr 1979, der zwölf verschiedene Indikatoren entwickelte, um festzustellen, ob Deprivationsmerkmale erfüllt sind. Beispiele für diese Indikatoren wären unter anderem die Haushaltsausstattung, Erholungsmöglichkeiten oder soziale Kontakte (vgl. Badelt, Österle 2001:229ff).

## Messung von Ungleichheit

Um Ungleichheit in der Gesamtgesellschaft sichtbar zu machen, wirft man einen Blick auf die personelle Einkommensverteilung in einer Gesellschaft. Unter personeller Einkommensverteilung wird die Verteilung des gesamten Volkseinkommens auf einzelne Personen oder Haushalte verstanden. Sie gibt demnach an, welcher Anteil am Gesamteinkommen auf welchen Anteil der Personen oder Haushalte entfällt (vgl. Badelt, Österle, 2001:224).

Zur Messung von Ungleichheit gibt es unterschiedlichste Methoden, wobei die so genannte Quantilsdarstellung am häufigsten angewendet wird. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Lorenzkurve von Bedeutung, die beschreibt, welchen Anteil am gesamten Einkommen (in %) die untersten x % der Personen beziehungsweise Haushalte mit den niedrigsten Einkommen erhalten. Je näher die Kurve an der Diagonalen liegt, umso „gerechter“ ist die Verteilung (vgl. Brunner, 2009:6ff).

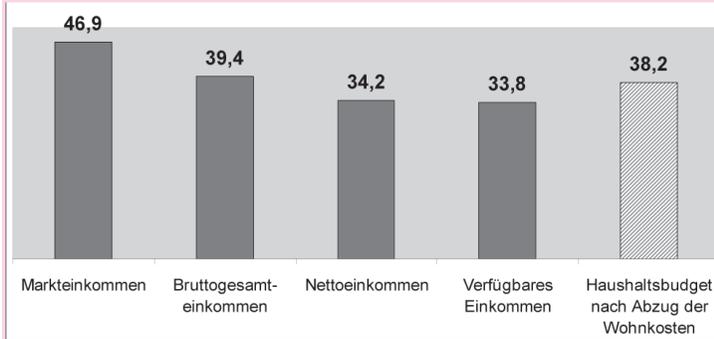
In Österreich ist das Einkommen nicht gleich verteilt, was ein Blick auf die Lorenzkurve (Darstellung 1) verdeutlicht. Das untere Einkommensfünftel, also 20% der ÖsterreicherInnen, besaß im Jahr 2006 gerade einmal 3% vom Gesamteinkommen. Im Gegensatz dazu nahm das höchste Einkommensfünftel einen Anteil von 45% am Gesamteinkommen für sich in Anspruch.



Eine zentrale Kennzahl im Zusammenhang mit der Lorenzkurve stellt der so genannte Gini-Koeffizient (oder auch Gini-Konzentrationsmaß) dar, der oft als Maßzahl für Ungleichheit herangezogen wird. In der ersten der beiden Lorenzkurven-Abbildungen kann man den Gini-Koeffizienten als Fläche zwischen der Lorenzkurve und der Diagonalen dividiert durch die Dreiecksfläche ABC ablesen. Bei absoluter Gleichheit hätte der Gini-Koeffizient einen Wert von 0%, wohingegen er bei größtmöglicher Ungleichheit 100% betragen würde (vgl. Badelt, Österle, 2001:225). In Österreich beträgt der Gini-Koeffizient für das Markteinkommen aktuell 46,9%. Dieses Markteinkommen beziehungsweise Faktoreinkommen setzt sich aus Erträgen der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Grundbesitz zusammen. Das Bruttogesamteinkommen hingegen erhält man, wenn man die Markteinkommen und Pensionen addiert (in Österreich sind das rund 141 Milliarden Euro). Hier beträgt der Gini-Koeffizient 39,4%. Zieht man vom Bruttoeinkommen Steuern und Abgaben ab und berücksichtigt zudem erhaltene Sozialleistungen, so erhält man das so genannte Nettoeinkommen, das in Österreich rund 115 Milliarden Euro beträgt (Gini-Koeffizient: 34,2%). Durch den Abzug oder das Hinzurechnen von privaten Transferzahlungen (wie zum Beispiel Unterhaltsleistungen) wird das verfügbare Einkommen berechnet, dieses macht in etwa 116 Milliarden Euro mit einem Gini-Koeffizienten von 33,8% aus (vgl. Statistik Austria, 2009a:24f).

Der Gini-Koeffizient in Österreich wird also durch Abgaben und/oder Sozialleistungen vom Markteinkommen bis zum verfügbaren Einkommen immer weiter reduziert, wie Darstellung 2 veranschaulicht.

**Darstellung 2: Gini-Koeffizient, Verteilung der Haushaltseinkommen**



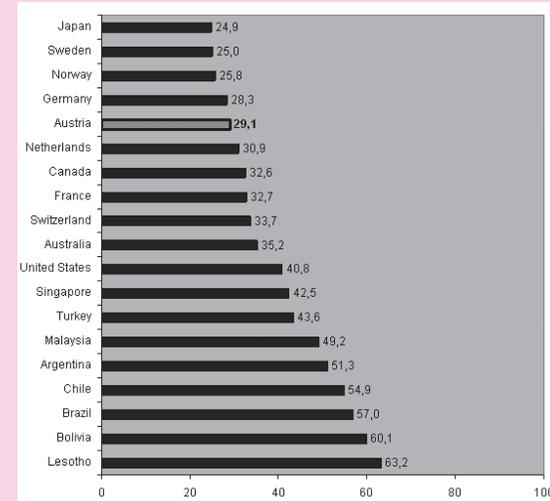
Quelle: Statistik Austria, 2009a:25

Der österreichische Gini-Koeffizient liegt im weltweiten Vergleich unter jenen zwanzig Staaten, in denen der Gini-Koeffizient am geringsten ist, wobei bei Darstellung 3 zwei Anmerkungen Erwähnung finden müssen. Zum Einen basiert diese grafische Auswertung auf den Daten des Human Development Reports des United Nations Development Programme und nicht auf „österreichischen“ Zahlen. Zum Anderen zeigt sie nur ausgewählte Staaten, um die grundlegenden Relationen zu veranschaulichen. Eine Darstellung aller 192 UN-Mitgliedsstaaten würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen.

## Messung von Vermögen und Reichtum

In Bezug auf Vermögen kann festgehalten werden, dass die Verteilung des Vermögens in Österreich ein wohlgehütetes Geheimnis darstellt. Zudem

**Darstellung 3: Gini-Koeffizient in ausgewählten Staaten**



Eigene Darstellung; Quelle: United Nations Development Programme, 2009

erschwerte die schrittweise Abschaffung vermögensbezogener Abgaben in den letzten Jahrzehnten die Erfassung von Daten zur Vermögenslage der ÖsterreicherInnen. Nichtsdestotrotz gibt es Versuche, die Vermögensverteilung in Österreich zu analysieren (vgl. Matzer, Snieder, 2009:124).

Doch was ist „Vermögen“ eigentlich? Der Begriff ist verhältnismäßig breit gefasst, jedoch steht meist das wirtschaftliche Vermögen einer Person im Zentrum der Betrachtungen. Dieses besteht zum Einen aus dem Finanzvermögen (Bargeld, Wertpapiere, Einlagen etc.) und zum Anderen aus dem Besitz an produzierten (Immobilien, Fahr-zeuge etc.) und nicht produzierten (Grund und Boden) Vermögensgütern. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls zu erwähnen, dass ein Großteil der Bevölkerung über Sparbücher, Bausparverträge oder Ähnliches verfügt, ohne jedoch als „vermögend“ zu gelten. Dennoch lässt sich eine zentrale Aussage zur allgemeinen Vermögensverteilung in Österreich formulieren: Es gibt starke Indizien dafür, dass der Großteil des Vermögens in wenigen Händen konzentriert ist, das heißt es kommt zu einer „Polarisierung des Vermögens“ und zu einer rapide schrumpfenden Mittelschicht (vgl. Matzer, Snieder, 2009:124f). Die nachfolgende Darstellung 4 verdeutlicht die verschiedenen Vermögensarten der ÖsterreicherInnen und ist nach den oben genannten Kriterien gegliedert. Sie zeigt, dass das Finanzvermögen in Summe rund ein Drittel des Gesamtvermögens in Österreich ausmacht, wohingegen lediglich knapp ein Fünftel aus Grund und Boden (= nicht produzierte Vermögensgüter) besteht. Etwas weniger als die Hälfte der Privatvermögen stellen produzierte Vermögensgüter mit 48,6% dar, wobei innerhalb dieser Kategorie die Wohnbauten offensichtlich am dominantesten sind. Weiters zeigt die Tabelle, dass das Gesamtvermögen der ÖsterreicherInnen vor Abzug der Gesamtverpflichtungen rund 860.000 Millionen Euro beträgt.

Selbstverständlich sagt die Tabelle nichts darüber aus, wie das Vermögen innerhalb der Bevölkerung verteilt ist. Wie jedoch bereits erwähnt wurde, zeigt die Vermögensausstattung der privaten Haushalte in Österreich eine Polarisierung. Auch der Sozialbericht 2007/08 unterstützt diese Argumentation und zeigt auf, dass eine große Mehrheit der ÖsterreicherInnen

(74%) nur eine unterdurchschnittliche Geldvermögensausstattung besitzt, wohingegen eine Minderheit von 26% über ein überdurchschnittliches Geldvermögen verfügt. Zudem ist zu erwähnen, dass das Geldvermögen in Österreich wesentlich ungleicher verteilt ist als das Einkommen. Dies zeigt auch der Gini-Koeffizient für Vermögen, der mehr als doppelt so hoch ist wie jener der Einkommensverteilung (vgl. Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 2009:286).

**Darstellung 4: Vermögensbilanz private Haushalte im Jahr 2000**

	Mio. €	Anteile in %
Produzierte Vermögensgüter	€ 416.134	48,6 %
z.B. Wohnbauten	€ 253.921	29,6 %
z.B. Nichtwohnbauten	€ 40.382	4,7 %
z.B. Fahrzeuge	€ 25.716	3,0 %
Grund und Boden	€ 163.800	19,1 %
Finanzvermögen	€ 276.770	32,3 %
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>€ 856.704</b>	<b>100 %</b>

**Eigene Darstellung; Datenquelle: Hahn, Magerl, 2006:64**

Aufgrund der fehlenden empirischen Datenbasis zur Vermögensverteilung in Österreich gibt es nur wenige Ansätze in der Vermögensforschung. Diese beschäftigen sich vor allem mit der Frage, was Vermögen überhaupt ist und wie dieses zu bewerten ist. Matzer und Snieder (2009:124ff) versuchen, einen Überblick über die wenigen aktuellen Versuche die österreichische Vermögensverteilung zu analysieren, zu geben. Nachfolgend sollen diese Konzepte und Ansätze kurz vorgestellt werden:

Zum einen wäre die sektorale Vermögensrechnung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zu nennen, die versucht, das Gesamtvermögen der einzelnen Bereiche (zum Beispiel öffentliche und private

Haushalte) aufgrund von Schätzungen abzubilden. Hierbei muss allerdings erwähnt werden, dass eine personelle Aufteilung des Vermögens aufgrund der nicht ausreichenden Datenlage nicht vorgenommen wird, sondern nur eine Gesamtvermögensrechnung durchgeführt werden kann. Das Wiener Institut Synthesis Forschung entwickelte das so genannte AUTREICH-Modell bei dem das Vermögen der drei Sektoren Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen in Vermögenseinheiten aufgeteilt wird. Im Anschluss daran wird dieses nach Rangzahlen geordnet und im selben Verhältnis wie das Einkommen personell verteilt. Die Ergebnisse dieser Methode zeigen, dass die reichsten 10% der ÖsterreicherInnen gut zwei Drittel des Nettogesamtvermögens besitzen. Ein drittes Konzept zur Erfassung der Vermögensstruktur in Österreich ist die Befragung von Haushalten durch die Österreichische Nationalbank. Trotz einiger typischer Erhebungsprobleme – wie zum Beispiel keiner adäquaten Abdeckung der Grundgesamtheit, Antwortverzerrungen aufgrund von unvollständigem Wissen über die eigene Vermögenslage oder Auskunftsverweigerung speziell von reicheren Haushalten – zeigt sich, dass das Geldvermögen in Österreich sehr ungleich verteilt ist. So kann festgehalten werden, dass das oberste Prozent der Bevölkerung 18% des gesamten Finanzvermögens besitzt.

Alternative Ansätze zur Erfassung der Vermögensverteilung in Österreich wären unter anderem die Kumulation von Einkommen unter Berücksichtigung der Daten der Volkszählung (um Erbschaften und demografische Veränderungen mit einbeziehen zu können) oder die Befragung eines betreuten Panels.

Es zeigt sich also, dass es bereits Ansätze zur Erhebung von Reichtum und Vermögen in Österreich gibt. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass

die Reichtumsforschung im Vergleich zur Armutsforschung noch in den Kinderschuhen steckt und daher in diesem Bereich noch weiterer Forschungsbedarf besteht.

## Staatliche Umverteilung in Österreich

Die Erreichung von Armutsvermeidung und Chancengleichheit stellen zentrale Ziele der staatlichen Umverteilung dar. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll, im Armutsbericht Oberösterreich 2009 auch die staatliche Umverteilungsfunktion etwas genauer zu betrachten.

### *Umverteilungsfunktion des Staates*

Gemäß Nowotny (1999:643) hat jede Aktivität des öffentlichen Sektors Einflüsse auf die Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft. Hierbei unterscheidet man zwischen der Primärverteilung und der Sekundärverteilung. Unter Primärverteilung versteht man die „Anfangsausstattung“ einer Person an Produktionsfaktoren, wobei in diesem Fall zwischen der (angeborenen und/oder durch Ausbildung vermittelten) Arbeitsfähigkeit und dem (zumeist durch Erbschaft erworbenen) Kapital zu differenzieren ist. Mit der Veränderung der, durch die Markteinkommen entstehenden, Einkommensverteilung durch den Staat wird die so genannte Sekundärverteilung erreicht. Ihr Ziel ist zum Einen die Verringerung der Ungleichheit und zum Anderen die Vermeidung von Armut (vgl. Brunner, 2009:5). Hier ist allerdings anzumerken, dass bereits die Primärverteilung von Staats-tätigkeit beeinflusst ist. So tritt zum Beispiel der Staat auf Arbeits- und Kapitalmärkten als Nachfrager auf oder beeinflusst durch Investitionen in die Infrastruktur, wie zum Beispiel in Bildungseinrichtungen die Entwick-

lung von Humankapital. Im Zuge der Primärverteilung lässt sich daher ein weiteres grundlegendes Ziel formulieren. Es sollen Maßnahmen zur Erhöhung der materiellen Chancengleichheit in einer Gesellschaft gesetzt werden. Es geht also um die Möglichkeiten der Einkommenserzielung und nicht um die konkrete Einkommens- und Vermögensumverteilung an sich. Der wichtigste Ansatz ist hierbei der „Abbau von einkommensbezogenen, regionalen und psychologischen Bildungsbarrieren“ (Nowotny, 1999:646). Im Bereich der Sekundärverteilung hingegen geht es nicht um eine Änderung der Voraussetzungen, sondern um eine tatsächliche Änderung des Ergebnisses der Einkommensentstehung. Das bedeutet, der Staat greift aktiv ein, um mehr Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung herzustellen (vgl. Nowotny, 1999:643ff).

### ***Gerechtigkeitskonzepte der Verteilung***

Viele ExpertInnen sind sich einig, dass staatliche Umverteilung die Wohlfahrt aller BürgerInnen erhöhen und Armutsrisiken verhindern soll. Dennoch gehen die Meinungen rasch auseinander, wenn es darum geht, zu bestimmen, wie eine „gerechte“ Verteilung von Einkommen aussehen soll. Hierzu lassen sich drei grobe Gerechtigkeitskonzepte beziehungsweise Denkansätze nennen, die sich mit der Verteilungsfrage beziehungsweise mit der Verteilungsgerechtigkeit beschäftigen (vgl. Brunner, 2009:13f):

Die erste These besagt, dass jede Person – entsprechend ihrer/seiner Anfangsausstattung und der eigenen Leistung – ein Recht auf ein (Markt-) Einkommen hat. Bei diesem Gerechtigkeitskonzept wird natürlich die fragwürdige Annahme getroffen, dass das Einkommen ausschließlich auf eigener Leistung beruht. Dieses Argument ist jedoch in der Realität kaum haltbar, da es unter Umständen auch vom „Glück“ beziehungsweise vom

Zufall abhängt, welche Entlohnung man für die eigene Leistung erhält und wie die Anfangsausstattung (Bildungsniveau, Kapital etc.) ausgestaltet ist.

Das Gerechtigkeitskonzept von Jeremy Bentham ist stark mit den Grundideen des Utilitarismus verknüpft: Gemäß dieser Überlegung soll die Gesamtwohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder maximiert werden. Durch Umverteilung, also wenn – bildlich gesprochen – ein Euro einem Reichen weggenommen und einem Armen gegeben wird, steigt die Gesamtwohlfahrt.

Aus der Strömung des Egalitarismus stammt das Konzept zur Verteilungsgerechtigkeit von John Rawls, der fordert, dass die Wohlfahrt der am schlechtesten gestellten Personen möglichst hoch sein soll. Die Überlegung dahinter ist, dass die Mitglieder einer Gesellschaft zu dieser Gerechtigkeitsvorstellung kämen, wenn sie hinter einem „Schleier der Ungewissheit“ über ihre eigene Situation überlegen, welche Verteilung sie bevorzugen würden.

### ***Instrumente der Umverteilung***

Ein Wohlfahrtsstaat wie Österreich nutzt zahlreiche Instrumente zur Umverteilung. Die wichtigsten sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Zum Einen sind progressive (Einkommens-)Steuern ein klassisches Instrument zur Umverteilung, da diese bewirken, dass die Lorenzkurve für die Verteilung der Nettoeinkommen näher bei der Gleichheitsdiagonale liegt, als jene für die Verteilung der Bruttoeinkommen. In Österreich dient die Einkommenssteuer mit ihrem Stufengrenzsatztarif der Umverteilung von Reich zu Arm. Die Umsatzsteuer hingegen mit einem proportionalen Steuersatz von meist 20% hat keine progressive Wirkung und kann im Ex-

tremfall sogar den vermögenden Bevölkerungsschichten zugute kommen. Als Beispiel wäre hier zu nennen, dass reichere Menschen für 1 kg Brot den gleichen Absolutbetrag an Umsatzsteuer zahlen müssen wie ärmere (vgl. Brunner, 2009:16).

Ein weiteres Umverteilungsinstrument stellen staatlich bereitgestellte Güter und Dienstleistungen dar, die zum Teil unentgeltlich oder zu kostendeckenden Preisen angeboten werden. Als Beispiel hierfür sind Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Universitäten zu nennen (vgl. Brunner, 2009:18). Unterstützungszahlungen des Staates an Personen oder Haushalte, so genannte Transferleistungen, spielen ebenfalls eine Rolle im Zuge der staatlichen Umverteilung. In Österreich ist im Bereich der Sozialtransfers die Familienförderung am bedeutendsten. Weitere Beispiele für dieses Umverteilungsinstrument wären die Wohnbauförderung, das Pflegegeld, die Sozialhilfe etc. (vgl. Brunner, 2009:18f). Nicht zuletzt sind noch die Sozialversicherungen zu erwähnen, deren Beiträge proportional zum Einkommen bis zur Höchstbemessungsgrundlage sind. Bei der Krankenversicherung erhalten im Prinzip alle österreichischen BürgerInnen die gleichen Sachleistungen, was zu einer Umverteilung führt. Geldleistungen hingegen (wie zum Beispiel das Krankengeld) werden proportional zum Einkommen gewährt. Bei der Pensionsversicherung sind die Leistungen für jene Personen höher, die mehr einbezahlt haben (vgl. Brunner, 2009:20).

### ***Entwicklung der Umverteilung in Österreich***

Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen im Zeitablauf stellen eine entscheidende Determinante für die Wohlfahrt des Staates Österreich dar. Stagnierende Einkommen sowie zunehmende Verteilungsungleichheit dämpfen die Konsumnachfrage, was rein volkswirtschaftlich betrachtet

einen Rückgang der Produktion und in der Folge ein Sinken der Beschäftigung mit sich bringt. In den letzten drei Jahrzehnten war Österreich geprägt von zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung: Die Verteilung des Volkseinkommens verschob sich anhaltend von den Lohn-einkommen zu den Gewinn- und Vermögenserträgen. Außerdem waren zunehmende Disparitäten innerhalb der Lohneinkommen zu beobachten (vgl. Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 2009:260).

ExpertInnen gehen sogar davon aus, dass das zunehmende Verteilungsungleichgewicht von Einkommen und Vermögen einen Mitgrund für die Entstehung der aktuellen Finanzkrise darstellt. In den letzten Jahren haben Veränderungen im Bereich der Abgaben dazu geführt, dass Gewinne und Vermögen weniger hoch besteuert wurden und Kapital dadurch schneller akkumuliert werden konnte. Als Beispiele wären unter anderem die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer, sowie die Senkung der Körperschaftssteuer zu nennen. Zudem wurden seit 30 Jahren die Einheitswerte für die Grundsteuer nicht angepasst. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde ebenfalls abgeschafft. Außerdem war beziehungsweise ist zu beobachten, dass das Vermögen in der österreichischen Bevölkerung noch ungleicher verteilt ist, als das Einkommen und dass es diese und weitere Entwicklungen auch in vielen anderen westlichen Staaten gibt. Diese Tendenzen, die mit höherer sozialer Ungleichheit einhergehen, begünstigen laut VertreterInnen der Arbeiterkammer Wien die Entstehung einer Finanz- und Wirtschaftskrise, da die staatliche Umverteilung zu kurz gekommen ist (vgl. Schlager, 2009a:12f).

### ***Verteilungswirkungen der Finanzkrise***

In einem kurzen E-Mail-Interview wurde Herr Brunner, Leiter der Abteilung für Finanzwissenschaft am Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes

Kepler Universität Linz gefragt, ob die Finanzkrise eher eine Krise der Reichen oder eine Krise der armen Bevölkerungsschichten darstelle. Seiner Meinung als Volkswirtschaftsexperte zufolge werden – wie bei jedem Konjunkturabschwung – alle Einkommensschichten von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Dazu gehören gemäß seiner Ansicht selbstverständlich auch BezieherInnen niedrigerer Einkommen. Zwar ist Brunner der Meinung, dass der Verlust an Geldvermögen aufgrund der sinkenden Aktienkurse zunächst eher die „Reichen“ treffe, jedoch sei dies nur als erster Effekt zu sehen. Zudem betont er, dass auch Ärmere ihre Ersparnisse zum Teil in Aktien angelegt haben, was natürlich auch zu Verlusten führe (vgl. E-Mail Interview mit Brunner, J.K., 2009:1).

Da die aktuelle Finanzkrise selbstverständlich auch Auswirkungen auf die staatliche Verteilungsfunktion in einer Volkswirtschaft wie Österreich hat, soll in weiterer Folge auf die zu erwartenden Konsequenzen für die Umverteilung „von Reich zu Arm“ eingegangen werden. Auf der Seite der Reichen und Wohlhabenden kann man davon ausgehen, dass die Finanzkrise sogar etwas „Positives“ im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit beitragen kann: „Da man Vermögen besitzen muss, um es verlieren zu können, kann davon ausgegangen werden, dass die Verluste die schiefe Vermögensverteilung kurzfristig etwas verringern.“ (Schlager, 2009:14)

Auf der anderen Seite gibt es leider wesentlich einschneidendere Auswirkungen aufgrund der Finanzkrise. Man muss sich nämlich vor Augen führen, dass selbst enorme absolute Verluste für wohlhabende Menschen noch lange keine Existenzbedrohung darstellen, während der Verlust von kleinen „Kapitalpolstern“ für ärmere Bevölkerungsschichten ebendies bedeuten könnte. Zudem ist auch die Mittelschicht von den Problemen der Finanzkrise betroffen, einerseits aufgrund der nunmehr schwerer zugänglichen Krediten und andererseits was die Vorsorge in der zweiten und drit-

ten Pensionssäule betrifft. Weiters ist mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen, die einen direkten Einkommensausfall sowie Lohndruck bewirkt und aller Wahrscheinlichkeit nach mit erhöhter Armutsgefährdung einhergeht. Was den Staatshaushalt betrifft, so ist anzumerken, dass in den vergangenen Jahren Rekordgewinne privat erwirtschaftet wurden, nun aber unternehmerische Verluste und wirtschaftliche Rettungspakete sozialisiert werden. Diese Ausgaben stammen aus allgemeinen Steuermitteln, was wiederum von kleineren und mittleren Einkommen getragen werden muss (vgl. Schlager, 2009:14f).

Nicht zuletzt kann man auch einen internationalen Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit einbringen, indem man sich folgende Entwicklung ins Gedächtnis ruft: In Zukunft werden die westlichen Staaten mit der nationalen Krisenbekämpfung beschäftigt sein und versuchen, die eigene Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. Dies führt dazu, dass Industrieländer in erster Linie auf sich selbst achten werden und höchstwahrscheinlich kaum (finanzielle) Mittel für Entwicklungs- und Schwellenländer, die ebenfalls von der Krise betroffen sind, aufbringen. Aufgrund der Tatsache, dass diese Länder in Vergessenheit geraten werden, wird es wohl die Ärmsten auf dieser Welt am härtesten treffen, sagt Christa Schlager (2009:15) von der Arbeiterkammer Wien.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass die aktuelle Wirtschaftskrise auf den ersten Blick auf ein grundlegendes Versagen des Finanzsektors zurückzuführen sein mag. ExpertInnen des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen sehen jedoch auf den zweiten Blick einen Zusammenhang mit der zunehmenden Verteilungsungleichheit der letzten Jahre. Ihrer Argumentation nach stellt die Finanzkrise die logische Konsequenz dar, die sich immer weiter entwickelnden „Verteilungsschieflage“ dar (vgl. BEIGEWUM 2008:1). Nichtsdestotrotz ist es für das Verständnis

der Hintergründe und Rahmenbedingungen der aktuellen Finanzkrise erforderlich, die Entstehungsgeschichte näher zu beleuchten.

## Hintergründe und Rahmenbedingungen der Finanzkrise

Der Zusammenbruch des Finanzsystems und die sich daraus ergebende Beeinträchtigung der Weltwirtschaft treffen insbesondere einkommensschwächere Bevölkerungsschichten. Um erfolgreich entgegenzusteuern und in Zukunft ähnliche Entwicklungen zu vermeiden, müssen die Ursachen der Krise identifiziert werden. Der Armutsbericht 2009 greift daher die Hintergründe sowie die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf. In diesem Zusammenhang spielen die wirtschaftlichen Entwicklungen am US-Immobilienmarkt und der Zusammenbruch des Kreditystems eine wesentliche Rolle. Daher ist es auch erforderlich, die Niedrigzinspolitik zu thematisieren.

### Ursachen der Finanzkrise

Ein Zitat, das die Ursachen der Krise sehr gut beschreibt, lautet: „Je länger ein Finanzsystem stabil ist, desto instabiler wird es.“

Dieser Satz von Fredebeul-Krein bezieht sich auf die Ursachen der Krise und zielt darauf ab, dass sich innerhalb eines Finanzsystems, das längere Zeit lang stabil wirkt, die MarktteilnehmerInnen irrational verhalten. Einerseits werden SchuldnerInnen mit der Zeit unvorsichtig und nehmen zu hohe Kredite auf, andererseits verleihen auch GläubigerInnen immer leicht-

fertiger ihr Geld, ohne auf die Risiken zu achten. Immer mehr potenzielle SchuldnerInnen werden mit immer lukrativer erscheinenden Kreditprodukten angelockt. Mit der Zeit entsteht eine Art „Spekulationsblase“, die irgendwann platzt (vgl. Fredebeul-Krein, 2008).

Die aktuelle globale Finanzkrise ist vor allem auf jahrelange Niedrigzinspolitik, mangelndes Risikobewusstsein und mangelnde Kontrolle seitens der Bankenaufsicht zurückzuführen. Folgende Entwicklungen führten im Überblick zum globalen Kollaps (vgl. Fredebeul-Krein, 2008):

1. Die Immobilienblase in den USA platzte. Viele HausbesitzerInnen waren überschuldet und konnten sich aufgrund steigender Zinssätze die Kreditraten nicht mehr leisten. Aufgrund des amerikanischen Sparverhaltens verfügten die Menschen über zu wenig sichere finanzielle Reserven.
2. Infolge dessen kam es zu einer Kreditkrise. Kreditpakete wurden zu immer niedrigeren Werten gehandelt.
3. Die Immobilienkrise weitete sich zu einer Bankenkrise aus. Sowohl Hypothekenfinanzierer als auch Banken mussten permanent Wertberichtigungen ihrer Bilanzen vornehmen. Viele Kreditgeber meldeten Insolvenz an.
4. Auf den Aktienmärkten breitete sich eine Vertrauenskrise aus. Wachsendes Misstrauen riss die Aktienmärkte in die Tiefe. Durch die Finanzkrise sank das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte und in die Zuverlässigkeit der GeschäftspartnerInnen.
5. Die Kreditvergabe zwischen den Banken und von Banken an Unternehmen wurde großteils eingefroren. Die MarktakteurInnen weiteten ihre eigene Liquidität aus, indem sie Kapital abzogen.
6. Diese Entwicklung schwächte die Realwirtschaft. Es kam zu immer mehr Firmenpleiten und letztlich zu einer globalen Wirtschaftskrise.

Um diese Kettenreaktion verständlicher zu machen, sollen die wichtigsten Punkte nun genauer erläutert werden.

### **Amerikas private Überschuldung**

Die USA erlebten in den 1990-er Jahren einen Wirtschaftsaufschwung, wie man ihn bis zu diesem Zeitpunkt selten erlebt hatte. Dieser begann mit einer kleinen Rezession zu Beginn des Jahrzehnts. Die Rezession war von normalen Ausmaßen, also nicht besonders tief. Die amerikanische Zentralbank senkte daraufhin in einem Schritt, der durchaus als mutig bezeichnet werden kann, den Leitzinssatz bis zu einem Wert, der nahe an der Inflationsrate lag. Damit betrug der reale Zinssatz 0 (!) % (vgl. Flassbeck, 2009). Aufgrund dieses Impulses kam es in den USA wie erwartet zu einem Wirtschaftsaufschwung. Als im Jahr 1994 schon viel auf ein baldiges Ende des Wachstums hindeutete, gelang es der US-Notenbank, die Rezession zu verhindern. Die amerikanische Wirtschaft katapultierte sich gleichsam Richtung Wachstum. Amerikanische Haushalte investierten in Aktien, und die amerikanische Bevölkerung fühlte sich aufgrund von Steigerungen des Wertpapierkurses reich. Im Bewusstsein, virtuelles Vermögen zu besitzen, verzichtete man praktisch zur Gänze auf die Bildung von sicheren Ersparnissen. Von der Hand in den Mund zu leben wurde salonfähig. Tatsache ist, dass sich viele amerikanische BürgerInnen am virtuellen Aktienmarkt beteiligten und sich dort hohe Gewinne erhofften. Das Wertpapiervermögen trug dazu bei, dass man sich reicher fühlte, als man tatsächlich war. Es wurden wenige sichere Rücklagen gebildet (vgl. Flassbeck, 2009).

Dies wird insbesondere anhand der amerikanischen Sparquote sichtbar, die in der Zeit von 1997 bis 2000 von 8% auf weniger als 0% sank. Die Konsumausgaben stiegen von 1997 bis 1999 jährlich um 5% und die In-

vestitionsquote von Unternehmen in Maschinen und Ausrüstungen stieg von 11% im Jahr 1997 auf 15% im Jahr 2000. Im Vergleich dazu stiegen in Deutschland die Konsumausgaben im selben Zeitraum um 2% pro Jahr (vgl. Flassbeck, 2009).

### **Die Rolle der asiatischen Wirtschaftspolitik**

Die hohen Konsumausgaben der amerikanischen Bevölkerung stehen auch in Zusammenhang mit der asiatischen Wirtschaftspolitik. Nach der asiatischen Wirtschaftskrise wollten vor allem China und Japan ihre Exporte nach Amerika hoch halten. Sie taten dies durch eine Abwertung der eigenen Währung. Um diese Abwertung zu erreichen, wurden in hohem Maß Dollar angekauft und der Dollar wurde überbewertet. So war es den USA möglich, immer mehr Güter aus Asien und Europa zu importieren. Der Yen als Währung blieb niedrig bewertet, um die Exportwirtschaft zu stützen. In weiterer Folge wurden überall auf der Welt billige Yen-Kredite aufgenommen, womit Aktien, Anleihen, Rohstoffe bis hin zu ganzen Unternehmen gekauft wurden. Demzufolge stiegen die Preise der Vermögenswerte, die deshalb von Banken gerne als Sicherheit akzeptiert wurden. In den ersten Jahren wurde die Wirtschaft auf diese Art und Weise belebt. Die Exporte aus Asien nach Europa und in die USA boomten. Europa lieferte Maschinen nach Japan und China und deren Exporte stiegen enorm an (vgl. Fehr, 2008).

Dennoch verzeichnete nur die amerikanische Wirtschaft gegen Ende der 1990-er Jahre einen Wirtschaftsaufschwung besonderen Ausmaßes. Die Nominallöhne stiegen nicht übermäßig an und auf diese Weise war ein langes Wachstum ohne große Auswirkungen auf die Inflation möglich.

Hätte die europäische Wirtschaft zur selben Zeit eine ähnlich hohe Expansion verzeichnet, so wäre das starke Wachstum durch steigende Rohstoff- und Ölpreise vermutlich schneller abgebremst worden. Da jedoch nur die amerikanische Wirtschaft so stark wuchs, war ein langer, inflationsfreier Aufschwung möglich (vgl. Flassbeck, 2009).

### ***Das Platzen der Immobilienblase in den USA***

Die derzeitige Finanzkrise wurde durch das Platzen der „Immobilienblase“ im Jahr 2006 ausgelöst. Ein langer Zeitraum niedriger Zinssätze sorgte dafür, dass sich viele AmerikanerInnen mit geringem Einkommen ein eigenes Heim leisten konnten. Dies wurde dadurch erreicht, dass bereits bestehende Hypotheken ohne Zahlung von Strafzinsen gekündigt werden durften. Millionen Menschen nützten dies, um alte Hypotheken zu kündigen und neue, günstigere aufzunehmen. Dadurch wurde der private Konsum enorm verstärkt. Die große Nachfrage nach Immobilien führte zu einem Bauboom am Immobilienmarkt (vgl. Fehr, 2008).

Banken vergaben in Folge immer mehr Kredite mit variablen Zinssätzen. Bei dieser Art von Krediten tragen die SchuldnerInnen das Risiko steigender Zinssätze. Dies war vielen KreditnehmerInnen zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht bewusst. Es herrschte eine hohe Nachfrage nach Immobilien, was deren Wert als Sicherheit steigen ließ. So konnten immer höhere Darlehen vergeben werden. Die Banken waren durch den hohen Marktwert der Immobilien scheinbar abgesichert und die SchuldnerInnen bekamen günstige Kredite. Die niedrigen Zinssätze resultierten aus einigen Entwicklungen: Im Jahr 2001 wurde der Leitzinssatz gesenkt, um die amerikanische Wirtschaft zu beleben. Außerdem kaufte China eine große Menge an amerikanischen Staatsanleihen. Dies drückte deren Verzinsung (vgl. Zeise, 2008:8).

Diese Niedrigzinspolitik wurde mit dem Argument begründet, dass hohe Zinsen und eine daraus folgende Deflation die bereits hoch verschuldeten Haushalte sehr stark belastet hätten (vgl. Bernanke, 2009).

Um die Inflation zu bekämpfen wurde im Jahr 2006 der amerikanische Leitzinssatz auf über 5% angehoben. Es kam zu einer Kettenreaktion ungeahnten Ausmaßes. Viele HausbesitzerInnen konnten ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen und hatten aufgrund ihres riskanten Sparverhaltens auch kaum finanzielle Reserven. Da innerhalb von kurzer Zeit viele Menschen ihre Häuser verkauften, sank deren Wert enorm. Dieser fallende Immobilienwert hatte wiederum zur Folge, dass die Häuser oftmals weniger wert waren als die Hypotheken und das wirkte sich negativ auf die Zahlungsfähigkeit der Banken aus, da die Immobilien ja als Sicherheit dienten (vgl. Flassbeck, 2009).

### ***Ausweitung der Immobilienkrise zu einer Bankenkrise***

Man kann sagen, dass sich die anfängliche Immobilienkrise zu einer Bankenkrise ausweitete. Im Juli 2007 kündigte die amerikanische Investmentbank Bear Stearns an, dass ihre Fonds, die in Immobilienzertifikate angelegt waren, praktisch wertlos geworden waren. Im November 2007 schrieb die Investmentbank 1,2 Milliarden US Dollar ab (vgl. Janssen, 2008). Im Jahr 2008 kam es zur größten Bankenpleite der US-Geschichte. Ende September wurde mit der Washington Mutual die größte amerikanische Sparkasse von der US-Aufsichtsbehörde geschlossen. Der Schließung war ein Kassensturm ungeahnten Ausmaßes vorangegangen. Verunsicherte AnlegerInnen überwiesen innerhalb von zehn Tagen 16,4 Milliarden US-Dollar auf Konten anderer Banken (vgl. Janssen, 2008).

Aufgrund der internationalen Vernetzung bzw. der Beteiligung europäischer Banken am US-Immobilienmarkt blieb auch Europa von den Entwicklungen in den Vereinigten Staaten nicht verschont. Der Wert der Aktien, der auf den geplatzten Immobilienkrediten beruhten, sank kontinuierlich. In Großbritannien benötigte die Hypothekbank Northern Rock ein Sonderdarlehen von der englischen Zentralbank (vgl. Janssen, 2008). Im Verlauf des Jahres 2008 mussten auch in Deutschland immer mehr Banken eingestehen, dass sie aufgrund der Hypothekarkrise und aufgrund von zu risikoreichen Spekulationsgeschäften enorme Verluste verzeichnen würden (vgl. Bornkessel, 2008). In diesem Zusammenhang sind insbesondere die IKB Deutsche Industrie Bank, die Sachsen LB, die West LB und die Bayern LB zu nennen. So konnte die IKB Deutsche Industrie Bank beispielsweise nur auf Initiative der deutschen Bundesregierung gerettet werden. Die Sachsen LB machte ebenfalls enorme Verluste auf dem Hypothekendarlehenmarkt und wurde mit der LBBW Stuttgart fusioniert (vgl. Münchau, 2008).

### **Zusammenbruch der Aktienkurse und Einfrieren der Kreditvergabe**

Um die langfristigen Schulden zu finanzieren, wollten viele Kreditinstitute auf kurzfristige Darlehen von anderen Banken zurückgreifen. Inzwischen war jedoch das Misstrauen innerhalb des Bankensektors so groß, dass sich die Banken gegenseitig nicht mehr vertrauten. Auch an Unternehmen wurde weniger Geld verliehen, worunter die Realwirtschaft zu leiden hatte. Die Milliardenverluste der Banken führten dazu, dass Kredite für KonsumentInnen nur mehr zu sehr hohen Zinsen vergeben wurden. Das wirkte sich negativ auf den Konsum und in weiterer Folge auf die Produktion aus (vgl. Bornkessel, 2008).

Viele AktionärInnen verloren nun ihr Vertrauen in das bestehende System. Am 15. September 2008 kam es zur Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers. Die Börsenkurse brachen an diesem Tag, der seitdem als „Schwarzer Montag“ bezeichnet wird, weltweit ein. Erst als die amerikanische Regierung einem Rettungspaket für Banken in Höhe von 700 Milliarden Dollar zustimmte, entspannte sich die Lage vorübergehend. In Österreich verabschiedete die Bundesregierung ein Hilfspaket für Banken. Dabei werden vor allem Haftungsgarantien übernommen, die darauf abzielen, das gegenseitige Vertrauen zwischen den Banken wieder herzustellen.

### **Auswirkungen auf die Realwirtschaft**

Eingeleitet durch die Insolvenzmeldung der viertgrößten US-Investmentbank Lehmann Brothers in der zweiten Jahreshälfte 2008, wirkt sich die Finanzkrise zunehmend auch auf die Realwirtschaft aus. Die Weltwirtschaft befindet sich seitdem in einem stetigen Konjunkturabschwung (vgl. Schlager, 2009b:13). Nach Berechnungen des Instituts für höhere Studien (IHS) dürfte die Weltwirtschaft 2009 um etwa 1% schrumpfen und das globale Exportvolumen sogar um ein Zehntel zurückgehen (vgl. IHS, 2009).

Die unmittelbaren Effekte der Wirtschaftskrise sind nicht nur in den USA merklich spürbar, denn in einer globalisierten und vernetzten Welt schlägt die Krise auch nach Europa über. Laut WIFO wird die Wirtschaft in der Europäischen Union 2009 um mindestens 1% schrumpfen. Erst Anfang 2010 kann wieder mit einer leichten Erholung der Wirtschaft und einem geringfügigen Wachstum in der Höhe eines halben Prozents gerechnet werden. Diesem internationalen Abwärtstrend kann sich auch Österreich nicht entziehen, so dass auch hier mit einem deutlichen Konjunkturabschwung zu

rechnen ist (vgl. Schlager, 2009b:13). In den Vereinigten Staaten führte die Stagnation der Wirtschaft bereits zu einem merklichen Rückgang der Importe, was verbunden mit dem weltweiten Preisanstieg auf Rohöl und Lebensmittel immer mehr auch die privaten Haushalte in Mitleidenschaft zieht. Dieser Preisanstieg auf Rohöl und Lebensmittel dämpfte natürlich auch die Kaufkraft privater Haushalte anderer industrie- und rohstoffimportierender Staaten weltweit, darunter auch Österreich. Bis dato sind die USA von den unmittelbaren Folgen der Finanzkrise am stärksten betroffen (vgl. Kontraste, 2009:5).

### ***Verringerung des Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern am Beispiel Chinas***

Der derzeitigen Abschwächung der Weltkonjunktur können sich auch so dynamische Länder wie China nicht entziehen: Seit 2008 lässt in den so genannten Schwellenländern das Exportwachstum stetig nach. Hinzu kommt noch, dass durch die schlechteren Finanzierungsbedingungen und einem Preisanstieg bei Nahrungsmitteln, die Konsumnachfrage privater Haushalte und im Grunde genommen die gesamte Binnennachfrage, denn auch die Investitionstätigkeiten vieler Unternehmen gehen laufend zurück, gesunken ist (vgl. Kontraste, 2009:6).

Auch in China, einer der dynamischsten Regionen der Weltwirtschaft, wird sich das Wirtschaftswachstum verringern, aber natürlich von einem hohen Niveau aus. Im 3. Quartal 2008 expandierte das BIP in China zwar um immerhin 9%, doch vergleicht man diesen Wert mit dem des Vorjahres (12%), dann ist ein Rückgang des Wirtschaftswachstums klar ersichtlich. Die Wirtschaftsforscher Ederer und Marterbauer rechnen auch für 2009 mit einem weiteren Rückgang der Expansion. Allerdings hat diese weltweite

Dämpfung der Nachfrage auch einen Rückgang der Rohstoffpreise zur Folge, so dass das Problem hoher Inflationsraten relativ schnell abklingen müsste. Immerhin hat sich der Erdölpreis, im Vergleich zum Höchstwert im Frühsommer des Vorjahres, bereits halbiert (vgl. Kontraste, 2009:6).

### ***Auswirkungen in Österreich***

Österreich bleibt von den Folgen der internationalen Finanzkrise nicht verschont. Weltweit herrscht bereits tiefe Rezession. Auch in Österreich ist ein deutlicher Konjunkturabschwung zu verzeichnen. Der Konjunkturbruch, der bei den Exporten seinen Ausgang nahm, ist nun zunehmend auch in anderen Nachfragekomponenten spürbar (vgl. Kontraste, 2009:7). Laut dem jüngsten WIFO Konjunkturtest deutet alles auf eine Verschärfung der Krise hin. Zahlen belegen schon jetzt Verluste. Im 4. Quartal 2008 ist die österreichische Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal um -0,2% geschrumpft. Laut WIFO wird die Abwärtstendenz, mit -1,4% im 4. Quartal 2008, auch in der exportorientierten Sachgütererzeugung weiter anhalten. Das Wirtschaftswachstum ist demnach tendenziell im Begriff zu sinken (vgl. Wirtschaftsblatt, 2009a).

Die negative Beurteilung der Wirtschaftslage und das fehlende Vertrauen in die Finanzmärkte wirken sich auch unmittelbar auf die Auftragslage und die Geschäftserwartungen heimischer Unternehmen aus. Dieses Problem breitet sich immer weiter aus und betrifft inzwischen nicht nur die Sachgütererzeugung, sondern nun auch den Dienstleistungssektor (vgl. Kontraste, 2009:7).

Die durch die Finanzkrise allgemein getrübbte Stimmung beeinflusst natürlich auch die KonsumentInnen. Darunter leiden insbesondere der

Kfz-Handel und der Einzelhandel, der im Februar 2009 erstmals Umsatzeinbußen von -0,6% gegenüber dem Vormonat aufwies, und das sowohl im EU-Durchschnitt, als auch innerhalb Österreichs (vgl. Wirtschaftsblatt, 2009b).

Um die massiven Auftragseinbrüche und Nachfragerückgänge besonders in der Industrie möglichst ohne Kündigungen über die Bühne zu bringen, wird vermehrt Kurzarbeit als Gegenmaßnahme eingesetzt. Traditionelle Industrieländer wie die Steiermark und Oberösterreich sind am stärksten davon betroffen. Nach Branchen sind die meisten KurzarbeiterInnen im Metallbereich zu finden, dicht gefolgt von der Holzverarbeitung und der Kunststoffproduktion. Der Arbeitsmarkt ist inzwischen also auch massiv von der Wirtschaftskrise betroffen. Viele bis dato erfolgreiche Großbetriebe und Konzerne, wie der Voestalpine Konzern, waren gezwungen Leiharbeitskräfte zu kündigen und einen Teil der Belegschaft zur Kurzarbeit anzumelden (vgl. Kontraste, 2009:9). Am Standort Linz sind Mitte April rund 5.900 Beschäftigte davon betroffen. Konzernweit waren bisher schon 7.600 der insgesamt 42.000 MitarbeiterInnen, also fast schon 20% der Belegschaft, zur Kurzarbeit angemeldet. Seit Ende des Jahres 2008 ist die Auslastung im Voestalpine Konzern drastisch gesunken. In der Autosparte liegt sie nur mehr bei rund 50%. Ein großer Einschnitt, wenn man bedenkt, dass die Voest rund ein Viertel ihres Umsatzes aus der Automobilindustrie bezieht (vgl. O.V., 2009e). Auch andere bislang erfolgreiche Unternehmen in Oberösterreich, wie der LKW-Hersteller „MAN“ in Steyr, wurden bereits von der Wirtschaftskrise erfasst und mussten auch einen Teil der Belegschaft zur Kurzarbeit anmelden (vgl. Kontraste, 2009:9).

AMS-Vorstand Buchinger rechnet damit, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt in Österreich angesichts der Wirtschaftskrise noch weiter verschärfen wird und dass erst in fünf Jahren wieder mit einem Sinken der

Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist. Ende März 2009 stehen den steigenden Arbeitslosenzahlen circa 26.000 freie Stellen gegenüber. Auch in so krisengeschüttelten Branchen, wie Tourismus, Handel, Industrie und der Kfz-Branche wird nach neuen MitarbeiterInnen gesucht, allerdings deutlich weniger als im Jahr 2007 und Anfang 2008. Gefragt sind auch jetzt vor allem FacharbeiterInnen, mit einem Anteil von 65% der Stellenausschreibungen. An zweiter Stelle stehen Angestellte mit Matura und HilfsarbeiterInnen, mit jeweils 17%, gefolgt von Angestellten ohne Matura mit 12% und AkademikerInnen mit 11%. Das Schlusslicht bilden freie DienstnehmerInnen mit 1% und LeiharbeiterInnen mit 3%. Laut AMS liegen die größten Job-Chancen zukünftig im Gesundheits- und Sozialbereich (vgl. APA, 2009a).

Die Auswirkungen der internationalen Krise auf die österreichische Wirtschaft haben sich zu Jahresbeginn 2009 zusätzlich verstärkt. Nachdem für Deutschland, Österreichs Haupthandelspartner, Mitte April 2009 ein Rückgang des BIP von 6% prognostiziert wurde, gehen ExpertInnen des WIFO und IHS bereits davon aus, dass auch Österreichs Wirtschaftsleistung um 4% im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen wird. Ende März 2009 haben IHS und WIFO offiziell noch einen BIP-Rückgang von 2,2 bzw. 2,7% vorhergesagt (vgl. Wirtschaftsblatt, 2009c). Des Weiteren wird auch die Maastricht-Grenze, die ein Budgetdefizit von weniger als 3% vorschreibt, dieses Jahr überschritten. Dieses wird 2009 auf bis zu 3,5% und 2010 sogar auf mindestens 4% steigen (vgl. O.V., 2009f). Die Prognosen machen deutlich, dass auch unter den ExpertInnen bezüglich der weiteren Konjunktorentwicklung noch große Unsicherheit herrscht (vgl. Wirtschaftsblatt, 2009c).

## Maßnahmen gegen die Krise

Maßnahmen zur Krisenbekämpfung stellen einen wichtigen Bestandteil des vorliegenden Armutsberichts dar. Innerhalb der einzelnen Kapitel werden mögliche Wege aus der Krise erwähnt und aufgezeigt. Fest steht, dass auf die Krise in adäquater Weise reagiert werden muss – es bleibt nur die Frage nach dem „Wie“.

Österreich ist eines der reichsten Länder Europas, das durch die Aktivität der heimischen Unternehmen in Osteuropa zu besonderem wirtschaftlichen Aufschwung kam. Nun droht der österreichischen Wirtschaft aufgrund der einbrechenden Konjunktur auf den Ostmärkten, verursacht durch die Finanzkrise, große Gefahr (vgl. Salomon, 2009:1). Die Auswirkungen der Krise sind in Österreich bereits deutlich spürbar. Die Arbeitslosigkeit steigt und tausende Menschen bangen um ihre Arbeitsstelle (vgl. Chalupka, 2009). Der Staat spielt in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle, schließlich ist er jene Kraft, die für das Funktionieren des Wirtschaftssystems, für einen Ausgleich sozialer Gegensätze und in weiterer Folge für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut verantwortlich ist (vgl. Liebig et al., 2009:29-34).

Die Bundesregierung bemüht sich, der Krise und insbesondere der Arbeitslosigkeit durch diverse Maßnahmen entgegenzuwirken. Mit der Kurzarbeitsregelung (siehe dazu Infobox 10, Seite 69) versucht Sozialminister Rudolf Hundstorfer möglichst vielen ArbeitnehmerInnen die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu gewährleisten (vgl. Chalupka, 2009f). Dennoch weist der Sozialminister darauf hin, dass die Kurzarbeitsregelung aus finanziellen Gründen nicht als Dauerlösung gesehen werden kann. Des Weiteren sind Änderungen und Neuregelungen bei der Altersteilzeit geplant (vgl. O.V.,

2009g). Außerdem wurde die „Bildungskarenz plus“ (siehe dazu Infobox 11, Seite 69) eingeführt, die auf die Förderung der Unternehmen ausgerichtet ist (O.V., 2009h).

Um die Auswirkungen der Finanzkrise noch weiter abzuschwächen und die Wirtschaft anzukurbeln, wird ein Konjunkturpaket nach dem anderen geschürt, Bankenhilfspakete (siehe dazu Infobox 7, Seite 57) werden entworfen und die Kaufkraft soll durch die Steuerreform (siehe dazu Infobox 19, Seite 152) erhöht werden (vgl. Salomon, 2009:1f). Der Staat lässt sich die Maßnahmen gegen die Finanzkrise einiges kosten. Im Oktober des Vorjahres wurde sogar über eine mögliche Staatsbeteiligung an fünf Großbanken diskutiert (vgl. O.V., 2009i:1). Kein Wunder also, dass die Menschen Angst vor der Zukunft haben, denn man kann sich ungefähr vorstellen, was passieren würde, wenn Großbanken pleite gehen. Notfalls müssten die Kreditinstitute verstaatlicht werden, um das gesamte Wirtschaftssystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Angesichts derartiger Horrorszenarien stellt man sich allen Ernstes die Frage, wer dann den Staat retten soll (vgl. Linsinger, Rexer, 2009:34).

Bevor man sich aber über solche Vorstellungen den Kopf zerbricht, sollte man sich eher darüber Gedanken machen, welche weiteren Maßnahmen zur Krisenbekämpfung effektiv sind. Der Staat wird im Zuge der Krisenbekämpfung an allen „Ecken und Enden“ gebraucht, jedoch besteht höchste Gefahr, dass Menschen in Armut bei der „Schnürung“ von Hilfspaketen übersehen werden. Von der Kurzarbeitsregelung und den Konjunkturpaketen profitieren primär jene Personen, die ohnehin im Erwerbsleben stehen. Es darf aber auf jene Menschen, die seit längerem vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, nicht vergessen werden. In wirtschaftlich schweren Zeiten benötigen nicht nur Banken, Unternehmen und erwerbstätige Per-

sonen Hilfe, sondern auch Menschen, die schon bislang am gesellschaftlichen Wohlstand nicht oder kaum teilhaben konnten. Konkret geht es um Menschen, die hier und heute von Armutsgefährdung bedroht sind (vgl. Chalupka, 2009ff).

Angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage wird die Umverteilungsfrage mehr und mehr thematisiert. Besondere Aktualität erlangt diese sowie andere Fragen zur sozialen Gerechtigkeit dann, wenn die bisherigen Verteilungsarrangements verändert werden sollen (vgl. Liebig et al.2009:7), wie die derzeitige Debatte um eine Vermögens- bzw. Vermögenszuwachssteuer zeigt. Die rückwirkend in Kraft getretene Steuerreform 2009 wird, so die Absicht der österreichischen Regierung, die Kaufkraft der ÖsterreicherInnen erhöhen und somit zur Konjunkturbelebung beitragen. Ein weiteres Mittel zur Kaufkraftstärkung stellt die mit 1. April 2009 eingeführte „Verschrottungsprämie“ dar, die KonsumentInnen zum Neuwagenkauf animieren sowie der angeschlagenen Automobilindustrie unterstützend unter die Arme greifen soll (vgl. O.V., 2009k). Im Zuge der Steuerreform wurde zudem eine langjährige Forderung der sozialen Organisationen umgesetzt: Es besteht nun die Möglichkeit soziale Spenden von der Steuer abzusetzen (vgl. Bundesministerium für Finanzen, 2009).

Eine der wichtigsten Maßnahmen für Menschen am Rande der Gesellschaft, nämlich die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (siehe dazu Infobox 22, Seite 154), lässt allerdings auf sich warten und wurde bis dato noch nicht umgesetzt. Caritas Präsident Franz Küberl pocht auf die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und appelliert an die Regierung diese endlich einzuführen (vgl. O.V.,2009j).

## Literatur

Alich, Monika, Dangschat, Jens S. (1998): Armut und soziale Integration: Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Leske + Budrich: Opladen.

APA (2009a): AMS – Prognose: Arbeitslosigkeit steigt rasant, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/458550/index.do?parentid=453779&act=2&isanonym=1>, Zugriffsdatum: 15.04.2009.

Badelt, Christoph, Österle, August (2001): Grundzüge der Sozialpolitik: Sozialpolitik in Österreich – Spezieller Teil. Manz: Wien.

BEIGEWUM (2008): BEIGEWUM Forderungen zur Finanzkrise, abrufbar unter: [http://www.beigewum.at/\\_TCgi\\_Images/beigewum/20081027115022\\_StellungnahmeFinanzkrise.doc](http://www.beigewum.at/_TCgi_Images/beigewum/20081027115022_StellungnahmeFinanzkrise.doc), Zugriffsdatum: 08.03.2009.

Bernanke, Ben S. (2002): Deflation - making sure 'it' doesn't happen here, abrufbar unter: <http://www.bis.org/review/r021126d.pdf>, Zugriffsdatum: 09.03.2009.

Bornkessel, Michael (2008): Die Finanzkrise, abrufbar unter: [http://www.lehrer-online.de/finanzkrise.php?show\\_complete\\_article=1&sid=33762439350415050922893709370440](http://www.lehrer-online.de/finanzkrise.php?show_complete_article=1&sid=33762439350415050922893709370440), Zugriffsdatum: 09.03.2009.

Brandstätter, Sigrid, Mascher, Dietmar (2009): Die Wirtschaftskrise trifft Oberösterreich an empfindlichen Stellen, abrufbar unter: [http://www.nachrichten.at/dcarchiv/index.php?query=-shlyc:client/ooen/ooen/textarch/j2009/q1/m03/t10/ph/s011/001\\_001.dcs&ausgabe=H:Hauptausgabe&datum=10.03.2009&seite=011&set=4&key=69bacb1d7a21680721d2a4ce0174a552](http://www.nachrichten.at/dcarchiv/index.php?query=-shlyc:client/ooen/ooen/textarch/j2009/q1/m03/t10/ph/s011/001_001.dcs&ausgabe=H:Hauptausgabe&datum=10.03.2009&seite=011&set=4&key=69bacb1d7a21680721d2a4ce0174a552), Zugriffsdatum: 22.03.2009.

Bruckner, Karl (2009): Die vielen Wege zur Entlastung der Steuerreform 2009, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/service/steuertipps/356705/index.do>, Zugriffsdatum: 19.03.2009.

Brunner, Johann K. (2009): Umverteilung durch den Staat, Kapitel VIII des Vorlesungsskriptums zum Kurs Marktwirtschaft und Staat, Seite 1-19.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.) (2009): Die Verteilung der Einkommen in Österreich, abrufbar unter: [http://www.erwin-buchinger.at/cms/buchinger/attachments/2/3/0/CH0764/CMS1204879307811/080304\\_presseunterlage\\_enkommensverteilung.pdf](http://www.erwin-buchinger.at/cms/buchinger/attachments/2/3/0/CH0764/CMS1204879307811/080304_presseunterlage_enkommensverteilung.pdf), Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Bundesministerium für Finanzen-Pressinformation (2009): Finanzminister Pröll: Spürbare Entlastungen für Steuerzahler, Familien und die Wirtschaft, abrufbar unter: <https://www.bmf.gv.at/Presse/Mrz/9451.htm>, Zugriffsdatum: 18.03.2009.

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.) (2009): Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, abrufbar unter: [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/8/0/6/CH0025/CMS1232965764488/sozialbericht\\_2007-2008.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/8/0/6/CH0025/CMS1232965764488/sozialbericht_2007-2008.pdf), Zugriffsdatum: 08.03.2009.

Chalupka, Michael (2009): Die Arbeit hoch! Die Arbeit hoch! abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/467371/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 10.04.2009.

E-Mail Interview mit Johann K. Brunner am 09. März 2009, Seite 1, Linz.

Fehr, Benedikt (2009): Der Weg in die Krise, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18.03.2008.

Flassbeck, Heiner (2001): Der amerikanische Aufschwung und die New Economy, abrufbar unter: <http://www.flassbeck.de/pdf/2001/17.1.2001/Derame1.pdf>, Zugriffsdatum: 09.03.2009.

Fredebeul-Krein Markus (2008): Die globale Finanzkrise. Ursachen und Bewältigung, abrufbar unter: [http://opus.bibliothek.fh-aachen.de/opus/volltexte/2008/272/pdf/0810\\_Vortrag\\_Finanzkrise\\_Glob.pdf](http://opus.bibliothek.fh-aachen.de/opus/volltexte/2008/272/pdf/0810_Vortrag_Finanzkrise_Glob.pdf), Zugriffsdatum: 09.03.2009.

Hahn, Franz, Magerl, Christa (2006): „Vermögen in Österreich“, in: WIFO-Monatsberichte, Nr. 1/2006, Seite 53-67.

IHS (2009): Weltwirtschaft schrumpft heuer um ein Prozent, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=?id=1237229437156>, Zugriffsdatum: 15.04.2009.

Janssen, Jörg (2008): Der Weg zur Finanzkrise. Chronik der Krise, abrufbar unter: [http://www.webinformation.at/material/763-der-weg-zur-finanzkrise\\_7.pdf](http://www.webinformation.at/material/763-der-weg-zur-finanzkrise_7.pdf), Zugriffsdatum: 24.04.2009.

Kontraste (2009): Finanzkrise löst weltweiten Konjunkturunbruch aus, Ausgabe Nr. 3/2009, P.b.b Verlagspostamt Linz: Linz, Seite 5-9.

Liebig, Stefan, Lengfeld, Holger, Mau, Steffen (2004): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main  
Linsinger, Eva, Rexer, Andrea (2009): Schutzgeld, in: profil, Februar 2009, Nr.8, Seite 34-43.

Lohr, Claudia, Pani, Victoria, Hannes, Caterina (2009): Einkommen und soziale Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen, in: In Armut aufwachsen: Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich, Till-Tenschert, Ursula, Vana, Irina (Hrsg.), abrufbar unter: <http://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/files/forschungaktuell/kinderarmutsbericht.pdf>, Zugriffsdatum: 12.04.2009, Seite 27-37.

Matzer, Mario, Snieder, Karl (2009): Vermögensverteilung in Österreich – ein wohlgehetetes Geheimnis, in: WISO Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, 31. Jg., Seite 123-139.

Münchau, Wolfgang (2008): Kernschmelze im Finanzsystem. Hanser Verlag: München, Seite 24ff.

Nowotny, Ewald (1999): Der öffentliche Sektor: Einführung in die Finanzwissenschaft. Springer Verlag: Berlin [u.a.].

O.V. (2009a): Diskussion: Abseits der Krise an langfristige Probleme denken, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/470778/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 26.04.2009.

O.V. (2009b): Rund eine Million Österreicher armutsgefährdet, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/461385/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 26.04.2009.

O.V. (2009c): Armutsbetroffene zur Finanzkrise: Nicht auf unserem Rücken!, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 08.04.2009.

O.V. (2008d): Spendenbereitschaft in Österreich nimmt ab, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/437257/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 10.04.2009.

O.V. (2009e): Stahlindustrie: Voestalpine weitet Kurzarbeit massiv aus, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/470412/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 25.04.2009.

O.V. (2009f): Schwerster Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit in Österreich, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/465004/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 14.04.2009.

O.V. (2009g): Hundstorfer will gegen Arbeitslosigkeit ankämpfen, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 15.04.2009.

O.V. (2009h): Die erweiterte Förderung für Dienstnehmer und Arbeitgeber, „Bildungskarenz plus“, läuft langsam an – Antragsflut wird aber erst ab Mai erwartet, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 22.04.2009.

O.V. (2008i): Staatsbeteiligung an fünf Großbanken in Diskussion, in: Der Standard, 21.10.2008, Seite 1.

O.V. (2009j): Küberl hofft auf Einführung der Mindestsicherung, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/469196/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 10.04.2009.

O.V. (2009k): Wirtschaftsminister startet Gespräch mit Autohändlern – 2500 Euro will man zahlen, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 08.04.2009.

Salomon, Martin (2009): Hundert Tage: Ernste Lage, in: Die Presse, 11.03.2009, Nr. 18330, Seite 1.

Schlager, Christa (2009): Folgewirkungen der Finanzkrise auf Konjunktur und Verteilung, in: kontraste, Februar 2009, Seite 12-15.

Statistik Austria (2009a): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Ergebnisse aus EU-SILC 2007, abrufbar unter: [www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET\\_NATIVE\\_FILE&dID=82772&dDocName=035744](http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=82772&dDocName=035744), Zugriffsdatum: 08.04.2009.

Statistik Austria (2009b): Arbeitslose (internationale und nationale Definition), arbeitssuchende Nicht – Erwerbstätige, abrufbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose\\_arbeitssuchende/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/index.html), Zugriffsdatum: 15.04.2009.

United Nations Development Programme (2009): Human Development Report 2007/2008, abrufbar unter: <http://hdrstats.undp.org/indicators/147.html>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Weidenholzer, Josef (2007): „Armut geht uns alle an: Trends, Erklärungsansätze und Lösungsmöglichkeiten“, in: Partizipation und Gerechtigkeit – Festschrift für Irene Dyk-Ploss, Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.), Trauner Verlag: Linz, Seite 347-361.

Wirtschaftsblatt (2009a): Wirtschaft legte auch im 4. Quartal noch zu, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/365452/index.do>, Zugriffsdatum: 14.04.2009.

Wirtschaftsblatt (2009b): Eurozone: Einzelhandel im Februar minus 0,6% - auch in Österreich, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/369268/index.do>, Zugriffsdatum: 14.04.2009.

Wirtschaftsblatt (2009c): Wirtschafts-Experten sehen 4 Prozent BIP-Rückgang: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/371751/index.do>, Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Zeise, Lucas (2008): Ende der Party – Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft. Papyrossa-Verlag: Köln, Seite 8.

Zielina, Anita (2008): „Armut ist immer noch ein Tabu“, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 26.04.2009.

# Finanzmärkte, Banken und das schnelle Geld

Die Wirtschaft befinde sich in einer kritischen Rezession und stehe zurzeit am Anfang vom Ende des Finanzkapitalismus, so der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister (vgl. Schulmeister, St., Lunch Lectures, 25.03.2009). Ein düsteres Bild, doch wie ernst ist die Lage wirklich? Wie sehr sind Österreichs Banken und Kreditinstitute von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen, mit welchen Auswirkungen müssen Unternehmen und Privatkunden rechnen? Was ist überhaupt unter Finanzmärkten zu verstehen, wie kann eine Finanzkrise entstehen, wie macht sie sich bemerkbar und kann man ihr überhaupt entgegenreten?

Dieses Kapitel widmet sich den Grundfragen und hinterleuchtet die Krise(n) aus Sicht der österreichischen bzw. oberösterreichischen Banken, Kreditinstitute und Finanzdienstleister. Dazu wurden Gespräche geführt mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Teodoro D. Cocca (Institut für Betriebliche Finanzwirtschaft an der JKU Linz; zuvor Citibank), Herrn Georg Haushofer (Hypo Oberösterreich), Herrn Ingbert Ofner (unabhängiger Finanzdienstleister in Graz), Herrn Günther Ott (Oberbank Geschäftsstelle Hauptplatz Linz), Herrn Isidor Pichler (Bank Austria Finanzmarktservice), Herrn Mag. Christian Schiffler (Sparkasse Oberösterreich und externer Lektor an der JKU Linz, Institut für Volkswirtschaftslehre) und Herrn Dr. Bernhard Sommerauer (Volksbank Linz und Mühlviertel). Die befragten Experten haben sich für die Beantwortung der Fragen viel Zeit genommen, dafür gilt unser herzlicher Dank! An dieser Stelle möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir die Bawag P.S.K. und die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich leider nicht für ein Interview gewinnen konnten.

## Finanzmärkte

„Der Begriff Finanzmarkt fasst alle Märkte zusammen, auf denen mit Kapitalrechten, Geld oder Währungen gehandelt wird. Der Finanzmarkt ermöglicht die Veranlagung von Geld. Kapitalgeber (Sparer, Anleger etc.) stellen Geld für Investitionen bereit. Unternehmen, Regierungen und Privatpersonen können Geld ausleihen, um damit ihre Investitionen zu finanzieren. Diese Kapitalnehmer (Schuldner) fragen Geld nach. Kapitalgeber und Kapitalnehmer kommen entweder direkt am Finanzmarkt zusammen oder aber Finanzintermediäre wie Banken, Versicherungen oder Investmentgesellschaften vermitteln zwischen Kapitalangebot und -nachfrage. Diese Institutionen generieren ihren Gewinn aus den anfallenden Zinsen, Gebühren und Prämien.“ (OeNB, 2009b:o.S.)

Finanzmärkte sind für eine Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung und sorgen für eine rasche sowie sichere Versorgung der MarktteilnehmerInnen (Banken, Unternehmen, private Haushalte) mit ausreichenden finanziellen Mitteln. Durch Schaffung von ausreichend Transparenz werden die Erwartungen der MarktteilnehmerInnen stabilisiert, das schafft Vertrauen und erhöht dadurch die Beständigkeit der Finanzmärkte. Dabei wird zwischen direktem Kapitalfluss, wo die KapitalgeberInnen den KapitalnehmerInnen Kredit gewähren und dafür als Gegenleistung Zinsen erhalten, und indirektem Kapitalfluss unterschieden, bei dem zwischen KapitalgeberIn und KapitalnehmerInnen ein vermittelnder Finanzintermediär (zumeist eine Bank) zwischen geschaltet ist (vgl. OeNB, 2009b:o.S.).

Der Finanzmarkt lässt sich in den Geld-, Kapital- und Devisenmarkt untergliedern (vgl. OeNB, 2009b:o.S.):

- Am Geldmarkt wird bis zu zwölf Monate mit Geld gehandelt und Liquiditätsbedarf bzw. -überschuss zwischen den MarktteilnehmerInnen ausgeglichen. Der Tageshandel umfasst im Gegensatz zum Terminhandel Geschäfte, bei dem Geld für nur einen Tag verliehen wird. Der Großteil der Geschäfte wird zwischen Geschäftsbanken abgewickelt, Geldmarkttransaktionen jedoch werden auch zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken durchgeführt. Ziel der Zentralbanken ist es, den kurzfristigen Zinssatz zu steuern als auch die Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken sicher zu stellen.
- Der Kapitalmarkt besteht aus allen MarktteilnehmerInnen zwischen denen langfristiges (Finanz-)Kapital angeboten oder nachgefragt wird. Diese können etwa Banken, Versicherungen oder Privatpersonen sein. Langfristiges Kapital sind etwa Aktien, verbriefte Kredite wie Anleihen oder verschiedene Formen anderer langfristiger Kredite und Anlageformen wie Investmentfonds. Der Kapitalmarkt selbst befindet sich nicht an einem konkreten Ort, sondern definiert sich durch Institutionen und Personen sowie ihre Verflechtungen zueinander.
- Ein Devisenmarkt ist ein globaler Markt, auf dem Währungen gehandelt werden. Der weltweite Devisenmarkt agiert über das weltweite Netz der Banken, Industrie-Konzerne, Fonds und Notenbanken. Er ist der größte Finanzmarkt der Welt und definiert sich über den gleichzeitigen Kauf und Verkauf von unterschiedlichen Währungen zwischen zwei Banken. Dadurch bilden sich Tauschverhältnisse, so dass der Wert jeder Währung in der jeweils anderen ausgedrückt werden kann. Dementsprechend bildet sich der Wechselkurs als Preisverhältnis zwischen zwei Währungen.

## Globale Entwicklung

Die erfolgte Öffnung und Deregulierung der Finanzmärkte stellte, gemeinsam mit den enormen Fortschritten der Informations- und Kommunikationstechnologien, die Voraussetzung für Globalisierung und Wachstum dieser Märkte dar. In den 1970-er Jahren gingen die Industrieländer voran, zehn Jahre später folgten die Entwicklungsländer, die sich zuvor in hohem Maße bei ausländischen KreditgeberInnen verschuldet hatten. Die folgenden Jahre waren von der Handelsliberalisierung geprägt. Nicht nur, dass den verschuldeten Entwicklungsländern eine Marktöffnung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) abverlangt wurde, sondern auch, dass über GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) und später die WTO (World Trade Organisation), von der OECD und bilateralen Handelsabkommen Kapitalverkehrsbeschränkungen ebenso wie Handelshemmnisse auf Güter- und Dienstleistungsmärkten abgebaut wurden. Dazu kam die Europäische Integration, die mit dem Beschluss eines Europäischen Binnenmarktes Ende der 1980-er Jahre des vorigen Jahrhunderts und der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion rund zehn Jahre später eine sehr starke Dynamik in regionalen Integrationsprozessen auslöste. Nach Öffnung der CESEE-Staaten (Central, Eastern and South Eastern European Countries, Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas) folgte der Wandel zu offenen Marktwirtschaften. Seit Beginn der 1990-er Jahre spricht man von globalen Finanzmärkten (vgl. OeNB, 2009c:o.S.).

Nachfolgende Zahlen sollen die Entwicklung veranschaulichen: Die täglichen Umsätze auf den Devisenmärkten sind von 600 Milliarden US-Dollar Ende der 1980-er Jahre auf heute über zwei Billionen US-Dollar gestiegen. 2,1 Billionen US-Dollar werden an jedem Börsentag an den internationalen Finanzmärkten umgesetzt. Das macht bei 200 Handelstagen im Jahr einen

Jahresumsatz von 420 Billionen US-Dollar aus. Der Handel mit Gütern und Dienstleistungen belief sich laut WTO 2007 auf vergleichsweise geringe elf Billionen US-Dollar. Um den weltweiten Handel zu finanzieren, würden demnach die Umsätze von fünf Börsentagen ausreichen (vgl. OeNB, 2009c:o.S.).

„Die dynamische Entwicklung der Finanzmärkte hat also zu der Situation geführt, dass die Devisen- und Kapitalbewegungen heute ein viel größeres Ausmaß haben, als die Geldbewegungen, die auf die Realwirtschaft zurückzuführen sind.“ (OeNB, 2009c:o.S.)

## Unsicherheit und Turbulenzen

Die internationalen Finanzmärkte, wie wir sie heute kennen, sind erst in den 1970-er Jahren entstanden. Zuvor sorgte das System von Bretton Woods für Stabilität. 1973 brach das System zusammen.

Seit diesem Zeitpunkt schwanken die meisten Währungen frei, die Wechselkurse werden auf den Währungsmärkten gebildet. Kontrolleinrichtungen für den Verkehr von Kapital wurden sukzessive beseitigt und freier Kapitalverkehr durchgesetzt. „Diese Entwicklungen brachten völlig neue Akteure hervor, so genannte ‚institutionelle Anleger‘ wie Pensions-, Hedge- und Investmentfonds, die immer weniger langfristige Investitionen in Unternehmen zum Ziel haben und immer mehr kurzfristige Spekulationsgewinne, insbesondere im Währungsmarkt.“ (Attac Österreich, 2007:2)

### INFOBOX 1: Bretton Woods-System

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise in den 1930-er Jahren haben sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges auf ein System fixer Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung geeinigt. Zu- und Abflüsse von Kapital innerhalb der Länder wurden durch Kapitalverkehrskontrollen geregelt. Dazu wurden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (WB) geschaffen. Trotz kritischer Seiten – vor allem der US-Dollar als Weltleitwährung – bildete das Bretton Woods-System den Rahmen für eine stabile Entwicklung und trug erfolgreich zur Verhinderung internationaler Finanzkrisen bei (vgl. Attac Österreich, 2007:2).

Die Globalisierung der Finanzmärkte hat zu Unsicherheiten und Turbulenzen geführt, denn die täglichen Volumina der Devisen- und Kapitalbewegungen übersteigen die Reserven der Zentralbanken. Darüber hinaus können selbst manche BankerInnen nur mehr mit Mühe die komplexen Finanzinnovationen nachvollziehen. Deshalb ist die Nachfrage nach Transparenz und Nachvollziehbarkeit stark gestiegen und mit ihr der Bedarf nach mehr Aufsicht und Kontrolle der jeweiligen Finanzmarktaufsicht (vgl. OeNB, 2009c:o.S.).

### INFOBOX 2: Hedge-Fonds

„Zur Größe des Hedge-Fonds-Marktes existieren nur wenig verlässliche Zahlen. Schätzungen zufolge beläuft sich das weltweit verwaltete Vermögen derzeit auf rund 1.100 Milliarden US-Dollar – dies verteilt sich auf etwa 9.000 Fonds. Der europäische Markt nimmt mit 200 bis 250 Milliarden Euro etwa ein Viertel des Weltmarktes ein. Das von ÖsterreicherInnen in Hedge-Fonds investierte Kapital bewegt sich bei 3,5 bis 4 Milliarden Euro.“ (FMA, 2009b:o.S.)

## Geschäfte mit Osteuropa

Die Bankgeschäfte in Osteuropa waren nicht nur in der Vergangenheit profitabel, sondern sind es auch gegenwärtig für die österreichischen Banken und den österreichischen Kapitalmarkt. Im Privatkundengeschäft waren österreichische Banken wie die Raiffeisen International oder Erste Group führend und haben von der Integration dieser Länder in die Europäische Union (EU) am meisten profitiert. Großteils wird das Engagement in Osteuropa als richtig und positiv empfunden (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:21ff).

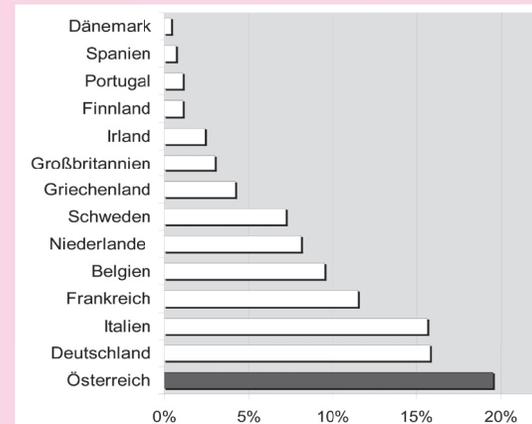
*„Die österreichischen Banken waren praktisch alleine, damals haben sie gegen die gängige Meinung den osteuropäischen Markt erobert. Sie galten als Exoten und schon fast als Spinner, dass sie in einen solchen Markt hineingehen und haben prinzipiell allen bewiesen, dass man dort auch als ausländischer Anbieter sehr viel Erfolg haben kann.“* Mittlerweile ist es in Österreich so, dass die Hälfte der Bankgewinne in Osteuropa verdient wird. Auch Professor Cocca denkt, dass die Strategie, in den osteuropäischen Markt zu gehen, grundlegend richtig war. Er findet auch, dass die österreichischen Banken in Osteuropa bleiben und die Krise durchstehen sollten. Einzig die Regierung gilt es zu kritisieren: Man habe es nicht verstanden neben einer sehr dominanten Position in der Finanzwelt auch eine politische Dimension aufzubauen. Es wurde verabsäumt, die große finanzielle Abhängigkeit Österreichs von Osteuropa politisch abzusichern (vgl. Interview mit Cocca, T., 2009:4).

Wie auch in Österreich muss man in den osteuropäischen Ländern mit gewissen Risiken rechnen, zwar sind diese momentan gestiegen, aber trotzdem ähnlich. Hierbei ist zu unterstreichen, dass sich die Banken im Rahmen der Kreditvergabe natürlich auch abgesichert haben. Man

agiert in Osteuropa nicht anders als am Heimatmarkt, da auch die Kredithöhe an das entsprechende Einkommen im jeweiligen Land angepasst wird und bestimmte Kreditvergabebedingungen (bspw. Sicherheiten) da wie dort erfüllt sein müssen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:21ff).

Die folgende Darstellung soll veranschaulichen, dass österreichische Banken Spitzenreiter bei der Vergabe von Ost-Krediten waren. Das österreichische Volumen betrug ein Fünftel aller EU-Banken (EU-15).

**Darstellung 5 : Ländervergleich bei der Osteuropa-Kreditvergabe**



Quelle: Wirtschaftsnachrichten Donauraum, Ausgabe 03/2009:25

Weiters sind Fremdwährungskredite in Osteuropa – wie auch in Österreich – ein wichtiges Thema, da aufgrund der teils enormen Devisenmarktbewegungen mit Verlusten gerechnet werden muss. Im Zusammenhang mit dem Engagement in Osteuropa wird auch betont, dass es von Staat

zu Staat Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation und den damit verbundenen Risiken und Schwierigkeiten gibt, es also - anders als derzeit in den Medien dargestellt - ein homogenes „Osteuropa“ in dieser Form gar nicht gibt (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:21ff).

*„Grundsätzlich ist eine Unterscheidung in EU-Staat oder Nicht-EU-Staat erforderlich. Wir haben Länder wie die Ukraine, die sich in einem Worst-Case-Szenarium befinden. Das muss man genau und differenziert betrachten. Wir sind nach Ungarn, in die Tschechei und die Slowakei gegangen. Hier sehen wir aber keine Probleme. Zudem wird eine Bank eher die Tochter fallen lassen, als dass es das heimische Unternehmen gefährdet.“* (Interview mit Ott, G., 2009:4)

Professor Cocca - grundsätzlich von der Osteuropa-Strategie überzeugt - hat jedoch Mühe, das optimistische Bild heimischer Banken zu teilen. *„Wenn man den Markt und die potenziellen Verluste der Banken anschaut, dann sollte man schon etwas pessimistischer sein.“* Er würde sich auch gerne eines Besseren belehren lassen: *„Wenn es nämlich nicht so wäre, dann müssten ja die Banken mit den Zahlen auf den Tisch und zu den pessimistischen ExpertInnen sagen, schaut her, es schaut nicht so schlecht aus. Das können sie anscheinend nicht tun und damit ist für mich auch klar, dass die Zahlen wahrscheinlich schlechter sind als wir heute wissen.“* (Interview mit Cocca, T., 2009:4)

Im Nachhinein gesehen hätte Europa selbstbewusster und selbstständiger agieren müssen und sich weniger an die von Amerika ausgehenden Verhaltensweisen anlehnen dürfen (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009). Vergleicht man diese Wirtschaftskrise mit jener von 1929, so kann man erkennen, dass die Ursachen ähnlich waren. Die damalige Weltwirtschaftskrise wurde ebenfalls von übermäßigen Spekulationen aus-

gelöst (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009). Leider entstand in den letzten 20 Jahren immer mehr eine Mentalität nach dem Motto „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten!“ (vgl. Schulmeister, St., Lunch Lectures, 25.03.2009).

An die Stelle des amerikanisch geprägten Kapitalismus rückt laut Ludwig Scharinger, Generaldirektor der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich, die soziale Marktwirtschaft im Rahmen einer ressourcenschonenden Entwicklung. Wie die Geschichte zeigt, geht jede Weltwirtschaftskrise von den USA aus, wobei auch jedes Mal europäische Banken miteinbezogen sind. Nun stellt sich die Frage, warum die BankerInnen aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernen (vgl. Leitner/Unterhuber, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.).

*„Man soll immer daran denken, dass das traditionelle Bankgeschäft nicht dazu verwendet werden soll, schnelles Geld zu machen. Das Bankgeschäft ist ein Risikogeschäft. Eine Bank hat meines Erachtens nichts auf diesen Spekulationswiesen verloren. Bonuszahlungen auf die Jahresperformance, da habe ich keine Nachhaltigkeit drinnen. Sowohl auf der KundInnen- und MitarbeiterInnenseite kann ich nicht kurzfristig bewerten. Ich muss schauen, wie sich das Unternehmen zumindest innerhalb der kommenden fünf Jahre entwickelt.“* (Interview mit Ott, G., 2009:5)

## Auslöser und Ursachen der Finanzkrise

Nach Meinung aller befragten Experten war der Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise die Immobilienkrise in den USA. Dabei spielte aber die expansive Geldpolitik in den USA eine wichtige Rolle, da durch die Niedrigzinspolitik die Märkte mit Liquidität überschwemmt wurden, was eine Überhitzung des US-Immobilienmarktes zur Folge hatte. Als Reaktion wurden die

Preise korrigiert. Wie man heute weiß, löste diese Überhitzung gepaart mit den Liquiditätsproblemen der amerikanischen Investmentbanken einen Schneeballeffekt aus, der die Finanzwelt in dieser Intensität überrascht hatte.

Zu Anfang wurde die Finanzkrise als regionale Besonderheit betrachtet und weniger als europäisches Problem, da die Geschehnisse am US-amerikanischen Immobilienmarkt kaum in Zusammenhang mit Europa gebracht wurden. Auch europäische InvestorInnen kauften Wertpapiere, in denen Kreditrisiken „verpackt“ waren. Dadurch weitete sich diese Finanzmarktkrise auf Europa aus. Zudem muss beachtet werden, dass die USA die größte Wirtschaftsmacht sind und Europa sich nicht von diesen Impulsen abkoppeln kann (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:1ff).

Dabei war ein wichtiger Aspekt die teilweise falsche Einschätzung der Kreditrisiken. Erst als die Investmentbank Lehman Brothers in Amerika aufgrund der Finanzkrise Konkurs anmelden musste, ist dieses Kredit- und spätere Liquiditätsrisiko in den Mittelpunkt gerückt. Dies hatte zur Folge, dass die Risikoprämien für die Kreditausfallsversicherungen dementsprechend hoch wurden. Die Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 hat innerhalb des Finanzmarktes eine tiefe Vertrauenskrise ausgelöst. Die Geldmarktgeschäfte zwischen den Bankenhäusern reduzierten sich deutlich, der Geldfluss wurde blockiert. Infolgedessen wurde von den Instituten vermehrt Geld zu entsprechend schlechteren Konditionen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angelegt, weil kein Vertrauen mehr unter den Banken herrschte. Auf diese Weise ist weniger Geld in die Wirtschaft geflossen. Die Vertrauenskrise kann als wesentlicher Aspekt der Finanzmarktkrise angesehen werden (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:1ff).

Auch Isidor Pichler von der Bank Austria nennt die Subprime-Krise als den auslösenden Faktor. Es wurden Kredite von Investmentbanken, welche zum

Teil uneinbringlich waren, an europäische InvestorInnen als gute Wertpapiere mit bester Bonität verkauft. Man war davon ausgegangen, dass diese Wertpapiere hohe Zinserträge abwerfen würden (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:3).

### INFOBOX 3: Lehman Brothers

Das Insolvenzgericht bezifferte den Schuldenberg von Lehman Brothers mit 613 Milliarden US-Dollar (rund 440 Milliarden Euro). Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt von Österreich betrug im Jahr 2007 286 Milliarden Euro. In Österreich hatte Lehman Brothers keinen Sitz (vgl. Die Presse, 2009c:o.S.).

Teodoro D. Cocca, Professor für Asset Management und Mitglied des Forschungsinstitutes für Bankwesen an der Johannes Kepler Universität Linz sowie früher in der Citibank im Investment und Private Banking tätig, betont nicht nur das Versagen im Zusammenspiel von Märkten, Banken und Staaten. Er spricht auch von der Gier der InvestorInnen, wo man selber auch gerne einmal mit dabei ist: *„Wir haben ihnen gerne Geld gegeben, ohne dabei auf die Risiken zu achten. [...] Es wäre zu leicht gemacht, wenn man jetzt sagen würde, nur die Gier der Banker hat die Krise ausgelöst. Ich glaube, das würde niemandem helfen bei der Analyse, denn man würde vergessen bzw. nicht berücksichtigen, dass Aufsichtsbehörden und das politische System in den USA zuerst auch einmal versagt haben.“* (Interview mit Cocca, T., 2009:1)

Wie bereits erwähnt, fand die Wirtschaftskrise ihren Ausgang in den USA durch die „fahrlässige“ Kreditvergabe an beinahe mittellose HausbauerInnen. Diese hofften, dass die Immobilienpreise steigen würden und sie auf diese Weise schnell Geld verdienen könnten. Schließlich aber sind die Immobilienpreise gefallen und die Zinssätze angestiegen, was eben wesentlich zur Krise beigetragen hat. Die Krise weitete sich auf die ganze Welt

aus, weil die Forderungen an die genannten HausbauerInnen zu Wertpapieren gebündelt und weltweit verkauft wurden (vgl. Schulmeister, St., Lunch Lectures, 25.03.2009).

Im Zusammenhang mit der Risikoeinschätzung werden auch Ratingagenturen erwähnt, die sicherlich auch ihren Teil zu der jetzigen wirtschaftlichen Krise beigetragen haben. Die Ursache wird als Mix von mehreren Faktoren, die sich kumuliert haben, gesehen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:19). „*International gesehen fehlen im Wesentlichen noch Regelungen für die Rating-Agenturen. Diese agieren ohne Aufsicht, haben aber mit ihren Expertisen einen extremen Einfluss.*“ (Interview mit Haushofer, G., 2009:4)

Unerlässlich sei auch die Unterscheidung zwischen Ursache und Auslöser. Als Auslöser dieser Wirtschaftskrise kann man sehr wohl die Banken bezeichnen. Als dahinter liegende Ursache sieht beispielsweise Manfred Holztrattner, ehemaliger Generaldirektor Raiffeisen Salzburg und Autor von *Macht ohne Moral*, ein völlig falsches Wirtschaftssystem und zwar das liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem: Die Ziele einer Unternehmerin oder eines Unternehmers sollen sich nicht nur auf Einkommens- und Gewinnmaximierung beschränken, auch die soziale Verantwortung muss Berücksichtigung finden. Ein(e) UnternehmerIn muss in der Lage sein, alle moralischen Verantwortungsparameter zu vereinigen (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009).

Nach Meinung von Isidor Pichler (Bank Austria) ist auch der Zeithorizont, indem ein(e) InvestmentbankerIn Gewinne erzielen soll, zu kurz gesetzt. Hier wird kritisiert, dass die InvestmentbankerInnen mit Boni bezahlt werden und daher in kürzester Zeit einen bestimmten Profit machen müssen (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:5).

Stephan Schulmeister vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) unterscheidet zehn Komponenten des Krisenaufbaus (vgl. Schulmeister, St., Lunch Lectures, 25.03.2009):

1. Boom der Immobilienpreise in den USA, welcher das erste Absturzpotenzial aufgebaut hat.
2. Kredite gegenüber Häuselbauer wurden gebündelt und verkauft. Da kein echtes Weltwährungssystem besteht, wird der US-Dollar als Weltwährungersatz gehandelt und somit ist es den USA möglich, sich grenzenlos zu verschulden.
3. Durch den Aktienboom zwischen den Jahren 2003 und 2007 wurde ein zweites Absturzpotenzial aufgebaut.
4. Zu dem Zeitpunkt, als in den USA die Zinsen gestiegen und gleichzeitig die Immobilienpreise gefallen sind, brach die Subprime-Krise aus.
5. Als im Sommer 2007 die Krise ausbrach, wurde viel in Rohstoffderivate investiert, was eine Verdoppelung der Rohstoffpreise mit sich brachte.
6. Die Zinsen in den USA wurden massiv gesenkt, was in Europa hingegen nicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) geschah. Eine asymmetrische Geldpolitik war die Folge.
7. Durch die schlechte Wirtschaftslage in Europa wird man sich bewusst, dass man vor einer Rezession steht.
8. Diese Erkenntnis löst eine Bankenkrise aus.
9. Die Entwicklungsländer sind in US-Dollar verschuldet. Der Wechselkurs des US-Dollars beginnt wieder zu steigen, aber auch der Zinssatz.
10. Der Verfall der Aktienkurse und Rohstoffpreise wird durch Derivatspekulationen wieder verstärkt.

#### INFOBOX 4: Derivate

Darunter werden Instrumente bezeichnet, deren eigener Wert vom Marktpreis eines oder mehrerer anderer Finanztitel abgeleitet wird. Derivate sind Forderungsrechte über die künftige Lieferung oder Abnahme von bestimmten Vermögenswerten, in denen das Unternehmenskapital veranlagt ist (Mittelverwendung) wie beispielsweise von Wertpapieren oder Devisen - und zwar zu einem festen, zuvor vereinbarten Preis (vgl. OeNB, 2009f:o.S.).

Von den oben genannten zehn Komponenten werden von der Öffentlichkeit allerhöchstens drei wahrgenommen, nämlich die Immobilienkrise, die Niedrigzinspolitik in den USA und die Bankenkrise. Laut Stephan Schulmeister hätte der Staat mehr eingreifen sollen, deshalb sei dieser an der Krise nicht völlig unbeteiligt gewesen. Außerdem ist - seiner Meinung nach - der Blick zu sehr auf das Ereignis gerichtet und weniger auf den Prozess, der dieser Krise vorausgegangen war. Außerdem wird in diesem Zusammenhang auch die Schuld am individuellen Fehlverhalten der Banker gesucht, ohne den systemischen Charakter zu bedenken (vgl. Schulmeister, St., Lunch Lectures, 25.03.2009).

## Die Betroffenen

Da durch die Finanzmarktkrise alle Asset-Klassen, also nicht nur der Aktienmarkt, sondern auch der Rohstoffmarkt, Anleihen, der Immobilienmarkt etc. betroffen sind, berührt die Krise allmählich sehr viele Menschen. In Amerika hat sich die Finanzmarktkrise drastisch auf die HausbesitzerInnen ausgewirkt. In der Zwischenzeit hat sich die Finanzmarktkrise zu einer Wirtschaftskrise ausgeweitet, da nun auch eine Erhöhung der Arbeitslosenrate zu verzeichnen ist. Diejenigen, die am schnellsten betroffen sind bzw.

noch sein werden, sind jene, die den unteren sozialen Schichten angehören sowie weniger qualifizierte Personen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:8). „Die Stimmung ist derzeit stark von Unsicherheit und Ängstlichkeit geprägt. Die einen sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes beziehungsweise den Bestand ihres Unternehmens, die anderen haben Angst um den Wert ihres Vermögens aufgrund von möglicher Hyperinflation.“ (Interview mit Haushofer, G., 2009:1)

## Banken

Bankenexperte Cocca ist der Ansicht, dass „es die bekanntesten Namen sind und es im Prinzip relativ einfach sei: Die Banken, die ein großes internationales Geschäft haben, sind von der Krise betroffen.“ Beim reinen Österreich-Geschäft hingegen hat die Krise noch keine Spuren hinterlassen. Es geht um internationale Aktivitäten. Das eine ist Osteuropa und das andere die direkte Verbindung zum US-amerikanischen Markt. Dort gab es auch österreichische Banken, die direkt Wertpapiere gekauft haben und das sind im Wesentlichen die Banken mit einem stark internationalen Fokus. Die rein heimischen Banken, das sieht man in jedem europäischen Land, sind von der Krise kaum betroffen. Es geht hier wirklich um die Großbanken und um solche, die im Immobiliensektor enorm exponiert gewesen sind (vgl. Interview mit Cocca, T., 2009:4).

Zu den von der internationalen Krise am stärksten in den Blickpunkt gerückten Banken zählen vor allem jene, die in Osteuropa investiert haben. Gleichzeitig wird betont, dass diese erhöhten Risiken aber von den Banken sehr wohl „gestemmt“ werden könnten (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:14).

## Privatkunden

Im Privatbereich hat es besonders jene getroffen, die ihre Sparprodukte in Form von Aktien oder Investmentfonds veranlagt haben. Der Konkurs von Lehman Brothers war ein wesentlicher Faktor, da anschließend große Panik herrschte und die Kurse äußerst schnell in den Keller gefallen sind (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:4).

Da die EZB die Leitzinsen als Maßnahme für die Stabilisierung der Wirtschaft gesenkt hat, sind nun die SparerInnen aufgrund der niedrigen Sparzinsen die Leidtragenden. Banken müssen aufgrund der Kreditrichtlinien die Zinsvorgaben der EZB auch weitergeben, somit profitieren die privaten KreditnehmerInnen auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite erhalten die SparerInnen kaum Zinsen auf dem Sparbuch (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:4).

*„Wenn man denkt, es wird nicht so schlimm und dann wird man auf dem falschen Fuß erwischt, dann sind das genau die Kreise, die wir ansprechen, die vielleicht nicht soviel gespart haben, die nicht ein Großvermögen haben, die trifft es am schlimmsten. Dafür plädiere ich für Ehrlichkeit, sodass jeder sich in Ruhe Gedanken machen kann, wie will ich mich vorbereiten auf so eine Krise. Ich denke, das ist ganz ganz wichtig.“* (Interview mit Coca, T., 2009:3)

## Unternehmen

Claus Raidl, Notenbank-Generalrat, Böhler-Uddeholm-Chef und Wirtschaftsberater, ist davon überzeugt, dass die Wirtschaft heuer nicht um 2,2 bis 2,7% schrumpfen wird, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute kürzlich

prognostizierten, sondern um 3 bis 4%. Auch 2010 werde es noch eine Rezession geben. Diese Ansicht teilt Raidl mit der von ihm häufig kritisierten Industriellenvereinigung (IV). Die Industrieproduktion ist in nur einem Quartal beinahe um ein Viertel eingebrochen. Im Jänner 2009 beklagt die heimische Industrie 29,6% weniger Aufträge als vor Jahresfrist. Nach Meinung von Industrie-Chefökonom Christian Helmenstein hätte man eine ganze Dekade industrieller Expansion verloren. Das verspricht auch nichts Gutes für den Arbeitsmarkt, dort erwartet man erst im zweiten Quartal 2010 den absoluten Tiefpunkt. Das Schlimmste stehe noch bevor (vgl. Die Presse, 31.03.2009).

„Das Ergebnis des fatalen Cocktails aus schwacher Nachfrage, knapper Kreditpolitik der Banken und dünner Kapitaldecke: Im ersten Quartal 2009 wurden um 27% mehr Insolvenzverfahren eröffnet. Im Klartext bedeutet das, dass täglich mehr als zehn Firmen vor dem Konkursrichter landen.“ Zudem wird vom Kreditschutzverband (KSV) darauf hingewiesen, dass die Trendwende bei den Insolvenzen nicht erst 2009, sondern schon zu Jahresmitte 2008 eingesetzt hat. Vor allem Immobilienfirmen, MaklerInnen und BeraterInnen sowie Investmentgesellschaften sind von der Pleitewelle am meisten betroffen, laut KSV eine direkte Folge der Finanzkrise. Die Privatkonkurse hingegen stiegen im ersten Quartal nur um 3% (Die Presse, 27.03.2009).

## Eine Krise der Reichen?

Von 1975 bis 2005 hat sich die Geldmenge in Amerika vervierzigfacht, da eben mehr Geld in die Wirtschaft gebracht wurde als Waren. Dies geschah meist über Spekulationen, welche im Zeitverlauf immer größere Dimen-

sionen angenommen haben, was dazu führte, dass sehr viel Geld an relativ wenige Menschen geflossen ist. Folglich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009).

Die Krise hat ihren Ursprung also in der Hochfinanz. Sehr Reiche haben in absoluten Zahlen natürlich sehr viel Geld verloren. Die Vermögenden sind bis jetzt von der Krise am stärksten betroffen gewesen, nur, es ist auch absehbar, dass sich die Krise ausweitet und je länger sie dauert, desto mehr werden breitere Kreise betroffen sein. So bald ein größeres Arbeitslosenproblem besteht - und davon kann ausgegangen werden - wird die Krise vor allem die „Durchschnittsbürger“ betreffen. *„Natürlich ist das sehr bedauerlich, dass ein ursprünglich relativ kleines Problem zu einem globalen Phänomen geworden ist.“* Laut Bankenexperte Cocca ist das aber auch ein Moment, wo man als BankerIn auch dafür gerade stehen sollte: *„Ich meine das jetzt nicht nur im monetären Sinn. Es geht auch darum, glaubwürdig zu sein und zu sagen, ja, wir haben einen Fehler gemacht und das tut uns leid. Eine Entschuldigung wäre vielleicht auch angebracht, aber das hat bis jetzt gar niemand gemacht. Ich glaube nur, das würde die Volksseele sehr beruhigen.“* (Interview mit Cocca, T., 2009:2)

In diesem Zusammenhang sind sicherlich die Entwicklungsländer am schlimmsten betroffen, da diese nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um soziale Folgen aufgrund der Krise abfedern zu können (vgl. OÖ Nachrichten, 10.03.2009:9).

## Auswirkungen

### Allgemeine Stimmungslage

In einer Volkswirtschaft erfüllen Banken eine Schlüsselrolle, denn sie stellen das Rückgrat einer Wirtschaft dar. Damit verbunden ist auch eine Verantwortlichkeit in regionalen, lokalen und volkswirtschaftlichen Bereichen. Diese Verantwortung wird als moralischer Begriff gesehen, den man von der Wirtschaft nicht trennen kann (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009).

*„Nun, in Zeiten der Krise werden die Prioritäten anders gereiht, da die Sicherheit im Vordergrund steht. Das heißt, man fokussiert wieder mehr, das Risiko so gering wie möglich zu halten und weniger auf die Höhe der Renditen zu achten.“* (Interview mit Schiffler, Ch., 2009:10).

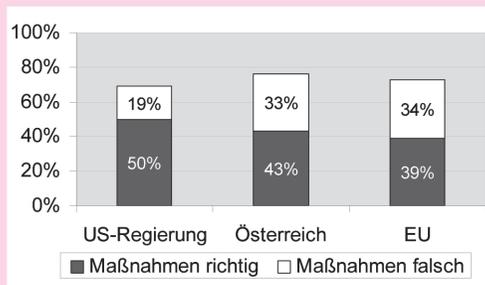
Laut Günther Ott, Leiter des Geschäftsbereiches Hauptplatz der Oberbank Linz, ist die Stimmung bei den KundInnen und MitarbeiterInnen sehr unterschiedlich, zum großen Teil aber positiv. Einerseits bei der Belegschaft, weil die natürlich weiß, wie es um das Haus steht, andererseits bei den KundInnen: *„Wir haben durch den Krisenbeginn im Oktober letzten Jahres rasante Zuwächse gehabt. Angst ist teilweise mit da, sodass Goldkäufe zunehmen. Das merkt man natürlich bei den Anlegern, aber grundsätzlich ist die Stimmung gut und die Medienberichterstattung ist wesentlich dramatischer als die Realität bei uns im Alltagsgeschäft. Im Verkauf, Vertrieb und Kundenbetreuungsbereich wird die Aufklärungs- und Informationspflicht wesentlich intensiver. Der Unsicherheit von KundInnen kommt man entgegen, indem man mehr Gespräche führt. Aber es hängt auch von der persönlichen Einstellung und dem Informationsgehalt ab. Da unsere MitarbeiterInnen gut ausgebildet sind, gibt es hier keine zusätzlichen Hausauf-*

gaben.“ (Interview mit Ott, G., 2009:1)

Market wollte von den ÖsterreicherInnen wissen, wer die richtigen Maßnahmen setzt, um die Wirtschaftskrise zu beenden und ob die künftige Wirtschaftslage positiv oder pessimistisch eingeschätzt wird. Dazu führte das Marktforschungsinstitut mehr als 1.000 Telefoninterviews durch (vgl. Market, 2009:o.S.):

- Die Zustimmung zu den Maßnahmen der EU ist in der Bevölkerung nicht stark ausgeprägt bzw. halten sich Zustimmung und Ablehnung beinahe schon die Waage: 39% Zustimmung vs. 34% Ablehnung machen deutlich, dass der Kurs der EU von der österreichischen Bevölkerung im Gegensatz zu den Maßnahmen der US-Regierung als wenig effektiv wahrgenommen wird.

**Darstellung 6 : Bewältigung der Wirtschaftskrise**

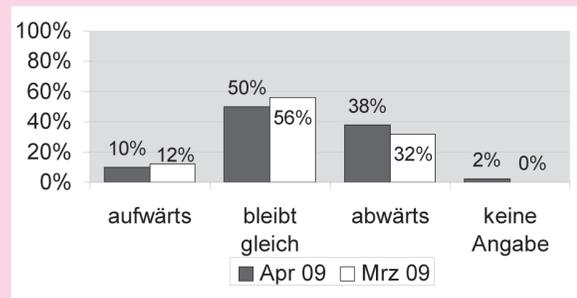


Quelle: vgl. Market, 2009:o.S.

- Aufgrund der letzten Wirtschaftsprognosen sinkt auch die Einschätzung der Österreicherinnen und Österreicher über die kommende

Wirtschaftsentwicklung, die tendenziell noch pessimistischer wurde: Nur jede/r Zehnte glaubt, dass sich die Wirtschaft nach Ostern wieder erholen wird und der Anteil der PessimistInnen nimmt weiter zu. Im März waren noch 32% der Meinung, dass es mit der Wirtschaft weiter bergab gehen wird, Anfang April sind es bereits 38%.

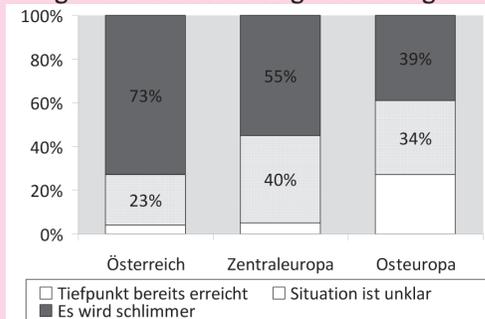
**Darstellung 7 : Wirtschaftslage nach Ostern**



Quelle: vgl. Market, 2009:o.S.

Im Zuge einer Marktstudie von Roland Berger wurden im November 2008 über 250 Führungskräfte aus Österreich und Mittel- und Osteuropa zu den Auswirkungen der Finanzkrise online befragt: Österreichische ManagerInnen zeigten sich bei dieser Umfrage sehr pessimistisch. Rund 73% sind der Meinung, dass sich die wirtschaftliche Lage in Österreich verschlechtern wird, im Gegensatz dazu wird die Lage in Zentraleuropa (55%) und Osteuropa (39%) nicht gar so schlecht gesehen (vgl. Roland Berger, 2008:10).

**Darstellung 8 : Wirtschaftliche Lage aus ManagerInnen-Sicht**



Quelle: vgl. Roland Berger, 2008:10

## Kontrollmechanismen

Rückwirkend kann man sagen, dass die Kontrollmechanismen nicht ausreichend waren. Dies kann man unter anderem darauf beziehen, dass die Ratingagenturen großteils eine besonders mächtige Position eingenommen haben. Professionelle InvestorInnen haben sich zu sehr auf die Aussagen der Ratingagenturen verlassen und danach ihre Entscheidungen getroffen. So liegt auch eine Teilverantwortung bei den InvestorInnen. Es wurde verabsäumt, die Bewertungsmethode und die damit verbundene Qualität der Ratingagenturen kritischer zu hinterfragen. Aber nicht nur die InvestorInnen, sondern auch die Organe der Finanzmarktkontrolle agierten oft nur sehr zahnlos und langsam (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:18f).

*„Ratingagenturen haben die ganze Immobilienkrise genauso wie Osteuropa pauschal zu negativ gesehen. Österreich wurde das Triple-A-Rating*

*abgesprochen. Die Ratingagenturen haben einfach zu viel Macht, es gibt auch zu wenige Agenturen. Generell sind die MitarbeiterInnen zu jung, beziehungsweise mangelt es an kompetenten Personen mit langjähriger Erfahrung. [...] Man sieht ja, dass die Kontrollmechanismen ausreichen würden, jedoch müssen sie auch umgesetzt werden. Was bei der Bank Austria zum Beispiel nicht der Fall war“ (Interview mit Ott, G., 2009:3)*

Es müssen entsprechende Kontrollmechanismen und Instrumente national und international vorhanden sein, um die Heftigkeit solcher Krisen künftig früher zu erkennen und damit von Anfang an besser gegensteuern zu können. Mit ein Grund für die - von Fall zu Fall - unzureichenden Kontrollmechanismen ist auch, dass manch ein/e ManagerIn einfach zu viele unterschiedliche Positionen in sich vereint (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:13f).

Die Anzahl der Kontrollstellen hält Bernhard Sommerauer, Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter der Volksbank Linz und Mühlviertel für ausreichend, über die Methoden allerdings könne man diskutieren. Basel II sei derzeit kontraproduktiv. Er stellt sich zudem die Frage, ob die fachliche Personalausstattung in den Aufsichtsgremien gegeben ist und weist auf die sehr formale Prüfung hin (vgl. Interview mit Sommerauer, B., 2009:2).

In Bezug auf diverse Kontrollmechanismen wird von Manfred Holztrattner bemängelt, dass zu wenig bis überhaupt nicht kontrolliert wurde (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009). Isidor Pichler von der Bank Austria hingegen kritisiert, dass die Kontrollmechanismen zum Teil sehr komplex und unverständlich seien. Im Hinblick darauf muss die Politik unbedingt unabhängige Kontrollmechanismen oder Regeln schaffen (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:5).

### INFOBOX 5: Basel II

Basel II stellt eine neue Eigenkapitalvereinbarung für Kreditinstitute zum Zweck der Risikovorsorge dar. Die Baseler Rahmenvereinbarungen werden durch drei Säulen gegliedert (vgl. Deutsche Bundesbank, 2009:15ff):

Säule 1: Hierbei sind Mindestkapitalanforderungen, welche eine Eigenkapitalunterlegung für diverse Risiken, beinhalten. Damit Eigenkapitalanforderungen bestimmt werden können, muss der Risikobereich, in dem sich das Kreditinstitut bewegt, festgelegt werden. Anschließend können verschiedene Ansätze der Risikomessung angewendet werden, welche in die Baseler Rahmenvereinbarung übernommen worden sind.

Säule 2: Es wird das Gesamtrisiko eines Kreditinstituts genauso wie wesentliche Einflussfaktoren im Hinblick auf dessen Risikosituation eingeschätzt.

Säule 3: Hier werden die Offenlegungspflichten der Institute erweitert.

## Kreditklemme

Im Hinblick auf die Kreditvergabe muss erwähnt werden, dass in Oberösterreich nach Meinung Christian Schifflers kein Rückgang im Kreditvolumen zu verzeichnen ist. Allerdings haben sich im Rahmen der Kreditvergabe die Konditionen verändert. Das heißt, Unternehmen müssen jetzt deutlich höhere Kreditaufschläge zahlen als noch vor zwei Jahren. Obwohl der Leitzinssatz gesenkt wurde, sind die Refinanzierungskosten gestiegen, was wiederum die Kreditzinsen erhöht, weil die Banken diese Kosten auch weitergeben müssen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:4).

Auch nach Isidor Pichlers Meinung herrscht keine Kreditklemme, da sich die Kreditrichtlinien im Privatbereich im Grunde nicht geändert haben. So werden die Berichte der Medien über eine bestehende Kreditklemme demontiert. Durch die Leitzinsenkung durch die EZB haben sich die Konditionen geändert, was im Privatkundenbereich für KreditnehmerInnen einen Vorteil darstellt. Es wird allerdings betont, dass man eine strikte Unterscheidung zwischen Unternehmen und PrivatkundInnen treffen muss, da hier jeweils andere Kriterien gelten (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:1).

Den Medien zufolge wurde der Leitzins zwar drastisch gesenkt, doch besteht weiterhin das Problem der zu geringen Kreditvergabe. Nach Bank Austria-Firmenkundenchef Bernkopf stellt das größte Problem das Liquiditäts- und Risikomanagement dar. In einigen Bereichen ist es auch seitens der Banken schwierig einzuschätzen, wie Unternehmen finanziell über die Runden kommen. Es wird diesbezüglich oft nur sehr kurzfristig geplant und die Bank Austria wird somit auch immer vorsichtiger. Bernkopf betont in diesem Zusammenhang, dass sich ihre Bonitätskriterien nicht verändert haben, sondern vielmehr der Anstieg der Liquiditätskosten, aufgrund derer sich die Bank wieder refinanziert. Dieser Anstieg stellt einen wesentlichen Beitrag bezüglich der teuren Kredite dar und weniger die Senkung des Leitzinssatzes oder der Referenzzinssätze. Betreffend der Staaten in Osteuropa werden, wie auch von anderen Banken, weiterhin nur Vorteile betont (vgl. Maschner/Neumüller, OÖ Nachrichten, 2009:10).

Betreffend der Kreditvergabe wird laut Ludwig Scharinger (RLB-OÖ) die „Spreu vom Weizen“ getrennt, da es für Unternehmen, die in guten Zeiten keine entsprechenden Ergebnisse zustande brachten, auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten schwierig wird, einen Kredit zu erhalten. Des Weiteren kann hier auch unterschieden werden, ob ein Unternehmen eine Hausbank

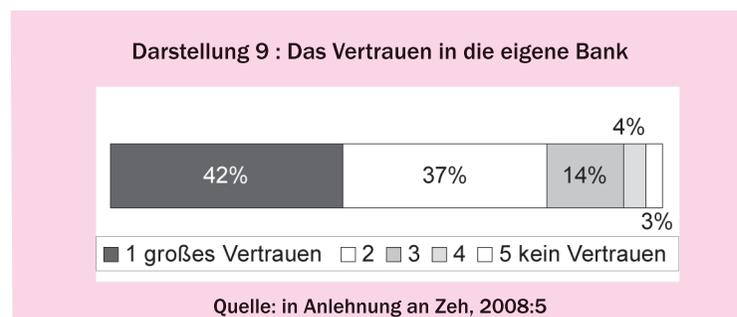
hat oder nicht. Die Hausbank wird meist versuchen, die Firma so gut es geht zu unterstützen (vgl. Leitner/Unterhuber, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.).

Die RLB OÖ weist ein Wachstum im Kreditvolumen auf: Dieses stieg 2007 um 25%, im Vorjahr gar um 32,8% und selbst der Jänner 2009 wies ein Plus aus. Für die Jahre 2010 und 2011 rechnet Ludwig Scharinger mit einem abermaligen Wachstum. Auch Helmut Bernkopf, zuständig für das Firmenkundengeschäft bei der Bank Austria ist der Meinung, dass es keinen Engpass in der Unternehmensfinanzierung gibt. Die heimischen Banken hätten im Vergleichszeitraum im Jahr 2008 um 8,3% mehr Firmenkredite vergeben als 2007 (vgl. Wirtschaftsnachrichten Donauraum, 2009:31ff).

Eine von der Wirtschaftskammer in Auftrag gegebene Market-Umfrage, die die Einschätzung durch die betroffenen UnternehmerInnen zeigen soll, bestätigt die Aussagen der BankmanagerInnen: Zwischen 23. und 26. Jänner 2009 wurden 503 Unternehmen detailliert über Finanzierungen, Kredite und das Verhalten ihrer Hausbanken befragt. Dabei erklärten 87% der befragten Unternehmen, sie hätten keine Probleme mit der Kreditbeschaffung, nur 7% bestätigten Probleme. Demnach sind fast 80% der befragten Unternehmen auch mit ihrer Hausbank in Finanzierungsangelegenheiten zufrieden, nur 14% äußerten sich negativ. 30% gaben an, dass die Zinsen gleich geblieben seien. 16% gaben an, derzeit sogar weniger zu bezahlen. Jedoch stagnieren zurzeit Großfinanzierungen. Die langfristige Finanzierung von Großprojekten sei deshalb schwieriger geworden, weil sich die Banken selbst nur kurzfristig refinanzieren können. Betroffen sind in diesem Zusammenhang vor allem Industriebetriebe (vgl. Wirtschaftsnachrichten Donauraum, 2009:31ff).

## Imageverlust

Das Image der Banken leidet sehr wohl unter der Krise, wobei man diesen Vertrauensverlust zum Teil selbst verschuldet hat. Generell hat jedoch das Vertrauen in die eigene Hausbank unter der Krise sehr wenig gelitten (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:21), denn „Bankkunden haben das Vertrauen zur Person, nicht zur Institution!“ (Interview mit Ott, G., 2009:6).



Die Medien spielen in Zeiten der Wirtschaftskrise eine wesentliche Rolle, da sie ihren Einfluss in verschiedene Richtungen ausüben können. Im Hinblick auf die Stimmung an den Finanzmärkten und in der Wirtschaft sind die Medien ein nicht zu unterschätzender Faktor (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:10).

Studierende im Bereich der Finanzwirtschaften werden sich künftig überlegen müssen, ob sie dieses Berufsfeld wählen oder nicht. Die Verunsicherung ist schon jetzt zu spüren. Doch gerade in der mittel- und längerfristigen Sicht braucht es noch mehr gute BankerInnen. Dieser Meinung ist zumindest Professor Cocca, aber kurzfristig ist der Arbeitsmarkt in der Bankenwelt gerade für junge Menschen eher unzugänglich. Gerade jene, die aktuell

von der Universität abgehen, werden jetzt große Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden. Die Bankenwelt ist von der Krise sehr stark getroffen. Es werden schon Arbeitsplätze abgebaut oder zumindest Einstellungsstopps verhängt (vgl. Interview mit Cocca, T., 2009:3).

Im Laufe der Zeit haben sich - so scheint es - die zentralen Aufgaben der Banken etwas verändert. Nach Meinung von Holztrattner sollen Banken als Ort des Vertrauens fungieren und in wirtschaftlich schlechten Zeiten zur Stabilisierung beitragen. Allerdings werden diese Aufgaben von Profiten und Gewinnen verdrängt, womit eine Umkehr der Werte stattgefunden hat (vgl. Holztrattner, M., Lunch Lectures, 18.03.2009).

## Maßnahmen

Maßnahmen seitens der Geldpolitik, wie zum Beispiel Leitzinssenkungen durch die Zentralbanken, und seitens der Fiskalpolitik über die Regierungen wurden relativ gleichzeitig gesetzt. Die Sicherung der Anleihen durch die Garantie des Staates Österreich sowie die Bankenhilfspakete waren wichtige und notwendige Maßnahmen. Es wurde versucht, das Vertrauen der KundInnen so schnell wie möglich wieder aufzubauen bzw. zu halten. Man wollte unbedingt eine Vertrauenskrise bzw. Panik vermeiden und durch diese Maßnahmen die Wirtschaft stabilisieren. Eine zentrale Aufgabe der Banken ist es, die Wirtschaft mit Liquiditäten und Krediten zu versorgen. In weiterer Folge muss der Staat auch genau abwägen, in welchen Bereichen es sich noch lohnt zu intervenieren und wo eine „Gesundschumpfung“ möglicherweise sinnvoller – wenn auch schmerzhafter – wäre. Es stellt sich daher auch die Frage, inwieweit und vor allem wo der Staat eingreifen soll (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:25).

Als positiv wird angemerkt, dass Maßnahmen nicht nur hinsichtlich der Geldpolitik gesetzt werden, sondern dass auch die Nachfrageseite stimuliert werden soll, indem sinnvollerweise in Bildung oder Infrastrukturmaßnahmen investiert wird (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:26).

Ludwig Scharinger (RLB ÖÖ) verlangt die Koordination der Notenbanken zu verbessern, um Spekulationen zu dämpfen anstatt zu fördern. So soll auch dafür gesorgt werden, dass die osteuropäischen Währungen zum Euro in einem bestimmten Spielraum bleiben und die Einführung des Euros in diesen Ländern ein mittelfristiges Ziel darstellt. Dem Grunde nach wird davon ausgegangen, dass Kreditausfälle von 7 bis 10% äußerst unwahrscheinlich sein werden, da die Banken ausreichend vorgesorgt haben und sie dies wahrscheinlich auch noch tun werden (vgl. Leitner/Unterhuber, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.). Dieser Meinung ist auch Christian Schiffler: Für manche osteuropäischen Länder ist es jetzt von besonderer Bedeutung, dass man diese so rasch wie möglich in den europäischen Währungsmarkt integriert, um für Stabilität zu sorgen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:23).

Claus Raidl fordert ebenso, dass die Ratingagenturen einen Befähigungsnachweis erbringen müssen, wie das bei den Wirtschaftsprüfern üblich ist. Ratingagenturen, Hedge-Fonds und Steueroasen sind nur drei von insgesamt fünfzig Punkten, die auch beim G20-Gipfel in London auf dem Tisch lagen. Ziel ist die Neugestaltung eines globalen Finanzsystems, genauer genommen eine Destabilisierung hoch spekulativer Anlagestrategien. Hier geht es auch um die Funktion der Hedge-Fonds. Diese hätten laut Christian Felber, Attac Österreich, eine enorme Schadwirkung. Dem entgegenet Christian Baha, Eigentümer von Superfund, dass 50.000 Kunden in den letzten 13 Jahren eine Rendite von über 13% erhalten hätten. Aktien haben im letzten Jahr zwischen 60 und 70% verloren, die Immobilienfonds bis zu 90% an Wert eingebüßt (vgl. Zeit im Bild 2, 31.03.2009).

Den Mut zu haben, einmal konträre Sichtweisen zu formulieren und diese auch zu vertreten, das wäre laut Bankenexperte Cocca das beste und wünschenswerteste Risikomanagement. Auf dem Weg zur Krise gab es natürlich auch „Warner“, die aber letztendlich nur belächelt wurden. *„Die Frage an das System ist, ob wir es zulassen, dass Einzelne sich kritisch äußern, diese Meinungen auch wahrgenommen werden und diese Leute nicht an den Pranger gestellt werden, weil sie versuchen, nicht so wie die Herde zu denken.“* (Interview mit Cocca, T., 2009:1)

Bernhard Sommerauer (Volksbank Linz und Mühlviertel) sieht in der „Überregulierung“, dem hohen administrativen Aufwand und der hohen zu erwartenden Verschuldung die größten Schwierigkeiten. Trotz der aktuellen Probleme würde es aber auch Chancen für Österreich geben, die in der guten Ausbildung, einem guten Mittelstand sowie Osteuropa als Zukunftsmarkt zu sehen sind. Generell ist man der Meinung, dass Optimismus, die Regulierung der Kapitaltransfermöglichkeiten, eine Einschränkung der Spekulationen, staatliche Konjunkturprogramme sowie Garantiefonds für Finanzierungen helfen könnten der Krise entgegen zu wirken (vgl. Interview mit Sommerauer, B., 2009:2).

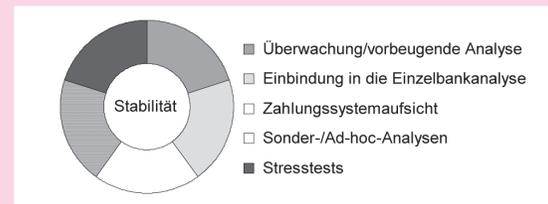
## Bankenaufsicht in Österreich

Mit 1. Jänner 2008 wurde zur Steigerung der Effizienz und Präzision eine Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Österreich beschlossen. Bis Jahresende 2007 waren sowohl die Österreichische Nationalbank (OeNB) als auch die Finanzmarktaufsicht (FMA) für Bankanalysen und -prüfungen zuständig. Durch das neue Gesetz können sich die beiden Institutionen besser auf ihre jeweilige Kompetenz konzentrieren. Die OeNB wird dadurch

zum Prüf- und Analyseorgan, während die FMA als berechnigte Administration aufgrund der von der OeNB zur Verfügung gestellten Beurteilungen tätig wird (vgl. OeNB, 2009a:o.S.).

Im Mittelpunkt des Interesses der OeNB liegt die Stabilität der österreichischen Finanzmärkte. Schwerpunkt aller Aktivitäten zur Beobachtung der Finanzmarktstabilität ist die fortlaufende Analyse des Finanz- und Bankenplatzes, sei es durch die operative Durchführung der Bankenaufsicht oder Tätigkeiten, die direkt oder indirekt zur Finanzmarktstabilität beitragen. Unter so genannten Sicherungssystemen der Stabilität versteht die OeNB die Überwachung und vorbeugende Analyse der internationalen Finanzmärkte, die Schaffung eines Informationssystems, Einzelbankanalysen, eine Zahlungssystemaufsicht, Bankprüfungen im Anlass- bzw. Verdachtsfall sowie Stresstests (vgl. OeNB, 2009:o.S.).

**Darstellung 10 : Sicherungssysteme der Stabilität**



Quelle: in Anlehnung an OeNB, 2009: o.S.

Der wichtigste Beitrag der Finanzmarktaufsicht (FMA) hingegen ist der Verbraucher-, Anleger- und Gläubigerschutz. Zudem wird über die Solvabilität und Einhaltung der gesetzlichen Verhaltensregeln bei Banken, Versicher-

ungen, Pensionskassen und Wertpapierdienstleistungsunternehmen gewacht und für Transparenz und Fairness am österreichischen Kapitalmarkt eingestanden. "Um die einer Aufsichtsbehörde gebotene Äquidistanz zu allen Marktteilnehmern zu wahren, hat die FMA keinerlei rechtliche Handhabe, Beschwerdeführern bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche behilflich zu sein." (FMA, 2009a:o.S.)

#### INFOBOX 6: Stresstest

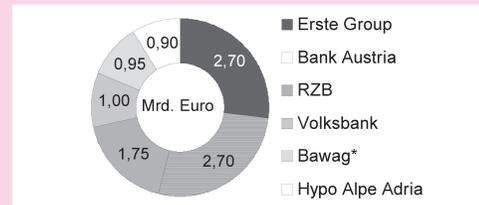
Diese haben ihren Ursprung im Risikomanagement von Banken und dienen zur Quantifizierung des möglichen Wertverlustes eines Portfolios unter einem Krisenszenario. Bei einem Stresstest werden die Auswirkungen einer drastischen Veränderung der Situation am Kapitalmarkt simuliert und ihre Auswirkung auf Investitions-Portfolios bzw. Cash Flows von Banken, Fonds oder Versicherungsgesellschaften analysiert. Beispiele für Krisenszenarien könnten steigende/fallende Zinsen oder Wechselkurse, ein Börsencrash, Veränderungen der Rohstoffpreise, eine wirtschaftliche Rezession mit Insolvenzen und Kreditklemmen sein (vgl. OeNB, 2009e:o.S.).

## Bankenpakete

Mittlerweile nehmen beinahe alle österreichischen Großbanken einen Teil des - von der Regierung zur Verfügung gestellten - Bankenpakets in Anspruch. In erster Linie geht es darum, durch eine Aufstockung des Eigenkapitals wettbewerbsfähig zu bleiben. Indirekt, so die Meinung der befragten ExpertInnen, profitieren schließlich alle Banken von den Bankenhilfspaketen, da es eine vertrauensbildende Maßnahme für den ganzen Sektor darstellt. Selbstverständlich müssen die Banken für dieses staatliche Partizipationskapital entsprechend Zinsen zahlen (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:17f).

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Aufteilung des Unterstützungspakets von Österreichs Banken. Der Großteil der Gelder steht dabei für eine staatliche Garantie, dass Banken einander wieder Geld leihen (vgl. oe24, 2009:o.S.).

**Darstellung 11 : Bankenpaket im Überblick**



Quelle: vgl. Kurier\*, 2009:o.S., Börse Express exklusiv, 2009:o.S.

Stimmen seitens der Bankenwelt kritisieren den - ihrer Meinung nach viel zu hohen - Zinssatz von 8 bzw. 9,3%. Der Staat würde das beste Geschäft machen. Eine Wirtschaftsblatt-Berechnung auf Basis der bisher genannten Summen für das Bankenhilfspaket ergibt: Allein aus den Dividendenzahlungen für das bereit gestellte Partizipationskapital könnte die Regierung in den nächsten fünf Jahren rund 1,4 Milliarden Euro lukrieren (vgl. Kreuzer/Fercher, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.).

#### INFOBOX 7: Zinssatz Bankenpaket

Es wird eine jährliche Dividendenausschüttung von mindestens 9,3% verlangt, jedoch kann die Ausschüttung auf 8% gesenkt werden, wenn am Ende der Laufzeit 110% zurückgezahlt werden oder 30% des Partizipationskapitals von Privaten stammt. Von den 30% darf ein Drittel von Altaktionären stammen, der Rest muss von dritter Seite kommen (vgl. Kreuzer/Fercher, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.).

Wie hoch die Einnahmen des Staates am Ende der Laufzeit tatsächlich sein werden, lässt sich aus heutiger Sicht natürlich nur ungefähr beziffern. Nicht zuletzt deshalb, weil die Dividenden von den erzielten Gewinnen der Bank-Institute abhängen. Wifo-Bankenexperte Franz Hahn schätzt die Aussichten skeptisch ein: „Krisen sind nie ein Geschäft für den Staat.“ (Kreuzer/Fercher, Wirtschaftsblatt, 2009:o.S.) Auch Professor Cocca ist skeptisch: „*Wenn das Geschäft wirklich so attraktiv ist, warum brauchte man dann den Staat und konnte es nicht über den Markt (Hedge-Fonds, etc.) finanzieren? Die hätten sich ja dann auf die Rettung dieser Banken gestürzt.*“ (Interview mit Cocca, T., 2009:6)

Um den 8%-Zinssatz vom Staat zu bekommen, bemühen sich jetzt Österreichs Großbanken auch um private AnlegerInnen. Die Erste Bank kündigte bereits an, dass sie bis zu 800 Millionen Euro bei privaten und institutionellen InvestorInnen platzieren wird. Auch Bank Austria-Chef Erich Hampel benötigt für sein Institut bis zu 2,7 Milliarden Euro, um durch die Krise zu kommen. Davon werde er sich 70% vom Staat und 30% von anderen InvestorInnen holen. Ähnliche Überlegungen gibt es bei der Raiffeisen Zentralbank (RZB). Doch AnlegerInnen sollten die Risiken bedenken, denn InhaberInnen von Partizipationskapital müssen das Geld fünf Jahre lang binden. Wenn die Bank Verluste macht bzw. keine Dividende ausschüttet, fällt die gesamte Verzinsung weg. Geht eine Bank in Konkurs, ist das gesamte Geld verloren (vgl. Höller, 2009:o.S.).

## Ankurbelung der Konjunktur

Fünf Milliarden Euro für die Konjunktur, 50 Milliarden Euro für Osteuropa und 75 Milliarden Euro für den Internationalen Währungsfonds (IWF): Mitte März 2009 haben die EU-Regierungschefs mit den Milliarden nur so um

sich geworfen. Bei genauerer Betrachtung der Zahlen, zeigt sich, dass die EU im Kampf gegen die Wirtschaftskrise nicht annähernd so viel Geld investiert wie die USA. Das stößt nicht nur in Washington, sondern auch bei vielen ExpertInnen in Europa auf herbe Kritik. Schon Wochen zuvor „pilgerte“ das österreichische Regierungsteam nach Brüssel mit der Bitte um mehr Geld für die gefährdeten osteuropäischen Staaten (vgl. Zeit im Bild 2, Bericht Schiefer 20.03.2009).

Die USA setzen vor allem auf staatliche Finanzspritzen und verlangen auch von den EuropäerInnen, dass sie im Kampf gegen die Krise mehr Geld in die Hand nehmen. Diese wollten aber erst einmal abwarten. Die Finanzmärkte sollen neu geordnet und viel mehr reguliert werden. Die Erwartungen sind enorm, schließlich galt es beim G20-Gipfel in London neue Spielregeln für die globale Finanzwelt aufzustellen: Gerade aus Sicht kleinerer Länder, die oft mehr betroffen sind, als sie selbst beeinflussen können (vgl. Zeit im Bild 2, 31.03.2009). „Die Wirtschaftskrise trifft einige EU-Länder in Osteuropa besonders hart. Zuletzt haben Ungarn und Lettland von der EU Geld benötigt. Auch Rumänien braucht dringend eine Finanzspritze. Dass genug Geld für solche Rettungsaktionen da ist, dafür hat der österreichische Bundeskanzler mitsamt Vizekanzler auch geworben. Jetzt wird der EU-Notfallfonds auf 50 Milliarden erhöht. Auch der IWF soll aus Sicht der EU verdoppelt werden.“ (Zeit im Bild 2, Bericht Schiefer, 20.03.2009)

Aufgrund der Vertrauenskrise zwischen den Banken entsteht ein Dilemma, denn die EZB versucht durch Leitzinssenkungen Liquidität zur Verfügung zu stellen. Problem hierbei ist, dass die Banken durch fehlendes Vertrauen eben diese nicht vollständig weitergeben. Diese Problematik kann erst dann gelöst werden, wenn die Kapitalausstattung der Banken aus ihrer Sicht wieder zufriedenstellend ist und schließlich die zusätzliche Liquidität wieder in die Wirtschaft fließt (Interview mit Schiffler, Ch., 2009:1ff).

Selbst der Chef der EZB, Jean-Claude Trichet, verbreitet keinen Konjunkturoptimismus mehr. Für ihn ist absolut klar, dass dieses Jahr ein sehr tiefer Abschwung kommen wird. Die Prognosen der meisten ÖkonomenInnen und auch die EZB sehen jedoch für 2010 eine zunehmende Verbesserung der konjunkturellen Lage. Die EZB kann die Zinsen nicht mehr sehr viel senken. Mit Mai 2009 wurden die Zinsen wiederum von 1,5% auf 1% gesenkt. Ein historischer Tiefstand: Das gab es noch nie zuvor in der Geschichte der Eurozone und seit dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Zeit im Bild 2, 12.03.2009).

## Produktanpassung im Finanzdienstleistungssektor

In Zeiten der Krise wird von den Banken versucht, eine umfassende Kommunikation und Information zu fördern. Die Sicherheit steht im Vordergrund, was auch immer mehr von den KundInnen gefordert wird. Im Hinblick auf die Fremdwährungskredite wird intensiv Informationsarbeit betrieben, da das Währungsrisiko momentan nur sehr schwer einzuschätzen ist. Durch diese Dienstleistungen wird laufend versucht, die KundInnen aufzuklären und bestmöglich zu beraten (vgl. Interview mit Schiffler, Ch., 2009:11f).

Nicht nur das fehlende Vertrauen, sondern auch das aktuelle Zinstief bewegt Österreichs Banken zu Handlungen. So versuchen diese durch Stufenzinsanlagen KundInnen zu gewinnen. Diese Angebote versichern fixe Zinszahlungen, die über einige Jahre auf 5 oder 7% ansteigen können. Unter anderem wurde auch eine Normalisierung der Zinskurve verzeichnet, was als Resultat des Vertrauens zwischen den Banken bezeichnet werden kann. Dies wirkt sich auch auf die SparerInnen aus, da man langfristig höhere Sparzinsen erhält (vgl. Zens, OÖ Nachrichten, 2009:12).

Die Nachfrage nach Krediten ist ziemlich stark zurückgegangen, genauso wie die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten. Man bevorzugt nun Kapitalsparbücher anstelle von Aktien (vgl. Interview mit Pichler, I., 2009:6). Das bestätigt auch die Hypo Oberösterreich: „Derzeit sind jene Produkte nachgefragt, die ein Höchstmaß an Sicherheit bieten. Das sind Spareinlagen sowie Bundes- und Wohnbauanleihen. Sprunghaft angestiegen ist in den vergangenen Wochen und Monaten auch der Trend zu Gold. Dies wird von vielen KundInnen als ‚sicherer Hafen‘ in Bezug auf eine extreme Geldentwertung angesehen.“ (Interview mit Haushofer, G., 2009:2)

### INFOBOX 8: Gold

„Einen gewissen Schutz gegen eine Geldentwertung können sicherlich ausgesuchte Aktien von substanzstarken Konzernen bieten. Der beste Inflationsgegner ist und bleibt aber Gold. In inflationären Krisenzeiten steigt der Wert des gelben Edelmetalls erfahrungsgemäß mindestens so stark wie das allgemeine Preisniveau, eher sogar stärker.“ (Scheid, Der Standard, 2009:o.S.)

Ende Oktober hat das österreichische Parlament das Konjunkturbelebengesetz 2008 beschlossen. Dieses beinhaltet weitreichende Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. In Summe wird für die österreichische Wirtschaft ein Volumen von rund 1 Milliarde Euro mobilisiert. Zahlreiche Maßnahmen in diesem Zusammenhang gehen von der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft m.b.H (AWS) aus. So wird der Kreditrahmen für zinsgünstige ERP-Kredite um 200 Millionen Euro pro Jahr erweitert. Damit sollen rund 600 Millionen Euro pro Jahr für zinsgünstige Investitionskredite zur Verfügung gestellt werden, die über die jeweilige Hausbank beziehungsweise Treuhandbank des ERP-Fonds eingereicht werden (vgl. AWS, 2009a:o.S.).

Diese ERP-Kredite sind günstiger als andere Kreditfinanzierungsformen und die Konditionen werden auf das jeweilige Projekt des Unternehmens abgestimmt. Der Fixzinssatz der ERP-Kredite liegt mit 0,5 bis 2,95% deutlich unter dem Marktzinssatz (vgl. AWS, 2009b:o.S.).

Generell ist diese Form der Kleinkredite für wirtschaftlich selbstständige, gewerbliche, kleine Unternehmen aller Branchen zugänglich. Die Kredite können für Betriebserweiterungen und Modernisierungen, zum Aufbau neuer Geschäftsfelder oder zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen verwendet werden, wobei materielle als auch immaterielle Investitionen sowie projektbezogene Betriebsmittel förderfähig sind. Der Kreditbetrag liegt zwischen 10.000 und 30.000 Euro bei einer Laufzeit von sechs Jahren, davon ein Jahr tilgungsfrei. Die Besicherung erfolgt durch die Hausbank oder einer Haftung der AWS (vgl. Unternehmer in Not, 2009:o.S.).

## Ein Blick in die Zukunft

Entscheidend wird sein, was Österreich aus der Krise lernt. Die Grundüberlegungen vom G20-Treffen werden auf EU-Ebene weitergezogen und ebenso in Österreich umgesetzt werden.

Obwohl Professor Cocca natürlich auch Verbesserungspotenzial bei der Aufsicht sieht, ist er der Meinung, dass Österreich in den letzten Jahren trotz mancher Skandale und trotz vieler Entwicklungen, die nicht gut gelaufen sind, sehr viele Schritte vorwärts gemacht hat und ein bodenständiges Banking aufgebaut hat. In Österreich gibt es das Bild der/des risikofreudigen Investmentbankerin/Investmentbankers mit enorm hohen Bonuszahlungen fast gar nicht oder nur sehr vereinzelt. Die/der klassische

österreichische BankerIn sei sehr bodenständig und wirklich sehr kundenorientiert. Professor Cocca spricht von einem beinahe gesunden Bankenumfeld und auch in Osteuropa hätte man gut gewirtschaftet. Was niemand voraussehen konnte, ist diese epochale Krise, die auf die Banken zukommt. Doch wenn man das Osteuropa-Thema „in den Griff bekommen“ kann, dann könnte Österreich relativ unbeschadet die Krise überstehen. Aber sicher gilt es Hausaufgaben zu machen, wie zum Beispiel bei den Anforderungen an gewisse VermittlerInnen und BeraterInnen im Bankengeschäft. Der Professionalisierungsgrad in der Branche ist in Österreich nicht gerade überschwänglich hoch (vgl. Interview mit Cocca, T., 2009:7).

Mitte März ist wie immer die Zeit der Bilanzpräsentation. Zwar liegen noch nicht alle Bilanzen vor, doch viele Banken haben sich 2008 trotz Osteuropa-Engagement und „fauler“ Wertpapiere relativ gut geschlagen (vgl. Höller, 2009:o.S.):

- An erster Stelle im Ergebnisranking liegt Bank Austria-Chef Erich Hampel, der den Nettogewinn zwar auf 1,14 Milliarden Euro halbierte, jedoch noch immer den größten Gewinn aller Kreditinstitute erzielte.
- Raiffeisen International-Chef Herbert Stepic schafft es auf Platz zwei. Die Osteuropa-Tochter der RZB hat 2008 netto 982 Millionen Euro verdient. Das entspricht einem Plus von 17%. Im Gegensatz zur Erste Bank und Bank Austria schrieb man im Osten keine Tochterbanken ab. Trotzdem erwartet die Raiffeisen International eine kräftige Kapitalspritze.
- Über den dritten Platz freut sich Erste Bank-General Andreas Treichl mit einem Gewinn von 859,6 Millionen Euro. Der Verkauf der Versicherungstöchter an die Wiener Städtische brachte rund 600 Millionen Euro. Das Geld wurde für Abschreibungen in Osteuropa verwendet.
- Mit einem „blauen Auge“ kommt RZB-Chef Walter Rothensteiner davon. Die Zahlen liegen erst Anfang April vor, doch es zeichnet sich

ein Null-Summen-Spiel ab. Die RZB war von Österreichs Banken am stärksten in Island und bei Lehman Brothers engagiert. Ohne die Osteuropa-Tochter wäre die RZB aller Voraussicht nach in die Verlustzone gerutscht. Auch hier möchte man 1,75 Milliarden Euro vom Staat, davon profitiert allerdings auch Raiffeisen International.

- Die Österreichischen Volksbanken AG (ÖVAG) hat die Finanzkrise tief getroffen. Um einen Euro mussten sie ihre Tochter Kommunalkredit an den Staat verkaufen. ExpertInnen gehen davon aus, dass ein Vorjahresverlust im dreistelligen Millionenbereich verkraftet werden muss. Auch hier benötigt man bis zu einer Milliarde Euro vom Staat.
- Etwas überraschend ist die Bawag tief in die Verlustzone gerutscht. Man spricht von einem Minus in dreistelliger Millionenhöhe, obwohl es kaum Risiken aus Osteuropa gibt, da man in den vergangenen Jahren bereits alle Töchter im Osten verkauft hat. Die Bawag verhandelt über ein Bankenpaket im Ausmaß von fast einer 1 Milliarde Euro.

Was passiert, wenn eine Bank dieses Staatskapital nicht zurückzahlen kann, erklärt Ewald Nowotny, OeNB Gouverneur: „Hier sind jeweils vertragliche Regelungen vorgesehen. Zunächst einmal, wenn sie die Beträge innerhalb von fünf Jahren nicht zurückzahlen kann, dann steigen die Zinsbelastungen und zwar in solch einer Weise, dass es einen großen Anreiz gibt für die Bank, das auf jeden Fall zurückzuzahlen. Wenn nicht, dann sind sicherlich Eigentumsfragen zu stellen. [...] Teilverstaatlichungen sind nicht auszuschließen, es gibt ja auch im Gesetz im Prinzip die Möglichkeit. Nur gehe ich nicht davon aus. [...] dass wir in fünf Jahren in ganz einer anderen wirtschaftlichen Situation sind wie jetzt. Es gibt ja keine ewige Krise und dass daher das Programm so beendet werden kann, wie es geplant ist.“ (Zeit im Bild 2, Aussage Nowotny, 17.03.2009)

Österreichische Banken haben inklusive Bank Austria gerechnet rund 300 Milliarden Euro an Krediten in Osteuropa ausständig. Ob dieses Geld uneinbringlich ist, wird vom jeweiligen Land abhängen. Die OeNB sieht jedoch relativ wenige Länder in Europa mit unüberwindbaren Problemen. Das haben durchgeführte Stresstests ergeben. Die Zahlen sind absolut überschaubar und von den Banken bewältigbar. Nowotny geht davon aus, dass alle österreichischen Banken die Krise überleben werden. Zudem wurde mit der Bundesregierung festgelegt, dass das Überleben aller systemrelevanten Banken – also jene Banken, die für das Funktionieren der österreichischen Wirtschaft wichtig sind – gesichert ist. Es gehe hier um eine reine Sicherheitsmaßnahme, zudem habe man bis jetzt gesehen, dass in Österreich kaum Notmaßnahmen getroffen werden mussten. Nowotny glaubt, dass dies auch für die Stabilität des österreichischen Bankensystems spricht (vgl. Zeit im Bild 2, 17.03.2009).

Kritisch merkt Ingbert Ofner, unabhängiger Finanzberater aus Graz, an: „Es braucht zwar keiner das Geld, aber alle wollen es haben. Es besteht Liquiditätsengpass. Obwohl Geld vom Staat in die Banken gepumpt wird, steigt die Liquidität nicht. Aktiengesellschaften haben alle Quartale ihre Liquiditätsberichte vorzulegen. Doch bei den Banken fehlen die Wertberichtigungen, das heißt, es gibt keine Abschreibungen bzw. keine ausgebuchten Kredite. Aufgrund dieser fehlenden Kennzahl weiß keine Bank, wie viel sie wirklich wertzuberichtigen hat. Die Banken können noch nicht abschätzen, wie sehr sie gefährdet sind. Das ist auch der Grund, weshalb sich die Banken gegenseitig kein Geld mehr leihen. Erst wenn Mitte des Jahres die neuen Bilanzen vorliegen, ist absehbar, wie sehr die Banken wirklich betroffen sind.“ (Interview mit Ofner, I., 2009:4)

Laut Oberbank waren die Zinsentwicklungen bei den Finanzierungen schon seit zwei bis drei Jahren absehbar. Dass es so dramatisch kommt, war aber nicht denkbar. Wenn man sich die Bilanzen ansieht, so haben sich im 3. Quartal 2008 die Banken in Oberösterreich untereinander kein Geld mehr geborgt, weil das Vertrauen nicht gegeben war (vgl. Interview mit Ott, G., 2009:3).

## Das Ende der Krise

Kaum ein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften. Mitte März 2009 kündigte Nokia an, 17.000 Stellen zu streichen. Seitdem bleibt kaum eine Branche von der Krise verschont. KommentatorInnen sehen nicht nur Frankreich vor einer sozialen Explosion. Milliardenhilfen für die Banken und die Unfähigkeit der Regierung den Verlust hunderttausender Arbeitsplätze zu verhindern, treibt die Menschen auf die Straßen (vgl. Zeit im Bild 2, Bericht Pfister/Sagmeister, 17.03.2009).

Die Unsicherheit spiegelt sich auch in der aktuellen Diskussion rund um ein mögliches Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise wider (vgl. Zeit im Bild 2, Bericht Pfister/Sagmeister, 17.03.2009):

- Der mächtigste Banker der Welt, US-Notenbankchef Ben Bernanke, rechnet noch in diesem Jahr mit einer Besserung. Die Erholung werde aber erst nächstes Jahr kommen.
- Paul Krugman hingegen, Ökonomie-Nobelpreisträger 2008, Professor in Princeton und wöchentlicher Kolumnist für die New York Times, hält solche Prognosen für Zweckoptimismus. „Wann endet die Wirtschaftskrise? Das weiß nur Gott. Es gibt noch keine Erfahrung mit

einer solchen Krise derartigen Ausmaßes. Die große Japankrise hat erst nach zehn Jahren geendet, mit einem Exportboom nach China. Doch wohin sollen wir nun exportieren, auf einen neuen Planeten?“ Krugman spricht von der schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Ärmsten der Armen werden am meisten leiden, sagt Krugman. Größere Konjunkturpakete seien erforderlich, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

- Das glaubt auch Stephan Schulmeister (Wifo): „Das ist das kurzfristig Vordringliche, gemeinsam auch mit der massiven Förderung der Kurzarbeit, um zu verhindern, dass es einen kumulativen Abwärtsprozess, eine Abwärtsspirale gibt. Das was im Zentrum der Krise steht, der gleichzeitige Entwertungsprozess von Aktienvermögen, Hausvermögen und Rohstoffvermögen setzt sich derzeit noch fort und er löst Wellen aus, die zum Teil die Realwirtschaft noch gar nicht erreicht haben.“
- Das bestätigt auch Claus Raidl, Generaldirektor Böhler-Uddeholm. Nach Auftragseinbrüchen bis zu 60% seit Ende 2008 mussten 1.000 der rund 14.000 weltweit Beschäftigten gekündigt werden. In Österreich sind in den Böhler-Werken 2.000 MitarbeiterInnen in Kurzarbeit. „Ich will nicht pessimistisch sein. Ich will nicht schwarz malen, aber alle Daten, die wir haben und die auch aus meiner Erfahrung mit unseren Kunden hervorgeht, alle diese Daten zeigen, dass die Krise leider nicht nach dem Sommer zu Ende sein wird. Im Gegenteil, ich fürchte, dass wir auch 2010 noch mit großen Schwierigkeiten kämpfen werden.“ Die Wirtschaft könne erst wieder wachsen, wenn der Finanzkreislauf wieder funktioniert, sagt Raidl. „Daher ist - glaube ich - jetzt der Schwerpunkt nach wie vor auf die Sanierung der Banken zu legen, ich sage das jetzt sehr einfach, sodass dann wieder der Wirtschaft genügend Geld zur Verfügung gestellt wird.“

Das Kapitel "Finanzmärkte, Banken und das schnelle Geld" widmete sich den Grundfragen, Ursachen und Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Bezug auf die Sektoren Banken, Kreditinstitute sowie Finanzdienstleister. Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise war zweifelsohne die Immobilienkrise in den USA. Aufgrund der expansiv betriebenen Geldpolitik, im Zuge derer die Märkte mit Liquidität und niedrigen Zinsen überschwemmt wurden, kam es zu einer Überhitzung am US-amerikanischen Immobilienmarkt: Man vergab fahrlässig Kredite an beinahe mittellose HausbauerInnen, in der Hoffnung, dass die Immobilienpreise steigen würden und so schnelles Geld verdient werden könnte. Doch der umgekehrte Fall trat ein, die Immobilienpreise fielen und die Zinssätze stiegen. Die Forderungen der HausbauerInnen wurden in der Folge zu Wertpapieren gebündelt und weltweit verkauft. So weitete sich nun die Krise auf Europa und die ganze Welt aus.

Als wesentlicher Aspekt der Finanzmarktkrise kann die Vertrauenskrise unter den Banken gesehen werden. Als Ausgangspunkt hierfür ist die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers in Amerika im September 2008 zu nennen. Infolgedessen blockierten die Banken den Geldstrom, indem sie anstatt Geld in die Wirtschaft via Kredite fließen zu lassen, Geld bei der EZB anlegten. Laut manchen Experten würde es allerdings nicht ausreichen zu behaupten, nur die Banken wären an der Krise schuld. Denn auch die politischen Systeme Amerikas und Europas und deren Aufsichtsbehörden und Kontrollinstanzen haben versagt. Die Gier der InvestorInnen tat ihr Übriges.

Stellt man die wichtige Frage, wie sehr Österreichs Banken und Kreditinstitute von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind, herrscht Einigkeit unter den befragten Spezialisten: Zu den betroffenen Banken zählen jene Großbanken mit internationalem Tätigkeitsfeld, beim reinen

Inlandsgeschäft sieht man keine Risiken. Im Privatkundenbereich sind aufgrund des niedrigen Sparzinses die kleinen SparerInnen und diejenigen, die ihre Sparprodukte in Form von Aktien oder Investmentfonds veranlagt hatten, die Leidtragenden.

Als möglichen Weg aus der Krise oder als Prävention vor zukünftigen Krisen sieht der unabhängige Finanzberater Ingbert Ofner die Verstaatlichung beziehungsweise die Umwandlung des Banken- und Finanzmarktsektors in Non-Profit-Organisationen. Seiner Meinung nach wäre das die einzig nachhaltige Lösung zum Schutz vor erneuten Krisen dieses Ausmaßes. Die Banken würden nur noch als VermittlerInnen agieren. Nach Meinung des unabhängigen Finanzberaters wäre ein Paradigmenwechsel, ein Umdenken gefragt. Dagegen hält jedoch die Meinung eines Bankexperten: Der Staat wäre schon oft Inhaber von Banken gewesen, die dann später hätten privatisiert werden müssen. Bislang hätte es der Staat nicht geschafft, eine Bank wirtschaftlich zu führen. Erfordern extreme Krisen radikale Denkmuster?

## Literatur

Attac (2007): Cash oder Crash? Die Rolle der globalen Finanzmärkte – Problem und Alternativen. Positionspapier, Oktober 2007, Wien.

AWS (2009a): Konjunkturpaket der österreichischen Bundesregierung, abrufbar unter: <http://www.konjunkturpaket.at/Satellite.aspx?35=44>, Zugriffsdatum: 22.03.2009.

AWS (2009b): Förderungen für unsere Kunden, abrufbar unter: <http://www.awsg.at/portal/index.php?n=417>, Zugriffsdatum: 22.03.2009.

Börse Express exklusiv (2009): Österreichs Bankenpaket – Wer die Staatshilfe in Anspruch nehmen will – und wer nicht, abrufbar unter: <http://www.boerse-express.com/pages/740187/print>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Deutsche Bundesbank: Basel II – Die neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, abrufbar unter: [http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2001/200104mba\\_basel.pdf](http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2001/200104mba_basel.pdf), Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Die Presse (2009a): Rezession - 2009 droht Österreich der Pleitenrekord, 27.03.2009.

Die Presse (2009b): Die Presse, Industrie: Ein Drittel der Aufträge weg, 31.03.2009.

Die Presse (2009c): USA - Insolvenz von Lehman Bros. erschüttert Finanzmarkt, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/414237/index.do?from=simarchiv>, Zugriffsdatum: 01.05.2009.

E-Mail Interview mit Haushofer Georg, Hypo Oberösterreich, 31. März 2009, Linz.

E-Mail Interview mit Sommerauer Bernhard, Volksbank Linz und Mühlviertel, 20. April 2009, Linz.

FMA (2009a): Österreichische Finanzmarktaufsicht, abrufbar unter: <http://www.fma.gv.at/cms/site/DE/einzel.html?channel=CH0036>, Zugriffsdatum: 27.04.2009.

FMA (2009b): Österreichische Finanzmarktaufsicht, abrufbar unter: <http://www.fma.gv.at/cms/site/DE/detail.html?channel=CH0087&doc=CMS1140180843370>, Zugriffsdatum: 27.04.2009.

Höllner, Ch. (2009): Osteuropa-Risiko: Banken kämpfen um private Investoren, Die Presse, 18.03.2009.

Holztrattner, Manfred, Zur Praxis des Finanzkapitalismus, Vortrag Lunch Lectures, 18.03.2009, Linz.

Interview mit Cocca Teodoro D., Johannes Kepler Universität, 9. April 2009, Linz.

Interview mit Ofner Ingbert, unabhängiger Finanzdienstleister, 23. März 2009, Graz.

Interview mit Ott Günther, Oberbank, 25. März 2009, Linz.

Interview mit Pichler Isidor, Bank Austria, 28. März 2009, Ried im Innkreis.

Interview mit Schiffler Christian, Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank AG, 25. März 2009, Linz.

Kreuzer, Chr. / Fercher H. (2009): Bankenrettung: Staat kassiert allein für heuer 273 Millionen Euro, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/367117/index.do>, Zugriffsdatum: 25.03.2009.

Kurier (2009): Bankenpaket: 100 Milliarden Euro, abrufbar unter: <http://www.kurier.at/geldundwirtschaft/308224.php>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Leitner K. / Unterhuber W. (2009): Scharinger: „Es kommt eine soziale Marktwirtschaft“, Wirtschaftsblatt, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/unternehmen/oberoesterreich/364911/index.do>, Zugriffsdatum: 25.03.2009.

Market (2009): Bewältigung der Wirtschaftskrise, abrufbar unter: [http://www.market.at/news/index.php/action.view/entity.news\\_detail/key.400/](http://www.market.at/news/index.php/action.view/entity.news_detail/key.400/), Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Maschner, D. / Neumüller, H. (2009): Keiner hat sein Engagement in Osteuropa bisher bereut, OÖ Nachrichten, 17.03.2009.

Oe24(2009): Österreich 24, abrufbar unter: [http://www.oe24.at/wirtschaft/Parlament\\_beschloss\\_einstimmig\\_Banken-Paket\\_381207.ece](http://www.oe24.at/wirtschaft/Parlament_beschloss_einstimmig_Banken-Paket_381207.ece), Zugriffsdatum: 15.05.2009.

OeNB (2009a): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.oenb.at/de/finanzm\\_stab/bankenaufsicht/bankenaufsicht.jsp](http://www.oenb.at/de/finanzm_stab/bankenaufsicht/bankenaufsicht.jsp), Zugriffsdatum: 25.04.2009.

OeNB (2009b): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.nationalbank.at/de/finanzm\\_stab/finanzmaerkte/finanzmarkt/was\\_ist\\_ein\\_finanzmarkt.jsp](http://www.nationalbank.at/de/finanzm_stab/finanzmaerkte/finanzmarkt/was_ist_ein_finanzmarkt.jsp), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

OeNB (2009c): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.nationalbank.at/de/finanzm\\_stab/finanzmaerkte/entwicklung/entwicklung\\_finanzmaerkte.jsp](http://www.nationalbank.at/de/finanzm_stab/finanzmaerkte/entwicklung/entwicklung_finanzmaerkte.jsp), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

OeNB (2009d): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.nationalbank.at/de/finanzm\\_stab/sicherungsinstrumente/sicherungsinstrumente.jsp](http://www.nationalbank.at/de/finanzm_stab/sicherungsinstrumente/sicherungsinstrumente.jsp), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

OeNB (2009e): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.nationalbank.at/de/finanzm\\_stab/sicherungsinstrumente/stresstests/stresstests.jsp#tcm:14-95468](http://www.nationalbank.at/de/finanzm_stab/sicherungsinstrumente/stresstests/stresstests.jsp#tcm:14-95468), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

OeNB (2009f): Österreichische Nationalbank, abrufbar unter: [http://www.oenb.at/de/glossar/glossar\\_a.jsp#tcm:14-4142](http://www.oenb.at/de/glossar/glossar_a.jsp#tcm:14-4142), Zugriffsdatum: 28.04.2009.

ORF - Beitrag in Zeit im Bild 2, Bericht Pfister/Sagmeister, 17.03.2009.

ORF - Beitrag in Zeit im Bild 2, Bericht Schiefer, 20.03.2009.

ORF - Beitrag in Zeit im Bild 2, k.A., 12.03.2009.

ORF - Beitrag in Zeit im Bild 2, k.A., 31.03.2009.

Roland Berger Strategy Consultants (2008): The financial crisis consequences for Austria and CEE. Study - November 2008, Vienna.

Scheid, Christian (2009): Der Standard.AT: Wieder auf dem Vormarsch, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?id=1240549733586>, Zugriffsdatum: 24.04.2009.

Schulmeister, Stephan, Finanzmarktpolitische Ursachen der Krise, Vortrag Lunch Lectures, 25.03.2009, Linz.

Unternehmer in Not (2009): Leben mit der Krise, abrufbar unter: [http://www.unternehmer-in-not.at/kurz\\_notiert\\_detail95.php](http://www.unternehmer-in-not.at/kurz_notiert_detail95.php), Zugriffsdatum: 22.03.2009.

Wirtschaftsnachrichten Donauraum (2009): Das Geld ist ein Vogerl, Ausgabe 03/2009.

Zeh, A. (2008): GfK Group Austria: Die Finanzkrise und ihre Folgen – Was denkt die Bevölkerung?, abrufbar unter: [http://www.fmv.or.at/download/171\\_112.pdf](http://www.fmv.or.at/download/171_112.pdf), Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Zens, A. (2009): Im Zinstief werden Banken erfinderisch, OÖ Nachrichten, 14.03.2009.

## Arbeitsmarkt in der Krise

Die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft sind mittlerweile – auch bei großem Optimismus – nicht mehr zu übersehen. Auch wenn sich die konkrete Lebenssituation vom Großteil der ÖsterreicherInnen (noch) nicht verändert hat, verstärkt sich die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Es zeigt sich, dass Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung zunehmen. Hier geht es weniger um die Angst, dass die kleineren und größeren Ersparnisse bei den Banken nicht gesichert wären, sondern viel mehr darum, dass die existenzielle Lebensgrundlage, die Erwerbsarbeit, bedroht scheint. Einer Umfrage im Auftrag der Zeitung Profil zufolge, zeigt sich ein wachsender Anteil der österreichischen Bevölkerung besorgt, um die Zukunft ihres Unternehmens und somit um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Mittlerweile meinen 43% der ÖsterreicherInnen, dass „ihr Arbeitsplatz oder der eines engen Verwandten [...] noch in diesem Jahr gefährdet“ (Profil, 2009:15) sei; noch zwei Monate vorher, im Februar 2009, lag der vergleichbare Anteil bei 32% (vgl. Profil, 2009:15).

Ob diese Angst der ÖsterreicherInnen unbegründet ist, oder ob die Finanzkrise zu einer realen, bisher nie dagewesenen Bedrohung für die Wirtschaft und damit zur Bedrohung der Beschäftigung werden kann, soll nachfolgend an Hand der zur Verfügung stehenden, aktuellen Arbeitsmarktdaten sowie mithilfe von Interviews mit ExpertInnen aus dem Arbeitsmarktservice in Oberösterreich eruiert werden. Um einen Einblick auf die regional unterschiedlichen Auswirkungen auf Bezirksebene zu erfassen, wurde zudem eine E-Mail-Befragung bei sämtlichen Regionalstellen des Arbeitsmarktservice Oberösterreich (AMS OÖ) durchgeführt. An dieser Stelle möchten wir uns stellvertretend für alle AnsprechpartnerInnen ganz herzlich bei Herrn Dr. Roman Obrovski, Leiter der Landesgeschäftsstelle des AMS OÖ und bei

Frau Birgit Gerstorfer, stellvertretende Leiterin der Landesgeschäftsstelle des AMS OÖ, bedanken. Ein besonderer Dank gilt weiters den Regionalstellen Schärding, Kirchdorf an der Krems, Rohrbach, Gmunden, Steyr, Traun, Grieskirchen, Freistadt, Ried im Innkreis und Linz, die in kooperierender Weise unsere Fragen beantwortet haben.

Neben der momentanen Situation am Arbeitsmarkt erfolgt eine Betrachtung der von der Finanzkrise besonders betroffenen Personengruppen. Nachfolgend werden unterschiedliche Möglichkeiten und Empfehlungen vom AMS OÖ aufgezeigt, um einen Weg aus der Krise zu finden bzw. in Zeiten der Krise das Beschäftigungsvolumen auf einem möglichst hohen Niveau zu halten. Den Abschluss bildet der Blick in die Zukunft – Prognosen über die Entwicklung am Arbeitsmarkt werden angeführt, welche von offiziellen Stellen veröffentlicht wurden, sowie die Einschätzungen der Regionalstellen.

Auch im Hinblick auf das Thema „Armutsgefährdung und Finanzkrise“ lässt sich sehr rasch ein Zusammenhang zwischen der Armutsgefährdung und der aktuellen Situation am österreichischen Arbeitsmarkt feststellen. Betrachtet man beispielsweise die im März 2009 veröffentlichten European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) Daten aus dem Jahr 2007, zeigt sich, dass rund eine Million ÖsterreicherInnen armutsgefährdet sind und die Armutsgefährdung bei (langandauernder) Arbeitslosigkeit am größten ist. Sozialminister Hundstorfer bekräftigt dies durch seine Aussage, dass „ein Arbeitsplatz mit adäquater Entlohnung, sowie Aus- und Weiterbildung [...] als die wichtigsten Schlüssel im Kampf gegen die Armut anzusehen“ (Hundstorfer zit. nach Schnurrer, 2009:1) sind. Deshalb sind

besonders arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, welche Personen in Beschäftigung halten, anzustreben (z.B. Kurzarbeit), um die Armutsgefährdung auch in Zeiten der Finanzkrise möglichst gering zu halten (vgl. Schnurzer, 2009:1).

## Daten zur aktuellen Arbeitsmarktsituation

Um einen Überblick über die momentane Situation am Arbeitsmarkt zu geben, werden nachfolgend Daten, wie die Arbeitslosenquote, offene Stellen, Personen in Kurzarbeit, usw. angeführt. Zuerst erfolgt ein Status Quo von ganz Österreich, in weiterer Folge wird dann auf die konkrete Situation in Oberösterreich sowie auf den regionalen Arbeitsmarkt von Oberösterreich eingegangen.

## Arbeitsmarktsituation in Österreich

Die Auswirkungen der Krise auf den österreichischen Arbeitsmarkt werden immer stärker sichtbar. Im Folgenden wird daher ein Überblick über die Situation vom Jänner 2009 gegeben, um die Folgen der Krise zu veranschaulichen.

Im Jänner 2009 standen insgesamt 3.640.229 Personen dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung, dies entspricht einem Zuwachs von 1,1% im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten ist leicht angestiegen (+0,2%), wobei gegenüber Jänner 2008 die Männerbeschäftigung gesunken (-14.630) und dagegen die Frauenbeschäftigung um 20.004 Personen gestiegen ist. Ebenso ist bei den unselbstständig beschäftigten AusländerInnen die Zahl bei den Frauen (+4.388)

deutlich mehr angestiegen als bei den Männern (+390). Bei den geringfügig Beschäftigten zeigt sich im Vorjahresvergleich ein Gesamtwachstum von 7,8%, denn im Gegensatz zum letzten Jahr gehen nun 11,8% mehr Männer und 5,9% mehr Frauen einer geringfügigen Tätigkeit nach. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner 2009 bei 8,3% (ein Plus von 11%) und somit deutlich über dem Vorjahresniveau.

Darstellung 12 : Arbeitsmarktdaten in Österreich 01/2009

	Gesamt	
	Bestand	Veränderung zum Vj in %
Arbeitskräftepotential	3.640.229	+ 1,1 %
Unselbstständige Beschäftigte (UB)	3.338.700	+ 0,2 %
Davon UB AusländerInnen	421.055	+ 1,1 %
Geringfügige Beschäftigte	287.988	+ 7,8 %
Arbeitslosenquote in %	8,3%	+ 11,0 %
Arbeitslose	301.529	+ 12,2 %
Davon bis 24 Jahre	48.307	+ 22,9 %
Davon 50 Jahre und älter	59.194	+ 8,8 %
AusländerInnen	58.739	+ 19,1 %
Offene Stellen	26.811	- 21,2 %
Lehrstellensuchende	5.076	+ 4,9 %
Offene Lehrstellen	2.959	- 4,5%

Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1

### INFOBOX 9: Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote in Österreich wird vom AMS aus dem Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial berechnet. Das Arbeitskräftepotenzial wiederum ergibt sich aus der Summe des Arbeitslosenbestandes und den unselbstständig beschäftigten Personen (vgl. AMS Österreich, 2009:1).  
**Arbeitslosenquote AMS = Bestand arbeitsloser Personen/Arbeitskräftepotenzial**

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Krise, zeigt sich am Bestand der als arbeitslos registrierten Personen. Insgesamt waren im Jänner 2009 österreichweit 301.529 Frauen und Männer als arbeitslos gemeldet. Die Männerarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahreswert um 15,6% angestiegen, bei den Frauen um 6,2%. Bei Jugendlichen unter 24 Jahren war prozentuell gesehen der Zuwachs am höchsten. Zusätzlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit standen im Jänner dieses Jahres, um 26.811 weniger offene Stellen zur Verfügung als noch im Jänner 2008. Auch im Hinblick auf offene Lehrstellen war ein Rückgang von 4,5% zu verzeichnen.

Um die Auswirkungen der Krise abzufedern und die Beschäftigung möglichst hoch zu halten, wurden die beiden arbeitsmarktpolitischen Instrumente Kurzarbeit und Bildungskarenz plus initiiert.

#### **INFOBOX 10: Kurzarbeit**

Von Kurzarbeit wird gesprochen, wenn ein Unternehmen die Arbeitszeit zeitlich begrenzt herabsetzt. Kurzarbeit wird vor allem eingesetzt, um wirtschaftliche Störungen zu überbrücken und die Beschäftigten im Betrieb zu halten. Die betroffenen Beschäftigten bekommen für die ausgefallenen Arbeitsstunden einen teilweisen Lohnausgleich, die sogenannte Kurzarbeitsunterstützung bzw. die Kurzarbeitsbeihilfe. Dadurch fallen die Lohneinbußen geringer aus, als bei einer gewöhnlichen Arbeitszeitreduzierung (vgl. AK Kärnten, 2009:3).

#### **INFOBOX 11: Bildungskarenz plus**

„Bildungskarenz plus baut auf dem bestehenden, bisher nur wenig genutzten Instrument der Bildungskarenz auf: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen sich karenzieren und nützen diese Zeit, um beruflich relevante Kompetenzen zu erwerben“ (AMS Oberösterreich, 2008:1).

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Personen könnte bis Anfang Mai 2009 auf fast 59.000 steigen. Österreichweit mussten per 15. April 47.306 Beschäftigte in 237 Unternehmen kurzarbeiten. Laut AMS kommen in ganz Österreich bis 1. Mai 14 Betriebe fix hinzu, davon zwei Verlängerungen mit 1.135 Beschäftigten. Sozialminister Hundstorfer hat zur Finanzierung der Kurzarbeit für heuer und für das kommende Jahr jeweils 220 Millionen Euro vorgesehen. Jedoch wird bis Anfang Mai schon ein Großteil davon, nämlich 151,4 Millionen Euro, verbraucht sein (vgl. derStandard.at, 2009:1).

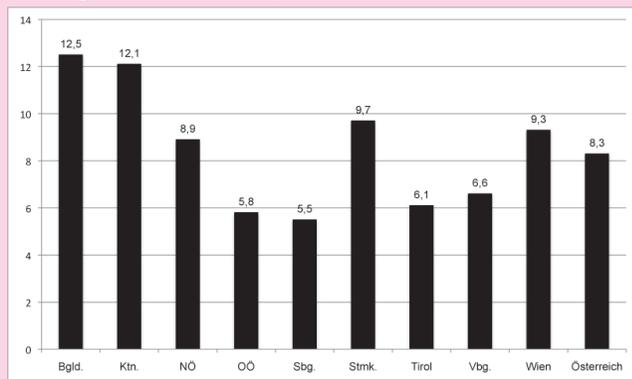
Die Bildungskarenz plus als weiteres arbeitsmarktpolitisches Instrument konnte erfolgreich umgesetzt werden. Im Jahr 2008 waren 2.258 Personen österreichweit in Bildungskarenz. Heuer wurden allein im Jänner und Februar fast 1.000 Anträge auf Bildungskarenz plus beim AMS eingebracht (vgl. WIFI Wien, 2009:1).

Das AMS bietet neben der möglichen Nutzung der Bildungskarenz plus weitere unterschiedliche Schulungsmaßnahmen an, um die Beschäftigungsfähigkeit arbeitsloser Personen möglichst hoch zu halten. So zeigt sich auch im Hinblick auf Schulungen ein österreichweiter Anstieg bei der Nutzung der Weiterbildungsangebote. Im Jänner 2009 befanden sich österreichweit 53.517 Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS, im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 2,2%. Insgesamt befinden sich mehr Männer als Frauen in Schulungen, die Zahl der männlichen Schulungsteilnehmer ist in Österreich um 2,9% im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009a:1).

Trotz diverser Maßnahmen zur Abfederung hat die Krise den Arbeitsmarkt in Österreich zum Teil stark verändert. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die Arbeitslosenquote betrachtet. So lag die ÖÖ Arbeitslosenquote beispielsweise im Zeitraum von 1957 bis 2009, fast immer unter der öster-

reichweiten Arbeitslosenquote, dies zeigen auch aktuellen Daten vom Jänner 2009. Obwohl alle Bundesländer einen Anstieg an Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verzeichnen, sind Steiermark und Oberösterreich am meisten betroffen. In Oberösterreich laut Herrn Dr. Obrovski allerdings auf dem besten Niveau. Das heißt, obwohl sich der Einbruch bereits im November und Dezember bemerkbar machte, verzeichnete das AMS OÖ im Vorjahr die beste Arbeitsmarktsituation seit 26 Jahren. Im Jahresdurchschnitt 2008 waren 600.000 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt, was zugleich das höchste Beschäftigungsausmaß seit 26 Jahren darstellt (Interview mit Obrovski, R., 2009:1f). Dies wird durch die nachfolgende Darstellung bestätigt, wo Oberösterreich, obwohl es von der Finanzkrise sehr stark betroffen ist, im Vergleich zu den restlichen Bundesländern, immer noch die zweitniedrigste Arbeitslosenquote aufweist.

**Darstellung 13 : Arbeitslosenquoten nach Bundesländern im Jän. 2009**



Quelle: AMS Oberösterreich, 2009a:1

## Arbeitsmarkt in OÖ

Betrachtet man den oberösterreichischen Arbeitsmarkt in Zeiten der Finanzkrise, so zeigen sich zwei zentrale Auswirkungen. Einerseits ist ein Anstieg der Arbeitslosenquote in allen oberösterreichischen Bezirken zu verzeichnen und andererseits ist die Anzahl der sich in Kurzarbeit befindenden Personen stark angestiegen. Um einen besseren Überblick zu bekommen, werden in der folgenden Darstellung sämtliche Arbeitsmarktdaten vom Jänner 2009 in OÖ zusammengefasst.

**Darstellung 14 : Arbeitsmarktsituation in OÖ 01/2009**

	Gesamt	
	Bestand	Veränderung zum Vj in %
Arbeitskräftepotential	623.966	+ 1,0 %
Unselbstständige Beschäftigte (UB)	587.868	+ 0,0 %
Darunter UB AusländerInnen	51.987	- 0,4 %
Geringfügige Beschäftigte	43.786	+ 8,2 %
Arbeitslosenquote in %	5,8%	+ 20,4 %
Arbeitslose	36.098	+ 21,7 %
Darunter bis 24 Jahre	6.944	+ 32,9 %
50 Jahre und älter	6.074	+ 17,8 %
AusländerInnen	7.174	+ 37,8 %
Offene Stellen	6.254	- 29,8 %
Lehrstellensuchende	633	+ 12,8 %
Offene Lehrstellen	738	+ 1,2%

Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten hat sich im Vergleich zum Vorjahr prozentuell gesehen nicht verändert, im Jänner waren 587.868 Personen in OÖ unselbständig beschäftigt. Analog zu den obenstehenden Werten ist

ausschließlich die Männerbeschäftigung gesunken (-3.534), die Frauenbeschäftigung hat sich sogar erhöht (+3.429). Die Auswirkungen der Krise zeigen sich, wie bereits erwähnt, deutlich beim Anstieg der Arbeitslosigkeit, denn die Arbeitslosenquote lag im Jänner um 20,4% über dem Niveau des Vorjahres. Der Bestand an Arbeitslosen lag mit 36.098 Personen stark über dem Wert des letzten Jahres, insgesamt waren um 6.430 Personen mehr arbeitslos als noch im Jänner 2008. (vgl. AMS OÖ, 2009:1ff)

Großteils ist der Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen auf den männlichen Teilarbeitsmarkt zurückzuführen, da um 4.952 mehr Männer und im Vergleich dazu 1.478 mehr Frauen als arbeitslos gemeldet waren. Vor allem Jugendliche bis 24 Jahre und AusländerInnen sind in OÖ besonders stark betroffen, die Zahl der Arbeitslosen ist jeweils um mehr als 30% angestiegen. Der Bestand an offenen Stellen ist um 29,8% gesunken, letztes Jahr gab es im Jänner noch um 2.660 offene Stellen mehr als heuer. Bezüglich der Lehrstellen zeichnete sich in OÖ ein positives Bild ab, da um 105 offene Lehrstellen mehr als Lehrstellensuchende vorhanden waren. Im Hinblick auf Schulungsmaßnahmen zeigte sich, dass Ende Jänner 8.975 Personen an Schulungen teilnahmen und somit um 633 Personen mehr als vor einem Jahr. Mit 51,8% waren mehr als die Hälfte der Teilnehmenden Frauen, 39,1% waren jünger als 25 Jahre (vgl. AMS OÖ, 2009a:1ff).

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente Kurzarbeit und Bildungskarenz plus wurden in OÖ besonders stark genutzt. Insgesamt waren per 30. März 2009 17.028 unselbständig Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, wobei der Großteil im Automotivsektor beschäftigt ist (vgl. Land OÖ, 2009:3). Seit Jänner 2009 gibt es allein in Oberösterreich 978 Anträge auf Bildungskarenz plus, dies entspricht einem Anteil von 37% aller Anträge bundesweit (vgl. AMS OÖ, 2009b:2).

Der hohe Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Kurzarbeit stellen eine ernst zu nehmende Armutsgefährdung dar. Dies zeigt sich auch durch die bereits Ende des Jahres 2008 veröffentlichten Zahlen, die besagen, dass in Oberösterreich 35.000 Menschen trotz Arbeit als arm eingestuft werden müssen (vgl. Unternehmerweb, 2008:1). Doch vor allem Arbeitslose sind von Armut noch mehr betroffen und deswegen versucht das AMS OÖ so viele Menschen wie nur möglich in Beschäftigung zu halten, dies vor allem mittels Bildungskarenz plus und Kurzarbeit.

Werden die einzelnen Bezirke hinsichtlich der Veränderung der Arbeitsmarktdaten im Vergleich zum Vorjahr näher betrachtet, so wird der durch die Finanzkrise bedingte Wandel des oberösterreichischen Arbeitsmarktes sehr deutlich.

## Arbeitsmarktsituation in den Arbeitsmarktbezirken OÖ

Die Auswirkungen der Finanzkrise zeigten sich in den einzelnen Bezirken zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß. Der AMS Landesgeschäftsführer erörtert in diesem Zusammenhang, dass vor allem die Bezirke Wels, Braunau, Vöcklabruck und Steyr sehr stark betroffen sind (Interview mit Obrovski, R., 2009:1). Um den Bestand von arbeitslosen Personen in den einzelnen Regionen zu veranschaulichen, werden die Daten in der nachstehenden Darstellung detailliert wiedergegeben.

Die Arbeitslosigkeit ist in den in Darstellung 15 erwähnten stark betroffenen Regionen auch am meisten angestiegen. In Braunau ist die Veränderung zum Vorjahreswert am größten, insgesamt waren im Jänner 3.172 Personen arbeitslos, dies entspricht einem Zuwachs von 46,6%. Aber auch Gmunden, Kirchdorf an der Krems, Ried im Innkreis, Steyr und Vöcklabruck

verzeichneten einen stärkeren Anstieg, denn für ganz Oberösterreich lag der Zuwachs im Jänner im Vergleich zum Vorjahr bei 21,7%. Diese Regionen lagen somit über dem oberösterreichischen Durchschnitt (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1).

**Darstellung 15: Arbeitslose nach Regionen**

	Gesamt	
	Bestand	Veränderung zum Vj in %
Braunau	3.172	+ 46,6 %
Eferding	657	+ 18,6 %
Freistadt	1.461	+ 7,0 %
Gmunden	2.434	+ 23,0 %
Grieskirchen	1.393	+ 15,3 %
Kirchdorf/Krems	1.380	+ 28,4 %
Linz	5.515	+ 16,6 %
Perg	1.515	+ 12,1 %
Ried im Innkreis	1.737	+ 23,9 %
Rohrbach	1.384	+ 0,9 %
Schärding	2.132	+ 15,4 %
Steyr	3.232	+ 33,0 %
Vöcklabruck	3.414	+ 34,0 %
Wels	3.554	+ 21,7 %
Traun	3.118	+ 14,5 %

Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1

Bezüglich der offenen Stellen in den einzelnen Regionen ist der Rückgang der Angebote im Vergleich zum Vorjahr in Braunau mit -61,7% deutlich am höchsten. Eferding und Steyr sind mit je einem Rückgang von über 50% am zweitstärksten betroffen. Einen Zuwachs an offenen Stellen konnten lediglich Schärding (+14,3%) und Grieskirchen (+3,0%) verzeichnen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1).

Mit 30. März 2009 waren in ganz Oberösterreich 17.028 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Drei Arbeitsmarktbezirke heben sich dabei deutlich hervor. Diese sind Braunau mit mehr als 4.000, Linz mit mehr als 3.600

und Steyr mit knapp 3.000 Personen in Kurzarbeit. Die stärkere Betroffenheit ergibt sich, da Linz und Braunau als Industriestandorte gelten und Steyr eine hohe Beschäftigung im Automotivsektor aufweist (vgl. Land OÖ, 2009:3). Im Hinblick auf Schulungsmaßnahmen kam es auch zu Veränderungen aufgrund der Krise, wie Darstellung 16 zeigt.

**Darstellung 16 : Personen in Schulungen nach Bezirken in OÖ 01/2009**

	Gesamt	
	Bestand	Veränderung zum Vj in %
Braunau	723	+ 1,8 %
Eferding	96	- 6,8 %
Freistadt	309	- 8,0 %
Gmunden	490	+ 7,9 %
Grieskirchen	349	+ 5,8 %
Kirchdorf/Krems	287	+ 4,7 %
Linz	2.030	+ 15,0 %
Perg	349	+ 15,2 %
Ried im Innkreis	459	+ 8,3 %
Rohrbach	186	+ 5,1 %
Schärding	250	+ 0,0 %
Steyr	883	+ 0,9 %
Vöcklabruck	773	+ 14,2 %
Wels	857	+ 1,7 %
Traun	934	+ 13,8 %

Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1

Den stärksten Anstieg bei SchulungsteilnehmerInnen verzeichnet Perg, wo im Jänner 349 Personen (+15,2% im Vergleich zum Vorjahr) gemeldet waren; dicht gefolgt von Linz mit einem Anstieg von 15,0% (insgesamt 2.030 Personen), dicht gefolgt von Linz mit einem Anstieg von 15,0% (insgesamt 2.030 Personen), Vöcklabruck ein Plus von 14,2% (773 Personen) und Traun mit einem Zuwachs von 13,8% (934 Personen) (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009:1). Der Anstieg an Personen, die sich in Aus- und

Weiterbildungsangeboten des AMS OÖ befinden, ist beispielsweise in einem schwach betroffenen Bezirk, wie Perg, dadurch zu erklären, dass in diesen Bezirken weniger Kurzarbeit und Kündigungen zu verzeichnen sind. Ebenfalls wurde in diesem Zusammenhang angemerkt, dass sich das Verhalten der in Schulung befindlichen Personen verändert hat. Beispielsweise gibt es in den unsicheren Zeiten der Finanzkrise weniger SchulungsabbrecherInnen in den AMS-Kursen (vgl. E-Mail Interviews mit Regionalstellen, 2009).

Beim Vergleich von Frauen und Männern, die sich in Schulungen befinden, ist anzumerken, dass in den meisten Bezirken überwiegend Frauen an Schulungsmaßnahmen teilnehmen. Allerdings ist der Anstieg in den einzelnen Arbeitsmarktbezirken bei den Männern prozentuell gesehen höher als bei den Frauen. In allen Regionalstellen, ausgenommen Eferding, Freistadt und Wels, gibt es einen Zuwachs an männlichen Schulungsteilnehmern von bis zu einem Plus von 29,7% (Perg). Im Gegensatz dazu ist der Anteil der sich in Schulung befinden Personen bei den Frauen, in fast allen Bezirken leicht zurückgegangen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009:1).

## Einschätzung der Regionalstellen des AMS OÖ

Bei der E-Mail-Befragung der einzelnen Regionalstellen wurde unter anderem auch danach gefragt, wie sich die einzelnen Stellen im Vergleich zu den anderen Regionalstellen in OÖ betroffen fühlen. Aus den retournierten Antworten, welche in der nachfolgenden Darstellung aufgelistet sind, konnte entnommen werden, dass vor allem Traun und Steyr die Krise sehr stark verspüren, was auch vom AMS Landesgeschäftsführer bestätigt wird. Unter anderem führt er ebenfalls an, dass es zusätzlich in den Re-

gionalstellen Braunau, Wels und Vöcklabruck sehr starke Auswirkungen am Arbeitsmarkt gibt.

**Darstellung 17** : Einschätzung über die Betroffenheit der AMS-Regionalstellen

Regionalstellen	Einschätzung der Betroffenheit	Profitierende Branchen
Freistadt	sehr schwach	nein
Gmunden	keine Angabe	ja
Grieskirchen	sehr schwach	nein
Kirchdorf/Krems	eher schwach	nein
Ried im Innkreis	eher schwach	nein
Rohrbach	sehr schwach	ja
Schärding	eher schwach	nein
Steyr	sehr stark	nein
Traun	sehr stark	ja

Quelle: E-Mail Interviews mit AMS-Regionalstellen, 2009

Es ist ersichtlich, dass sich die Regionalstellen Freistadt, Grieskirchen und Rohrbach, als sehr schwach betroffen einstufen. Kirchdorf an der Krems, Ried im Innkreis sowie Schärding stufen sich als eher schwach betroffen im Vergleich zu den anderen Arbeitsmarktbezirken ein. Im Gegensatz dazu sehen sich Steyr und Traun als die am stärksten betroffenen Regionalstellen.

Bei der Befragung wurde auch ersichtlich, dass es durchaus auch Branchen gibt, die derzeit profitieren. So werden zum Beispiel im Arbeitsmarktbezirk Rohrbach in etwa 110 Fachkräfte für Gastgewerbe, Holz, Metall, Bau- und Baunebengewerbe und ca. 70 Hilfskräfte in diesen Bereichen gesucht. Auch in der Regionalstelle Traun stehen in den Bereichen der Gastronomie und im Stahlbau freie Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Regionalstelle Gmunden verzeichnet offene Stellen im Bereich der alternativen Heizungsformen, wie

zum Beispiel Solar und Pellets (vgl. E-Mail Interviews mit AMS-Regionalstellen). In diesem Zusammenhang erklärt auch der Landesgeschäftsführer des AMS OÖ, dass vor allem die Ökobranche vermehrt Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und diese künftig noch weiter wachsen wird. Weiters sind Betriebe, die eine geringe Exportquote aufweisen, weniger von der Finanzkrise betroffen und somit auch weiterhin auf Fachkräftesuche. Diese sind hauptsächlich am regionalen Markt im Dienstleistungssektor, Handel oder der Lebensmittelindustrie tätig, da auf diesen Märkten der Konsum (noch) nicht eingebrochen ist (Interview mit Obrovski, R., 2009:3f).

## Besonders gefährdete Gruppen am Arbeitsmarkt

Nach der Betrachtung der aktuellen Situation am Arbeitsmarkt wird in weiterer Folge der Frage nachgegangen, welche Gruppen von der gestiegenen Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind. Grundsätzlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Betroffenheit auf eine bestimmte Personengruppe beschränkt. Die Geschäftsleitung des AMS OÖ hebt jedoch hervor, dass sich die am stärksten betroffenen ArbeitnehmerInnen trotzdem abgrenzen lassen: „Das heißt, der typische Arbeitslose [...] ist unter 30, männlich und hat zu [...] 40% einen Migrationshintergrund.“ (Interview mit Obrovski, R., 2009:3)

Das folgende Kapitel setzt sich deshalb mit den am stärksten betroffenen Personengruppen auseinander. Zu Beginn soll die Situation der Jugendlichen in Österreich näher beleuchtet werden, wobei der Lehrstellenmarkt und die Jugendarbeitslosigkeit generell thematisiert werden. Im Anschluss wird die Problematik der LeiharbeiterInnen, der niedrig qualifizierten Personen und der MigrantInnen behandelt. Schließlich wird auch noch speziell auf die Situation der Männer und Frauen eingegangen.

74 Armutsbericht **Oberösterreich** 2009

## Lehrstellenmarkt

In ganz Österreich wurden im Jänner dieses Jahres 5.076 Lehrstellensuchende registriert, davon entfallen 633 Personen auf Oberösterreich. Fast genauso viele Frauen (310) wie Männer (323) suchen dabei in OÖ eine Lehrstelle (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1). Um der negativen Entwicklung am österreichischen Lehrlingsmarkt entgegenzuwirken, werden für das Jahr 2009 insgesamt 343 Millionen Euro für Lehrlingsförderung budgetiert. Davon fließen 158 Millionen Euro in die betriebliche und 123 Millionen Euro in die überbetriebliche Lehrlingsförderung. Die überbetriebliche Lehrlingsförderung stellt ein Auffangnetz für Jugendliche dar, welche keine Ausbildungsstelle in einem Betrieb erhalten. Derzeit kann sich das Sozialministerium keine weitere Ausweitung der Lehrlingsförderung vorstellen, denn in Österreich gebe es kaum einen Lehrstellenplatz der nicht gefördert werde: jeder Lehrling wird im Schnitt mit 220 Euro monatlich gefördert (vgl. oe24.at, 2009:1).

Aus Darstellung 18 wird ersichtlich, dass die Nachfrage für Lehrstellen in den einzelnen Regionalstellen sehr stark variiert. Der größte prozentuelle Zuwachs findet sich im Jänner 2009 in Ried im Innkreis verzeichnet. Insgesamt suchen in Ried im Innkreis um 19 Personen mehr einen Lehrplatz als im Jänner des Vorjahres. Aber auch in den Regionalstellen Braunau, Freistadt und Wels gibt es einen massiven Anstieg an Lehrstellensuchenden. Die Regionalstelle Grieskirchen meldet im Jänner 2009 den stärksten Rückgang an Lehrstellensuchenden von allen AMS-Regionalstellen in OÖ. Im Vergleich zum Vorjahr sind es exakt zwölf Personen weniger (-52,2%). Aber auch in Linz, Kirchdorf an der Krems und Perg gibt es im Vergleich zum Vorjahr einen starken Rückgang an Lehrstellensuchenden (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1).

**Darstellung 18 : Lehrstellensuchende nach Regionen in OÖ**

	Gesamt	
	Bestand	Veränderung zum Vj in %
Braunau	42	+ 55,6 %
Eferding	12	+ 9,1 %
Freistadt	19	+ 72,7 %
Gmunden	28	- 3,4 %
Grieskirchen	11	- 52,2 %
Kirchdorf/Krems	5	- 28,6 %
Linz	105	- 34,8 %
Perg	12	- 25,0 %
Ried im Innkreis	32	+ 146,2 %
Rohrbach	12	+ 0,0 %
Schärding	9	+ 12,5 %
Steyr	71	+ 6,0 %
Vöcklabruck	25	+ 13,6 %
Wels	117	+ 95,0 %
Traun	133	+ 41,5 %
<b>OÖ</b>	<b>633</b>	<b>+ 12,8 %</b>
<b>Österreich</b>	<b>5.076</b>	<b>+ 4,9%</b>

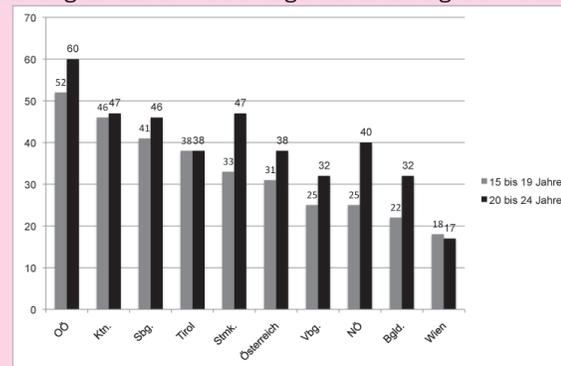
Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1

## Jugendarbeitslosigkeit

Doch nicht nur der Lehrstellenmarkt beschäftigt die PolitikerInnen. Generell ist Jugendarbeitslosigkeit derzeit ein viel diskutiertes Thema. So stieg die Anzahl der Arbeitslosen im Alter von 20 bis 24 Jahren in ganz Österreich, im Vergleichszeitraum von Februar 2008 bis Februar 2009 von 26.834 Personen auf 36.899 Personen. Dies entspricht einer Zunahme von 37,5% - auch bei den 15 bis 19 Jährigen ist ein markanter Anstieg von 8.065 auf 10.529 zu verzeichnen. Dies ist ein plus von 30,6% im Vergleich zum Vorjahresmonat Februar (vgl. derStandard, 2009a:1).

Die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit ist, wie in Darstellung 19 ersichtlich, in Oberösterreich am höchsten. Dies bedeutet, dass bei den 15 bis 19 jährigen Personen die Jugendarbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahresmonat Februar um 52% und bei den 20 bis 24 Jährigen um 60% angestiegen ist (vgl. derStandard, 2009a:1).

**Darstellung 19: Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich**



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an derStandard.at, 2009a:1

Die nachfolgende Darstellung soll einen Überblick über die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Oberösterreich in den letzten zweieinhalb Jahren aufzeigen. In den Jahren 2006 bis 2008 blieb die Jugendarbeitslosigkeit relativ konstant bzw. war sogar eine leichte Besserung zu erkennen. Betrachtet man nun den Februar 2009, so ist mit einer Anzahl von 11.339

jungen Arbeitslosen (15 bis 24 Jährige) ein enormer Anstieg, im Vergleich zu den Vorjahren, zu verzeichnen. Noch dramatischer wird das Bild, wenn der Wert vom Oktober 2008, mit dem Wert vom Februar 2009 verglichen. Hier ergibt sich ein Zuwachs an 3.139 jungen Arbeitslosen und dies in weniger als einem halben Jahr.

### Darstellung 20: Entwicklung der Jungendarbeitslosigkeit in OÖ

	Okt. 06	Okt. 07	Okt. 08	Feb. 09
Lehrstellensuchende	654	628	599	677
15-19 Jährige in Schulung	2.014	1.778	1.876	1.856
15-19 Jährige Arbeitslose	1.255	1.179	1.239	1.701
<b>Summe 15-19 Jährige</b>	<b>3.923</b>	<b>3.577</b>	<b>3.714</b>	<b>4.234</b>
20-24 Jährige in Schulung	1.501	1.331	1.414	1.634
20-24 Jährige Arbeitslose	3.276	2.911	3.072	5.471
<b>Summe 20-24 Jährige</b>	<b>4.777</b>	<b>4.242</b>	<b>4.486</b>	<b>7.105</b>
<b>Summe 15-24 Jährige</b>	<b>8.700</b>	<b>7.819</b>	<b>8.200</b>	<b>11.339</b>

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an AK Oberösterreich 2009:2

Noch dramatischer wird die Situation in den einzelnen Bezirken Oberösterreichs eingestuft. Beispielsweise hat sich die Zahl der jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren auch hier wieder im Bezirk Braunau innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt (plus 361 Betroffene). Im Februar dieses Jahres waren in Braunau insgesamt 699 Jugendliche auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Ähnlich rasant ist die Jugendarbeitslosigkeit in den Bezirken Steyr (+347) und Ried i. I. (+173) gestiegen (vgl. AK Oberösterreich 2009:2).

Solange die Finanzkrise andauert, werden diese Zahlen kein vorübergehendes Phänomen darstellen. Vor allem für die Altersgruppe von 19 bis 24 Jahren wird dies ein großes Problem sein, da sie durch keinen Lehrbrief mehr geschützt und für die Unternehmen noch die unerfahrensten ArbeitnehmerInnen in den Betrieben sind (siehe auch Abschnitt SozialpartnerInnen). Hinzu kommt, dass nicht wenige Personen in diesem Alter als LeiharbeiterInnen tätig waren. Durch all diese Gründe ist der massive Anstieg

der Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe zu erklären. Aus der Sicht der Unternehmen ist die Freisetzung junger und relativ unerfahrener MitarbeiterInnen meist der richtige Weg. Doch wenn nun immer mehr junge Menschen keine berufliche Perspektive haben, dann muss versucht werden, dass die Arbeitsmarktkonzepte über die derzeitige labile wirtschaftliche Situation hinaus wirken. Andernfalls werden junge Menschen zu Langzeitarbeitslosen, welche auch nach der Krise an den gesellschaftlichen Rand gedrängt bleiben (vgl. derStandard.at, 2009b:1). Um dies zu verhindern wurde die „Aktion Future“ ins Leben gerufen. Diese will für 40.000 junge Menschen zwischen 19 und 24 Jahren garantieren, dass sie binnen sechs Monaten einen Job bekommen oder, falls dies nicht möglich ist, eine Ausbildungsmaßnahme erhalten. Das Programm ist mit 120 Millionen Euro an Budgetmitteln dotiert (vgl. Wirtschaftsblatt.at, 2009:1).

## LeiharbeiterInnen

LeiharbeiterInnen sind von der Krise ebenfalls besonders stark betroffen, so ist etwa im März 2009 die Zahl der arbeitslosen LeiharbeiterInnen im Vergleich zum Vorjahr um 47% auf insgesamt 29.601 Personen angestiegen. Laut AMS Österreich ist gleichzeitig die Zahl der beschäftigten ZeitarbeiterInnen um 24% auf knapp 54.000 ZeitarbeiterInnen gesunken. Die Attraktivität von Zeitarbeit hat in der Krise für die Beschäftigten abgenommen, dafür ist der Anreiz für Unternehmen leicht gestiegen. Die Firmen sehen zum Einen in der Zeitarbeit Flexibilität und können daher schneller auf Entwicklungen in der Krise reagieren, allerdings sind somit immer zuerst LeiharbeiterInnen oder ZeitarbeiterInnen von Kündigungen betroffen. Zum Anderen können Risiken minimiert werden und das Unternehmen hat die Möglichkeit zumindest Fixarbeitsplätze zu sichern. Dies hat sich auch in den letzten Monaten gezeigt, denn die LeiharbeiterInnen und Zeitarbeit-

erInnen sind die großen VerliererInnen der Krise. In der Autozulieferindustrie war der größte Teil der LeiharbeiterInnen, die in der Krise ihren Job verloren haben, beschäftigt (vgl. oesterreich.orf.at, 2009). Fast 40% der LeiharbeiterInnen sind in der Industrie beschäftigt, etwa ein Fünftel im Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungssektor, mehr als 10% entfallen auf den Handel, ca. 7% auf Verkehr, Transport und Telekommunikation. Weitere 6% sind in den Bereichen Information und Consulting und etwa 2% bei Banken beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf diverse Forschungsprojekte und weitere Branchen. In Österreich steht die Zeitarbeiterbranche an einem Wendepunkt, so werden in den nächsten Monaten einige der derzeit 1.800 ArbeitskräfteüberlasserInnen den Markt verlassen (vgl. oesterreich.orf.at, 2009).

LeiharbeiterInnen oder ZeitarbeiterInnen befinden sich in besonders prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Aus diesem Grund plant Sozialminister Hundstorfer eine Leih- oder Zeitarbeitsstiftung, in die alle LeiharbeiterInnen eintreten können, sollten sie ihren Arbeitsplatz verlieren (vgl. AK OÖ, 2009a:9).

Arbeitsstiftungen werden von österreichischen Unternehmen hauptsächlich bei größeren Insolvenzen und Kündigungen eingeführt. Den von Kündigung betroffenen Beschäftigten werden, mit Hilfe von Förderungen durch das betroffene Unternehmen, das AMS und durch die öffentliche Hand, Schulungen in Qualifizierungsprogrammen angeboten. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen können drei beziehungsweise vier Jahre in solchen Stiftungen bleiben (vgl. Wirtschaftsblatt.at, 2009a:1). Das ursprüngliche Modell der Zeitarbeitsstiftung sah 2.000 Plätze vor, doch bisher ist man an der Finanzierung gescheitert. Daher wird an einer abgespeckten Variante gearbeitet, welche Platz für ca. 1.000 Personen schaffen würde (vgl. Wirtschaftsblatt.at, 2009b:1). Die Stiftung wird in etwa fünf Millionen Euro kosten, wobei

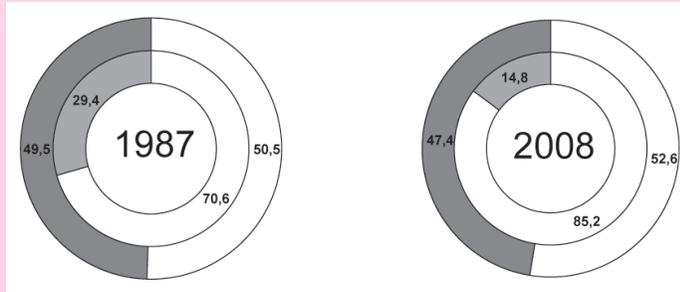
jeweils 30% der Kosten das AMS sowie Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer tragen sollen. Bund und Länder sowie Verleiher sollen jeweils 20% übernehmen (vgl. oesterreich.orf.at, 2009).

## ArbeitnehmerInnen mit geringer Qualifikation

Generell wird von gering qualifizierten Personen gesprochen, wenn sie weder eine anerkannte abgeschlossene Berufsausbildung noch eine höhere Schulbildung als die Pflichtschulzeit vorweisen können (vgl. AMS Vorarlberg et al., 2008:3). Arbeitskräfte werden aufgrund technologischer Neuerungen und durch Internationalisierung vor neue Herausforderungen am Arbeitsmarkt gestellt. Es werden andere berufliche Qualifikationen als in der Vergangenheit gefragt und die Anforderungsprofile der Unternehmen werden umfassender. Dieser Wandel führt aber nicht nur dazu, dass unqualifizierte ArbeitnehmerInnen tendenziell durch formal höher ausgebildetes Personal ersetzt werden, sondern auch die Arbeitsanforderungen an einfache Tätigkeiten steigen. Obwohl auch gering qualifizierte Arbeitskräfte in den vergangenen Jahren von dem enormen Beschäftigungsanstieg profitieren konnten, hat sich ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung reduziert (vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2009:5ff).

Darstellung 21 verdeutlicht diese Entwicklung in den Vergleichsjahren 1987 und 2008. Dabei zeigt der Innenring die Zahl der Beschäftigten, während der Außenring die arbeitslosen Menschen aufzeigt. Die grauen Abschnitte zeigen jeweils den Anteil der gering Qualifizierten unter der Gesamtgruppe. Waren es 1987 beinahe noch 30% der Beschäftigten, die lediglich geringe Qualifikation vorweisen konnten, so hat sich dieser Anteil bis 2008 auf knapp 15% reduziert. Jedoch sind noch immer circa 50% der arbeitslosen Menschen in Österreich Geringqualifizierte.

Darstellung 21: Anteil der Geringqualifizierten unter den Beschäftigten und Arbeitslosen



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an E-Mail Interview mit Gerstorfer, B., 2009:6

Mit dem Eintreten der Krise im letzten Quartal des Vorjahres waren es die Unqualifizierten (keine abgeschlossene Pflichtschulausbildung) und jene mit maximal einem Lehrabschluss, die am stärksten betroffen waren (vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2009:7f). Rund die Hälfte aller Arbeitslosen sind HilfsarbeiterInnen, aber auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Fachkräften ist mittlerweile beträchtlich. Generell ist eine Betroffenheit in allen Qualifikationsbereichen bemerkbar. Selbst AkademikerInnen und MaturantInnen bleiben von der Krise nicht verschont (vgl. Biffl, G., Vortrag, 22.04.2009).

Auf Bundesebene sind im Vergleich zum Jänner 2008 rund 28.000 mehr Arbeitslose zu verzeichnen, die entweder keine abgeschlossene Schule, nur eine Pflichtschule oder eine Lehre vorweisen können, was einen Anstieg von durchschnittlich 12,4% bedeutet. An nächster Stelle sind bereits AkademikerInnen bzw. UniversitätsabsolventInnen. Zu den insgesamt 7.696

beschäftigungslosen AkademikerInnen sind 8,3% erst im letzten Jahr dazugekommen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009:1). Es sind aber vor allem JungakademikerInnen, die mit Erwerbslosigkeit konfrontiert sind (vgl. Biffl, G., Vortrag, 22.04.2009). Positiv zu erwähnen ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit unter den AbgängerInnen von pädagogischen Hochschulen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009:1).

Auf oberösterreichischer Ebene sehen die Zuwächse in diesem Zusammenhang etwas differenzierter aus. Die Arbeitslosigkeit unter jenen mit keiner abgeschlossenen Schule (+35,1%), mit Pflichtschulausbildung (+21,6%) und jenen mit Lehrausbildung (+20,9%) ist in Oberösterreich im Vergleich zum Jänner des Vorjahres wesentlich mehr gestiegen als auf Bundesebene. Bei den AkademikerInnen sind oberösterreichweit um 83 Personen (+17,3%) mehr ohne Beschäftigung als noch 2008 (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten, 2009:1).

## MigrantInnen

Beschäftigungsverluste müssen aber auch MigrantInnen hinnehmen, da AusländerInnen unabhängig von deren Bildungsniveau allgemein stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als InländerInnen. Bei einer Gesamtarbeitslosenquote von 5,8% im Jahr 2008 war die Arbeitslosigkeit der MigrantInnen mit rund 8% deutlich höher als jene der österreichischen BürgerInnen. Unter den arbeitslosen Nicht-ÖsterreicherInnen waren TürkInnen mit einer Quote von 11% im vergangenen Jahr beinahe doppelt so oft ohne Beschäftigung als InländerInnen, gefolgt von Angehörigen sonstiger Nicht-EU-Staaten mit rund 10%. MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien hatten eine Arbeitslosenquote von 9% vorzuweisen. Die Beschäftigungslosigkeit der Angehörigen von EU- und EWR-Staaten inklusive der Schweiz

war hingegen mit 5,6% nur geringfügig höher als die der österreichischen Staatsangehörigen (vgl. Österreichischer Integrationsfonds, 2009a:1).

#### **INFOBOX 12: Ausländerbeschäftigungsgesetz**

„§ 8 (1) Die Beschäftigungsbewilligung ist mit der Auflage zu verbinden, dass der Ausländer nicht zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt wird, als sie für die Mehrzahl der bezüglich der Leistung und Qualifikation vergleichbaren inländischen Arbeitnehmer des Betriebes gelten.

(2) Die für einen Ausländer erstmals erteilte Beschäftigungsbewilligung ist weiters mit der Auflage zu verbinden, dass zur Erhaltung der Arbeitsplätze inländischer Arbeitnehmer im Falle

- a) der Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen sind;
- b) von Kurzarbeit im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vor deren Einführung die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer zu lösen sind, wenn dadurch Kurzarbeit auf längere Sicht verhindert werden könnte.

Von einer beabsichtigten Maßnahme im Sinne der lit. a hat der Arbeitgeber die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice zu verständigen, wenn die Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl der im Betrieb Beschäftigten ein erhebliches Ausmaß erreichen würde.“ (RIS, 2006:1)

Diese Entwicklung hat sich mit dem Eintreten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit unter AusländerInnen hat im Vergleich zum Jänner des Vorjahres auf Bundesebene um 19,1% zugenommen, während bei den österreichischen StaatsbürgerInnen „lediglich“ ein Anstieg von 10,6% zu verzeichnen war. In Oberösterreich ist der Anstieg noch dramatischer zu beurteilen, da hier um 37,8% mehr AusländerInnen

arbeitslos sind als noch 2008 (InländerInnen +18,2%) (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass jetzt die Betroffenheit unter Angehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten am größten ist. Darüber hinaus sind es vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, die ohne Beschäftigung sind (vgl. Biffi, G., Vortrag, 22.04.2009).

Begründet werden kann dieser Prozess zum einen durch den sogenannten Beschäftigungsschutz von InländerInnen, der vorsieht, im Fall eines Beschäftigungsabbaus bei gleichartiger Tätigkeit die ausländische Arbeitskraft vor der inländischen zu entlassen (vgl. Biffi et al., 2004:3). Diesbezüglich gibt es auch Gesetzestexte, die vorschreiben, dass am Arbeitsmarkt im Falle von Arbeitsplatzkürzungen, zuerst AusländerInnen gekündigt werden müssen, wobei dies nicht anwendbar ist auf EWR-BürgerInnen (Europäischer Wirtschaftsraum) und auf gewisse Berufsgruppen (vgl. RIS, 2008 a:1f). Aber auch die Beschaffenheit der Jobs an sich bzw. die Tätigkeitsprofile sind eine Ursache für die höhere Arbeitslosigkeit, da MigrantInnen im Wesentlichen in Niedriglohnbranchen arbeiten (vgl. Biffi et al., 2004:3).

An dieser Stelle muss aber auch die Problematik der Dequalifikation der AusländerInnen betont werden. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse gestaltet sich für viele MigrantInnen in Österreich als sehr kompliziert. Neben den hohen finanziellen Aufwendungen bestehen vor allem formale Schwierigkeiten zum Nachweis der Vergleichbarkeit mit einer österreichischen Ausbildung. Aus diesem Grund sind viele Zuwanderer in Österreich unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt (vgl. Österreichischer Integrationsfonds 2009b:1).

Des Weiteren wird von Seiten der AK befürchtet, dass es aufgrund der Angst um Arbeitsplätze zu einem Anstieg der Fremdenfeindlichkeit kommen wird und dies auch nachhaltige Folgen für die Gesellschaft habe. Es sind auch jetzt schon Tendenzen in diese Richtung bemerkbar. Diskussionen über bessere Anrechnungen von Qualifikationen der MigrantInnen werden wieder schwieriger zu führen sein, „weil die Leute sagen: Jetzt schaut einmal auf uns [...] auf uns ÖsterreicherInnen“ (Interview mit Andree, D., 2009:17f).

## Betroffenheit von Männern und Frauen

Prinzipiell sind Frauen von Arbeitslosigkeit in höherem Maße betroffen als Männer. Da die Krise aber vor allem Branchen trifft, „wo Männer ihre starken Beschäftigungskonzentrationen haben“ (Biffi, G., Vortrag, 22.04.2009), kommt es mittlerweile zu einer Anpassung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Im März 2009 war bereits kaum mehr ein Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen erkennbar (vgl. Biffi, G., Vortrag, 22.04.2009).

Insgesamt waren im Jänner 2009 in Österreich um 15,6% mehr Männer arbeitslos als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist hingegen nur um 6,2% gestiegen. Auf oberösterreichischer Ebene sind sogar 26,7% mehr Männer ohne Beschäftigung als im Vorjahr, was wiederum auf die typischen Tätigkeitsfelder der Männer in Oberösterreich zurück zu führen ist (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1). In den Bezirken ist die Männerarbeitslosigkeit vor allem in Braunau, Vöcklabruck und Steyr sehr beträchtlich angestiegen. Während bei den Männern alle Bezirke Zuwächse zu verzeichnen haben, ist die Arbeitslosigkeit unter Frauen in einigen Bezirken sogar gesunken beziehungsweise nur sehr

geringfügig gestiegen (vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten 2009:1). Es muss hier aber angemerkt werden, dass die Frauenerwerbsbeteiligung in Oberösterreich relativ niedrig ist und somit die Betroffenheit von Frauen auch nicht sofort spürbar ist. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass die Frauenerwerbsquote weiter sinken könnte, da der Trend befürchtet wird, dass nun zusätzlich viele Frauen aus Demotivation gar nicht erst eine Arbeitsstelle suchen und es somit zu einer versteckten Arbeitslosigkeit von Frauen kommen würde. Für Frauen bietet sich als scheinbare Alternative zur Arbeitslosigkeit der Rückzug in die Familie an (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:2,16ff). Abgesehen davon gibt es noch weitere frauenpolitische Bedenken; da ein Großteil der AMS-Mittel für Kurzarbeit in der Industrie verwendet wird, demnach für einen traditionellen Arbeitsbereich für Männer, stellt sich die Frage, ob finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, wenn zeitverzögert die Frauenerbeitslosigkeit steigt. Gerade in typischen Frauenbranchen, wie im Handel, ist der Spielraum geringer, ebenso in Klein- und Mittelbetrieben. Somit besteht die Gefahr, dass Frauen eher gekündigt werden als Männer (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:2,16ff).

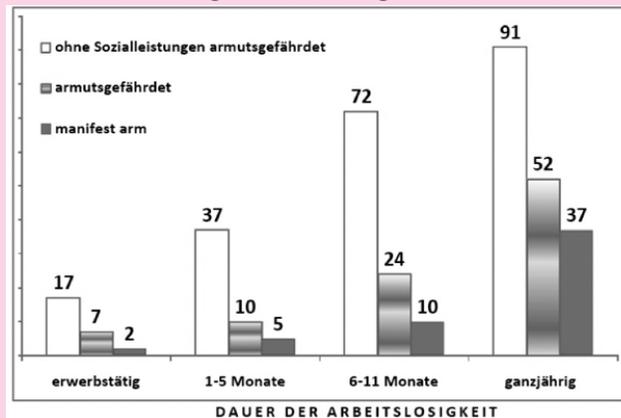
Da Männer aufgrund häufigerer Vollbeschäftigung und eines insgesamt höheren Lohnes, einen größeren Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten, kann die Arbeitslosigkeit des Vaters zu einer ökonomisch prekären Situation der gesamten Familie führen (vgl. Forum zur Förderung der Selbständigkeit, 2009:1).

## Bei langer Arbeitslosigkeit verschärft sich die Armut

Mit andauernder Arbeitslosigkeit wird es immer schwieriger, grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen. Vor allem Personen, welche länger als sechs

Monate arbeitslos sind, gelten bereits zu 24% armutsgefährdet. Ganzjährig Arbeitslose sind schon zu 52% von Einkommensarmut betroffen. Ohne Sozialleistungen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld/Notstandshilfe, Familienbeihilfe usw., wären sogar 91% dieser Personen armutsgefährdet. Dadurch wird erst ersichtlich, wie wichtig Sozialleistungen sind, um die Armutsgefährdung einzudämmen (vgl. AK OÖ, 2009b:8). Darstellung 22 zeigt die Armutsgefährdung bei Erwerbstätigkeit, bei ein- bis fünfmonatiger, bei sechs- bis elfmonatiger und bei einjähriger Arbeitslosigkeit.

Darstellung 22 : Arbeitslosigkeit und Armut



Quelle: AK OÖ, 2009b:8

Neben den Sozialleistungen sind vor allem Bildung und Erwerbsarbeit entscheidend um Armut zu bekämpfen. Das beste „Mittel“ zur Armutsvermeidung ist aber schlicht die Erwerbstätigkeit, denn die Entlohnung, die Kontinuität der Arbeit sowie die Erwerbsintensität sind Faktoren, welche die Höhe des Haushaltseinkommens wesentlich bestimmen. Damit man

allerdings am Arbeitsmarkt erfolgreich eingegliedert werden kann bzw. um auch nachhaltig in Beschäftigung bleiben zu können, ist eine gute Ausbildung notwendig. Das Armutsrisiko ist umso geringer, je mehr Personen in einem Haushalt einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Wenn keine Beschäftigung zum Beispiel wegen Behinderung, Alter, Krankheit oder aber auch Arbeitslosigkeit möglich ist, tragen die staatlichen Sozialleistungen wesentlich dazu bei, Armut und die damit einhergehende soziale Ausgrenzung zu verhindern (vgl. AK OÖ, 2009b:4).

## Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Krise

Die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik lagen in den vergangenen Jahren in der Verbesserung der Qualifizierung und der gezielten Unterstützung von besonders benachteiligten Personen. Die Finanzkrise fordert aber auch hier entscheidende Interventionen. Beispielsweise wurde die Kurzarbeit ausgeweitet beziehungsweise flexibilisiert und die Einsatzmöglichkeiten von Arbeitsstiftungen wurden erweitert (vgl. BMF 2009a:56).

Das neue Budget für 2009 und 2010 gab Finanzminister Pröll am 21. April bekannt. Dabei verzeichnete das Sozialministerium das größte Plus in absoluten Zahlen im Vergleich zum Vorjahr. Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Abschwungs wurde der Schwerpunkt besonders auf die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gelegt. Alleine für die Arbeitslosenunterstützung werden für die kommenden zwei Jahre beträchtlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Während es im Vorjahr noch 4,9 Milliarden Euro waren, wird das Budget für die Arbeitslosenunterstützung für 2009 auf knapp 6 Milliarden Euro und für 2010 sogar auf 6,4 Milliarden

Euro aufgestockt (vgl. DiePresse 2009:1).

Für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des AMS wird für beide Jahre jeweils eine Milliarde Euro bereitgestellt (vgl. BMF 2009b:1f). Diese Mittel sollen laut BMF in erster Linie für Zwecke der Ausbildungsgarantie, der Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung für Jugendliche, eines Programms zur Ausbildung von Fachkräften, der Ausweitung regionaler Qualifizierungsprogramme und für Arbeitsstiftungen eingesetzt werden (vgl. BMF 2009a:56f). Zusätzlich zur aktiven Arbeitsmarktpolitik werden 220 Millionen Euro für Kurzarbeit aufgewendet (vgl. BMF 2009b:1).

Auch auf Landesebene steht die aktive Arbeitsmarktpolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es soll auch 2009 weiter in die individuelle Arbeitsmarktpolitik investiert werden, dabei stehen Jugendliche, Frauen und ältere ArbeitnehmerInnen im Vordergrund. Effektive Maßnahmen wie „Perspektive Job – Jugend hat Vorrang“, „Qualitech“ oder „Fem-Implacement“ werden weiterverfolgt. Folglich steht auch im oberösterreichischen Budget des Wirtschaftsressorts der Arbeitsmarkt im Mittelpunkt. Auf Landesebene sind heuer 12,8 Millionen Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik eingeplant, was ein Plus von einer Million Euro im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Insgesamt werden für den sogenannten „Pakt für Qualifizierung und Beschäftigung“ rund 50 Millionen Euro für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgewendet (vgl. Land Oberösterreich 2008:2ff).

## Kurzarbeit

Grundsätzlich soll durch Kurzarbeit der Beschäftigungsstand eines Unternehmens, das sich in temporären wirtschaftlichen Problemlagen befindet, aufrechterhalten werden. Kurzarbeitsbeihilfen dienen somit als arbeits-

marktpolitisches Instrument. Diese Maßnahme soll beide Seiten, sowohl die Unternehmen als auch die ArbeitnehmerInnen, deren Arbeitsplätze durch Auftragseinbrüche oder Produktionseinschränkungen gefährdet sind, unterstützen (vgl. AMS Österreich, 2009a:4).

Wesentliche Voraussetzung ist, dass sich die Unternehmen in nicht saisonbedingten, wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, die ihre Ursache in einem Ausfall von Aufträgen, von betriebsnotwendigen Zulieferungen und Betriebsmitteln oder Ähnlichem haben. Diese Ausfälle müssen jedoch auf unternehmensexterne Gegebenheiten zurückzuführen sein, die vom Unternehmen selbst nicht gesteuert werden können (vgl. AMS Österreich, 2009a:6f). Außerdem muss das jeweilige Unternehmen sechs Wochen vor dem geplanten Beginn der Kurzarbeit mit dem zuständigen Arbeitsmarktservice in Kontrakt treten und sich einer Beratung unterziehen (vgl. Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, 2009:1). In der Sozialpartnervereinbarung wird anschließend von der für den Wirtschaftszweig in Betracht kommenden kollektivvertragsfähigen Körperschaft der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen eine Vereinbarung über die näheren Bedingungen im jeweiligen Unternehmen getroffen (vgl. AMS Österreich, 2009a:7). Das tatsächliche Begehren ist dann drei Wochen vor dem Beginn der Kurzarbeit beim Arbeitsmarktservice einzureichen (vgl. Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, 2009:1).

Ganz allgemein werden in der Bundesrichtlinie „Beihilfen bei Kurzarbeit und bei Kurzarbeit mit Qualifizierung“ zwei unterschiedliche Beihilfen unterschieden. Die Kurzarbeitsbeihilfe beziehungsweise die Kurzarbeitsunterstützung wird der/dem ArbeitgeberIn in Form von festgelegten Pauschalsätzen gewährt. Für jede entfallende Arbeitsstunde wird somit eine Ersatzzahlung eingeräumt. Die Qualifizierungsbeihilfe bei Kurzarbeit wird

hingegen gewährt, um an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmenden ArbeitnehmerInnen für jede dadurch entfallende produktive Arbeitsstunde eine Unterstützung zu zahlen (vgl. AMS Österreich, 2009a:4).

Vordergründiges Ziel der Kurzarbeitsbeihilfe ist die Vermeidung des Abbaus von Arbeitsplätzen (vgl. AMS Österreich, 2009a:5). So erwähnte auch die stellvertretende Landesgeschäftsführerin, dass einerseits drei KurzarbeiterInnen dem AMS gleichviel kosten wie eine arbeitslose Person und andererseits, dass eine Beschäftigung, immer einer Arbeitslosigkeit vorzuziehen ist (vgl. Gerstorfer, B., Vortrag, 11.03.2009).

Darüber hinaus soll damit sichergestellt werden, dass Unternehmen nach erfolgreicher Überwindung der wirtschaftlichen Misere über genügend Personal verfügen. Bei der Qualifizierungsbeihilfe bei Kurzarbeit soll die ausfallende Arbeitszeit für arbeitsmarktpolitisch und betrieblich sinnvolle Qualifizierungen genutzt werden. Dadurch erhöhen die betroffenen ArbeitnehmerInnen ihre Chance auf eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit und die Betriebe werden so anpassungsfähiger für die zukünftige Auftragsakquisition. Als Qualifizierungsmaßnahmen gelten solche, die nicht bloß dem kurzarbeitenden Unternehmen zugute kommen, sondern auch auf andere Unternehmen übertragbar sind (vgl. AMS Österreich, 2009a:4ff).

Unterstützt wird grundsätzlich der Personenkreis von ArbeitnehmerInnen, mit der Ausnahme von Lehrlingen und Mitgliedern des geschäftsführenden Organs. Außerdem dürfen nur ArbeitgeberInnen unterstützt werden, die nicht öffentlichen oder juristischen Einrichtungen sowie politischen Parteien angehören (vgl. AMS Österreich, 2009a:6).

Daneben muss beachtet werden, dass der Arbeitszeitausfall im Kurzarbeitszeitraum durchschnittlich nicht unter 10% und nicht über 90% der

gesetzlichen, kollektivvertraglich oder vertraglich vereinbarten Normalarbeitszeit liegen darf. Die Dauer der Gewährung der Beihilfen ist zunächst mit sechs Monaten begrenzt. Liegen jedoch die oben genannten Voraussetzungen weiterhin vor, so kann eine Verlängerung der Beihilfengewährung erfolgen. Im Ausnahmefall kann allerdings über den sonst geltenden maximalen Zeitraum von 18 Monaten hinaus eine letztmalige Verlängerung von höchstens zwei Monaten beantragt werden (vgl. AMS Österreich, 2009a:10f). Seit Mai 2009 wird eine Ausweitung der Bezugsdauer auf 24 Monate diskutiert.

Die Pauschalsätze, die im Rahmen der Kurzarbeitsbeihilfe pro Ausfallstunde gewährt werden, richten sich nach den Aufwendungen, die der Arbeitslosenversicherung bei einer etwaigen Arbeitslosigkeit entstünden. Analog dazu wird bei der Qualifizierungsbeihilfe zusätzlich ein Zuschlag für schulungsbedingte Mehraufwendungen von 15% ausbezahlt. Außerdem werden Sonderzahlungen und die Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, berücksichtigt (vgl. AMS Österreich, 2009a:6ff). Folgende Rechenbeispiele sollen einen Überblick über die Gehaltskürzungen bei Kurzarbeit bei einem Einkommen von 1.000 und 3.000 Euro verschaffen. Die Kürzungen bei einem Gehalt von 1.000 Euro mögen auf den ersten Blick wenig erscheinen, jedoch muss man bedenken, dass es sich hierbei um den Bruttobetrag handelt und auch noch ein Kind mitversorgt werden muss. Bei einem Bruttobezug von 3.000 Euro sind die Kürzungen hingegen beträchtlich und schränken die betroffenen ArbeitnehmerInnen ein, vor allem im Hinblick auf die Tatsache, dass für zwei Kinder Sorge zu tragen ist.

Darstellung 23: Gehaltskürzung bei einem Monatsverdienst von 1.000

Euro brutto vor Kurzarbeit (1 Kind; 38,5 h)

<b>Normalarbeitszeit vor Kurzarbeit pro Woche</b>	38,5 h
<b>Monatsverdienst inkl. aller Sonderzahlungen</b>	1.000 €
<b>Gesamtausfallstunden aufgrund von Kurzarbeit</b>	
Kurzarbeit -30%	
Neue Arbeitszeit: 26,95 h	
Ausfallstunden pro Woche: 11,55 h	
Vorläufige Dauer der Kurzarbeit: 6 Monate	
Berechnung: 11,55*4*6	277 h
<b>Pauschalsatz pro Ausfallstunde (bei 1 Kind)</b>	4,85 €
<b>Gesamte Kurzarbeitsunterstützung für 6 Monate</b>	
Berechnung: 4,85*277,2	1.344,42 €
<b>Kurzarbeitsunterstützung pro Monat</b>	
Berechnung: 1.344,42 / 6	224,07 €
<b>Entgelt bei Kurzarbeit pro Monat</b>	
Berechnung: 1.000 -30% = 700 + 224,07	924,07 €
<b>Gesamtentgeltsausfall pro Monat</b>	
Berechnung: 1.000 – 924,07	75,93 €

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an AMS Österreich, 2009b:4

## Bildungskarenz plus

Im Hinblick auf Aktivierungs- und Schulungsmaßnahmen ist die Bildungskarenz plus das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium, um den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Nach Meinung von AMS OÖ Geschäftsführer Herrn Obrovski ist es in allen Phasen, in denen sich der Arbeitsmarkt befindet, unverzichtbar, nachfragegerechte Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten. Gerade aber in Zeiten wie diesen sei es besonders wichtig für ArbeitnehmerInnen, sich nachfragegerecht zu qualifizieren, da jene Personen aus dem Beschäftigungsprozess geworfen werden, die am wenigsten den Anforderungen der Unternehmen genügen (vgl. Interview mit Obrovski, R., 2009:5).

Ebenso waren sich die Geschäftsstellen des AMS auf regionaler Ebene einig, dass Qualifizierung und Weiterbildung immens wichtige Bereiche seien und gerade im Bereich der Aus- und Weiterbildung damit der Weg aus der Krise zu schaffen sei: denn je qualifizierter die ArbeitnehmerInnen, desto krisensicherer sind diese am Arbeitsmarkt (vgl. E-Mail Interviews mit AMS Regionalstellen).

Die neue Initiative Bildungskarenz plus wurde vom AMS OÖ in Kooperation mit dem Wirtschaftsressort des Landes OÖ initiiert, um die Krise mit Hilfe von Weiterbildungsmaßnahmen anstelle von Kündigungen zu meistern. In der Zwischenzeit wurde diese erfolgreiche Initiative auch von den anderen Bundesländern fast identisch übernommen und eingeführt.

Das Land OÖ wird auch 2009 mehr als jedes andere Bundesland in die aktive Arbeitsmarktpolitik investieren. Die bisherige Bildungskarenz brachte einige Nachteile mit sich, einerseits mussten die karenzierten Arbeitneh-

Darstellung 24: Gehaltskürzung bei einem Monatsverdienst von 3.000

Euro brutto vor Kurzarbeit (2 Kinder; 40 h)

<b>Normalarbeitszeit vor Kurzarbeit pro Woche</b>	40 h
<b>Monatsverdienst inkl. aller Sonderzahlungen</b>	3.000 €
<b>Gesamtausfallstunden aufgrund von Kurzarbeit</b>	
Kurzarbeit -30%	
Neue Arbeitszeit: 28 h	
Ausfallstunden pro Woche: 11 h	
Vorläufige Dauer der Kurzarbeit: 6 Monate	
Berechnung: 12*4*6	288 h
<b>Pauschalsatz pro Ausfallstunde (bei 1 Kind)</b>	10,11 €
<b>Gesamte Kurzarbeitsunterstützung für 6 Monate</b>	
Berechnung: 10,11*288	2.911,68 €
<b>Kurzarbeitsunterstützung pro Monat</b>	
Berechnung: 2.911,68 / 6	485,28 €
<b>Entgelt bei Kurzarbeit pro Monat</b>	
Berechnung: 3.000 -30% = 2.100 + 485,28	2.585,28 €
<b>Gesamtentgeltsausfall pro Monat</b>	
Berechnung: 3.000 – 2.585,28	414,72 €

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an AMS Österreich, 2009b:2

merInnen mit einem relativ geringen Einkommen auskommen und mussten zudem die Weiterbildung ganz oder teilweise bezahlen. Andererseits nahmen oder hatten die Betriebe kaum einen Einfluss auf die Merkmale der Qualifizierung während der Karenzierung.

Die Bildungskarenz plus stimmt nun die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen besser aufeinander ab, da nun die Unternehmen einen finanziellen Beitrag (50% der Bildungskosten) leisten und über den Inhalt der beruflichen Qualifizierung mitentscheiden. Es fallen während der Karenzzeit keine Lohnkosten für das Unternehmen an. Die/der MitarbeiterIn hat allerdings die Möglichkeit während der Bildungskarenz plus bis zur Geringfügigkeitsgrenze (357,74 Euro monatlich) im Unternehmen dazuzuverdienen und trägt zudem keinerlei Ausgaben für das Bildungsangebot. Aufgrund der Bildungskarenz plus ist es gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten möglich, MitarbeiterInnen auch bei sinkender Auslastung im Unternehmen zu halten. Die Karenzzeit kann zwischen drei und zwölf Monaten betragen, wobei das AMS OÖ das Einkommen der karenzierten Person in Form eines Weiterbildungsgeldes finanziert und das Land OÖ den Unternehmen 50% der Ausbildungskosten bis zu einer Höhe von 3.000 Euro refundiert (vgl. Land OÖ, 2008a:2f).

Landesgeschäftsführer Roman Obrovski umschreibt die Intention dieser Initiative folgendermaßen: "Bildungskarenz plus ist ein Angebot an jene Unternehmen, die unter einem Rückgang von Aufträgen leiden, ihre bewährte Stammmannschaft aber mit Blick auf die Zeit nach der Krise halten wollen" (Obrovski, zit. nach Land OÖ, 2008b:3).

Diese Aussage macht deutlich, wie wichtig Maßnahmen wie die Bildungskarenz plus für Unternehmen sowohl während der Krise als auch nach der Krise sind. "Statt Personal in Krisenzeiten freizusetzen und bei Erholung

der Konjunktur mit Zeitverlust, Such- und Integrationskosten wieder zusammenzustellen, wird das Dienstverhältnis während der Bildungskarenz plus nicht gelöst. Die Auftragsschwäche wird konstruktiv genutzt. Die MitarbeiterInnen erwerben Qualifikationen, die ihnen und dem Unternehmen zugute kommen" (Obrovski zit. nach Land OÖ, 2008b:3f).

## Details zur Bildungskarenz plus

Von Jänner bis März 2009 gab es allein in Oberösterreich 978 Anträge auf Bildungskarenz plus, dies entspricht einem Anteil von 37% aller Anträge bundesweit. Der Impuls dazu wurde vom AMS OÖ gesetzt. In der nachstehenden Darstellung werden die Anträge auf AMS-Weiterbildungsgeld im Bundesländervergleich im Zeitraum von Jänner bis März 2009 dargestellt, wobei noch einmal deutlich wird, dass OÖ im Hinblick auf die Nutzung der Bildungskarenz plus der Spitzenreiter ist. (vgl. AMS Oberösterreich, 2009b:1f).

In Oberösterreich wird die Bildungskarenz vom AMS OÖ und dem Land OÖ angeboten und ist auf einen Zeitraum von 2,5 Jahren bis 17. Mai 2010 begrenzt. Es handelt sich hierbei um eine Spezialförderung, welche darauf abzielt, Arbeitskräfte in der derzeit wirtschaftlich schwierigen Situation in den Unternehmen zu halten, um somit Kündigungen zu vermeiden. Um die Bildungskarenz plus in Anspruch nehmen zu können, müssen die folgenden Voraussetzungen gegeben sein (vgl. WIFI, 2009:1):

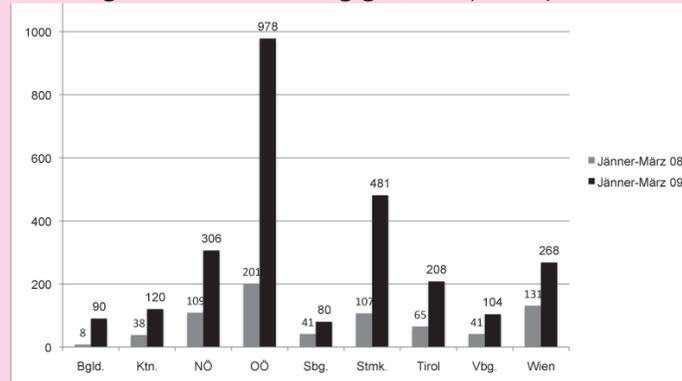
- Das Arbeitsverhältnis muss seit mindestens zwölf Monaten ohne Unterbrechungen bestehen (Ausnahmeregelungen bei Saisonkräften).
- Die Teilnahme an einer Bildungsmaßnahme muss nachgewiesen werden, wobei das Ausmaß mindestens 20 Wochenstunden oder eine vergleichbare zeitliche Belastung betragen muss.

- Die Vereinbarung im Sinne des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) oder bundes- bzw. landesgesetzlicher Regelungen zwischen ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn.
- Der Wohnsitz muss sich in OÖ befinden.
- Die Vorlaufzeiten bis zum nächstmöglichen Beginn der Bildungsmaßnahme muss mit der zuständigen Regionalstelle geklärt werden.
- Die Zahl der TeilnehmerInnen ist auf 30 Personen pro Unternehmen beschränkt bzw. auf die Hälfte der Belegschaft (Ausnahmen können vom Land OÖ genehmigt werden).

Den Antrag auf Weiterbildungsgeld müssen die ArbeitnehmerInnen bei der regionalen Geschäftsstelle des AMS einbringen. Das Unternehmen kann den 50%igen Zuschuss zu den Weiterbildungskosten beim Wirtschaftsressort des Landes unter Vorlage einer Rechnung beantragen (vgl. WIFI, 2009:1).

Weiters ist zu beachten, dass bei Inanspruchnahme der Bildungskarenz plus Kranken- und Unfallversicherungsschutz besteht und des Weiteren die Zeiten einer Bildungskarenz seit dem Jahr 2005 bei der Pensionsermittlung berücksichtigt werden. Es besteht allerdings für die Zeit der Bildungskarenz kein Anspruch auf Urlaub sowie auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Die Zeit der Bildungskarenz bleibt außer Betracht für Ansprüche, die sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses richten, wie etwa Abfertigungsansprüche. Die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung werden durch eine Bildungskarenz nicht verbraucht. Es besteht nach Ende dieser Bildungsmaßnahme kein Kündigungsschutz und auch kein Anspruch auf Schulungsarbeitslosengeld, falls die Bildungskarenz direkt im Anschluss an die Elternkarenz begonnen wurde. Frühestens nach Ablauf von vier Jahren ab dem Antritt der letzten Bildungskarenz kann eine neuerliche Bildungskarenz vereinbart werden (vgl. AK Oberösterreich, 2009c:1).

Darstellung 25: AMS-Weiterbildungsgeld, 2008/2009 pro Bundesland



Quelle: AMS Oberösterreich, 2009b:2

## Einschätzungen und Empfehlungen aus Sicht der ExpertInnen

Die weltweit schwierige Situation stellt für den starken Industrie- und Wirtschaftsstandort OÖ eine besondere Herausforderung dar. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Kurzarbeit und der Bildungskarenz plus stellen die zwei wichtigsten Eckpfeiler dar, um die Beschäftigung in Oberösterreich besonders hoch zu halten. Allerdings wurde im Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer deutlich, dass aus seiner Sicht die Finanzkrise nur die Oberfläche der Krise darstellt, vielmehr handelt es sich um eine Strukturkrise. Es werden sich die Gewichte in der Welt neu verteilen,

die Welt wird nach der Krise anders aussehen als vorher, da etwa Länder wie China, Indien, Russland und Amerika einen anderen Stellenwert bekommen werden (vgl. Interview mit Obrovski, R., 2009:1f).

Was bedeutet diese Strukturkrise nun für Oberösterreich? Von den Unternehmen in Oberösterreich, wie auch in allen anderen Bundesländern, wird eine strukturelle Neuorientierung gefordert, um die Krise bestmöglich zu überstehen. Die Struktur der oberösterreichischen Industrie wird sich verändern müssen, um am Weltmarkt wieder Fuß fassen zu können. Denn es werden auf Dauer Beschäftigungsmöglichkeiten wegfallen, die erst wieder durch neue Produkte, neue Prozesse und neue Märkte aufgebaut werden müssen, um wieder eine vergleichbare Beschäftigungswirksamkeit zu erhalten. Die Aufgabe des AMS OÖ besteht nun darin, die Unternehmen bei diesem Strukturwandel zu unterstützen, wobei in erster Linie Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Vor allem Innovationen bzw. innovative Produkte werden in den nächsten Jahren für die Unternehmen eine zentrale Rolle spielen. So liegt etwa im Ökologiesektor ein hohes Innovationspotenzial. Bis allerdings dieser Sektor so beschäftigungswirksam wird wie die traditionellen Bereiche, werden noch einige Jahre vergehen (vgl. Interview mit Obrovski, R., 2009:1f).

Auf individueller Ebene gibt es zahlreiche Empfehlungen, die von den einzelnen AMS-Regionalstellen an ArbeitnehmerInnen in persönlichen Gesprächen vermittelt werden. Landesgeschäftsführer Roman Obrovski ist der Ansicht, dass es sinnvoll ist, beim Individuum selbst anzusetzen. Die Personen, die derzeit auf Arbeitssuche sind, sollten die eigene Strategie, die persönlichen Kompetenzen und Qualifikationen reflektieren, um zu erkennen, wo Verbesserungspotenziale liegen. Wichtig ist es in Zeiten der Arbeitslosigkeit, die Motivation und Beschäftigungsfähigkeit aufrecht-

zuerhalten und Qualifizierungsangebote in Anspruch zu nehmen. Bei den Männern etwa lag die Arbeitsaufnahmequote nach Schulungen etwa im Vorjahr bei 66%, diese Zahl spricht für eine Nutzung entsprechender Aus- und Weiterbildungsangebote während der Dauer der Arbeitslosigkeit. Das AMS verfolgt das Prinzip der „early intention“. Das bedeutet, dass vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit eine Aktivierung stattfinden soll, um die Beschäftigungsfähigkeit der Personen aufrechtzuerhalten und um keine Resignation entstehen zu lassen. Allerdings ist es bei dem Ansturm an Arbeitslosigkeit zurzeit schwierig, diesem Prinzip nachzukommen (vgl. Interview mit Obrovski, R., 2009:11f).

## Prognosen für die zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt

Nach einer Analyse der IST-Situation am Arbeitsmarkt erfolgt nun auch ein Blick in die Zukunft. Wie wird es nach dem Jahr 2009 am Arbeitsmarkt aussehen? Wird sich die Situation beruhigen und die Arbeitslosigkeit sinken oder kommt es längerfristig zu keiner Stabilisierung? Prognosen für die kommenden Jahre liefern das Institut für Höhere Studien (IHS) sowie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Diese Institutionen rechnen mit einem deutlichen Anstieg der österreichischen Arbeitslosenquote (Darstellung 29).

Für das Jahr 2009 prognostizieren die Institute eine Arbeitslosenquote von 7,5%; für das Jahr 2010 liegt deren Schätzung bei 8,2%, wobei gegen Ende des Jahres 2010 mit einer Stabilisierung der Situation am Arbeitsmarkt zu rechnen sei. Betrachtet man dies nun in absoluten Zahlen, so wird die Zahl der Arbeitslosen 2009 um 62.000 steigen. 2010 wird ein weiterer Anstieg

um 34.000 Personen prognostiziert. In Summe bedeutet dies, dass nahezu 100.000 Personen mehr im Jahr 2010 arbeitslos sein werden, als zu Beginn des Jahres 2009 (vgl. Wiener Zeitung, 2009:1).

Darstellung 26: Prognose IHS und WIFO 2009-2010

	2009	2010	Gesamt
Arbeitslosenquote	7,5 %	8,2 %	
Zuwachs an Arbeitslosen in absoluten Zahlen	+ 62.000	+ 34.000	+ 96.000

Quelle: Wiener Zeitung, 2009:1

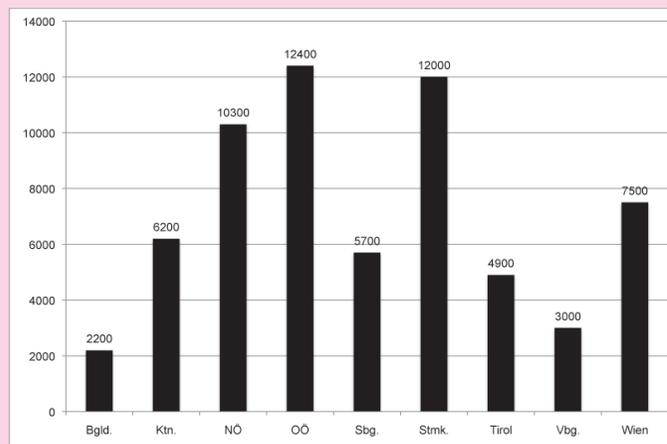
Eine von Synthesis Forschung durchgeführte Studie beschäftigt sich ebenso mit der möglichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich in den Jahren 2009 und 2010. Über die Prognosen von WIFO und IHS hinaus, hat Synthesis Forschung einen Höhenpunkt der Arbeitslosigkeit im 2. Quartal von 2009 prognostiziert. Deutliche Ähnlichkeiten ergeben sich, da auch Synthesis Forschung im Jahr 2010 mit knapp 100.000 mehr arbeitslosen Personen als zu Beginn des Jahres 2009 (ca. 301.000 Personen) rechnet.

Wie auf nationaler Ebene ist ebenfalls mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Oberösterreich zu rechnen. Grundsätzlich sind alle Bundesländer betroffen, dennoch ergibt sich, wie in Darstellung 31 ersichtlich, aufgrund von unterschiedlichen Branchenstrukturen, ein differenziertes Bild (vgl. AMS Österreich, 2009c:3).

Die prognostizierten höchsten Werte an Zuwachs, im Vergleich zum Vorjahr, erreichen hier die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark. Werden hierzu noch die Zahlen von Wien und Niederösterreich addiert, erreichen diese Bundesländer zwei Drittel des österreichischen Zuwachses an ar-

beitslosen Personen. Zu den Bundesländern mit dem relativ höchsten Zuwachs zählt Oberösterreich (ein Plus von 57%) ebenfalls (vgl. AMS Österreich, 2009c:3).

Darstellung 27: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 2009



Quelle: AMS Österreich, 2009c:3

Auf regionaler Ebene reichen die Einschätzungen von vorsichtigem Optimismus bis hin zu eher pessimistischen Annahmen. In manchen Bezirken ist ein leichter Rückgang der Arbeitslosenquote mit dem Beginn der Bausaison zu erwarten, jedoch ist der Großteil eher skeptisch eingestellt und rechnet

mit einer noch steigenden Arbeitslosenquote bzw. mit mehr Personen in Kurzarbeit oder Weiterbildungsmaßnahmen (vgl. E-Mail Interview mit Regionalstellen, 2009).

Abschließend ist jedoch noch anzuführen, dass eine seriöse Einschätzung der zukünftigen Entwicklung nur schwer möglich ist (vgl. E-Mail Interviews mit Regionalstellen, 2009).

## Ausblick

Den exportorientierten Unternehmen Oberösterreichs hat die weltweite Krise zum Teil massive Auftrags- und Beschäftigungseinbrüche beschert. Das AMS OÖ und das Wirtschaftsressort des Landes OÖ sind bemüht, vor allem mit Hilfe der beiden Instrumente Kurzarbeit und Bildungskarenz plus, die Beschäftigung in OÖ hoch zu halten, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden. Das AMS OÖ rechnet aufgrund der Neuregelungen, vor allem durch flexiblere Behaltefristen und der Kombinierbarkeit von Kurzarbeit und Qualifizierung, mit einer verstärkten Nutzung der Kurzarbeit. Auch das OÖ Modell Bildungskarenz plus konnte erfolgreich initiiert werden und wurde mittlerweile fast identisch von allen anderen Bundesländern übernommen (vgl. AMS Oberösterreich, 2009c:1).

Zusammenfassend verfolgt das AMS OÖ im Jahr 2009 die folgenden beiden arbeitsmarktpolitischen Strategien zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl während aber vor allen Dingen auch nach der Krise (vgl. AMS Oberösterreich, 2009c:2):

- Durch Kurzarbeit und Bildungskarenz plus sollen so viele Arbeitskräfte wie möglich in aufrechten Dienstverhältnissen gehalten und betriebsnah weitergebildet werden.

- Durch aktivierende Angebote (Qualifizierung) sollen arbeitslose Personen beschäftigungsfähig gehalten werden. Hierbei ist es notwendig, etwaige Kompetenz-Trends rechtzeitig wahrzunehmen.

Der Landesgeschäftsführer des AMS OÖ ist der Meinung, dass nachfragegerechte Qualifizierungsangebote seitens des AMS und die Innovativität der Unternehmen die zwei Eckpfeiler sind, um nach der Krise wieder sicher am Weltmarkt Fuß fassen zu können. Von den Unternehmen werden neue Ziele, neue Produkte, verbesserte Prozesse gefordert, die auf neuen Märkten Erfolg bringen sollen. Diese Innovationen fordern gleichzeitig neue oder höhere Kompetenzen der MitarbeiterInnen (vgl. AMS Oberösterreich, 2009c:2).

Ein abschließend positives Bild zeichnete Herr Obrovski von der Arbeitsmarktsituation in Oberösterreich, denn er ist davon überzeugt, dass OÖ im Vergleich zu den anderen Bundesländern die Krise am besten meistern wird. Er spricht hier von einem „Upper Austrian Spirit“, mit Hilfe dessen die UnternehmerInnen, ManagerInnen, InteressenvertreterInnen, PolitikerInnen und wirtschaftsnahen DienstleisterInnen erfolgreich kooperieren und auch die wirtschaftlich schwierige Situation erfolgreich überwinden werden (vgl. AMS Oberösterreich, 2009d:2).

## Literatur

Arbeiterkammer Kärnten (2009): Kurzarbeit, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d93/Kurzarbeit.pdf>, Zugriffsdatum: 10.04.2009.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2009): Jugend braucht Perspektiven: Jetzt Ausbildungsgarantie umsetzen, abrufbar unter: [http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d93/Jugendausbildung\\_PKU\\_25.3.2009.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d93/Jugendausbildung_PKU_25.3.2009.pdf), Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2009a): Kurzarbeit & Co - Instrumente zur Abfederung der Krise, abrufbar unter [http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d88/PK\\_Unterlage\\_Kurzarbeit.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d88/PK_Unterlage_Kurzarbeit.pdf), Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2009b): Armutsgefährdung nimmt zu – Absicherung durch öffentliche Leistungen gewinnt an Bedeutung, abrufbar unter: [http://pweb.arbeiterkammer.at/bilder/d96/Armutsgefaehrdung\\_PKU\\_April2009.pdf](http://pweb.arbeiterkammer.at/bilder/d96/Armutsgefaehrdung_PKU_April2009.pdf), Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2009c): Bildungskarenz, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/page.php?P=3590>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2008): Bildungskarenz plus, abrufbar unter: [www.thecambridgeinstitutelinz.at/medieninfo2008-11-17.pdf](http://www.thecambridgeinstitutelinz.at/medieninfo2008-11-17.pdf), Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2009): Medieninformation. Aktuelles vom Arbeitsmarkt. Arbeitslosenquoten Jänner 2009, abrufbar unter: [http://docs.ams.at/ooe/monatsinfo/monatsinfo2009-01\\_alq.pdf](http://docs.ams.at/ooe/monatsinfo/monatsinfo2009-01_alq.pdf), Zugriffsdatum: 10.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2009a): Der Arbeitsmarkt in Oberösterreich Jänner 2009, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/monatsb/monatsb2009-01.pdf>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2009b): Das OÖ Modell der Bildungskarenz plus wird zum Hit, abrufbar unter <http://docs.ams.at/ooe/medieninfo/medieninfo2009-04-02.pdf>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2009c): Personalmanagement in herausfordernden Zeiten, abrufbar unter <http://docs.ams.at/ooe/medieninfo/medieninfo2009-03-05.pdf>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2009d): AMS OÖ setzt Fokus auf Erhalt der Beschäftigung und zukunftsorientierte Qualifizierung, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/medieninfo/medieninfo2008-12-22.pdf>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeitsmarktservice Österreich (2009): Arbeitsmarktdaten, abrufbar unter: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Arbeitsmarktservice Österreich (2009a): Bundesrichtlinie. Beihilfen bei Kurzarbeit und bei Kurzarbeit mit Qualifizierung, abrufbar unter: [http://www.ams.or.at/\\_docs/001\\_bundesrichtlinie\\_kurzarbeit\\_100309.pdf](http://www.ams.or.at/_docs/001_bundesrichtlinie_kurzarbeit_100309.pdf), Zugriffsdatum 09.04.2009.

Arbeitsmarktservice Österreich (2009b): Pauschalsatztabellen, abrufbar unter: <http://www.ams.or.at/sfu/14087.html>, Zugriffsdatum: 09.04.2009.

Arbeitsmarktservice Österreich (2009c): Der österreichische Arbeitsmarkt im Jahr 2009, Eine Vorschau, abrufbar unter: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/AMSinfo132\\_vorschau2009.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/AMSinfo132_vorschau2009.pdf), Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Arbeitsmarktservice Vorarlberg et al. (2008): Chancen für Geringqualifizierte in der internationalen Bodenseeregion, abrufbar unter: <http://www.amosa.net/webautor-data/123/Chancen-fuer-Geringqualifizierte.pdf>, Zugriffsdatum: 13.05.2009.

Biffi, Gudrun, Appelt, Erna., Walterskirchen, Ewald, et al. (2004): Migrationen und ihr Einfluss auf die Gesellschaften Europas, abrufbar unter: [http://gudrun.biffi.wifo.ac.at/fileadmin/files/NCP-PILOT-ECON-DE\\_09\\_2004.PDF](http://gudrun.biffi.wifo.ac.at/fileadmin/files/NCP-PILOT-ECON-DE_09_2004.PDF), Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Biffi, Gudrun, „Die Krise und der österreichische Arbeitsmarkt“, Vortrag Lunch Lectures, 22.04.2009, Linz.

Bundesministerium für Finanzen (2009a): Bericht der Bundesregierung. Budgetbericht 2009/2010, abrufbar unter: <https://www.bmf.gv.at/Budget/Budget20092010/Gesamtueberblick.pdf>, Zugriffsdatum: 27.04.2009.

Bundesministerium für Finanzen (2009b): Budget-Entwurf 2009 auf einen Blick, abrufbar unter: [http://bmf.gv.at/Budget/2009/arbeitsbehelf\\_und\\_teilhefte/Budget\\_OneSheet\\_2009\\_de.pdf](http://bmf.gv.at/Budget/2009/arbeitsbehelf_und_teilhefte/Budget_OneSheet_2009_de.pdf), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

derStandard.at (2009): Kurzarbeit kostet 151,4 Millionen Euro, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=/?id=1237230332274>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

derStandard.at (2009a): Mit Millionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 28.04.2009.  
derStandard.at (2009b): No Future. Die Altersgruppe von 19 bis 24 Jahren auf dem Jobmarkt besonders verletzlich, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 28.04.2009

DiePresse (2009): Budget: Fast alle Ressorts müssen Gürtel enger schnallen, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/472246/index.do>, Zugriffsdatum: 27.04.2009.

E-Mail Interview mit Arbeitsmarktservice Linz am 30. März 2009, Folie 11.

E-Mail Interview mit Arbeitsmarktservice Rohrbach am 30. März 2009, Seite 1.

E-Mail Interview mit Birgit Gerstorfer am 13. März 2009, Folie 1-18, Linz.

Forum zur Förderung der Selbständigkeit (2009): Erwerbsstatus der Eltern und Armutsgefährdung der Kinder, abrufbar unter: <http://fofos.org/downloads/49dd9ce9e79e5.pdf>, Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (2009): Fragen und Antworten zur Kurzarbeit, abrufbar unter: [http://www.gmtn.at/servlet/ContentServer?pagename=GMT/Page/GMT\\_Index&n=GMT\\_1.9.a&c id=1233605932334](http://www.gmtn.at/servlet/ContentServer?pagename=GMT/Page/GMT_Index&n=GMT_1.9.a&c id=1233605932334), Zugriffsdatum: 10.04.2009.

Gerstorfer, Birgit, Arbeit in der Krise?, Vortrag vom 11.03.2009, Linz.

Interview mit Dr. Roman Obrovski am 31. März 2009, Seite 1-12, Linz.

Interview mit Mag.a Dagmar Andree am 26. März 2009, Seite 1-31, Linz.

Land Oberösterreich (2008): Information zur Pressekonferenz mit Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl, abrufbar unter: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-932CCFDC-CD43B867/ooe/PK\\_Sigl\\_28\\_11\\_2008\\_Internet.pdf](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-932CCFDC-CD43B867/ooe/PK_Sigl_28_11_2008_Internet.pdf), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

Land Oberösterreich (2008a): Information zur Pressekonferenz mit KommR Viktor Sigl und Roman Obrovski, abrufbar unter: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-A7FF8B56\\_C606BFFB/ooe/PK\\_LR\\_Sigl\\_17.11.2008\\_Internet.pdf](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-A7FF8B56_C606BFFB/ooe/PK_LR_Sigl_17.11.2008_Internet.pdf), Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Land Oberösterreich (2009): Das Konjunkturprogramm für Oberösterreich und den Bezirk Gmunden, abrufbar unter: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-DA93A0E0-CB80E2BE/ooe/PK\\_LH\\_8.4.2009\\_Internet.pdf](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-DA93A0E0-CB80E2BE/ooe/PK_LH_8.4.2009_Internet.pdf), Zugriffsdatum: 30.04.2009.

oe24.at (2009): Jugendarbeitslosigkeit steigt dramatisch, abrufbar unter: [http://www.oe24.at/wirtschaft/Jugendarbeitslosigkeit\\_steigt\\_dramatisch\\_0440934.ece#](http://www.oe24.at/wirtschaft/Jugendarbeitslosigkeit_steigt_dramatisch_0440934.ece#), Zugriffsdatum: 28.04.2009

Österreichischer Integrationsfonds (2009a): Arbeitslosigkeit und Schulungen, abrufbar unter: [http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen\\_und\\_fakten\\_2009/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit\\_und\\_schulungen/](http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen_und_fakten_2009/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit_und_schulungen/), Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Österreichischer Integrationsfonds (2009b): Qualifikation, abrufbar unter: [http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen\\_und\\_fakten\\_2009/arbeitsmarkt/qualifikation/](http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen_und_fakten_2009/arbeitsmarkt/qualifikation/), Zugriffsdatum: 01.05.2009.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2009): Die Bedeutung von Bildung im Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Gesellschaft, abrufbar unter: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17601/bmukk\\_kurzstudie.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17601/bmukk_kurzstudie.pdf), Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Oesterreich.orf.at (2009): Arbeitslosigkeit bei Zeitarbeitern steigt weiter, abrufbar unter: <http://oesterreich.orf.at/stories/358158/>, Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Profil (2009): In Krisenzeiten ziehen Schuldzuweisungen und einfache Antworten besonders gut, Nr. 17, 40. Jg., 20. April 2009.

RIS – Bundesrecht (Inkrafttretensdatum: 01.01.2006) : Ausländerbeschäftigungsgesetz § 8, abrufbar unter: <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40067690/NOR40067690.pdf>, Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Schnurrer, Norbert (2009): Hundstorfer: Sozialleistungen senken Armutsgefährdungsrisiko - Arbeitslosigkeit wesentliche Ursache für Armutsgefährdung, abrufbar unter: [http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20090316\\_OTSO060](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20090316_OTSO060), Zugriffsdatum: 16.04.2009.

Unternehmerweb (2008): Durch Teuerungswelle und Finanzkrise steigt die Zahl von Menschen in Verschuldung und Armut massiv an, abrufbar unter: <http://www.unternehmerweb.at/newsflash/durch-teuerungswelle-und-finanzkrise-steigt-die-zahl-von-menschen-in-verschuldung-und-armut-massiv-an/>, Zugriffsdatum: 10.04.2009.

Wiener Zeitung.at (2009): WIFO/IHS: 2010 geht es wieder aufwärts, abrufbar unter: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3924&Alias=Wzo&cob=405425>, Zugriffsdatum 30.04.2009.

Wirtschaftsblatt (2009): Hundstorfer will gegen Arbeitslosigkeit ankämpfen, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/366186/index.do>, Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Wirtschaftsblatt (2009a): Tauziehen um geplante Leiharbeiterstiftung, abrufbar unter: [https://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/359521/index.do?direct=370810&\\_vl\\_backlink=/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/370810/index.do&selChannel=&\\_s\\_icmp=MzT](https://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/359521/index.do?direct=370810&_vl_backlink=/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/370810/index.do&selChannel=&_s_icmp=MzT), Zugriffsdatum: 14.05.2009.

Wirtschaftsblatt (2009b): Besser kleine als keine Leiharbeiter-Stiftung, abrufbar unter: <https://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/370810/index.do>, Zugriffsdatum: 14.05.2009.

Wirtschaftsförderungsinstitut (2009): Bildungskarenz plus, abrufbar unter: [http://www.ooe.wifi.at/ftp/Bildungskarenz\\_plus.pdf](http://www.ooe.wifi.at/ftp/Bildungskarenz_plus.pdf), Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Wirtschaftsförderungsinstitut Wien (2009): Bildungskarenz plus, abrufbar unter: <http://www.wifiwien.at/Default.aspx/Kurse/@/menuld/1145/>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.



# Krise und Sozialpartnerschaft

## AkteurInnen der Sozialpartnerschaft

Die Zusammenarbeit der Sozialpartner in Österreich untereinander und mit der Regierung war eine wesentliche Voraussetzung, um nach 1945 den Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Der Grundgedanke der Zusammenarbeit, welcher die Grundlage für sozialen Frieden und Wirtschaftswachstum bildet, verkörpert die Bevorzugung des Dialogs anstatt offener Konfliktaustragung und die Bekenntnis zu langfristigen Zielen. So sind auch der Ausgleich von Interessen und die Bereitschaft zu Kompromissen wesentliche Faktoren für die Kooperation. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist zentral für das System der Sozialpartnerschaft. Die Zusammenarbeit der großen Interessenverbände hat sich aufgrund geschichtlicher Umstände entwickelt und ist daher überwiegend informell und nicht gesetzlich geregelt (vgl. Die Sozialpartner Österreich, 2009:1).

Zu den AkteurInnen der Sozialpartnerschaft zählen die großen Dachverbände der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInneninteressenorganisationen (vgl. Tálos, E., 1997:432), dazu gehören die Arbeiterkammer (AK), der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), die Wirtschaftskammer (WK) und die Landwirtschaftskammer (LWK) (vgl. Die Sozialpartner Österreich, 2009:1). Eine wesentliche Aufgabe ist die Kooperation und Abstimmung der Interessen zwischen diesen TrägerInnen, wobei hauptsächlich Einkommens-, Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt werden (vgl. Tálos, E., 1997:432).

Diesbezüglich hat die Sozialpartnerschaft zum Ziel, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt zu behandeln, um zu einer Stabilisierung der Kaufkraft, einem stetigen Wirtschaftswachstum und zur Vollbeschäftigung beizutragen (vgl. Tálos, E., 1997:434f).

Ein bedeutender Teil des gemeinsamen Wirkens erfolgt in der Paritätischen Kommission. Diese setzt sich aus (Spitzen-)RepräsentantInnen der Regierung und den vier Dachverbänden zusammen und bildet ein wichtiges verbindendes Organ für die Gesprächsbasis. Mittlerweile institutionalisiert, werden in der Paritätischen Kommission und in ihren Unterausschüssen gemeinsame Maßnahmen und Strategien beschlossen, Empfehlungen ausgesprochen und Konflikte diskutiert (vgl. Die Sozialpartner Österreichs, 2009:2).

In den 1980-er Jahren veränderten sich die Anforderungen an die Sozialpartnerschaft aufgrund des sich wandelnden ökonomischen und sozialen Umfeldes. Wegen des gestiegenen internationalen Wettbewerbsdrucks sind die nationalstaatlichen Handlungsspielräume gesunken (vgl. Tálos, E., 1993:7). Ein weiterer Aspekt, der die Aufgaben der Sozialpartnerschaft verändert hat, war die Neugestaltung der Produktionsarten. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Produktionskonzepte stark tayloristisch-fordistisch geprägt. Für diese Massenproduktionen waren hoch zentralisierte Verhandlungssysteme typisch. Von Seiten der Gewerkschaften kam es primär zu quantitativen Forderungen, wie Arbeitszeitreduzierungen und Lohnerhöhungen. Die Arbeitszeitreduktionen forderten das Management zu kontinuierlichen strukturellen und technischen Rationalisierungen auf,

um konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei galten die Lohnsteigerungen als Voraussetzung dafür, dass das steigende Angebot an Massengütern auch abgesetzt werden konnte. Lohnsteigerungen reduzieren jedoch auch die Gewinne der Unternehmen, was die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb beeinträchtigen kann. Deshalb bildeten sich, durch die Entwicklung einer integrierten gewerkschaftlichen Produktions- und Arbeitspolitik, nach und nach neue Gegenstandsbereiche gewerkschaftlicher Interessenvertretung heraus (vgl. Schienstock, G., 1993:58f). Die Ziele, die von der Sozialpartnerschaft verfolgt werden, haben sich dadurch vermehrt. Neben den bisherigen Zielen wie Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wachstum stellen die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und die umfassende Teilnahme an der internationalen und insbesondere an der europäischen Integration weitere Ziele dar. Auch die Förderung der menschlichen Begabungen und Fähigkeiten, die Erhaltung und Verbesserung einer menschengerechten Arbeitswelt, sowie die Bewältigung der umweltpolitischen Erfordernisse sind hinzugekommen (vgl. Die Sozialpartner Österreich, 2009:3).

Geringeres Wirtschaftswachstum, Einschränkungen der staatlichen Verteilungsressourcen und das Andauern von Arbeitsmarktproblemen lösten zwar verstärkten Druck auf die entscheidungsrelevanten Kräfte aus, es waren aber die Parteien, die verstärkt als Entscheidungsträgerinnen gefordert wurden. Deswegen und aufgrund gewisser Akkordierungsprobleme in der Sozialpartnerschaft ist in manchen Bereichen die Bedeutung der Sozialpartnerschaft in politischen Entscheidungsprozessen gesunken (vgl. Tálos, E., 1993:7). Trotz dieses Bedeutungsverlustes ist die Sozialpartnerschaft heute in vielfältiger Weise im politischen System verankert, einerseits in der Gesetzgebung, da sie das Recht auf Begutachtung von Gesetzesvorlagen hat und auch berechtigt ist, im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechtes selbst Gesetzesentwürfe zu formulieren. Zum anderen ist die Sozialpartner-

schaft in zahlreichen Kommissionen, Beiräten und Ausschüssen wirksam. Weiters kann die Sozialpartnerschaft Vorschläge für die Ernennung von LaienrichterInnen bei Arbeits- und Sozialgerichten einbringen. Außerdem ist ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Verbände die Entsendung von VertreterInnen in die Pensions-, Kranken- und Unfallversicherungen (vgl. Die Sozialpartner Österreichs, 2009:2f).

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut und somit ist eine wichtige Aufgabe der Sozialpartnerschaft Arbeitslosigkeit zu verringern. In der Regel schützt Erwerbsarbeit vor Armut, dennoch reicht das erwirtschaftete Einkommen für mehr als 230.000 Personen in Österreich nicht aus, den Lebensunterhalt adäquat bestreiten zu können (vgl. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 2008:120). In Oberösterreich sind rund 35.000 Menschen beziehungsweise 6% der Erwerbstätigen trotz Arbeit armutsgefährdet (vgl. Arbeiterkammer, 2009g). Gerade in Oberösterreich stieg aufgrund der Krise die Arbeitslosigkeit stark an und ist noch immer im Steigen (siehe Kapitel "Arbeitsmarkt in der Krise"). Die hohen Zahlen in Oberösterreich deuten auch auf einen voraussichtlichen Anstieg von Armut hin.

Um gerade jetzt Armut zu vermeiden, setzt sich die Sozialpartnerschaft dafür ein, Arbeitsplätze zu erhalten und auch neue zu schaffen. Unter anderem wird versucht, Maßnahmen zu setzen um Unternehmen zu unterstützen und zu helfen, Arbeitsplätze zu erhalten. Dies wird beispielsweise mit Kurzarbeit (siehe Infobox 10, Seite 69) und der Bereitstellung von Weiterbildungsmöglichkeiten durchgeführt. Zusätzlich gibt es Forderungen von der ArbeitnehmerInnenseite, die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes anzuheben. Im Folgenden gehen wir näher auf die AK, die WK und den ÖGB als wichtige AkteurInnen in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik ein.

Jeweils ein/e VertreterIn dieser Organisationen in Oberösterreich wurde im Zuge der Erstellung des Armutsberichtes interviewt. Diesen und allen weiteren Personen, die sich zur Verfügung gestellt haben, wollen wir einen besonders herzlichen Dank aussprechen, da sie sich für uns viel Zeit genommen haben.

Es sind dies:

- Für die Arbeiterkammer Oberösterreich Mag.a Dagmar Andree, Abteilung Sozialpolitik, deren Schwerpunkte vor allem im Arbeitslosenversicherungsrecht und in den Bereichen Gesundheit und sozialrechtliche Fragen liegen.
- Von der Wirtschaftskammer Oberösterreich Dr. Peter Scheinecker, Abteilung für Sozial- und Rechtspolitik, mit den Aufgabenbereichen Arbeitsrecht, Sozialversicherungsrecht und Sozialpartnerprojekte.
- Vom Österreichischen Gewerkschaftsbund Oberösterreich Brigitte Ruprecht, Bereichsleiterin für die Bereiche Frauen, Zielgruppenarbeit und Kampagnen.

Für weitere Informationen bezüglich des ÖGB wurden zusätzlich E-Mail Interviews geführt. Wir danken

- Gottfried Lichtenberger (Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)), Landesjugendsekretär des ÖGB OÖ
- Harald Voglsam (Gewerkschaft der Privatangestellten - Druck – Journalismus – Papier), Regionalgeschäftsführer-Stellvertreter.

Unser besonderer Dank gilt auch Renate Pyrker, einer Unternehmerin, die als Beispiel für ein good-practice Beispiel zu einem flexiblen, kooperativen, maßgeschneiderten Umgang in Zeiten der Krise interviewt wurde. Frau Pyrker ist Geschäftsführerin des Unternehmens Austria Plastics. Das Unternehmen ist im Bereich Kunststoffverarbeitung tätig, wobei diese Branche von der Krise sehr stark betroffen ist.

Als weiteres Beispiel für die Vorgehensweisen in Unternehmen wurden unveröffentlichte Firmendokumente eines anderen Betriebes verwendet. Aus diesen gehen einige mögliche Herangehensweisen hervor, die Unternehmen diskutieren beziehungsweise anwenden, um das Überleben in Krisenzeiten bewerkstelligen zu können.

## Die Kammer für Arbeiter und Angestellte

Im Jahre 1919 forderten alle politischen Lager die Errichtung von Arbeiterkammern (AK). Diese sollten die gesetzliche Interessenvertretung für die ArbeitnehmerInnen bilden, denn für die ArbeitgeberInnen gab es schon viele Jahrzehnte früher Interessensvertretungen, die damals als Handelskammern bezeichnet wurden. Im Jahr 1920 wurden vom Parlament die Arbeiterkammergesetze beschlossen und bereits im Folgejahr fanden die ersten AK-Wahlen statt. Die AK wurde im Jahr 1938 aufgelöst und 1945 als demokratischer Selbstverwaltungskörper wieder errichtet (vgl. Arbeiterkammer, 2009a).

Die Dachorganisation der AK ist die Bundesarbeiterkammer. Um die Nähe zu den Mitgliedern zu gewährleisten, gibt es in jedem Bundesland eine Länderkammer (vgl. Arbeiterkammer, 2009b). Österreichweit zählt die AK über 3 Millionen Mitglieder (vgl. Arbeiterkammer, 2009c). In Oberösterreich sind es circa 500.000, wobei zu erwähnen ist, dass die Mitgliedschaft bei der AK verpflichtend für nahezu alle unselbstständigen Erwerbstätigen ist. Eine Ausnahme stellen hierbei die Beschäftigten in der so genannten Hoheitsverwaltung, bei Behörden von Bund und Ländern, dar (vgl. Arbeiterkammer, 2009i).

Die AK ist zuständig für Arbeitsrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Lehrlings- und Jugendschutz, Sozialversicherungsfragen, Lohnverrechnungs- und Steuerfragen, KonsumentInnenschutz, Frauenpolitik, Bildung und Weiterbildung, Umweltschutz sowie für Kultur- und Grundlagenforschung. Sie bietet Serviceleistungen, wie umfassende Beratungen, speziell in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen, Rechtsvertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht (in Kooperation mit dem ÖGB) und Vertretung der ArbeitnehmerInnen gegenüber Regierung, Wirtschaft und Medien. Die AK setzt sich für Weiterbildungen und Schulungen ein und ermöglicht diese. Des Weiteren veröffentlicht die AK eine Vielzahl von Publikationen, Broschüren, Studien und Ratgebern (vgl. Arbeiterkammer, 2009h).

## Die Wirtschaftskammer

Die Wirtschaftskammer (WK) trat in Österreich erstmals im Jahr 1848 auf, allerdings noch unter dem Namen „Handelskammer“ (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009a). Damals wie heute stellt die Wirtschaftskammerorganisation die gesetzliche Interessenvertretung für Österreichs Wirtschaft dar. Die Wirtschaftskammer Österreich mit Sitz in Wien ist in allen Bundesländern mit neun Wirtschaftskammern vertreten (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009b).

Die WK vertritt die Interessen der österreichischen Unternehmen, wobei es österreichweit mehr als 400.000 Mitgliedsbetriebe, davon 65.000 in Oberösterreich, gibt. Sie ist die Stimme der Unternehmen und setzt sich gleichermaßen für zukunftsorientierte und wirtschaftsfreundliche Politik ein (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009e; Fabasoft, 2008).

Kraft Gesetzes zählen zu den Mitgliedern alle Personen, die zum selbstständigen Betrieb einer Unternehmung des Gewerbes und Handwerks, der Industrie, des Bergbaus, des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, des Nachrichtenverkehrs, des Rundfunks, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie sonstiger Dienstleistungen berechtigt sind (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009d). Dabei ist jedes Mitglied automatisch der WK des jeweiligen Bundeslandes, als auch der WK Österreich zugehörig. Über die Pflichtmitgliedschaft hinaus gibt es auch eine verpflichtende Umlagenzahlung (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009e).

Neben der Interessenvertretung als aktive Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nimmt die WK noch andere Aufgaben wahr. Dazu zählen die Unterstützung zukunftsweisender Entwicklungen, wie die Wirtschaftsförderung und die Wissensvermittlung als professionelle Aufbereitung von ExpertInnenwissen für die Mitglieder (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2009c). Ein weiterer Aufgabenbereich der WK ist die Übernahme von Bürgschaften und Garantien. In diesem Zusammenhang agiert die Institution als Sicherstellerin und kann Klein- und Mittelbetrieben bei der Finanzierung unter die Arme greifen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:6).

## Der Österreichische Gewerkschaftsbund

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) wurde 1945 von bestehenden sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Gewerkschaften als eine einheitliche Organisation gegründet. Nur zwei Jahre später wurde dem ÖGB die Kollektivvertragsfähigkeit erteilt und hatte be-

reits über 1 Million Mitglieder. Als überparteiliche Interessenverbände vertreten der ÖGB und seine Einzelgewerkschaften alle ArbeitnehmerInnen in wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Belangen gegenüber Staat, Parteien und ArbeitgeberInnen. Ein wichtiges Merkmal und eine der Grundlagen des ÖGB ist die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009f).

Seine derzeit ca. 1,2 Millionen Mitglieder (aus den unselbstständigen Erwerbstätigen) sind je nach Beruf in Einzelgewerkschaften organisiert, die im ÖGB als Dachverband vereint werden. Die Basis der Gewerkschaften bildet die Organisation der Mitglieder in den Betrieben durch gewählte VertreterInnen, wie beispielsweise BetriebsrätInnen oder PersonalvertreterInnen (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009g). In Oberösterreich waren am Ende des Jahres 2005 knapp 252.900 Personen als Gewerkschaftsmitglieder registriert (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009c).

Die wichtigsten Rollen des ÖGB und der Gewerkschaften sind die Vertretung von ArbeitnehmerInnen und das Mitwirken in der Sozialpartnerschaft, in Bereichen der Parteien, der Sozialversicherung und im Arbeits- und Sozialrecht. FunktionärInnen des ÖGB sind auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene für die Gewerkschaften und den Dachverband tätig (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009h).

Wesentliche Aufgabenbereiche des ÖGB als Dachverband sind Initiativen für Generalkollektivverträge, Interessenvertretung bei rechtlichen Regelungen, die Mitbestimmung im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft sowie die Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen. Zusätzlich setzt sich der ÖGB für soziale Verbesserungen und Sicherheit, Vollbeschäftigung,

Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Sicherung der Reallöhne und für Humanität in der Arbeitswelt ein (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009f).

#### **INFOBOX 13: Österreichische Gewerkschaften**

**Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP)**

**Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)**

**Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG)**

**Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (KMSfB)**

**Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)**

**Gewerkschaft der Chemiewerker (GdC)**

**Gewerkschaft vida**

**Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF)**

**Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN)**

(vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009d)

## **Die Krise: Arbeitsmarktpolitisches Horrorszenario oder Chance?**

Im Rahmen der durchgeführten Interviews wurden den Befragten zwei Thesen vorgelegt. Erstere lautet: „Die Finanzkrise wird hochgespielt. Sie ist ohnehin nur eine Krise für sehr wohlhabende Personen mit überdurchschnittlich hohem Vermögen und hohem Einkommen. Die Krise ist daher eine Krise der Reichen, die aber in keinster Weise existenzgefährdend ist.“ Die Zweite besagt: „Die Finanzkrise hat enorme Auswirkungen für alle. Sie wirkt sich unmittelbar auf die Realwirtschaft aus, führt dazu, dass Arbeitsplä-

tze verloren gehen, dass Arbeitslosigkeit steigt, dass Schulden nicht mehr bezahlt werden können, dass Privatpensionen gekürzt werden et cetera. Von der Finanzkrise sind letztendlich sehr wohl breite Bevölkerungsschichten wie auch Ärmere betroffen.“

Alle drei Befragten der großen Interessenvertretungen stimmen weitgehend der zweiten These zu und erklären damit, dass die Finanzkrise direkt die Realwirtschaft beeinflusst und letztlich alle Personen betrifft (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:5f; Interview mit Ruprecht, B., 2009:3f; Interview mit Scheinecker, P., 2009:5).

Bezüglich der voraussichtlichen Dauer der Krise konnte keine/r der Befragten eine genaue Aussage machen. Allerdings waren sich die VertreterInnen der AK OÖ und WKOÖ einig, dass die Krise in den nächsten Monaten noch nicht vorbei sein wird. Die Vertreterin des ÖGB fordert ein aktives Gegensteuern der Krise, um einen früheren Aufschwung zu erreichen (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:14; Interview mit Ruprecht, B., 2009:13; Interview mit Scheinecker, P., 2009:3).

Während der ÖGB ganz klar von einem Scheitern des Neoliberalismus in Österreich ausgeht und die Privatisierungen von Staatseigentum während der letzten Jahre kritisiert, dementiert der Befragte der WKOÖ die Existenz eines „Neoliberalismus in Reinform“ in Österreich aufgrund der hohen Ausgaben für Sozialleistungen. Die Vertreterin der AK OÖ erklärt, dass die vorherrschende Krise das System des Kapitalismus in Frage stellt und ein neues Wirtschaftssystem sich wieder näher an der sozialen Marktwirtschaft orientieren sollte. Beide Vertreterinnen der ArbeitnehmerInnenorganisationen sprechen sich für stärkere Regulierung und Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat aus (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:6,28; Interview mit

Ruprecht, B., 2009:22f; Interview mit Scheinecker, P., 2009:10). Des Weiteren erklärt die Vertreterin der AK OÖ, dass in den letzten Jahren die Gewinne der privaten Unternehmen fast gänzlich abgeschöpft worden wären, anstatt ausreichend zu investieren und diese Mittel würden heute fehlen (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:22).

Schinecker von der WKOÖ sagt, dass die ArbeitgeberInnen die Krise nicht nur negativ sehen und meint in Bezug auf Unternehmen: „Jede Krise ist auch eine Chance, man wird sich halt allenfalls umstellen müssen.“ Die Ursache der Krise liegt seiner Meinung nach in den Finanzierungsproblemen der Banken und ging von den Vereinigten Staaten aus. Er sieht teilweise Strukturmängel in manchen Industriebereichen und stellt die Krise als Gelegenheit für innovative Produkte und Dienstleistungen dar. Nur „schwarz zu malen“ ist keine Lösung, denn die WK als Vertreterin der Unternehmen ist auch dazu da, Wege aus der Krise aufzuzeigen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:5). Außerdem soll den Firmen verdeutlicht werden: „Die Betriebe müssen die Krise als Chance sehen, in Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung zu investieren.“ (Interview mit Scheinecker, P., 2009:8). Zudem verweist er auf die Verbundenheit des Arbeitsmarktes mit dem sozialen Netz. Durch diese Verknüpfung und die Finanzierung von Sozialleistungen, wie zum Beispiel im Gesundheits- oder Pensionssystem durch Beitragszahlungen, hat die Krise auch Auswirkungen auf den sozialen Bereich (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:1). Aufgrund gesunkener Beschäftigungszahlen fließen weniger Beiträge in das System und durch höhere Arbeitslosenzahlen werden die Gelder des „Arbeitsmarkttopfes“ vermehrt beansprucht (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:2).

Die Vertreterinnen der ArbeitnehmerInnen sind sich einig, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander gehen wird (vgl. Interview

mit Andree, D., 2009:6; Interview mit Ruprecht, B., 2009:3). Andree von der AK OÖ meinte dazu, dass es arme Personen härter trifft und prognostiziert einen Anstieg der Menschen, die in Armut leben. Als Indiz dafür sieht sie die steigende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit den niedrigen Nettoersatzraten des Arbeitslosengeldes von 55% (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:6). Auch Ruprecht vom ÖGB OÖ kritisiert das niedrige Arbeitslosengeld und erwartet einen Anstieg sowohl von Frauen als vermehrt auch von Männern, die in die Armutsfalle schlittern (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:4,12).

Scheinecker merkt an, dass der Fokus auf den Arbeitsmarktzahlen liegt, denn diese sind der Schlüssel dafür, ob die Zahl der sich in Armut befindlichen und armutsgefährdeten Personen, sich weiter erhöht oder nicht (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:9). Allgemein äußert er, dass sowohl ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen von der Krise betroffen wären, da beide voneinander abhängen und erklärt, dass es mittlerweile alle spüren (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:2ff). Die Krise bringe auch vermehrt stabile Unternehmen in finanzielle Nöte, was sich auch an den Konkurszahlen der letzten Wochen zeige. Dabei merkt er an, dass die Insolvenzzahlen nicht nur den gewerblichen Bereich treffen würden, sondern auch die Privatinsolvenzen angestiegen sind (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:2,4).

In Bezug auf Oberösterreich teilen die Befragten die Ansicht, dass aufgrund der starken Industrieausrichtung und der Struktur der Arbeitskräfte dieses Bundesland besonders von der Krise betroffen ist. Trotz der Tatsache, dass Oberösterreich laut dem Vertreter der WKOÖ Scheinecker wirtschaftlich sehr stark ist, spricht er von einer massiven Betroffenheit (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:1; Interview mit Andree, D., 2009:1; Interview mit Ruprecht, B., 2009:1). Dieser Umstand spiegelt sich auch in dem hohen

Anstieg der Arbeitslosenzahlen wider, wobei man berücksichtigen muss, dass Oberösterreich von einem sehr niedrigen Niveau losgestartet ist. Allerdings ist Oberösterreich auch führend was Kündigungen betrifft (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:2,12).

Weitaus schwerer zu erfassen ist die zunehmende Angst, die einerseits bei den ArbeitnehmerInnen als auch bei den ArbeitgeberInnen spürbar ist (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:7; Interview mit Ruprecht, B., 2009:5; Interview mit Scheinecker, P., 2009:5). Insbesondere die beiden befragten Vertreterinnen der ArbeitnehmerInnenorganisationen verweisen des Öfteren auf die steigende Zahl jener Menschen, die sich um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft sorgen (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:2; Interview mit Ruprecht, B., 2009:4). Diese Entwicklung wird durch den Arbeitsklimaindex, der von der AK publiziert wird, bestätigt. So sieht mittlerweile fast jede/r zweite Befragte die wirtschaftliche Zukunft Österreichs pessimistisch und zwei Drittel stufen die Arbeitsplätze als ziemlich oder sehr unsicher ein (vgl. Arbeiterkammer, 2009j). Sowohl bei der AK OÖ als auch beim ÖGB OÖ ist bereits ein Anstieg der beratungssuchenden Personen feststellbar (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:8; Interview mit Ruprecht, B., 2009:6).

Die momentane Betroffenheit der Industrie hat laut ÖGB auch Folgen für alle anderen Bereiche. Einerseits betrifft es direkt die Zulieferbetriebe der Industrie und andererseits bewirkt die Angst vor Arbeitslosigkeit oder Gehaltseinbußen, dass die Leute weniger Geld ausgeben, was wiederum direkt den Handel und die Dienstleistungen betrifft (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:1).

Bei einem Vergleich, ob die Finanzkrise ArbeitnehmerInnen oder ArbeitgeberInnen stärker trifft, verweist der Experte der WKOÖ auf bestehende Wechselwirkungen: Wenn die Umsätze durch die verringerte Menge an

Aufträgen sinken, kommen die Firmen in finanzielle Nöte. Wenn es die Firmen trifft, dann trifft es auch die Beschäftigten. Und dass es derzeit viele Firmen trifft, zeigt sich an den Konkurszahlen, die in der letzten Zeit stark gestiegen sind (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:2f). Im ersten Quartal 2009 sind die Firmeninsolvenzen in Oberösterreich im Vergleich zum Vorjahr um 26,6% gestiegen. Oberösterreich liegt damit an zweiter Stelle der „negativen Spitzenreiter“ nach Salzburg mit 28,1%. Aufgrund der starken Industrieausrichtung ist Oberösterreich von den Auftragseinbrüchen besonders stark betroffen (vgl. OÖNachrichten, 2009a).

Die Vertreterin der AK OÖ, Andree meint diesbezüglich, dass es darauf ankommt, wie ein Betrieb strukturiert ist. Wenn die/der ArbeitgeberIn jetzt ArbeitnehmerInnen abbaut und trotzdem Gewinne erzielt, dann sind die ArbeitnehmerInnen stärker betroffen, wenn es aber um Klein- und Mittelbetriebe geht, kann für ArbeitgeberInnen genauso die Existenzgrundlage zusammenbrechen. Gerade in Oberösterreich gibt es viele Klein- und Mittelbetriebe (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:4). Die Klein- und Mittelbetriebe in Oberösterreich betreffend, bestätigt auch Scheinecker von der WKOÖ, dass es gerade Klein- und Mittelunternehmen schwieriger haben, da normalerweise weniger Eigenkapital vorhanden ist und somit das „Durchtauchen“ der Krise schwieriger ist. Jedoch hängt die Betroffenheit stark von der Branche ab, in der die Unternehmen tätig sind: *„Die großen Betriebe sind natürlich vornehmlich Industriebetriebe und die sind in unserem Bundesland sehr, sehr stark im Bereich Automobil zu Hause. Nachdem der Automobilmarkt ziemlich stark eingebrochen ist, betrifft es die großen Betriebe schon eher vorrangig“* (Interview mit Scheinecker, P., 2009:3)

Die gemeldeten Insolvenzen in Oberösterreich im 1. Quartal 2009 sind zahlenmäßig am höchsten in der Branche Gewerbe mit 108, gefolgt vom

Handel mit 29 und der Industrie mit zwei. Hier verzeichneten die Bereiche unternehmensbezogene Dienstleistungen, Bauwirtschaft, Gastgewerbe, Verkehr- und Nachrichtenübermittlung sowie Maschinen und Metall die höchsten Insolvenzen. Im Handel trifft es hauptsächlich die Bereiche Transportmittel und Kraftfahrzeuge, insbesondere Maschinen und Metall. Bezüglich Gastgewerbe ist jedoch zu sagen, dass zwar die Anzahl der Betriebe, die Insolvenz angemeldet haben, sehr hoch ist, jedoch gemessen an den noch aktiven Unternehmen, die Branche unterdurchschnittlich von Insolvenzen betroffen ist. Die einzigen Ausnahmen bilden die Spitzengastronomien und 5 Stern-Hotellerieen (vgl. KSV 1870, 2009:3,11). Wie schon erwähnt, gab es insgesamt im ersten Quartal 2009 in Oberösterreich um 26,6% mehr Firmeninsolvenzen als im Vorjahr (vgl. OÖ Nachrichten, 2009a).

Es gibt jedoch auch Branchen, die zumindest im Frühjahr 2009 noch nichts von der Krise spürten, dazu zählen unter anderem Tourismus und Gastronomie. Weiters melden beispielsweise Installations- und Sanitärbetriebe, dass sie „top“ ausgelastet sind und aufgrund dessen keine neuen Aufträge mehr annehmen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:3-7).

## Strategien zum Umgang mit der Krise

Zu Kündigungen kam es laut dem AMS im ersten Quartal vermehrt bei Metall- und Elektroberufen, gefolgt von Bauberufen und Büroberufen, wobei der prozentuelle Anteil von Arbeitslosen in all diesen Bereichen von Jänner bis März 2009 stark anstieg. Im Jänner waren es beispielsweise bei den Metall- und Elektroberufen 52,5% mehr Arbeitslose im Vergleich zum Jän-

ner des Vorjahres. Im Februar waren es bereits 93,1% und im März 131,3% (jeweils verglichen mit den jeweiligen Monaten des Vorjahres) (vgl. Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2009a:7,13; Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2009b:7,13; Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2009c:7,13).

In Oberösterreich wurden 40% aller Kurzarbeitsanträge gestellt, welche oft von Industriebetrieben in Anspruch genommen wurden (vgl. Interview mit Scheinecker, 2009:9). Zwei Beispiele dafür sind die voestalpine, bei der seit Februar 2009 3.200 Beschäftigte in Kurzarbeit sind und ab Mai 5.900 der 7.000 StammmitarbeiterInnen über Kurzarbeit beschäftigt werden (vgl. ÖÖNachrichten, 2009b). Ein weiteres Beispiel ist KTM-Sportmotorcycle AG im Bezirk Braunau, hier werden im Mai 733 MitarbeiterInnen für vier Monate in Kurzarbeit geschickt (vgl. ÖÖNachrichten, 2009c).

Damit die Krise nicht noch weiter um sich greift, sollten Kündigungen aber nur die letzte Möglichkeit darstellen. Der Vertreter der WKOÖ empfiehlt den Betrieben den Erhalt ihrer MitarbeiterInnen, weil diese, wenn der Aufschwung kommt, wieder benötigt werden (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:9). Sollte es dennoch zu Kündigungen kommen, wäre es aus Sicht der ÖGB Vertreterin, die Aufgabe der Unternehmen, einen Sozialplan zu verhandeln und die gekündigten ArbeitnehmerInnen in einer Arbeitsstiftung unterzubringen. Darüber hinaus fordert sie von Betrieben, ihre ehemaligen MitarbeiterInnen ordentlich abzufertigen (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:8).

Im Allgemeinen vertreten die Befragten der AK OÖ und des ÖGB OÖ die Ansicht, dass das Vorhandensein einer Betriebsrätin oder eines Betriebsrates den ArbeitnehmerInnen Sicherheit und Vertrauen vermittelt und somit Angst reduziert. Daher sprechen sich beide für eine Organisation der Arbeit-

nehmerInnen in den Betrieben durch BetriebsrätInnen aus (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:6; Interview mit Andree, D., 2009:4).

Auch Voglsam von der GPA-djp bestätigt die Rolle der BetriebsrätInnen als wichtiges Informations- und Kontrollorgan für die Beschäftigten eines Unternehmens. Des Weiteren nennt er als Vorteile für die Ernennung von BetriebsrätInnen, die erhöhte Mitbestimmung und die Möglichkeit Missstände in Unternehmen aufzuzeigen und gemeinsam mit den Gewerkschaften zu beheben. Seiner Meinung nach dürfen BetriebsrätInnen auch in der derzeitigen Situation nicht unreflektiert Maßnahmen zur Kostenreduktion zustimmen, die zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gehen. Deswegen ist die Verhinderung von Betriebsratswahlen „ein gesellschaftlich unhaltbarer Zustand“, der die innerbetriebliche Demokratie unterdrückt (vgl. E-Mail Interview mit Voglsam, H., 2009:1f). Die Befragte des ÖGB räumt jedoch ein, dass eine von außen erzwungene betriebsrätliche Vertretung kaum Vorteile brächte und sie bemängelt das in der Arbeitswelt übliche Umgehen von Regelungen und Gesetzen (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:6,10f).

Damit es nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen geht, sollte zuerst die wirtschaftliche Situation des Vorjahres untersucht werden und eventuelle Reserven mobilisiert werden. Darüber hinaus müssen die Strategien und Vorhaben der Geschäftsführungen hinterfragt werden. Die GPA-djp bemerkt bezüglich Fragen einen Anstieg der Anfragen von BetriebsrätInnen. Auch die Ursachen der Krise und deren Auswirkungen und Folgen für das eigene Unternehmen, die Branche oder die ganze Gesellschaft werden vermehrt nachgefragt und auch Diskussionen um einen „notwendigen Wandel des neoliberalen Wirtschaftssystems“ werden deutlich wahrgenommen (vgl. E-Mail Interview mit Voglsam, H., 2009:1f).

Als bestehende Vorgehensweise von Unternehmen nennt die Vertreterin der AK OÖ den Abbau von Urlaub und Zeitausgleich der MitarbeiterInnen. Typischerweise werden meist mehrere Maßnahmen gekoppelt angewandt, so wie beispielsweise einen Teil der Belegschaft zu kündigen und den Rest in Kurzarbeit zu schicken. Als weiteres Beispiel erwähnt sie die rollierende Arbeitslosigkeit, also die MitarbeiterInnen abwechselnd jeweils sechs Wochen in die Arbeitslosigkeit zu schicken oder Stundenkürzungen in Verbindung mit aliquoten Lohnkürzungen vorzunehmen. Letzteres, die so genannte „Kurzarbeit ohne AMS“ und auch die rollierende Arbeitslosigkeit, die laut Andree von der AK OÖ schon an Missbrauch grenzt, sind insofern für die Betriebe „praktisch“, da keine Vereinbarungen mit dem AMS nötig sind und keinerlei Auflagen, wie beispielsweise eine Behaltefrist für MitarbeiterInnen, damit verbunden sind.

Ein Beispiel hierfür ist etwa ein OÖ Unternehmen der Elektronikbranche mit circa 800 MitarbeiterInnen und circa 125 Millionen Umsatz jährlich. In diesem Betrieb gab es vielfältige Überlegungen zur Reduktion der Arbeitszeit. Kurzarbeit in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice war aufgrund der vorgeschriebenen Behaltefrist für die Geschäftsführung indiskutabel. Die Belegschaft dieses Unternehmens konnte aus mehreren Modellen wählen, um die Arbeitszeit zu reduzieren. Variable Stundenkürzungen und Teilzeitmodelle standen ebenso zur Auswahl wie die Möglichkeit, in Bildungskarenz zu gehen oder für eine gewisse Dauer eine „Auszeit“ zu nehmen. Teilweise waren diese Maßnahmen mit Kündigungsverzicht seitens des Unternehmens gekoppelt.

In Kombination mit Bildungskarenz konnten ProduktionsmitarbeiterInnen gleichzeitig im Ausmaß der Geringfügigkeitsgrenze im Betrieb beschäftigt sein. Ein weiteres Angebot war, einen Teil des Fixgehalts in Aktien des Un-

ternehmens zu beziehen, wobei dies jedoch weder vom Betriebsrat noch vom Unternehmen selbst empfohlen wurde (vgl. unveröffentlichte Firmendokumente).

Im Gegensatz zur regulären Kurzarbeit sind die ArbeitnehmerInnen durch Reduzierung ihrer Arbeitsstunden ohne Zusammenarbeit mit dem AMS nicht mehr in der vollen Höhe ihrer normalen Arbeitszeit sozialversichert und keinerlei Beschäftigungsgarantie ist gegeben. Bei der rollierenden Arbeitslosigkeit hingegen trifft es besonders ältere MitarbeiterInnen eines Unternehmens, denen dadurch Beitragszeiten für die „Hacklerregelung“ entgehen. Eine bessere Möglichkeit ist laut Andree, der Vertreterin der AK OÖ, die Bildungskarenz zu nutzen. Auch sie spricht von Sozialplänen und Arbeitsstiftungen für die gekündigten ArbeitnehmerInnen. Positiv bemerkt sie, dass teilweise auch bei Betrieben, von denen man es nicht erwartet hätte, durchaus die Bereitschaft zur Kooperation mit den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen besteht (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:11ff,15).

Der Vertreter der WKOÖ spricht von der Erfüllung der sozialpolitischen Verantwortung der Unternehmen durch Beitragszahlungen wie etwa den Familienlastenausgleichsfond. „*Auch in Zeiten der Krise stellt die Wirtschaft das auch nicht unbedingt in Frage*“, so Scheinecker (Interview mit Scheinecker, P., 2009:19). Die Betriebe würden von Seiten der WK zur Übernahme von sozialer Verantwortung und Engagement ermutigt werden. Weiters erwähnt er, dass die Beiträge zum Erhalt des sozialen Netzes zu mehr als der Hälfte von Betrieben finanziert werden (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:9).

Im Gegensatz dazu beklagt die Befragte des ÖGB die fehlende soziale und moralische Verantwortung in manchen Betrieben. Social Responsibil-

ity wird in Krisenzeiten eher vernachlässigt. Darüber hinaus bekräftigt sie, dass die Kündigung von MitarbeiterInnen heute ein „Renommee“ für Unternehmen ist, das deren Wertpapierpreise steigen lässt und somit oft angewendet wird, um die Aktienkurse hochzutreiben. Dies ist eine Sachlage, die vor zwei Jahrzehnten noch umgekehrt war (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:19f,24f) und die auch ihren Teil zum Weg in die Krise beigetragen hat.

Als Beispiel für einen kreativen Zugang zur Krisenbewältigung eines Kleinunternehmens sei hier Austria Plastics, ein Welser Unternehmen aus der Kunststoffverarbeitungsbranche mit 32 MitarbeiterInnen, erwähnt. Der Betrieb verzeichnet derzeit nur eher geringe Umsatzeinbußen von circa 10% und setzt in Kooperation mit den MitarbeiterInnen vielfältige und maßgeschneiderte Maßnahmen, um die Krise abzufedern (vgl. Interview mit Pyrker, R., 2009:4).

Die Leiterin des Unternehmens selbst geht 2009 zweimal für jeweils drei Monate in Bildungskarenz und ist in dieser Zeit nur geringfügig beschäftigt. Durch die erzielte Ersparnis kann sie entweder eine/n MitarbeiterIn ein Jahr lang im Betrieb weiterfinanzieren oder zwei MitarbeiterInnen für ein halbes Jahr erhalten. Außerdem ist sie der Meinung, dass es gerade Personen mit höherem Verdienst leichter fällt, weniger Gehalt zu beziehen als den NiedrigverdienerInnen, und somit auch Stundeneinsparungen nur bei Personen mit höherem Verdienst in Frage kommen würden (vgl. Interview mit Pyrker, R., 2009:2,16), denn für diese führen die Gehaltseinbußen nicht in den existenziell bedrohlichen Bereich.

Des Weiteren bekommen die MitarbeiterInnen Provision für vermittelte Aufträge im Bekanntenkreis, was einerseits deren Gehalt erhöht und gleichzeitig dem Unternehmen hilft, Aufträge zu erhalten. Andere motivations-

und verkaufsfördernde Maßnahmen sind MitarbeiterInnenauszeichnungen, die Prämierung von Ideen und andere Prämiensysteme. Zusätzlich wird alle zwei Monate ein MitarbeiterInnenbrief ausgesandt, der der Belegschaft Sicherheit vermittelt. Ein weiterer Ansatzpunkt ist, den MitarbeiterInnen einen Teil zu einer privaten Krankenzusatzversicherung dazu zu zahlen. Durch Vergütungen seitens der Versicherung werden die Ausgaben wieder hereingebracht und die Zahlungen gleichen sich dadurch wieder aus. Als Grund für die Unterstützung zur Krankenzusatzversicherung wird genannt, dass Gesundheit wichtig ist und Krankheit der MitarbeiterInnen mehr Schaden für das Unternehmen verursachen würde, als die Krise (vgl. Interview mit Pyrker, R., 2009:2f,6f,20).

Inwieweit sich diese Vorgehensweisen auf ein größeres Unternehmen umlegen lassen, ist schwer zu beurteilen. Bemerkenswert ist jedoch die Einstellung der Leiterin des Unternehmens, die der Meinung ist, dass sich ein Unternehmen in solch einer Zeit absolut solidarisch mit seinen MitarbeiterInnen zeigen müsse (vgl. Interview mit Pyrker, R., 2009:16).

## Maßnahmen und Forderungen der oberösterreichischen Sozialpartner

Schlagzeilen wie: „Auftragsmangel bei voestalpine: In Linz müssen 5.900 kurzarbeiten“ (OÖNachrichten, 2009b) sind seit der Wirtschaftskrise ein omnipräsentes Thema. Daher sind sich die Vertretung der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen auch einig: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Maßnahmen müssen gesetzt und Forderungen gestellt werden, um diesem Negativ-Trend - der erhöhten Arbeitslosigkeit und Armut - entgegenzuwirken. VertreterInnen der Sozialpartnerschaft, in diesem Fall wird auf die AK, die WK, auf den ÖGB und die ÖGJ näher eingegangen, ha-

ben bereits Maßnahmen gesetzt, die nun genau beleuchtet werden. Neben den umgesetzten und geplanten Maßnahmen stellt die Sozialpartnerschaft auch Forderungen an den Bund und den Staat.

Die WK, als Vertreterin der ArbeitgeberInnen, hat gleich zu Beginn der Krise versucht, die Auswirkungen der Krise durch Kurzarbeit abzufedern. Diese Maßnahme wird laut Scheinecker von der WKOÖ auch noch einige Zeit greifen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:3). Die WK hat sich auch sehr stark für die Umsetzung gewisser Gesetze und Verordnungen eingesetzt, beispielsweise die Neuausrichtung der Kurzarbeit. Ein weiterer wichtiger Schritt in der ersten Phase war das Thema Garantien und Sicherstellungen, damit Klein- und Mittelbetriebe wieder leichter zu Krediten kommen. Hierbei konnte die WK auch schon einigen Betrieben, durch Einflussmöglichkeiten bei der Kreditgarantiegesellschaft, unter die Arme greifen. Die WK ist oftmals auch als Beraterin beim Land OÖ tätig, wenn es zum Beispiel um Förderungen geht (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:14). Um aber nicht das volle Ausmaß der Krise zu spüren, müssen weitere Schritte geplant werden. Ein wichtiger Weg wäre laut dem WKOÖ-Experten, dass der Staat Geld in die Hand nimmt, zum Beispiel bei Förderungen im Zusammenhang mit thermischer Sanierung oder mit dem Vorziehen gewisser Infrastrukturmaßnahmen um der Krise entgegenzusteuern. Dadurch könnten die klassischen Handwerksbetriebe beziehungsweise Klein- und Mittelbetriebe profitieren (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:3,6f,14).

Jetzige Forderungen der WK sind unter anderem Eingliederungsbeihilfen und Lohnsubventionen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:15). Laut Scheinecker ist es wichtig, eine zweigeteilte Strategie zu fahren, einerseits zu helfen, aber auch nicht die Zukunft außer Acht zu lassen, schließlich geht es wieder einmal aufwärts (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:15,20).

Die WK bietet ihren Mitgliedern auch gewisse Hilfestellungen an. So kann die WK beispielsweise als Bürgin oder Sicherstellerin bei Kreditanfragen auftreten und so Klein- und Mittelbetriebe bei der Finanzierung unterstützen. Die WK steht auch hier beratend zur Seite. ExpertInnen können den Betrieben bei Themen wie Kurzarbeit, Förderungen, Beendigung von Dienstverhältnissen, AMS-Förderungen, Bildungsmodellen, Arbeitszeitflexibilisierung, et cetera unmittelbar helfen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:6ff)

Um die Rahmenbedingungen für die 120.000 österreichischen Mitglieder der Jungen Wirtschaft (JW) beziehungsweise die 12.000 Angehörigen in Oberösterreich zu verbessern, vor allem in der jetzt wirtschaftlich schwierigen Zeit, stellt auch die JW Forderungen (vgl. Junge Wirtschaft, 2009a; Junge Wirtschaft, 2009b).

Zu den Forderungen zählen ein Starterpaket, ein Wachstumspaket, ein GmbH-Paket, ein Übernahmepaket und ein Zukunftspaket. Das Starterpaket soll eine kostenlose Arbeitsversicherung in den ersten drei Jahren, auch für jene die gleich nach der Ausbildung in die Selbstständigkeit gestartet sind, garantieren. Außerdem soll die Frist für die Zahlung der Beiträge bei der Nachbemessung zur Pensionsversicherung auf zwei Jahre verlängert werden (vgl. Junge Wirtschaft, 2009c). Die Inhalte des Wachstumspakets sind unter anderem: Fördereinreichungen entbürokratisieren und Lohnnebenkosten für die/den erste/n MitarbeiterIn im ersten Jahr der Anstellung abzuschaffen. Das GmbH-Paket soll die Gründung einer GmbH ab 10.000 Euro ermöglichen, die Notariatsaktspflicht abschaffen und die Mindestkörperschaftssteuer beseitigen (vgl. Junge Wirtschaft, 2009c). Die JW fordert im Übernahmepaket die Freibeträge bei entgeltlicher Übernahme anzuheben und doppelte Kreditvertragsgebühren abzuschaffen. Das Zuku-

nftspaket soll gewissermaßen einen Zukunftsscheck gewährleisten, damit ist gemeint, dass alle Gesetzesentscheidungen auf die Nachhaltigkeit für mindestens zwei nachfolgende Generationen zu prüfen sind. Neben einem Zukunftsscheck sollen Junge bei den Pensionsverhandlungen miteinbezogen werden und eine Kreativitätsmilliarde für einen Venture Capital Fonds zur Verfügung gestellt werden (vgl. Junge Wirtschaft, 2009c).

In der Broschüre „Raus aus der Krise“ des ÖGB wird der Frage nachgegangen, was unternommen werden muss, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Dabei fordert der ÖGB unter anderem eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, dieses soll auf 75% des letzten Gehaltes aufgestockt werden. Für den ÖGB ist es außerdem sehr wichtig, dass Weiterbildung gefördert wird. Anstatt ArbeitnehmerInnen in die Arbeitslosigkeit abrutschen zu lassen, soll auf Bildungsfreistellung umgestellt werden. Durch die Bildungsfreistellung können dann dringend benötigte Fachkräfte herangebildet werden. Zu den weiteren Forderungen des ÖGB zählen, faire Lohn- und Gehaltserhöhungen und eine Steuersenkung für Klein- und MittelverdienerInnen (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009e:1f). Ein Thema, das vom ÖGB auch immer sehr stark forciert wird, ist die rasche Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:17).

Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, muss gewährleistet werden, dass Unternehmen und KonsumentInnen wieder günstige und leistbare Kredite bekommen. Ein weiteres Mittel zur Stabilisation der Konjunktur sieht der ÖGB in einer starken Einbeziehung des Staates. Der Staat muss die Wirtschaft aktiv beleben, indem beispielsweise Schulen saniert oder Kindergärten gebaut werden, denn Investitionen in die Infrastruktur schaffen neue Arbeitsplätze (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009e:3). Auch laut Ruprecht vom ÖGB OÖ ist es jetzt von besonderer Be-

deutung, dass öffentliche Aufträge vorgezogen werden, um die Wirtschaft zu stützen, Arbeitsplätze zu schaffen und schlussendlich einen Aufschwung zu erreichen (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:13).

Eine andere Maßnahme zur Bewältigung der Krise sieht der ÖGB in der stärkeren Besteuerung der Superreichen (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009e:5). Der ÖGB bezieht auch Stellung für „mehr Staat“. Pension, Gesundheitsvorsorge, Schulen und der öffentliche Verkehr können nur durch die öffentliche Hand risikofrei, kostengünstig und flächendeckend gewährleistet werden (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009e:6).

Ähnliche Ansatzpunkte finden sich seitens der AK. Sie fordert eine Erhöhung der Mittel für das Arbeitsmarktservice, da mehr und mehr Beratungs- und Betreuungspersonal benötigt wird. Außerdem sind zusätzliche Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Facharbeiter-Kurzausbildung oder gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen von Nöten. Die AK fordert ebenso wie der ÖGB, dass das Arbeitslosengeld auf eine Nettoersatzrate von 75% angehoben werden soll (vgl. Arbeiterkammer, 2009e).

Ausbildung und Weiterbildung sind zwei ausschlaggebende Maßnahmen sowohl in der Krise als auch in der Zukunft. In diesem Bereich hat sich die AK auch schon eingesetzt und konnte mit dem Qualifizierungsbonus einen Erfolg erzielen. Bei einer längeren Schulung über das AMS, die bis zu sechs Monate dauert, bekommt man zusätzlich zum Arbeitslosengeld 100 Euro und bei einer Schulung, die über ein halbes Jahr andauert, erhält man monatlich 200 Euro (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:26). Außerdem sind für Andree (AK OÖ), wie auch für Ruprecht (ÖGB OÖ) private Pensions-

vorsorgesysteme keine Lösung. Es müsse ein klar finanziertes öffentliches Sozialversicherungssystem geben (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:19).

Während der Krise sei es auch besonders wichtig, Menschen zu organisieren und sich auf einen Ausbau von BetriebsrätlInnen zu fokussieren. Dadurch wird Sicherheit geschaffen, es wird in den Unternehmen besser kommuniziert und die MitarbeiterInnen sind besser informiert (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:20).

Bei den Banken sei eine stärkere Kontrolle notwendig, denn laut der Vertreterin der AK OÖ bekommen die Banken jetzt zwar zur Überbrückung und als Unterstützung finanzielle Hilfestellung beziehungsweise Haftungserklärungen, aber stellen trotzdem keine Kredite zur Verfügung. Darum gibt es auch die Forderung, dass jene Banken, die Unterstützung erhalten, auch Kommunen Kredite gewähren müssen. Aber nicht nur die Banken sind gefragt, sondern auch die Firmen. Die Unternehmen sollen weniger Gewinne an AktionärInnen ausschütten und statt dessen mehr investieren (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:22ff).

Die AK verstärkt für ihre Mitglieder auch Beratungen, die – bedingt durch die Krise – vermehrt nachgefragt werden. Das Angebot reicht von der Rechtsberatung bis hin zur Bildungsberatung, Beratungen im Sozialbereich, im Arbeitslosenrecht und Konsumentenschutz. Neben diesen Beratungen setzt die AK auch durch politische Aktivitäten Zeichen, indem sie Dinge fordert und auch Druck macht, dass Programme durchgeführt werden und investiert wird (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:8f).

Eine besonders stark von der Krise betroffene Gruppe stellen die Jugendlichen dar. Die ÖGJ fordert daher unter anderem die Umsetzung der Aus-

bildungsgarantie, die Abschaffung des geänderten Lehrlingskündigungsschutzes, die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer und die Schaffung einer Luxus- und Vermögenssteuer. Weiters wird die Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage im Sozialversicherungssystem, die Auflösung von Privatstiftungen und keine weiteren Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen gefordert (vgl. E-Mail Interview mit Lichtenberger, G., 2009:1).

Die Vertreterinnen von ÖGB OÖ und AK OÖ merken an, dass es in Zeiten der Krise gerade die Jugendlichen besonders hart trifft und dies ein großes Problem darstellt (siehe Kapitel: Arbeitsmarkt in der Krise) (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:1; Interview mit Ruprecht, B., 2009:2f). Als Grund, weshalb Jugendliche besonders stark betroffen sind, wird von Seiten des ÖGB OÖ genannt, dass jene, die am spätesten in den Arbeitsmarkt (wieder) eingestiegen sind, stärker betroffen sind, was somit zumeist Jugendliche und oft auch Frauen nach einer Kinderbetreuungszeit betrifft (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:2).

Um die Jugend zu unterstützen und den dramatischen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu senken, soll eine Jugend-Ausbildungsgesellschaft gebildet werden (vgl. Arbeiterkammer, 2009d:2). Viele Jugendliche haben das Problem, dass sie keine Lehrstellen finden und somit ist es notwendig, in weitere Ausbildungsplätze für Jugendliche zu investieren (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:1).

Aus Sicht der AK muss deshalb „alles unternommen werden“, um Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz zu geben. Weil sich ein sinkendes betriebliches Ausbildungsangebot als Folge der Wirtschaftskrise abzeichnet, ist es umso wichtiger überbetriebliche Ausbildungsangebote zu errichten. Um für nachhaltige Lösungen zu sor-

gen, sowohl in Bezug auf die Ausbildungssituation von Jugendlichen, als auch zur Sicherung von Fachkräften, schlägt die AK die Gründung einer Jugend-Ausbildungsgesellschaft für Oberösterreich vor (vgl. Arbeiterkammer, 2009d:3-6).

## Maßnahme Jugend-Ausbildungsgesellschaft

Die Jugend-Ausbildungsgesellschaft soll ein funktionierendes Netzwerk aller AkteurInnen in der Jugendausbildung darstellen, welches zur Aufgabe hat, alle Aktivitäten im Übergang von der Schule zur Berufsausbildung beziehungsweise alle Sondermaßnahmen für Jugendliche ohne Berufsausbildung in Oberösterreich zu koordinieren. Außerdem sollten geeignete Ausbildungseinrichtungen vorgeschlagen, ermöglicht beziehungsweise errichtet werden. Eine weitere Aufgabe der Jugend-Ausbildungsgesellschaft soll die Bündelung von Berufswahl- und Karriereberatungen für Jugendliche darstellen (vgl. Arbeiterkammer, 2009e).

Um diese Jugend-Ausbildungsgesellschaft zu verwirklichen, fordert die AK, dass die Sozialpartner diese in geeigneter Rechtsform gründen und gleichberechtigt tragen. Das Land Oberösterreich, das Arbeitsmarktservice, der Bund, das Bundessozialamt, Schulen und andere RessourcengeberInnen sollten sich entsprechend einbringen. Bezüglich der Finanzierung wäre die AK-Oberösterreich bereit, 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen, die anderen Sozialpartner und das Land werden von Seiten der AK-Oberösterreich aufgefordert, hier mitzuziehen, um so schnell als möglich den Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit zu garantieren und damit Perspektiven zu schaffen (vgl. Arbeiterkammer, 2009d:7).

## Maßnahme Lehrlingskündigungsschutz

Ein künftiges zusätzliches Problem für Jugendliche könnte der geänderte Lehrlings-Kündigungsschutz darstellen, der im Sommer 2008 gelockert wurde. Das heißt, Lehrlinge dürfen nach jedem Lehrjahr gekündigt werden, aber nur nach einem bestimmten Mediationsverfahren (vgl. ÖÖNachrichten, 2009d). Eine sofortige Kündigung ist im Gesetz nach wie vor nicht vorgesehen, zuerst muss ein Mediationsverfahren eingeleitet werden. Beim Mediationsverfahren versucht man, den Konflikt zwischen ArbeitgeberIn und dem Lehrling noch zu bereinigen. Kommt man aber auch da auf keinen „grünen Zweig“, dann hat die/der ArbeitgeberIn die Möglichkeit, zum Ende eines Lehrjahres ihrem/seinem Lehrling zu kündigen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:16).

Die WK erklärt dieses Paket als positiv, da es der/m LehrlingsausbilderIn mit der Änderung des Lehrlingskündigungsschutzes gewisse Möglichkeiten gebe (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:3). „Das könnte eine Chance sein, dass mehr Lehrverhältnisse gegründet werden.“ (Interview mit Scheinecker, P., 2009:17). Vielfach war es so, dass die/der LehrmeisterIn festgestellt hat, dass dem Lehrling das Lehrverhältnis nicht zusagt, aufgrund von mangelndem Interesse oder den fehlenden Fertigkeiten. Trotzdem war es der/m Lehrenden nicht möglich das Lehrverhältnis zu kündigen (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:16f). Darum hätten auch viele Betriebe beschlossen, keine Lehrlinge mehr aufzunehmen, weil das Lehrverhältnis nicht auflösbar und es zu unsicher für die ArbeitgeberInnen war: „Wir wollen natürlich nicht aufgrund der sicherlich wirtschaftlich angespannten Situation, dass man diese Idee einmal leben lassen soll. Wir haben jetzt auch keine Signale von den Betrieben bekommen, dass von den Lehrverhältnissen im großen Stil jetzt viele Kündigungen drohen. [...] Auch die Betriebe wissen, dass sie die jungen Leute brauchen und dass das ihre zukünftigen

*Fachkräfte sind.*“ (Interview mit Scheinecker, P., 2009:17). Laut Pyrker, der befragten Unternehmerin, ist die Bekanntheit und Bekanntmachung von Neuigkeiten, wie veränderter Kündigungsschutz, jedoch zu gering und somit wissen voraussichtlich sehr viele Unternehmen nichts von dem geänderten Kündigungsschutz. Sie sieht durch das geänderte Gesetz schon einen Anreiz gegeben, mehr Lehrlinge aufzunehmen (vgl. Interview mit Pyrker, R., 2009:11).

Der ÖGB befürchtet hingegen trotz Mediationsverfahren eine Kündigungsschwelle bei Lehrlingen, die durch die Krise verstärkt wird und fordert, dass dieses Gesetz wieder rückgängig gemacht wird (vgl. OÖNachrichten, 2009e). Eine Auswirkung der neuen Regelung, dass durch die Möglichkeit von Kündigungen wesentlich mehr Unternehmen Lehrlinge aufnehmen werden als zuvor, wird nicht erwartet (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:10). Das bestätigt auch Andree von der AK OÖ: *„Durch diese Neuregelung entsteht sicherlich kein neuer Lehrplatz und kein Unternehmen wird nun aufgrund dieser Neuregelung nun doch einen Lehrling einstellen. [...] In der Krise ist die Auflösungsmöglichkeit sicherlich bedrohlich für die jungen Menschen, vor allem, da die Jugendarbeitslosigkeit überdimensional im Steigen ist, vor allem in Oberösterreich, dem Lehrlingsbundesland.“* (E-Mail Interview mit Andree, D., 2009:1).

Zuvor war ein Lehrverhältnis nicht kündbar und normalerweise auf drei Jahre befristet. Das Arbeitsverhältnis konnte nicht gekündigt, sondern nur „vorzeitig aufgelöst“ werden, wenn ein triftiger Grund vorherrschte, ähnlich den Entlassungsgründen, wie zum Beispiel Diebstahl (vgl. Interview mit Scheinecker, P., 2009:16). Für die AK stellt die Änderung des Lehrlingskündigungsschutzes einen Kompromiss der Sozialpartnerschaft dar, wobei die AK OÖ der Vereinbarung sehr kritisch gegenübersteht (vgl. E-Mail Interview mit Andree, D., 2009:1).

110 Armutsbericht **Oberösterreich** 2009

## Maßnahme Stiftung für ZeitarbeiterInnen

Eine zweite Gruppe besonders betroffener Personen stellen ZeitarbeiterInnen – auch als Leasing- oder LeiharbeiterInnen bekannt – dar, da sie die ersten sind, die in Krisenzeiten „abgebaut“ werden. Oberösterreich betrifft dies besonders, da es das „Leasingland Nummer eins“ ist (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:1). Laut dem ÖGB sind die Arbeitslosenzahlen für ZeitarbeiterInnen im März 2009 um 47% höher als im März des Vorjahres (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009a). So waren im vorher genannten Monat österreichweit über 30.000 ZeitarbeiterInnen ohne Beschäftigung und gemäß ÖGB werden monatlich derzeit im Schnitt etwa 8.000 zusätzlich abgebaut (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009b).

Ein Vorschlag seitens der Arbeitnehmerinteressenvertretungen lautet daher, Leasingstiftungen einzurichten, um LeasingarbeiterInnen Weiterbildung anzubieten, bis ein wirtschaftlicher Aufschwung kommt (vgl. Interview mit Andree, D., 2009:2).

Aufgrund des guten Verdienstes der Zeitarbeitsfirmen in den letzten Jahren der Hochkonjunktur erwartet der ÖGB, dass diese Firmen selbst einen Beitrag zur Errichtung von Arbeitsstiftungen für deren jetzt arbeitslosen ArbeitnehmerInnen leisten können. Durch diese Stiftungen würden den ZeitarbeiterInnen Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009a). Darüber hinaus würde die Errichtung einer Arbeitsstiftung den FacharbeiterInnenmangel reduzieren und so auch der Wirtschaft zu Gute kommen (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009b).

Die Leasingstiftung war in ihrer Grundidee für 2.000 LeiharbeiterInnen geplant. Aufgrund des Finanzierungsproblems, verursacht durch die Verweigerung der Zahlung seitens der Wirtschaft, wird nur mehr eine kleinere Stiftung für 1.000 LeiharbeiterInnen als realistisch gesehen (vgl. Die Presse, 2009). Gemäß der Aussagen des ÖGB wären Bund und Länder verhandlungsbereit, aber die ArbeitgeberInnen, die durch die WK vertreten werden, verweigern ihren Anteil an der Mitfinanzierung beizutragen. Daher starteten die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, die Gewerkschaft vida, die Gewerkschaft Bau-Holz, die Gewerkschaft der Chemiewerker und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier mit dem Projekt „Arbeitsstiftung für ZeitarbeiterInnen“ eine Unterschriften-Kampagne, um die Forderung durchzusetzen (vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, 2009b).

Die Befragte des ÖGB meint dazu, dass bisher circa 80% der gekündigten ArbeitnehmerInnen nach der Weiterqualifikation in einer Stiftung anschließend sofort wieder einen Arbeitsplatz hatten (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:5). Sie spricht sich für die vermehrte Übernahme von moralischer Verantwortung durch Unternehmen aus und sieht die Errichtung der geforderten Stiftungen als realistisch an (vgl. Interview mit Ruprecht, B., 2009:24).

## Kritische Sichtweise

Die Sozialpartnerschaft ist nach 1945 entstanden und diente als wichtige Grundlage für sozialen Frieden und Wirtschaftswachstum. Ihr Ziel ist es, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt zu behandeln, um zu einer Stabilisierung der Kaufkraft, einem ste-

tigen Wirtschaftswachstum und zu Vollbeschäftigung beizutragen. In den 1980-er Jahren kamen neben den bisherigen Zielen auch die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und die umfassende Teilnahme an der internationalen und insbesondere an der europäischen Integration hinzu. Auch die Förderung der menschlichen Begabungen und Fähigkeiten, die Erhaltung und Verbesserung einer menschengerechten Arbeitswelt und die Bewältigung der umweltpolitischen Erfordernisse sind hinzugekommen.

Die Sozialpartnerschaft ist sich einig, dass mittlerweile die Realwirtschaft und somit alle von der Krise betroffen sind. Gemäß den neuesten Zahlen bezüglich Armutsgefährdung sind bereits 1 Million Menschen armutsgefährdet, aufgrund der Einkommenseinbußen durch Jobverluste und Kurzarbeit (vgl. Arbeiterkammer, 2009k). „Zwölf Prozent der Bevölkerung sind bereits armutsgefährdet, ohne staatliche Sozialleistungen wären es bereits 43 Prozent.“ (Arbeiterkammer, 2009k), deswegen werden höhere Sozialleistungen für Arbeitslose verlangt. Dazu wird zusätzlich schon seit langem auf eine Abschaffung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Berechnung der Notstandshilfe beharrt. Von Seiten der Vertretung der ArbeitgeberInnen wird die Notwendigkeit der Beiträge der ArbeitgeberInnen zu den Sozialleistungen nicht in Frage gestellt.

Die Krise trifft besonders die Jugendlichen und hier setzt die Sozialpartnerschaft unter anderem an. Eine Maßnahme und Forderung in diese Richtung ist die Jugend-Ausbildungsgesellschaft, die von der AK mit Nachdruck gefordert wird. Des Weiteren gibt es Forderungen der Vertretung der ArbeitnehmerInnen, den geänderten Lehrlingskündigungsschutz wieder aufzuheben, wobei dies von der ArbeitgeberInnenseite als gute Chance gesehen wird, um neue Ausbildungsplätze für Jugendliche zu erhalten. Die

JW unterstützt hingegen Jugendliche, die sich selbstständig machen wollen und besteht auf Erleichterungen bei Neugründungen und Übernahmen von Unternehmen.

Wie bereits angeführt, sind auch LeiharbeiterInnen stark von den Auswirkungen der Krise betroffen. Um die LeiharbeiterInnen, die von Kündigungen betroffen sind zu unterstützen, ist eine Stiftung für ZeitarbeiterInnen nötig, die jedoch noch nicht verwirklicht wurde, da von der ArbeitgeberInnenseite die Finanzierung derzeit noch verweigert wird.

Trotz Negativschlagzeilen bezüglich Kurzarbeit, Kündigungen und Insolvenzen ist zu bemerken, dass (noch) nicht alle Branchen betroffen sind, wie beispielsweise Installations- und Sanitärbetriebe, welche teilweise top ausgelastet sind. Um stark betroffene Unternehmen zu unterstützen, wurde die Kurzarbeit neu ausgehandelt sowie Betriebe mit Bürgschaften und Garantien von der WK unterstützt. Außerdem wird Firmen geraten, dass Kündigungen nur als letzter Ausweg gesehen werden sollten. Es ist noch anzuführen, dass die Krise auch eine Chance sein kann. Um die Unternehmen zu unterstützen, stellt die Wirtschaftskammer Forderungen, die sich in bestimmten Paketen wie Starterpaket oder GmbH-Paket zeigen. Diesen wohnen jedoch keine „systemändernden“ Elemente inne, sondern reihen sich in zahlreiche andere Pakete zur „Sanierung des angeschlagenen Systems“ ein. Auf ArbeitnehmerInnenseite finden sich zwar durchaus systemkritische Stimmen, die Forderungen bestehen aber auch vorwiegend in konkreten, am derzeitigen System festhaltenden Maßnahmen. So wird die Krise etwa als eine gute Gelegenheit gesehen, die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung voran zu treiben. Zusätzlich fordert die ArbeitnehmerInnenseite eine Anhebung des Arbeitslosengeldes, um einen drastischen Anstieg von Armut zu verhindern.

### Darstellung 28: Forderungen der Sozialpartnerschaft

	Forderungen
ÖGB	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung des Arbeitslosengeldes (+75% des letzten Gehalts)</li> <li>• Förderung von Weiterbildung</li> <li>• Umstellung auf Bildungsfreistellung</li> <li>• Faire Lohn- und Gehaltserhöhung</li> <li>• Steuersenkung für Klein- und MittelverdienerInnen</li> <li>• Umsetzung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung</li> <li>• Starke Einbeziehung des Staates - „mehr Staat“</li> <li>• Besteuerung der Superreichen</li> </ul>
ÖGJ	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung der Ausbildungsgarantie</li> <li>• Abschaffung des geänderten Lehrlingskündigungsschutzes</li> <li>• Wiedereinführung der Erbschaftssteuer</li> <li>• Bildung einer Luxus- und Vermögenssteuer</li> <li>• Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage im Sozialversicherungssystem</li> <li>• Auflösung von Privatstiftungen</li> <li>• Keine weiteren Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen</li> </ul>
AK	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bildung einer Jugend-Ausbildungsgesellschaft</li> <li>• Erhöhung der Mittel für das Arbeitsmarktservice</li> <li>• Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z.B. Facharbeiter-Kurzausbildung)</li> <li>• Erhöhung des Arbeitslosengeldes (Nettoersatzrate von 75%)</li> <li>• Stiftung für ZeitarbeiterInnen</li> <li>• Klar finanziertes öffentliches Sozialversicherungssystem</li> <li>• Stärkere Kontrolle über Banken</li> <li>• Unternehmen sollen mehr investieren (anstatt Ausschüttung an AktionäreInnen)</li> </ul>
WK JW	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentliche Hand soll helfen (z.B. Förderung thermische Sanierung, Infrastrukturmaßnahmen vorziehen...)</li> <li>• In Weiterbildung und Qualifizierung investieren</li> <li>• Krise als Chance sehen</li> <li>• Starterpaket</li> <li>• Wachstumspaket</li> <li>• GmbH-Paket</li> <li>• Übernahmepaket</li> <li>• Zukunftspaket</li> </ul>

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an das Kapitel Maßnahmen und Forderungen der oberösterreichischen Sozialpartner des Armutsberichts 2009

Einigkeit herrscht darüber, dass dem Staat in Zeiten der Krise eine wichtige Rolle zukommt. Wobei aus Sicht der WK die öffentliche Hand durch Förderungen und Investitionen die Wirtschaft ankurbeln sollte. Darüber hinaus fordert die Vertretung der ArbeitnehmerInnen eine stärkere Rolle des Staates und mehr Kontrollen von Seiten des Staates. Dazu zählen ein klar finanziertes öffentliches Sozialversicherungssystem mit einer Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage und keine weiteren Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen. Um die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern, gibt es klare Forderungen zu Steuerreformen, wie eine Besteuerung der Superreichen und die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer.

Eine Auswirkung der Krise, die eindeutig auch als Chance gesehen werden kann, ist der zunehmende Wunsch nach Weiterbildung. Um diese leichter zu ermöglichen, fordern die Sozialpartner in Weiterbildung und Qualifizierung zu investieren, eine Umsetzung der Ausbildungsgarantie, Stiftungen für ZeitarbeiterInnen und speziell für Jugendliche die Errichtung der Jugend-Ausbildungsgesellschaft.

## Literatur

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (Hrsg.) (2009a): Medieninformation - Aktuelles vom Arbeitsmarkt März 2009, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/monatsb/monatsb2009-03.pdf>, Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (Hrsg.) (2009b): Medieninformation - Aktuelles vom Arbeitsmarkt Februar 2009, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/monatsb/monatsb2009-02.pdf>, Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (Hrsg.) (2009c): Medieninformation - Aktuelles vom Arbeitsmarkt Jänner 2009, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/monatsb/monatsb2009-01.pdf>, Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (05.01.2009a): Historisches zu den Arbeiterkammern, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/online/historisches-zu-den-arbeiterkammern-45060.html>, Zugriffsdatum: 11.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (o.J.b): Organisation der AK, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/online/organisation-42632.html>, Zugriffsdatum: 11.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (o.J.c): Ihre starke Interessenvertretung, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/online/die-ak-ihre-interessenvertretung-42626.html>, Zugriffsdatum: 11.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (25.03.2009d): Jugend braucht Perspektiven: Jetzt Ausbildungsgarantie umsetzen!, abrufbar unter: [http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d93/Jugendausbildung\\_PKU\\_25.3.2009.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d93/Jugendausbildung_PKU_25.3.2009.pdf), Zugriffsdatum: 03.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (25.03.2009e): Jugend braucht Perspektiven: Jetzt Ausbildungsgarantie umsetzen!, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/page.php?P=128&IP=47016>, Zugriffsdatum: 03.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (2009f): Arbeitsmarkt-Info. März 2009, abrufbar unter: [http://www.arbeiterkammer.com/bilder/d67/AMInfo\\_03\\_2009.pdf](http://www.arbeiterkammer.com/bilder/d67/AMInfo_03_2009.pdf), Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (o.J.g): Armut im reichen Österreich, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/armut-in-oesterreich-21043.html>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (o.J.h): Hier sind wir Ihr Ansprechpartner, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/online/aufgaben-der-ak-42628.html>, Zugriffsdatum: 11.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (o.J.i): Wer ist AK-Mitglied?, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/ak-mitgliedschaft-43738.html>, Zugriffsdatum: 12.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (2009j): Arbeitsklima Index März 2009, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/arbeitsklima-index-maerz-2009-46734.html>, Zugriffsdatum: 08.04.2009.

Arbeiterkammer (Hrsg.) (27.04.2009k): Runde eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet- AK fordert Stärkung der sozialen Sicherheit, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/armutsgefahrbekaempfen-47817.html>, Zugriffsdatum: 29.04.2009.

Die Presse (Hrsg.) (17.04.2009): Neuer Anlauf für geplante Leiharbeiterstiftung, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/471010/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 17.04.2009.

Die Sozialpartner Österreich (Hrsg.) (o.J.): Die österreichische Sozialpartnerschaft, abrufbar unter: [http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/Sozialpartnerschaft\\_mission\\_de.pdf](http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/Sozialpartnerschaft_mission_de.pdf), Zugriffsdatum: 12.03.2009.

E-Mail Interview mit Mag.a Dagmar, Andree am 15. April 2009, Linz.

E-Mail Interview mit Lichtenberger, Gottfried am 20. April 2009, Linz.

E-Mail Interview mit Voglsam, Harald am 19. April 2009, Linz.

Fabasoft (Hrsg.) (29.03.2008): Referenzen – Wirtschaftskammer Oberösterreich, abrufbar unter: <http://www.fabasoft.at/cms/E-Government/CaseStudiesOesterreich/ReferenzRecordsWK00E.htm>, Zugriffsdatum: 29.04.2009.

Interview mit Dr. Scheinecker, Peter am 31. März 2009, Seite 1-23, Linz.

Interview mit Mag.a Andree, Dagmar, am 26. März 2009, Seite 1-31, Linz.

Interview mit Ruprecht, Brigitte am 06. April 2009, Seite 1-25, Linz.

Interview mit Pyrker, Renate (Geschäftsführerin Austria Plastics) am 08. April 2009, Seite 1-20, Wels.

Junge Wirtschaft (Hrsg.) (o.J.a): Die Junge Wirtschaft, abrufbar unter: <http://www.jungewirtschaft.at/>, Zugriffsdatum: 29.04.2009.

Junge Wirtschaft (Hrsg.) (o.J.b): Junge Wirtschaft OÖ, abrufbar unter: <http://www.jungewirtschaft.at/>, Zugriffsdatum: 29.04.2009.

KSV 1870 (Hrsg.) (03.04.2009): Ein Insolvenzjahr mit Auftakt - Unternehmensinsolvenzen I. Quartal 2009: + 18 %, abrufbar unter: [http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2009-03/insolvenzstatistik\\_Q109/1239005777007\\_KSV-Insolvenzstatistik\\_Unternehmen\\_Q1-2009.pdf](http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2009-03/insolvenzstatistik_Q109/1239005777007_KSV-Insolvenzstatistik_Unternehmen_Q1-2009.pdf), Zugriffsdatum: 11.04.2009.

OÖNachrichten (Hrsg.) (15.04.2009a): Heuer bereits ein Viertel mehr Firmenpleiten in Oberösterreich, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,150945>, Zugriffsdatum: 17.4.2009.

OÖNachrichten (Hrsg.) (16.04.2009b): Auftragsmangel bei voestalpine: In Linz müssen 5900 kurzarbeiten, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,152344>, Zugriffsdatum: 17.4.2009.

OÖNachrichten (Hrsg.) (02.04.2009c): Wenig positive Signale, Lage bleibt angespannt, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/ried/art14855,137675>, Zugriffsdatum: 19.04.2009.

OÖNachrichten (Hrsg.) (31.03.2009d): ÖGB erwartet viele Lehrlings-Kündigungen, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,137092>, Zugriffsdatum: 24.04.2009.

OÖNachrichten (Hrsg.) (31.03.2009e): Wellen-Panik, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/meinung/kommentar/art13612,137091>, Zugriffsdatum: 24.04.2009.

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Hrsg.) (Dezember 2008): 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, abrufbar unter: [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/5\\_armut/armutundreichtum2008.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/5_armut/armutundreichtum2008.pdf), Zugriffsdatum: 13.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (01.04.2009a): Krise am Arbeitsmarkt: Bund, Länder und Gemeinden sollen Beschäftigungsmöglichkeiten prüfen, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_Suche.a&cid=1238488019988](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_Suche.a&cid=1238488019988), Zugriffsdatum: 20.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (30.03.2009b): Unterschriften-Kampagne: Unternehmen verweigern ausreichenden Finanzierungsbeitrag, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_Suche.a&cid=1237936236185](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_Suche.a&cid=1237936236185), Zugriffsdatum: 20.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.c): Mitgliederstatistik 2005, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_2.1.c.a&cid=1149779408023](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_2.1.c.a&cid=1149779408023), Zugriffsdatum: 25.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.d): Gewerkschaften, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_2.7](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_2.7), Zugriffsdatum: 25. April 2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.e): Raus aus der Krise, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_oh\\_2.a&cid=1235836819351](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_oh_2.a&cid=1235836819351), Zugriffsdatum: 24.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.f): Die Grundlagen, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_2](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_2), Zugriffsdatum: 13.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.g): Wer ist die Gewerkschaft?, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_2.1](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_2.1), Zugriffsdatum: 13.04.2009.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (o.J.h): Der ÖGB in der Gesellschaft, abrufbar unter: [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_2.2](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_2.2), Zugriffsdatum: 13.04.2009.

Schienstock, Gerd (1993): Neue Produktions- und Arbeitskonzepte als Herausforderung an die Sozialpartnerschaft, in: Sozialpartnerschaft – Kontinuität und Wandel eines Modells, Tálos, Emmerich (Hrsg.). Verlag für Gesellschaftskritik: Wien, Seite 51-68.

Tálos, Emmerich (1997): Sozialpartnerschaft. Kooperation-Konzertierung-politische Regulierung, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs-Die zweite Republik, Dachs, Herbert, Gerlich, Peter, Gottweis, Herbert, et al., 3. Auflage. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung: Wien, Seite 432-451.

Tálos, Emmerich (1993): Vorwort, in: Sozialpartnerschaft – Kontinuität und Wandel eines Modells, Tálos, Emmerich (Hrsg.). Verlag für Gesellschaftskritik: Wien, Seite 7-9.

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (o.J.a): Unsere Geschichte, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?StID=420718&AngID=1](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?StID=420718&AngID=1), Zugriffsdatum: 14.4.2009.

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (o.J.b): Unsere Struktur, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?StID=420702&AngID=1](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?StID=420702&AngID=1), Zugriffsdatum: 14.4.2009.

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (o.J.c): Unsere Aufgaben, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?StID=420709&AngID=1](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?StID=420709&AngID=1), Zugriffsdatum: 14.4.2009.

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (o.J.d): Unsere Mitglieder, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?StID=420713&AngID=1](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?StID=420713&AngID=1), Zugriffsdatum: 14.4.2009.

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (o.J.e): Die Wirtschaftskammer Österreichs – im Einsatz für Unternehmen, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?AngID=1&StID=446228&DstID=0](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=446228&DstID=0), Zugriffsdatum: 14.4.2009.



## Die Krise und der Dritte Sektor

Soziale Hilfsorganisationen bzw. Nonprofit-Organisationen stellen in Österreich einen sehr wichtigen Faktor im Gefüge der sozialstaatlichen Institutionen dar: Viele Leistungen werden von ihnen „an der Basis“ angeboten und von den Menschen dort auch genutzt, was unter anderem dazu führt, dass Hilfsorganisationen ein sehr gutes Sensorium für die Bedürfnisse und Probleme von sozial bedürftigen Menschen entwickelt haben. Dieses macht sie wiederum zu idealen Ansprechpartnerinnen für die Frage nach den Auswirkungen der Finanzkrise.

In diesem Teil über die Einflüsse der Krise auf soziale Hilfsorganisationen soll zunächst auf die Rolle von Hilfsorganisationen im Sozialstaat genauer eingegangen werden, um dann die Ergebnisse aus vier ExpertInnengesprächen mit VertreterInnen von Organisationen, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt vertreten sind, zu präsentieren.

Eine Publikation der Sozialplattform Oberösterreich listet 300 derartige Einrichtungen des dritten Sektors auf. Neben den fünf großen Organisationen Caritas, Hilfswerk, Volkshilfe, Rotes Kreuz und Diakoniewerk sind noch zahlreiche weitere Sozialinitiativen in Oberösterreich tätig, die aber größtenteils nur zu einem bestimmten Thema, wie etwa Migration oder Obdachlosigkeit, arbeiten. Die Auswahl der Organisationen für die durchgeführten Interviews erfolgte neben der Zugehörigkeit zur Bundes- bzw. Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt insbesondere nach dem jeweils angebotenen Leistungsspektrum. Folgende Personen bzw. FunktionsträgerInnen wurden persönlich befragt:

- Mag.a Alexandra Riegler-Klinger, Geschäftsführerin der Caritas für Menschen in Not Oberösterreich
- Dr. Heinz Thaler, Vorstandsmitglied des Evangelischen Diakoniewerks Gallneukirchen
- Mag.a Dr.in Viktoria Tischler, Geschäftsführerin des Hilfswerks Oberösterreich
- Mag. Bernhard Gruber, Geschäftsführer der Volkshilfe Steyr

Die Organisationen, die von diesen vier Personen repräsentiert werden, werden in weiterer Folge noch vorgestellt. Anschließend werden die Auswirkungen der Finanzkrise auf die sozialen Hilfsorganisationen und die KlientInnen derselben dargestellt. Den Abschluss dieses Kapitels bilden die Forderungen und Lösungsansätze der vier Organisationen, um die negativen Auswirkungen der Finanzkrise zu bekämpfen.

## Die Rolle von sozialen Nonprofit-Organisationen in der Sozialpolitik

Nonprofit-Organisationen sind, wie noch zu zeigen sein wird, ein bedeutender Faktor der Sozialpolitik, es bestehen allerdings Unschärfen bei der Definition und der Abgrenzung zu anderen Sektoren. Wie schon der Name sagt, wird der Begriff meist negativ abgegrenzt, was aber irreführend sein kann, da Nonprofit-Organisationen sehr wohl Gewinn erzielen können, nur ein Ausschütten des Gewinnes ist ihnen meistens verboten. Auch die Bezeichnung Non-Governmental Organisation (NGO) greift zu kurz, da streng

genommen ja auch private Unternehmen nicht-staatliche Organisationen sind. Lediglich die Bezeichnung „Dritter Sektor“ neben dem öffentlichen und dem privaten Sektor ordnet dieser Gruppe von Organisationen einen eigenen, nicht nur auf Abgrenzung beruhenden Status zu (Heitzmann 2001:31f.).

Eine Zuordnung von Organisationen kann nach verschiedenen Definitionen, etwa nach rechtlichen, finanziellen oder strukturell-operationalen Kriterien erfolgen. Alle diese Definitionen weisen aber verschiedene Schwierigkeiten auf, etwa bei der Zuordnung von Organisationen, die privatrechtlich organisiert sind, sich aber hauptsächlich über staatliche Mittel finanzieren (Heitzmann 2001: 35ff.).

In der vorliegenden Arbeit werden trotz der mit den Begriffen einhergehenden Schwierigkeiten die Begriffe „(soziale) Nonprofit-Organisation“ und „(soziale) Hilfsorganisation“ sowie „Dritter Sektor“ synonym verwendet und auch auf die vier behandelten Organisationen bezogen. Bei drei der vier Organisationen, die befragt wurden, handelt es sich um privatrechtlich organisierte Vereine (teilweise mit Untergliederungen mit anderen Rechtsformen). Lediglich bei der Caritas handelt es sich um ein kirchliches Institut. Alle vier Organisationen weisen weiters sowohl private als auch öffentliche Finanzierungsquellen auf.

## Der Dritte Sektor in Österreich

Österreich ist ein föderaler Staat, in dem die einzelnen Bundesländer in einigen Bereichen autonom agieren können. Diese Struktur spiegelt sich auch im Aufbau des Nonprofit-Sektors wider. Bei vielen Organisationen sind die Landesverbände gegenüber der jeweiligen Bundesorganisation autonom beziehungsweise können sich die Einrichtungen auf Landesebene

trotz gleichen Namens beträchtlich voneinander unterscheiden (Schneider, Badelt, Hagleitner 2007:56). Ein weiteres Charakteristikum von Nonprofit-Organisationen in Österreich ist, dass diese häufig direkt oder indirekt im Einfluss der (beiden Groß-)Parteien SPÖ und ÖVP stehen oder im Vorfeld einer Kirche angesiedelt sind (Schneider, Badelt, Hagleitner 2007:58f.). Namentlich ist dies im Fall der Caritas die römisch-katholische Kirche, während die Diakonie eine evangelische Einrichtung ist. Die Volkshilfe sieht sich als in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung stehend, während das Hilfswerk als ÖVP-nahe zu bezeichnen ist.

Die fünf wichtigsten Trägerorganisationen im Bereich Gesundheits- und Sozialdienste, Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe, haben sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) zusammengefunden, um gemeinsam Problemstellungen zu bearbeiten und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Als Trägerorganisationen der freien Wohlfahrt beschäftigen die fünf Organisationen gemeinsam etwa 25.000 MitarbeiterInnen, 85.000 Personen bringen ehrenamtliches Engagement in die Arbeit dieser Organisationen ein und helfen damit, wichtige Bereiche der Gesundheits- und Sozialarbeit aufrecht und finanzierbar zu halten. Mit insgesamt 1,032 Milliarden Euro Jahresumsatz sind die beteiligten Organisationen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor (BAG 2009:6). Diese Arbeitsgemeinschaft gibt es auch auf der oberösterreichischen Landesebene. Zudem sind die konfessionellen Träger in die entsprechenden Dachverbände der Caritas und der Diakonie eingebunden. Wirtschaftlich gesehen ist der gesamte Dritte Sektor ein sehr wichtiger: Einer Auswertung der Arbeitsstättenzählung 2001 zufolge arbeiten in Österreich 3,4% aller Beschäftigten im Nonprofit-Sektor. Im Bundesländervergleich liegt Oberösterreich sehr nah an diesem Wert, während beispielsweise Wien mit 4,5% an der Spitze und Vorarlberg mit 2,5% am letzten Platz liegt (Schneider, Badelt, Hagleitner 2007:69f.).

Insbesondere bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen haben Nonprofit-Organisationen in Österreich gegenüber dem Staat eine dominierende Rolle inne. Eine Auswertung der Arbeitsstättenzählung 2001 ergab, dass mehr als drei Viertel der Beschäftigten im Sozialwesen in Arbeitsstätten des Dritten Sektors tätig sind (Schneider, Badelt, Hagleitner 2007:72f.).

Die nachvollziehbaren Gesamteinnahmen aller NPOs in Österreich betragen im Jahr 1997 (neuere Daten liegen leider nicht vor) rund fünf Milliarden Euro, davon stammt knapp mehr als die Hälfte aus privater, etwas weniger als die Hälfte aus öffentlicher Hand. Die Einnahmen aus privater Hand bestehen zur Hälfte aus Leistungsentgelten, zu einem Drittel aus Mitgliedsbeiträgen und nur zu einem geringen Teil aus Spenden- oder Sponsoringeinnahmen (Schneider, Badelt, Hagleitner 2007:78).

Schon diese Zahlen zeigen, dass der Nonprofit-Sektor maßgeblich in der Sozialpolitik beziehungsweise zur Erbringung der sozialen Dienste beiträgt. Insgesamt dürfte die Bedeutung des Nonprofit-Sektors in Österreich tendenziell zunehmen, so werden soziale Nonprofit-Organisationen mehr und mehr als Vertragspartnerinnen des Staates angesehen. In Zeiten knapper Budgets werden außerdem tendenziell zunehmend Aufgaben des Staates auf Nonprofit-Organisationen übertragen (Heitzmann 2001:15).

## Die vier befragten Organisationen im Porträt

Den vier befragten Organisationen Caritas, Diakoniewerk, Hilfswerk und Volkshilfe ist gemeinsam, dass sie ein großes Spektrum an Dienstleistungen abdecken. Trotzdem gibt es hier durchaus Unterschiede zwischen den Organisationen, etwa das jeweilige politische oder

konfessionelle Naheverhältnis oder die Finanzierungsstruktur. Die Darstellung 29 gibt einen Überblick zu den wichtigsten strukturellen Kennzahlen (MitarbeiterInnenzahl, Jahresumsatz und Spendenanteil an der Gesamtfinanzierung auf Basis des Jahres 2008). Eine detailliertere Beschreibung erfolgt im Anschluss.

**Darstellung 29 : Strukturelle Daten der befragten Organisationen im Vergleich**

Organisation	MitarbeiterInnen	Umsatz	Spendenanteil
Caritas	2500	76 Millionen Euro	6,28% / 60%*
Diakoniewerk	2700**	106 Millionen Euro**	<1%**
Hilfswerk	800	13 Millionen Euro	<1%
Volkshilfe	1200	6,5 Millionen Euro***	15%***

**Quelle: eigene Darstellung**

\*Spendenanteil der Caritas für Menschen in Not

\*\*auf ganz Österreich bezogen, das Diakoniewerk ist allerdings hauptsächlich in Oberösterreich aktiv

\*\*\* auf ganz Österreich bezogen

## Die Caritas

Die Caritas gliedert sich in drei Untergruppen - Caritas für Menschen mit Behinderungen, Caritas für Kinder und Jugend und Caritas für Betreuung und Pflege, welche in dem jeweiligen Themenschwerpunkt arbeiten. In einem vierten Bereich stellt die Caritas für Menschen in Not Akuthilfe zur Verfügung, dies ist „das Ursprüngliche, was man unter Caritasarbeit versteht“ (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:1). Weitere Organisationseinheiten innerhalb der Caritas der Diözese Linz sind die Bereiche Interne Dienstleistungen, Regionalcaritas, Auslandshilfe, Finanzen und Controlling. (Caritas 2009a).

Einer der Kernbereiche der Caritas für Menschen in Not ist das oberösterreichweite Netz von Beratungsstellen, an das sich Menschen in Existenznöten wenden können. Bei diesen können bei Nachweis des entsprechenden Bedarfs Direkthilfen, Sachspenden oder eine Unterstützung durch Geld gewährt werden. Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit der Caritas für Menschen in Not ist die Unterstützung von MigrantInnen. Auch für diese Zielgruppe gibt es Beratungsstellen sowie weitere Einrichtungen, wie etwa das Integrationszentrum Paraplü in Steyr. Eine Besonderheit stellt dar, dass in den Beratungsstellen für MigrantInnen neben den Beratungen halbtags auch Gemeinwesenarbeit durchgeführt wird (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:1).

Weiters ist die Caritas für Menschen in Not, ähnlich wie die Volkshilfe, im Bereich der Grundversorgung von Flüchtlingen tätig. Ein weiteres Arbeitsfeld der Caritas für Menschen in Not sind Sozialprojekte, eine Wohngemeinschaft für Haftentlassene in Wels, ein Wohnhaus für wohnungslose Männer in Asten; weiters LENA, ein Projekt für Frauen, die in der Prostitution arbeiten, die Wärmestube in Linz und das Haus für Mutter und Kind (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:1f.). Darüber hinaus deckt die Caritas etwa mit zwei Second-Hand-Geschäften, Lagerinfrastruktur und Logistik auch noch den Sachspendenbereich ab (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:2.).

Die Gesamtorganisation Caritas Oberösterreich finanzierte sich im Jahr 2006 zu 77,6% aus öffentlichen Kostenbeiträgen, zu 12,43% aus privaten Kostenbeiträgen und zu 6,28% aus Spenden. Die Finanzierung unterscheidet sich aber in den verschiedenen Bereichen deutlich, so finanziert sich die Caritas für Menschen in Not etwa überwiegend aus Spenden, die öffentliche Hand sorgt hier nur für einen kleinen Teil der Erträge. Gut zwei Drittel der Spenden (ca. 5,5 Millionen Euro von ca. 8,5 Millionen Euro) der

Caritas Oberösterreich stammt aus „klassischen“ Spendenquellen wie Kirchensammlungen, Haussammlungen, Patenschaften, Spendenbriefen oder Daueraufträgen. Weitere, quantitativ kleinere Bereiche stellen Erbschaften, Kirchenbeiträge, die Aktion „Licht ins Dunkel“, Einnahmen aus Veranstaltungen, Sponsoring, Verzinsung aus Spendenguthaben und Spendenrücklagen dar (Caritas 2007:5).

## Das Evangelische Diakoniewerk

Das Evangelische Diakoniewerk ist Mitglied der Diakonie Österreich, dem Dachverband der diakonischen Einrichtungen in Österreich (Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen 2009:o.P.).

Zu den Kernkompetenzen des Diakoniewerks zählen der Gesundheits-, der Alten- und der Behindertenbereich sowie die dazugehörigen Ausbildungen. Im Behindertenbereich stellt die Diakonie insgesamt 477 Wohn- und 699 Arbeitsplätze zur Verfügung, weiters gibt es noch einen integrativpädagogischen Kindergarten, eine Sonderschule und einen Hort. Im Bereich Menschen im Alter bestehen insgesamt 472 Plätze, im Bereich Gesundheit in Oberösterreich das Diakonissenkrankenhaus mit 119 Betten (Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen 2009:o.P.).

Neue Arbeitsbereiche der Diakonie sind die Flüchtlingsarbeit in der Steiermark sowie ein Studierendenheim in Wien, ein weiterer traditioneller Bereich ist der Gästehausbereich. Das Diakoniewerk ist in fünf Bundesländern aktiv, wobei allerdings der Schwerpunkt der Arbeit in Oberösterreich und hier wiederum in Gallneukirchen liegt (Interview mit Thaler, H., 2009:1).

Das Diakoniewerk beschäftigt rund 2.700 MitarbeiterInnen, von denen circa 1.000 im Bereich Menschen mit Behinderung und 865 in den Diakonissen-Krankenhäusern arbeiten. Der Rest verteilt sich auf die anderen Bereiche (Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen 2008a:80).

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 106 Millionen Euro an Umsatz erwirtschaftet, wovon Leistungsentgelte den größten Teil darstellen, sonstige Erträge (inklusive Subventionen und Spenden) fielen in Höhe von 12 Millionen Euro an. Die Summe der Spenden aus Spendenprojekten betrug im Jahr 2007 ca. 200.000 Euro (Evangelisches Diakoniewerk 2008b:1). Die Diakonie ist also keine klassische Spendenorganisation.

## Das Hilfswerk Oberösterreich

Das Hilfswerk ist in Oberösterreich seit knapp 15 Jahren aktiv und erwirtschaftete im Jahr 2007 einen Jahresumsatz von ca. 13 Millionen Euro, was eine Steigerung von 1,5 Millionen Euro binnen eines Jahres darstellt. (OÖ Hilfswerk 2008:7ff.). Die Organisation ist in Oberösterreich mit mehr als 800 MitarbeiterInnen in den Bereichen der Kinder - und Jugendarbeit und ältere Menschen tätig. Weiters führt das Hilfswerk pro Bezirk ein Familien- und Sozialzentrum sowie über 100 Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Horte und SchülerInnen-Nachmittagsbetreuungseinrichtungen). Darüber hinaus betreut das Hilfswerk knapp 500 Jugendliche im Rahmen der Berufsausbildungsassistenz, der Lernbegleitung und der Arbeitsbegleitung. Ein weiterer Arbeitsbereich ist der Bereich der Mobilen Dienste, in dem mit AltenfachbetreuerInnen, HeimhelferInnen und mobilen TherapeutInnen gearbeitet wird (Interview mit Tischler, V., 2009:1).

Das Hilfswerk finanziert sich zu weniger als 1% aus privaten Spenden (Interview mit Tischler, V., 2009:3) und ist somit ebenfalls keine klassische Spendenorganisation.

## Die Volkshilfe Oberösterreich

Die Volkshilfe in Oberösterreich sieht sich als *„eine eigenständige Sozialorganisation, die in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung steht und im Sinne sozialer und emanzipatorischer Grundsätze und des Solidaritätsprinzips handelt.“* (Volkshilfe 2009a)

Die Volkshilfe ist insgesamt wesentlich dezentraler organisiert als andere Hilfsorganisationen, so gibt es bei der Volkshilfe neben den Landesgeschäftsstellen auch regionale Geschäftsstellen mit eigenen GeschäftsführerInnen und Vorständen. Einzelne Untergliederungen der Volkshilfe werden aber direkt von der Landesgeschäftsstelle geführt, so etwa die Volkshilfe Basar GmbH oder die lebensArt GmbH (Interview mit Gruber, B., 2009:1). Die Volkshilfe Gesundheits- und Soziale Dienste GmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft der Volkshilfe Oberösterreich und der Volkshilfe Linz, mit den Aufgaben des Facility Managements und bestimmter Verwaltungsbereiche (Volkshilfe 2009b). Die Volkshilfe Basar GmbH ist eine 1991 gegründete GmbH, die das Ziel verfolgt, einerseits gebrauchte Textilien und Elektrogeräte sinnvoll wiederzuverwerten und andererseits Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, wieder zu beschäftigen (Volkshilfe 2009c). In der Volkshilfe lebensArt GmbH sind umfangreiche Dienstleistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen angesiedelt (Volkshilfe 2009d).

Die Volkshilfe beschäftigt in Oberösterreich 1.200 MitarbeiterInnen, die in der Altenbetreuung, der Hauskrankenpflege, im Haushaltsservice, in der Hauswirtschaftlichen Beratung, in der Mobilien Therapie, in der Mobilien Tagespflege und -betreuung, im Betreubaren und Betreuten Wohnen, in den Clearingstellen, der Arbeitsassistenten, der Mobilien Begleitung, der Wohnoffensive, in der Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung, in sozialen Hilfsbetrieben und in den arbeitsmarktpolitischen Betrieben der Volkshilfe Basar GmbH eingesetzt werden (Volkshilfe 2009e).

Im Jahr 2006 betrug der Umsatz der Volkshilfe österreichweit circa 6,5 Millionen Euro, wobei die Volkshilfe 15% ihrer Einnahmen aus Spenden bezog. Der Rest setzt sich zusammen aus Sponsoringbeiträgen von Wirtschaftsunternehmen, Mitteln internationaler Partnerorganisationen, der Aktion Nachbar in Not und Fördermitteln (Volkshilfe 2007:5).

## Die Auswirkungen der Krise auf soziale Hilfsorganisationen

(Wirtschafts-)krisen können verschiedene Auswirkungen auf Organisationen haben, etwa auf die Finanzierung, das Leistungsspektrum und die Qualität der Leistungserbringung oder auch auf die Zahl der MitarbeiterInnen. Diese Auswirkungen sollen – soweit bereits abschätzbar – im Folgenden erörtert werden. Zunächst soll aber noch die allgemeine Einschätzung der InterviewpartnerInnen über die Betroffenheit Oberösterreichs von der Wirtschaftskrise wiedergegeben werden.

## Die Wirtschaftskrise in Oberösterreich aus Sicht der Organisationen

*„Ich denke, es hat ganz schlimme Krisen in der Vergangenheit gegeben und das jetzt ist keine einmalige Krisensituation. Es hat Kriege gegeben, es hat immer Zeiten gegeben, wo es Menschen sehr schlecht gegangen ist, [...]“* (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:2). Obwohl die Aussage der Geschäftsführerin der Caritas für Menschen in Not treffend impliziert, dass Krisen immer wieder vorkommen und überwunden werden, sind sich die befragten VertreterInnen der vier Organisationen einig, dass Oberösterreich von der gegenwärtigen Krise im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional betroffen ist. Einer der Hauptgründe sei die exportorientierte Wirtschaft in Oberösterreich. Das Bundesland Oberösterreich als wichtiger Wirtschaftsstandort mit starker Industrie, insbesondere im Automobilbereich, ist durch den Rückgang der Nachfrage intensiver berührt. Andere Bundesländer, in denen zum Beispiel die Landwirtschaft mehr Gewicht hat, sind weniger betroffen, denn „gegessen wird immer“ (Interview mit Thaler, H., 2009:1).

Allerdings sollte man bei den Folgen der Finanzkrise auch die räumliche Dimension innerhalb Oberösterreichs beachten. Es gibt Regionen in Oberösterreich, wie zum Beispiel den Bezirk Braunau, die voraussichtlich wirtschaftlich wesentlich schwerer betroffen sind und die dauerhaft Hilfe und Perspektiven benötigen (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:9).

Momentan ist nach der Einschätzung der Befragten die Industrie am stärksten von den Auswirkungen betroffen, weniger spürbar noch die Klein- und Mittelunternehmen im Privatbereich. Gegenwärtig wird noch relativ viel investiert, sprich restauriert, renoviert und die KMU-Unternehmen werden dadurch belebt. Wenn aber die Wirtschaftskrise noch länger andauern wird

- und davon wird von den GesprächspartnerInnen ausgegangen - dann wird sich diese auch auf die kleineren Unternehmen negativ auswirken (Interview mit Tischler, V., 2009:1f.).

Schwieriger ist es für die InterviewpartnerInnen einzuschätzen, welches Ausmaß die Finanzkrise tatsächlich hat, denn es gibt nach Ansicht der Hilfsorganisationen nach wie vor Betriebe, denen es gut geht. Vielmehr stellt sich für sie die Frage, ob die Auswirkungen nicht auch deshalb derart intensiv spürbar sind, weil das Thema dermaßen durch die Massenmedien breitgeschlagen wird und den Menschen Angst gemacht wird. *„Täglich werden wir mit der Finanzkrise konfrontiert und unsere Wahrnehmung dadurch immens beeinflusst. Erstens hatten wir in den letzten Jahrzehnten immer eine florierende Wirtschaft und zweitens haben die meisten Menschen keinerlei Erfahrungen mit dieser neuen Situation. Trotzdem dürfen die Anzeichen nicht ignoriert werden, denn in großen Unternehmen wurde schon auf Kurzarbeit umgestellt und die Verträge mit LeiharbeiterInnen werden oftmals nicht mehr verlängert“* (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:3).

Gleichzeitig soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass auch FirmenchefInnen unter Druck stehen, denn wenn sie jemanden entlassen, entscheiden sie sich nicht für jemanden oder gegen jemanden, sondern sie konzentrieren sich in erster Linie auf das Überleben des Unternehmens (Interview mit Thaler, H., 2009:2ff.).

Laut ExpertInnen sollte der Höhepunkt der Finanzkrise aber Ende 2009, Anfang 2010 erreicht sein. Auf die Frage, welche Personengruppen beziehungsweise Bevölkerungsschichten stärker von der Finanzkrise betroffen sind, lässt sich aus Sicht der Befragten zusammenfassend sagen,

dass die InvestorInnen zwar das meiste Geld verloren haben, es aber die Ärmere sind, welche die Krise existenziell gefährdet. Ihnen tut es am meisten weh, denn sie sind direkt betroffen, wenn lebensnotwendige Dinge fehlen. Geschäftsführer Gruber von der Volkshilfe Steyr bedauert: *„[...] in solchen Krisensituationen wird dann immer die Rechnung von solchen Leuten bezahlt, die nicht unmittelbar etwas dafür können.“* (Interview mit Gruber, B., 2009:2).

## **Strukturelle Auswirkungen der Krise auf die Hilfsorganisationen**

Für die Volkshilfe Steyr betont Gruber, dass es zunehmend Menschen in Notlagen gibt, die sich an die Organisation wenden. Irritierend ist die Zahl derjenigen, die ein Erwerbseinkommen haben, das aber für die Deckung der Lebenshaltungskosten nicht reicht. Das Phänomen der „working poor“ gäbe es jetzt vermehrt auch bei uns und das sei „besorgniserregend“ (Interview mit Gruber, B., 2009:3).

Auf Grund des geführten Interviews mit der Geschäftsführerin des Hilfswerkes lässt sich sagen, dass die Finanzkrise sich insofern bemerkbar macht, als dass Kinder von den Horten und der Nachmittagsbetreuung abgemeldet werden. Dies beobachtet sie insbesondere in Regionen, wo es schon Kurzarbeit gibt oder ArbeitnehmerInnen entlassen werden und somit selbst die Betreuung für die Kinder übernehmen. Auswirkungen gibt es auch im Bereich der Jugendlichen, denn sie finden immer schwieriger eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz. Diese Entwicklung gibt es nicht erst seit der Finanzkrise, wird aber von dieser verstärkt (Interview mit Tischler, V., 2009:1ff.).

Ähnlich verhält es sich auch bei den beiden anderen befragten Organisationen: Bei der Caritas für Menschen im Not kommen generell immer mehr Hilfsanfragen. Es finden auch mehr Beratungsgespräche mit Betroffenen statt. Im Jahr 2008 gab es über 11.000 Vorsprachen. Seit der Vorweihnachtszeit 2008 gab es eine konkret messbare Steigerung, indem zunehmend MigrantInnen die Dienstleistungen der Caritas in Anspruch nahmen, bei denen die Dienstverhältnisse im Leasingbereich nicht mehr verlängert wurden. Eine weitere Bestätigung für die Finanzkrise wird auch in den gehäuften medialen Anfragen zu diesem Thema gesehen (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:2).

Riegler-Klinger schildert weiters: *„Die Armut in Oberösterreich ist nicht sichtbar, sie ist absolut versteckt, [...], weil sie nicht immer mit optischen Dingen auffällt. Für ein paar wenige Euro gibt es gepflegtes Gewand und die Tatsache, dass Rechnungen nicht bezahlt werden und das Konto überzogen ist, bleibt weiterhin verborgen. Leider gibt es auch Menschen, die einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung hätten, sich aber aufgrund der Stigmatisierung nicht an die Caritas wenden. Durch die Finanzkrise und das Thematisieren dieser trauen sich mehr Personen zuzugeben, dass sie in einer Notlage sind und kontaktieren Hilfsorganisationen. Viele merken, dass sie nicht alleine in dieser Situation sind und dass es auch nicht ihre individuelle Schuld ist, in einer prekären Lage zu sein.“*

Gefährdet sind vor allem ArbeitnehmerInnen mit geringer bzw. keiner Qualifikation sowie Personen in prekären Arbeitsverhältnissen, also vorwiegend Frauen, MigrantInnen, kinderreiche Familien und AlleinerzieherInnen. Momentan sei es aber so, dass die Organisationen noch nicht die vollen Auswirkungen spüren, da in vielen Fällen noch Leistungen des Arbeitsmarktservices greifen. Die Nachfrage nach komplementären

sozialen Leistungen wird aber mit Sicherheit in den nächsten sechs bis zwölf Monaten steigen (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:4).

Die Zukunft kann keiner voraussagen, jedoch sehen die InterviewpartnerInnen, dass der Bedarf an Leistungen durch Nonprofit-Organisationen im sozialen Bereich stetig zunehmen wird. Zugleich haben die unterschiedlichsten VertragspartnerInnen wie etwa Sozialhilfverband, Gemeinden, Länder oder Bund eine schlechtere budgetäre Ausgangslage. Auf Grund der großen Mengen an Geldern, die unter anderem an die Banken geflossen sind und noch fließen werden, sind Einsparungen erwartbar.

Bezüglich des Leistungsspektrums wird bereits diskutiert, einige Projekte einzustellen, da diese nicht mehr dauerhaft finanziert werden können. Dies verdeutlicht das Dilemma: Einerseits sollen mehr Leistungen erbracht werden, andererseits sollen sie gleichzeitig billiger werden. Folglich ist die Qualität gefährdet und bestimmte Aktivitäten werden in Frage gestellt. Diese Entwicklung sei schon seit einigen Jahren bemerkbar, spitzt sich jetzt aber noch zu (Interview mit Gruber, B., 2009:5).

Von den Konjunkturpaketen profitiert bislang keine der befragten NPOs. Die InterviewpartnerInnen sind jedoch der Meinung, dass die Unterstützungen auf jeden Fall Sinn machen, auch wenn sie nicht für die Hilfsorganisationen gedacht sind und waren. Dennoch halten sie „Konjunkturpakete“ auch für die NPOs nicht nur für erwünscht, sondern auch für notwendig. Denn auch im sozialen Bereich steigen die Kosten, das Budget wird aber nicht äquivalent erhöht (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:8).

Da sich Hilfsorganisationen bekanntlich zu einem gewissen Teil auch aus Spenden finanzieren, ist es umso wichtiger, die momentane Lage und die

Entwicklung in diesem Bereich zu durchleuchten. Eine Befragung von 180 NPO-Führungskräften kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als zwei Drittel der Befragten davon ausgehen, dass sich die Finanzierungssituation der NPOs drastisch negativ entwickeln wird. Besonders betroffen werden die kleinen Organisationen in den Bereichen Soziales und Kultur sein (vgl. derStandard.at, 2008a).

Laut einer Studie der Public Opinion GmbH wird es zu einem beachtlichen Rückgang an SpenderInnen kommen, aber auch die Spendenhöhe wird sinken. Gründe dafür sind die Finanzkrise beziehungsweise die gefühlte und die reale Teuerung. Nach ersten Schätzungen befürchten Hilfsorganisationen einen Spendenrückgang von 10 bis 20% (vgl. derstandard.at, 2008).

Bis auf die Volkshilfe, die im Bereich der FirmensponsorInnen einen leichten Rückgang vernehmen konnte, haben Caritas, Diakoniewerk und Hilfswerk im Bereich der Privatspenden bislang keine ungünstige Entwicklung bemerkt. Außer der Caritas für Menschen in Not, die sich größtenteils aus freiwilligen Beiträgen finanziert, finanzieren sich die anderen genannten Organisationen zu weniger als 1% aus Spenden. Beim Hilfswerk werden im Durchschnitt sogar weniger als zehn Euro pro Person gespendet.

Die Geschäftsführerin Riegler-Klinger von Caritas für Menschen in Not, stellt sich die Frage, womit das Ausbleiben des Rückgangs zusammenhängt: Hängt es damit zusammen, dass die Mensch jetzt einfach sensibilisierter und solidarischer sind oder ist ein Grund auch die Spendenabsetzbarkeit? (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:6).

Laut den Berechnungen des Instituts für Höhere Studien wird die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden eine Steigerung der freiwillige Zuwendungen von mindestens 11 Millionen Euro bringen und der Wohlfahrtseffekt würde in nur fünf Jahren den Rückgang an Lohn- und Einkommensteuer übersteigen (vgl. derStandard.at, 2008).

Der Nationalrat hat das Gesetz bereits verabschiedet, dass Spenden an die Organisationen, welche bis Juni ihren Antrag beim Bundesministerium für Finanzen abgeben und die erforderlichen Auflagen erfüllen, bis zu 10% der Bemessungsgrundlage (Jahresbruttoeinkommen abzüglich des Sozialversicherungsbeitrages) steuerlich absetzbar sind. Das Gesetz tritt somit ab dem 01. Jänner 2009 rückwirkend in Kraft (vgl. Caritas, 2009).

Auch der Zulauf an Sachspenden ist beispielsweise bei der Caritas unverändert. Es wurde allerdings darauf hingewiesen, dass die Verträge mit SponsorInnen für dieses Jahr bereits letztes Jahr abgeschlossen wurden. Die GeschäftsführerInnen der Organisationen rechnen damit, dass es heuer im Herbst schwieriger wird, neue Verträge mit SponsorInnen zu lukrieren (Interview mit Gruber, B., 2009:6).

Bist jetzt sind somit wenig strukturelle Auswirkungen (Finanzierung, Leistungsspektrum) auf die Organisationen Caritas, Diakoniewerk, Hilfswerk und Volkshilfe spürbar. Es musste bislang weder Personal entlassen werden, noch ist ein derartiges Eingreifen geplant. Auch Kurzarbeit ist kein Thema, da die Organisationen im Auftrag der öffentlichen Hand agieren und die Verträge ein Jahr im Vorhinein abgeschlossen werden.

Auch bei der Zahlungsmoral der KlientInnen bzw. der Zahlungsfähigkeit lassen sich keine negativen Abweichungen feststellen. „*Natürlich gibt es*

immer wieder ein paar Personen, die nicht zahlen, aber das gab es immer und wird es auch immer geben,“ erklärt Tischler (Interview mit Tischler, V., 2009:2).

### Darstellung 30: Spendenabsetzbarkeit gestaffelt nach Einkommen

Jahreseinkommen	bis 11.000 Euro	Steuerentlastung 0%
Jahreseinkommen	11.001 – 25000 Euro	Steuerentlastung 36,5%
Jahreseinkommen	25.001 – 60.000 Euro	Steuerentlastung 43,2%
Jahreseinkommen	Über 60.000 Euro	Steuerentlastung 50%

Quelle: vgl. Caritas, 2009:1

Trotzdem macht sich die Geschäftsführerin des Hilfswerks Gedanken über die weiteren Entwicklungen, etwa wie es sein wird, wenn noch mehr Kinder von den Betreuungen abgemeldet werden, denn die Gemeinden sind in diesem Fall die Auftraggeber und das Oberösterreichische Hilfswerk der Betreiber. Außerdem sind die öffentlichen Gelder „eingefroren“ und es wird in absehbarer Zeit auch zu keinen Erhöhungen kommen (Interview mit Tischer, V., 2009:2ff.).

Das Diakoniewerk versucht gezielt, die Finanzkrise zu ihren Vorteilen zu nutzen und auch von Seiten des Unternehmens die negativen Auswirkungen zu bekämpfen. So wurden bereits mehrere Autos angeschafft, um mit diesen kurzfristig wirksamen Investitionen zumindest geringfügig die Wirtschaft zu stützen. Weiters wurden baureife Projekte möglichst umgehend begonnen. Die Preise, welche jetzt ausgehandelt werden können, sind sehr gut und bringen eine Ersparnis für das Diakoniewerk mit sich (Interview mit Thaler, H., 2009:3).

## Die Auswirkungen der Krise auf die KlientInnen

Welche KlientInnengruppen sind den Auswirkungen der Finanzkrise am stärksten ausgesetzt? Für welche gesellschaftlichen Gruppen sind die Folgen am ehesten spürbar?

Grundsätzlich betroffen sind vor allem die Menschen, deren Einkommen zu den unteren 20% zählt. Diese Personen sind existenziell bedroht, da sie zur Niedriglohngruppe gehören und es unmittelbar spüren, wenn sie nicht mehr 100% Lohn bekommen, sondern nur noch die Arbeitslosenunterstützung oder Kurzarbeitsgeld: „Menschen, die immer gerade genug zum Leben gehabt haben, die spüren einen Rückgang von 5% des Einkommens schon deutlich“ (Interview mit Thaler, H., 2009:2).

Zur Verdeutlichung ein paar Daten der SILC-Erhebung über die Lebensbedingungen der Privathaushalte: Die österreichischen Haushalte verfügen laut EU-SILC 2007 im Mittel über 27.971 Euro Haushaltseinkommen pro Jahr. 10% der Haushalte haben weniger als 11.600 Euro und 10% haben mehr als 57.841 Euro pro Jahr zur Verfügung. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. 50% der Bevölkerung in Privathaushalten haben mehr als 18.242 Euro zur Verfügung. Das oberste Einkommenszehntel hat mehr als 31.845 Euro äquivalisiertes Haushaltseinkommen jährlich zur Verfügung, während dem untersten Einkommenszehntel (jeweils rund 800.000 Personen) weniger als 10.240 Euro zur Verfügung stehen.

Anteilmäßig verfügen demnach die oberen 10% über 22% des gesamten Äquivalenzeinkommens. Hingegen haben die unteren 10% nur 4% des gesamten Einkommens (Statistik Austria, 2009).

Im Privatbereich sind insbesondere Familien, hier vor allem kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter von der Finanzkrise stark betroffen. Oftmals existenziell schlecht abgesichert, reicht hier teilweise schon Kurzarbeit, dass die Lebenssituation kippt. *„Es geht bei diesen Menschen nicht darum, ob jetzt der nächste Skiurlaub eingespart werden soll, sondern darum, dass Einkommen, mit dem man bislang knapp über die Runden kam, wegfällt. Diese KlientInnengruppe hat keine Vorsorge, hat keine Rücklagen, hat keine Wahlmöglichkeit, wo etwas eingespart werden soll, weil sie grundsätzlich schon am Existenzminimum lebt. Wenn etwa die Waschmaschine kaputt ist, haben diese Familien kein Geld, um die Reparatur zu zahlen und sind auf Hilfe angewiesen“* (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:2). Die Situation von armen Familien ist zusätzlich schwieriger, weil die Erwerbstätigen ja nicht nur für sich sorgen müssen, sondern auch für jemand anderen.

Außerdem sind ältere Menschen stark armutsgefährdet. In den letzten Jahren gingen Realeinkünfte verloren, was sich jetzt durch die Krise noch verstärkt. Somit kommen Teile dieser Personengruppe mit dem Haushaltseinkommen nicht mehr über die Runden, da die Lebenshaltungskosten gleichzeitig gestiegen sind. Dort wo es um Ernährung geht, um leistbaren Wohnraum, um Kleidung und um Pflege, merken Ältere, dass sie es sich nicht mehr so leisten können wie früher oder dass zumindest der Zugang erschwert ist (Interview mit Gruber, B., 2009:4). Gerade hier herrscht Angst, welche durch die Berichterstattung in den Medien sicher noch verstärkt wird.

Auch im Bereich des Arbeitslebens sind bestimmte KlientInnengruppen besonders betroffen. Der konjunkturelle Einbruch als Folge der Finanzkrise hat hier gravierende Auswirkungen. In Zeiten, in denen es um das Überleben von Firmen geht, wird Personal eingespart. Bei Dienstverhältnissen im Leasingbereich und auch bei LeiharbeiterInnen wird als erstes eingegriffen.

Dies betrifft noch nicht das Stammpersonal, sondern es werden einfach die Leasingverträge nicht verlängert. In den Beratungsstellen der Caritas hat man diese Auswirkungen schon vor Weihnachten gespürt, während dies medial noch gar nicht sichtbar war.

Betroffen sind überdies die Gruppen der MigrantInnen, der psychisch Kranken oder psychisch belasteten Menschen sowie Personen, die beruflich unqualifiziert oder schlecht qualifiziert sind. Diese Personengruppen sind in der jetzigen Zeit die ersten, die freigesetzt werden. Der sozialen Verantwortung von FirmenchefInnen wäre hier momentan eine Grenze gesetzt, weil die Entscheidung getroffen werden muss, „sozialer“ zu sein oder die Firma in Insolvenz gehen zu lassen. Jede Leitung wisse, welche die „guten“ MitarbeiterInnen sind und werde versuchen, die „Entscheidung für die Guten“ zu treffen, die Leistungsschwächeren laufen Gefahr, auf der Strecke zu bleiben (Interview mit Thaler, H., 2009:3).

Davon sind natürlich auch Gruppen betroffen, die ihre Leistungsfähigkeit noch gar nicht zeigen konnten, namentlich Jugendliche und BerufseinsteigerInnen. Diese stellen sich das erste Mal dem Arbeitsmarkt und haben kaum eine Chance, Fuß zu fassen (Interview mit Gruber, B., 2009:2).

Die Befragten sehen auch Auswirkungen auf den Mittelstand. Dabei gehe es in diesem Bereich aber eher um Stimmungen. Man hat bei den Krisen Anfang des 20. Jahrhunderts von Depressionen gesprochen und man muss den Menschen jetzt Mut machen und auch Chancen aufzeigen. Denn „10% weniger Geld zu haben, bedeutet ja nicht die totale Katastrophe“ (Interview mit Thaler, H., 2009:5).

## Solidarität und Zusammenhalt als Ausweg?

Wie bislang deutlich wurde, haben die sozialen Hilfsorganisationen maßgeblichen Einfluss im Nonprofit-Bereich und sind besonders für die Menschen, welche im Zuge der Finanzkrise vor existenziellen Sorgen stehen, erster Ansprechpartner. Doch wie gehen die Organisationen selbst mit der Finanzkrise um und was wird getan, um die Folgen insgesamt für den sozialen Sektor und die betroffenen KlientInnengruppen so gering wie möglich zu halten?

Die vier befragten Hilfsorganisationen kooperieren in vielen Punkten mehr oder weniger lose miteinander oder mit anderen NPOs. Speziell, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, ist die Abstimmung wichtig (Interview mit Tischler, V., 2009:4). Auch die Zusammenarbeit in verschiedenen Gremien spielt im sozialen Sektor eine wichtige Rolle. Unter anderem wurde hierbei die Interessenvertretung Sozialunternehmen genannt, in welcher im Wesentlichen die Behindertenarbeit und die psychosoziale Arbeit in Oberösterreich organisiert ist. Große Relevanz bundesweit hat auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt.

Die Arbeit in diesen Gremien war bisher durch die Weiterentwicklung von Standards zum Beispiel im Ausbildungsbereich, durch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Angeboten und natürlich auch durch die gesellschaftliche Einflussnahme, die Kommunikation und Auseinandersetzung mit der Politik geprägt. In Zukunft sind neue Themen zu bewältigen, was im Rahmen dieser Arbeitsgruppen auch getan wird. Hier wurden unter anderem die Weiterentwicklung des Ehrenamtes und der Ausbau von Diversity Management zum Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund genannt, um Menschen wieder Perspektiven zu eröffnen (Interview mit Thaler, H., 2009:8).

Trotzdem scheint die gemeinsame Kommunikation gerade auf Bundesebene, wo man Projekte vorstellt und gesellschaftspolitische Meinungen verbreiten kann, verbesserungswürdig zu sein. *„Meinungen kann man nur dann vertreten, wenn sie gemeinsam gut koordiniert dargestellt werden. Man ist nur so stark, wie das schwächste Glied in der Kette“* (Interview mit Gruber, B., 2009:6).

Vergleicht man aktuell die Interessenvertretung von anderen gesellschaftspolitischen Bereichen, wie der ÄrztInnen oder LehrerInnen mit der Interessenvertretung von Menschen, die sich in sozialen Notlagen, wie Krankheit, Alter, Pflege oder Behinderung befinden, sind die sozialen Hilfsorganisationen jetzt mehr denn je gefordert, sich zu koordinieren, Sprachrohr zu sein und sich für diese Menschen, vor allem öffentlich, einzusetzen.

Organisationsintern gehen die Einrichtungen eigene Wege, um mit der Finanzkrise umzugehen. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass Zukunftserwartungen eher positiv formuliert werden. Die Finanzkrise verschärft zwar die Notwendigkeit von effizienter Mittelverwendung, aber es meinten alle vier Befragten, dass es nach momentanem Stand keine negativen Auswirkungen personeller Art geben wird.

Die Caritas beobachtet österreichweit die Auswirkungen und tauscht sich mit anderen Diözesen aus. Es werden Personalressourcen gebündelt und man versucht so, besonders betroffene Regionen in den Beratungsstellen entsprechend zu unterstützen.

Das Diakoniewerk als Unternehmen versucht schon seit längerem Gelder einzusparen und sich von defizitären Arbeitsfeldern zu trennen. Es werden zurzeit nur Projekte durchgeführt, deren Finanzierung zu 100% gesichert

ist, riskante Projekte werden nicht in Angriff genommen. Entsprechend stehen auch Umstrukturierungen und zur Not auch Schließungen auf dem Plan, diese sollen jedoch nur nach reiflicher Überlegung und sicher nicht leichtfertig umgesetzt werden.

Laut dem Hilfswerk ist keine Änderung der Strategie nötig. Es gibt bereits seit längerem ein Qualitäts-Management-System, die internen Prozesse sind straff strukturiert und schlank. Man erwartet zukünftig eher noch Wachstum im Bereich der Jugendlichen, da die Landespolitik gerade dieser Gruppe in Zeiten der Krise Perspektiven bieten wird.

Bei der Volkshilfe wird eher eine Abhängigkeit von der zukünftigen Finanzierung gesehen. Auf der einen Seite werde mehr Bedarf auf die Organisation zukommen, auf der anderen Seite hätten die VertragspartnerInnen ein geringeres Budget. Von daher gibt es Geschäftsbereiche, etwa im sozialökonomischen Bereich, wo jetzt die ersten Signale zur Einstellung von kostenintensiven Projekten kommen.

Einhellig vertreten die Befragten die Meinung, dass nicht zu viel Pessimismus verbreitet werden soll. Es ist wichtig, dass die Menschen in keine Negativstimmung verfallen, sondern, dass ihnen Mut gemacht wird, dass diese Krise zu bewältigen ist und zwar für alle. Angesichts der medialen Aufbereitung und einer breiten Angststimmung wird also die größte Schwierigkeit sein, die Herausforderungen anzunehmen: *„Man soll nicht immer sehen, was nicht geht“* (Interview mit Tischler, V., 2009:3).

Die Möglichkeiten der sozialen Hilfsorganisationen werden allerdings unterschiedlich eingeschätzt, wie überhaupt die Möglichkeiten verschiedener Gruppierungen, zum Beispiel der Politik. Laut Hilfswerk-Geschäftsführerin Tischler sei durch die Finanzkrise das Soziale wieder

weniger Thema, weil die Politik schauen muss, dass man die Arbeitsplätze erhält. Die Wirtschaft wird angekurbelt nach dem Motto: *„Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut.“* Das Soziale *„rennt so nebenher mit“* und man muss *„selbst dranbleiben, denn geschenkt bekommt man nichts“* (Interview mit Tischler, V., 2009:4).

Nach Thaler, Vorstandsmitglied des Diakoniewerks, ist die öffentliche Hand ganz wesentlich gefordert, vor allem bei der Aufrechterhaltung des Beschäftigungsniveaus. Die Wirtschaft werde nämlich nicht nur durch die großen Industrien in Gang gehalten, sondern auch durch den Wirtschaftskreislauf, der durch möglichst viele Beschäftigte unterstützt wird. Deswegen ist es auch wichtig, dass für Unternehmen, die in der Krise durch den Staat gestützt werden, durch eben diesen auch Rahmenbedingungen formuliert werden. Es gilt, Zeichen der Solidarität zu setzen. Auch Führungskräfte und Besserverdienende haben dazu ihren Beitrag zu leisten. Ein Beispiel wäre ein 20%iger Gehaltsverzicht, obgleich das ein eher symbolischer Beitrag ist. Es ginge hier aber um Haltungen und um die Rückkehr zu einer gewissen Vernunft (Interview mit Thaler, H., 2009:9).

Auch für Riegler-Klinger von Caritas für Menschen in Not rückt der Solidaritätsgedanke in Krisenzeiten wieder in den Vordergrund. Die Armut in Österreich wird momentan ein Stück sichtbarer und das Thema beschäftigt eine größere Anzahl von Menschen. Die Caritas, wie auch das Diakoniewerk besinnen sich hier auf ihre Wurzeln, auf christliche und humanistische Werte - Werte, die den Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt stellen. *„Gerade in Wirtschaftskreisen veranlagte man in den letzten Jahren schnell und irgendwie, Hauptsache mit Gewinn. Jetzt ist die Zeit, einmal innezuhalten“* (Interview mit Riegler-Klinger, A., 2009:8f.).

Ein wenig konträrer, doch nicht weniger prägnant formuliert es Regionalstellengeschäftsleiter Gruber von der Volkshilfe: *„Es hat sich in den letzten Jahren von der Schiefelage bis zur Krise und Katastrophe entwickelt. Es hat lange Zeit geheißsen, der Staat sei schlecht und es ging nur noch um Gewinn, nicht mehr um soziale Verantwortung. Nun sind alle gefordert, voran Politik und Wirtschaft, dass diese Schiefelage ein Stück weit korrigiert wird und auch die Menschen unterstützt werden, die unserer Hilfe bedürfen und nicht nur die Bankensysteme. Die sozialen Dienstleister haben jahrelang gehört, dass kein Budget vorhanden ist und waren doch sehr überrascht, dass Milliardensummen für die Banken quasi über Nacht mobilisiert wurden. Deshalb sieht man es auch als berechtigt an, jetzt Forderungen zu stellen, von denen gerade die Randgruppen profitieren und die ein Sozialstaat leisten sollte“* (Interview mit Gruber, B., 2009:7f.).

Explizit wurden folgende politische Forderungen gestellt:

- (schnellstmögliche) Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Steuerfinanzierung von Sozialleistungen von staatlichem und öffentlichem Interesse (Steuerreform)
- Erhaltung von Arbeitsplätzen
- Zukunftsinvestitionen in sozialen Bereichen, wie Pflege, Bildung, Gesundheit als „Konjunkturpakete im Sozialen“
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnbauförderung
- Unterstützung von Jugendlichen mit Fortbildungen und Kursen

Zusammenfassend zeigt sich also ein Grundgedanke bei den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Hilfsorganisationen: Ob die gesteigerte Anzahl an Menschen, die Beratung sucht, direkt auf die Krise zurückzuführen ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Allerdings wird immer wieder betont,

dass viele Folgen für die Organisationen mit Stand April 2009 nur schwer abschätzbar seien, da viele mögliche Auswirkungen erst zeitverzögert eintreten werden.

Die Krise bewirkt aber sicher die Fortsetzung beziehungsweise Beschleunigung eines jahrelangen Trends der stärkeren Segmentierung der Gesellschaft in Arm und Reich. Es wird daher wichtig sein, die Arbeit der Organisationen bzw. die Sorgen und Nöte der KlientInnen im Auge zu behalten und sich gesteigerten Bedarfen zu stellen. Dies beinhaltet aber auch eine große Chance für die Hilfsorganisationen: Da durch die Krise die Rolle der sozialen Hilfsorganisationen gestärkt und größeres mediales Interesse geweckt werden kann, werden die Chancen steigen, dass Forderungen der Hilfsorganisationen gehört und umgesetzt werden.

## Literatur

Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (2009): Positionspapier der BAG - Gesundheits- und Pflegevorsorge in Österreich, abrufbar unter: [http://www.caritas.at/ueber-uns/standpunkte/Positionspapier der BAG.doc](http://www.caritas.at/ueber-uns/standpunkte/Positionspapier%20der%20BAG.doc), Zugriffsdatum 13.04.2009.

Caritas (2007): Geschäftsbericht, abrufbar unter: [http://www.caritas-linz.at/fileadmin/user/oberoesterreich/Jahresberichte/covers/Bilanzteil\\_2007.pdf](http://www.caritas-linz.at/fileadmin/user/oberoesterreich/Jahresberichte/covers/Bilanzteil_2007.pdf), Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Caritas (2009a): Der Aufbau der Caritas in OÖ, abrufbar unter: <http://www.caritas-linz.at/ueber-uns/organisation/organigramm/>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Caritas (2009b): Erzdiözese Salzburg-Spendenabsetzbarkeit, abrufbar unter: <http://www.caritas-salzburg.at/spenden/spendenabsetzbarkeit/>, Zugriffsdatum 08.09.2004.

derstandard.at (2008a): „Stimmung unter den NPOs ist deutlich schlechter! Finanzierungssituation und politische Umfeld wird 2009 schwieriger.“, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=/?id=1229796977506>, Zugriffsdatum 04.04.2009.

derstandard.at (2008b): „Drohende Spendenrückgänge bringen Nonprofit-Organisationen in Bedrängnis“, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=/?id=1227287095346>, Zugriffsdatum 05.04.2009.

Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (2008a): Jahresbericht 2007, abrufbar unter: [http://www.diakoniewerk.at/assets/DKW-Allgemein/download/Jahresbericht 2007.pdf](http://www.diakoniewerk.at/assets/DKW-Allgemein/download/Jahresbericht%202007.pdf), Zugriffsdatum 13.04.2009.

Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (2008b): Spendenbericht 2007, abrufbar unter: [http://www.diakoniewerk.at/assets/DKW-Allgemein/download/Spendenbericht 2007.pdf](http://www.diakoniewerk.at/assets/DKW-Allgemein/download/Spendenbericht%202007.pdf), Zugriffsdatum 13.04.2009.

Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (2009): Aktiv für Menschen. Arbeitsfelder, Daten und Fakten. Gallneukirchen.

Gansinger, Ernst (1999): Kirchliche Institute formen die neue Caritas, abrufbar unter: [http://www.dioezese-linz.at/redaktion/index.php?action\\_new=Lesen&Article\\_ID=9425](http://www.dioezese-linz.at/redaktion/index.php?action_new=Lesen&Article_ID=9425), Zugriffsdatum 07.04.2009.

Heitzmann, Karin (2001): Dimensionen, Strukturen und Bedeutung des Nonprofit-Sektors, Facultas: Wien.

Interview mit Viktoria Tischler am 25. März 2009, Linz.

Interview mit Alexandra Riegler-Klinger am 30. März 2009, Linz.

Interview mit Heinz Thaler am 31. März 2009, Linz.

Interview mit Bernhard Gruber am 2. April 2009, Linz.

NPO-Akademie (2005): abrufbar unter: <http://www.npo-akademie.at/wir%20%FCber%20uns.php?m=6&s=0>, Zugriffsdatum 03.04.2009.

OÖ Hilfswerk (2008): Jahresbericht 2007, abrufbar unter: <http://ooe.hilfswerk.at/download.php?id=602>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Schneider, Ulrike, Badelt, Christoph, Hagleitner, Joachim (2007): Der Nonprofit-Sektor in Österreich, in Handbuch der Nonprofit Organisation, Badelt Christoph, Meyer Michael, Simsa Ruth (Hrsg.), Schäffer-Poeschel Verlag: Stuttgart.

Statistik Austria (2009): Haushaltseinkommen, abrufbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/haushalts-einkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/haushalts-einkommen/index.html), Zugriffsdatum 10.04.2009.

Volkshilfe (2008): Jahresbericht 2007. Seit 60 Jahren für eine solidarische und gerechte Welt, abrufbar unter: [http://194.106.226.228/volk/customer/2/folder/12/Volkshilfe\\_Jahresbericht2007\\_0908.pdf](http://194.106.226.228/volk/customer/2/folder/12/Volkshilfe_Jahresbericht2007_0908.pdf), Zugriffsdatum 07.04.2009.

Volkshilfe (2009a): Wir über uns, abrufbar unter: <http://www.volkshilfe-ooe.at/1020,,,2.html>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Volkshilfe (2009b): VH GSD GmbH, abrufbar unter: <http://www.volkshilfe-ooe.at/1108,,,2.html>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Volkshilfe (2009c): Volkshilfe Basar GmbH, abrufbar unter: <http://www.volkshilfe-ooe.at/1122,,,2.html>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Volkshilfe (2009d): Volkshilfe lebensArt GmbH, abrufbar unter: <http://www.volkshilfe-ooe.at/1041,,,2.html>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

Volkshilfe (2009e): Dienstleistungen, abrufbar unter: <http://www.volkshilfe-ooe.at/1016,,,2.html>, Zugriffsdatum 07.04.2009.

## Institutionelle Hilfestellung bei finanziellen Notlagen

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind sicherlich als vielschichtig einzustufen. Der folgende Abschnitt behandelt vor allem die Auswirkungen der Finanzkrise auf verschuldete beziehungsweise überschuldete Personen und Menschen in finanziellen Notlagen. Es kann angenommen werden, dass sich die Situation für SchuldnerInnen in der Wirtschaftskrise zuspitzt, da eventuell die Zusammenarbeit mit Banken schwieriger wird, oder die Verschuldung aufgrund von Einkommensverlust plötzlich zu Überschuldung wird und somit immer mehr Menschen auf professionelle Beratung angewiesen sind. Problematisch kann die momentane Situation auch für Menschen werden, die bisher immer relativ gut mit ihrem Einkommen ausgekommen sind, nun aber durch Kurzarbeit oder den Wegfall von Überstunden Einbußen hinnehmen müssen und somit die Leistbarkeit von Grundbedürfnissen wie beispielsweise „Wohnen“ zu einem massiven Problem wird. Zusätzlich haben die nachfolgenden Ausführungen zum Ziel, die Herausforderungen für die beratenden Stellen in nächster Zeit aufzuzeigen.

Die Arbeitslosenstatistik des Arbeitsmarktservice (AMS) von März 2009 für Oberösterreich zeigt einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber der von März 2008. Gleichzeitig nahm die Anzahl der offenen Stellen im März 2009 im Vergleich zu den Vorjahreswerten ab (vgl. AMS, 2009). Unter der Annahme, dass steigende Arbeitslosenzahlen bereits eine Auswirkung der Finanzkrise sind, dass Arbeitslosigkeit einen der häufigsten Gründe für finanzielle Probleme darstellt und dadurch auch Verschuldung plötzlich zu Überschuldung werden kann, wurden für diesen Teil des Armutsberichts 2009 Gespräche mit den Geschäftsführern der Schuldnerberatung Herrn Berghuber und der Schuldnerhilfe - Verein für prophylaktische So-

zialarbeit Herrn Herndler geführt. Zusätzlich wurde auch ein Interview mit dem Zuständigen für den Ausschuss Soziales, Wohnungen und Senioren der Stadtgemeinde Freistadt gemacht, da Arbeitslosigkeit beziehungsweise eine Einkommensverschlechterung vielfach auch Wohnungsprobleme oder allgemein finanzielle Notlagen verursacht und die Situation der Menschen in der Finanzkrise auch aus diesem Blickwinkel dargestellt werden soll.

### Die Beratungsstellen als Anlaufstellen bei finanziellen Notlagen

In Zeiten der Finanzkrise stellen die Beratungsstellen eine wichtige Institution für Personen, welche in finanzielle Nöte geraten sind, dar. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Begriffe Verschuldung/Überschuldung getrennt voneinander zu betrachten sind. Verschuldung ist wertfrei zu betrachten und stellt auch keinerlei Probleme dar. Die Schwierigkeit hierbei liegt in der Grenze zur Überschuldung, welche für die meisten Personen nicht wahrnehmbar ist sowie den daraus resultierenden Folgen. Eine seriöse, finanzielle Planung und die rechtzeitige Wahrnehmung von Warnzeichen kann der Überschuldung entgegenwirken (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:4).

Grundsätzlich stellt Verschuldung kein Problem dar, wenn sie aber in Überschuldung übergeht, so ist sie als problematisch anzusehen, gerade auch wenn der Aspekt der knappen Finanzierung gegeben ist (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:4).

## Staatlich anerkannte Schuldnerberatungen

Um verschuldeten Menschen in Zukunft größere Sicherheit im Hinblick auf das zur Verfügung stehende Beratungsangebot zu geben, werden Schuldnerberatungsstellen durch ein Schuldnerberatungszeichen als staatlich anerkannte Beratungen von anderen AnbieterInnen unterscheidbar. Hilfesuchende Personen können dabei auf kostenlose Beratung, professionelle Schuldenregulierung, Vertraulichkeit und Verlässlichkeit zählen (vgl. Schuldnerhilfe, 2009). Als Dachorganisation für die staatlich anerkannten Schuldnerberatungen Österreichs fungiert die „ASB Schuldnerberatungen GmbH“ mit Sitz in Linz. Zu finden sind die Schuldnerberatungen in allen Bundesländern Österreichs an insgesamt 27 Standorten. In Oberösterreich existieren die Schuldnerberatung und die Schuldnerhilfe – Verein für prophylaktische Sozialarbeit (vgl. ASB Schuldnerberatungen, 2009a).

Da diese staatlich anerkannten Schuldenberatungen gemeinnützige Unternehmen sind, arbeiten sie im öffentlichen Auftrag und werden durch öffentliche Mittel finanziert (Länder und Arbeitsmarktservice). Für alle MitarbeiterInnen der Beratungsstellen gibt es speziell entwickelte Aus- und Fortbildungsprogramme sowie österreichweite Standards, die die Suche nach einer nachhaltigen Lösung der Probleme garantieren. Neben aktiver Hilfe und Beratung bei Überschuldungsproblemen bieten die österreichischen, staatlich anerkannten Schuldnerberatungen auch Präventionsprogramme an. In diesem Zusammenhang besonders nennenswert sind die Verhältnis- und Verhaltensprophylaxe. Erstere zeigt gesellschaftliche Rahmenbedingungen in Bezug auf Geld auf, letztere gibt individuelle Anregungen zum persönlichen Geldverhalten. Das Angebot der Beratungsstellen richtet sich an Kinder, Jugendliche, Erwachsene und MultiplikatorInnen (vgl. Schuldnerhilfe, 2009).

## Bürger Service Center und Sozialberatungsstellen

Grundsätzlich sind die Sozialberatungsstellen ebenfalls für Beratungen bei sozialen Problemen zuständig. Darunter fällt auch der Bereich der Finanzen beziehungsweise der finanziellen Notlagen. Darüber hinaus ist es dort auch möglich, sich diverse Informationen einzuholen, sei es über gewisse Anträge oder auch über sämtliche andere Informationen in Bezug auf Soziales (vgl. Bürgerservice Linz, 2007). Das Bürger.Service.Center Freistadt ist oftmals die erste Anlaufstelle für Menschen mit finanziellen Problemen aus der Region, da dort den Betroffenen bei der Antragstellung auf Sozialhilfe, Wohnungsbeihilfe, Schulbeihilfe oder anderen Unterstützungszahlungen geholfen wird. Die Anträge gehen dann an das Land Oberösterreich, den Sozialhilfeverband, die Pensionsversicherungsanstalt, das Bundessozialamt oder an Wohnungsgenossenschaften. Im Rahmen des Armutsberichts wurde Herr Josef Edlbauer, Mitarbeiter im Bürger.Service.Center und zuständig für den Ausschuss Soziales, Wohnungen und Senioren interviewt. Aus dem Gespräch geht unter anderem hervor, dass selbiges der Stadtgemeinde Freistadt Menschen in sozialen Notlagen nicht nur durch die Bearbeitung von Beihilfeanträgen unterstützt, sondern auch aktive Hilfe bietet, beispielsweise um leistbare Wohnungsangebote für Menschen in finanziellen Notlagen zu finden, oder im schlimmsten Fall, Delogierungen zu verhindern (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:1). Überdies befasst sich die Sozialberatungsstelle im Sozial Service Center der Stadtgemeinde Freistadt unter anderem mit Heizkostenzuschüssen, Gebührenbefreiungen von Radio/Fernsehen/Fernsprechentgelten sowie der Rezeptgebührenbefreiungen der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (vgl. Stadtgemeinde Freistadt, 2009).

## Veränderte Rahmenbedingungen durch die Krise

Aufgrund der Finanzkrise zeigen sich gravierende Veränderungen in den Beratungsstellen. Einerseits steigt die Zahl der Beratungen und andererseits wird das Feld der zu betreuenden KlientInnen breiter (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:1f). Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Schuldnerberatungsinstitutionen Österreichs von Jahr zu Jahr eine Steigerung der KlientInnenzahlen zu verzeichnen haben. Dies wird unter anderem dadurch belegt, dass die Zahl der Erstkontakte der österreichischen Schuldnerberatungen laut Jahresbericht 2008 gegenüber dem Vorjahr um 9,7% gestiegen ist. Auch die Zahl der Erstberatungen hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht, nämlich um 8,9%. Von den Neumeldungen sind 49,8%, also ungefähr die Hälfte, in einem Arbeitsverhältnis. 27,8% der Neumeldungen sind arbeitslos. Weiters gilt es zu bemerken, dass sowohl die Zahl der Konkursanträge (+8,9%), als auch die Zahl der Konkursöffnungen (+13,4%) im Jahr 2008 gegenüber 2007 gestiegen sind (vgl. Schuldnerhilfe, 2008). Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Situation der Schuldnerberatungen Österreichs im Jahr 2008.

**Darstellung 31: Überblick signifikanter Daten der österreichischen Schuldnerberatungen**

Erstkontakte pro Jahr	22.305
Erstberatungen	17.404
Durchschnittverschuldung in EUR	66.942
Medianverschuldung in EUR	40.000
Konkursanträge	9.703
Konkursöffnungen	8.599

Quelle: vgl. Schuldnerhilfe, 2008

Die Folgen der Finanzkrise und dem damit verbundenen Anstieg der KlientInnenzahlen treten zeitversetzt mit einem Puffer von etwa drei bis neun Monaten auf. Genau aus diesem Grund stagnierten die KlientInnenzahlen in den Monaten Jänner und Februar noch, während in den Monaten März und April dieses Jahres bereits ein Anstieg zu verzeichnen war. Diese Pufferzeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die Betroffenen eine Zeit lang auf Ersparnisse, weitere Kredite oder das Geld von Verwandten zurückgreifen können. Zudem wird oftmals die Möglichkeit der Kontoüberziehung genutzt, um noch einige Monate über die Runden zu kommen (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:1f). Auch im Bürger.Service.Center Freistadt ist bereits ein Anstieg der Anträge auf Wohnbeihilfe, Schulbeihilfe oder auf finanzielle staatliche Unterstützung zu spüren, der auf die Finanzkrise zurückgeführt werden kann und auch in dieser Institution wird mit einem weiteren Anstieg in den nächsten Monaten gerechnet (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:2).

Durch die Finanzkrise sind jetzt mehr Personen, die Eigentum geschaffen und die Finanzierung sehr knapp bemessen haben, oder aber auch Personen, die kompliziertere Finanzierungsformen, wie Fremdwährungskredite, in Anspruch genommen haben, betroffen und werden in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Außerdem sind auch noch diverse andere Faktoren zu beachten, welche eine Veränderung mit sich bringen können. Vor allem steigende Kosten für Wohnungen, Energie und Lebensmittel waren bereits in der Zeit vor der Finanzkrise ein sehr großes Problem. Aufgrund der Finanzkrise müssen nun viele Personen mit zusätzlichen Schwierigkeiten wie beispielsweise Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit beziehungsweise mit Einkommensverringerung durch die fehlende Möglichkeit, Überstunden leisten zu können, klar kommen. Dadurch kamen beziehungsweise kommen viele in eine finanzielle Notsituation durch die Finanzkrise (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:3). In der Sozialberatungsstelle Freistadt sind verän-

derte Rahmenbedingungen durch die Finanzkrise vor allem im Bereich Wohnen festzustellen. Viele Personen suchen nun nach einer günstigeren, leistbareren Wohnung aufgrund von Finanzierungsproblemen oder Jobunsicherheit (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:2).

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden durchwegs in allen Expertengesprächen als einer der Hauptauslöser für finanzielle Schwierigkeiten erwähnt. Natürlich spielen oft viele Faktoren zusammen, aber eine Erhebung der Schuldnerhilfe zeigt, dass Arbeitslosigkeit oder Krankheit in 25% der Fälle für Schuldenprobleme verantwortlich sind (vgl. Schuldnerhilfe, 2008). Momentan ist eine der gravierendsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise die steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Anzahl von Menschen in Kurzarbeit und der damit verbundene Einkommensverlust beziehungsweise die Verringerung des Einkommens. Das bedingt, dass immer mehr Menschen in die Überschuldung geraten oder finanzielle Unterstützung vom Staat benötigen. In einer im März 2009 veröffentlichten Pressemeldung formulierte es Dr. Hans W. Grohs, Geschäftsführer der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen, folgendermaßen: „Die steigende Arbeitslosigkeit wird Schuldenprobleme verschärfen, auch für Gruppen, die bislang nicht zum Klientel der Schuldnerberatungen zählten.“ (ASB Schuldnerberatungen, 2009b).

Die Stadtgemeinde Freistadt hat ebenfalls die Arbeitslosigkeit als eines der Hauptprobleme der Menschen in Zeiten der Finanzkrise erkannt und hat bereits mit der Schaffung zusätzlicher Lehrstellen und mehrerer Feriastellen darauf reagiert (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:1).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Wirtschaftskrise vor allem aufgrund der durch sie verursachten Arbeitslosigkeit beziehungsweise der allgemeinen Veränderungen am Arbeitsmarkt, wie beispielsweise der

Anstieg der Kurzarbeit oder die allgemeine Unsicherheit der Arbeitsplätze für viele zum Problem wird. Gerade Oberösterreich als Industriestandort ist in Bezug auf veränderte Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt, und hier vor allem durch Kurzarbeit, sehr stark betroffen (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:5).

## Finanzielle Nöte – wer ist betroffen?

Darstellung 32 zeigt einen Überblick der KlientInnenzahlen bei den Beratungsstellen.

**Darstellung 32: Überblick der KlientInnenzahlen bei den Beratungsstellen**

Schuldnerberatung	Schuldnerhilfe	Sozial Service Center der Stadtgemeinde Freistadt
2.607 neue Vorsprachen 6.046 Beratungen pro Jahr	ca. 2972 Jahr 2008	ca. 3.000 <sup>a</sup> pro Jahr
(Interview mit Berghuber, T., 2009)	(Interview mit Herndler, F., 2009)	(Interview mit Edlbauer, J., 2009)

a: bei ca. 150 Fällen bedarf es eines Beschlusses des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Senioren

Das Bild der betroffenen Gesellschaftsschichten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten geändert. Das Thema Schulden galt schon immer als Tabuthema, wobei vor 20 Jahren nur der sozial sehr schwache Teil der Bevölkerung von der Schuldenproblematik betroffen war. Im Zuge der Finanzkrise wird sich das Bild der betroffenen sozialen Schichten mit Sicherheit weiter wandeln. Schon längere Zeit sind auch Teile des Mittelstandes

von der Schuldenproblematik betroffen und eine weitere Entwicklung in diese Richtung ist ersichtlich. Zum Teil ist diese Entwicklung auf die Finanzkrise zurückzuführen, welche für einen großen Teil der Bevölkerung eine Einkommensverringering, aber gleich bleibende oder sogar steigende Lebenserhaltungskosten mit sich bringt. In diesen Punkten sind sich die drei befragten Experten einig. In Zukunft wird die Finanzkrise alle Gesellschaftsschichten betreffen, jedoch wird das obere Drittel die Verluste besser in Kauf nehmen können als das untere Drittel und auch für den Mittelstand wird es schwieriger werden. Daraus lässt sich schließen, dass die Finanzkrise alle Schichten trifft, sowohl „Arm“ als auch „Reich“. Grundsätzlich hängt es von der Kompetenz der jeweiligen Person ab, sich an die finanziellen Rahmenbedingungen (sinkende Einkommen – steigende Ausgaben) anzupassen und eine adäquate Haushaltsplanung zu haben (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:4). Auch Personen, welche Vorsorge getroffen und gespart haben und denen durch die Finanzkrise sehr wenig oder aber auch gar nichts übrig geblieben ist, sind von der Problematik gewiss betroffen. Ein Kennzeichen der betroffenen Personengruppen ist auch ein eher niedrigeres Bildungsniveau (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:2f). Die schwierige Lage von Personen mit schlechterer Ausbildung hat auch der Experte vom Bürger.Service.Center Freistadt erkannt und er bemerkte, dass diese sicherlich mehr von der Krise betroffen sind (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:2).

Sehr interessant ist auch das Thema der Verteilung nach Geschlechtern in den Beratungsstellen. Der Experte Thomas Berghuber der Schuldnerberatung merkt an, dass etwas mehr Frauen als Männer die Organisation aufsuchen, jedoch mehr Männer in der Beratung bleiben (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:7). Ganz ähnlich ist hier die Verteilung in der Schuldnerhilfe, wie der Experte Ferdinand Herndler anmerkte. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern ist in dieser Organisation ausgewogen. Je-

doch gibt es einen gravierenden Unterschied bei der Lösungsfindung, denn bei Männern besteht eher die Möglichkeit eines Privatkonkurses.

#### INFOBOX 14: Konkursordnung (KO) – Privatkonkurs

Der Privatkonkurs, welcher in der Konkursordnung gesetzlich geregelt ist, soll überschuldeten Personen die Möglichkeit geben, sich zu entschulden. Mithilfe dieses Gesetzes sollen überschuldete Personen die Möglichkeit bekommen, sich sowohl wirtschaftlich, als auch sozial wieder einzugliedern. Voraussetzung für dieses Verfahren des Privatkonkurses ist eine Rückzahlung von mindestens 10% der Schulden durch die/den SchuldnerIn. Darauf erfolgt dann die Erlassung der Restschulden. Kann diese Grenze nicht erreicht werden, so ist es der/dem SchuldnerIn in den nächsten zehn Jahren nicht möglich, ein Konkursverfahren einzuleiten (vgl. ASB Schuldnerberatungen, 2008:13).

Abhängig ist dies allerdings von der Einkommenssituation. Aufgrund der Tatsache, dass Männer oftmals ein höheres Einkommen als Frauen haben, ist es für letztere oft schwierig, die 10% der Schulden, welche man im Konkurs zurückzahlen muss, zu erreichen. Hieraus entsteht ein klarer Nachteil für Frauen und für sozial schwache Personen, die mit dem Modell des Privatkonkurses oft nicht die Möglichkeit haben, dem Schuldenberg zu entfliehen. Für Frauen kommt erschwerend hinzu, dass diese oftmals in der Dienstleistungsbranche beschäftigt sind und in weiterer Folge werden die Auswirkungen der Finanzkrise auch in dieser Branche spürbar werden. Im schlimmsten Fall werden so zukünftig zahlreiche Frauen ihren Job verlieren und in schwere finanzielle Nöte schlittern. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern ist auch in der Art und Weise, wie diese in die Schuldenfalle geraten, erkennbar. Frauen schlittern oft aufgrund von Mitunterschriften bei Kreditverträgen oder Bürgschaften in finanzielle Probleme (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:5).

Unabhängig vom Geschlecht haben überschuldete Personen oft nicht die Möglichkeit ein Konto zu bekommen, was auch zur Folge haben kann, dass die Suche nach einem Arbeitsplatz damit unmöglich gemacht, beziehungsweise erheblich erschwert wird. Daher fordert die Schuldnerhilfe in diesem Punkt die Einführung des Modells der „Zweiten Sparkasse“ auch in Oberösterreich, denn in Wien, Kärnten und Tirol ist dieses Modell bereits entstanden.

#### INFOBOX 15: Modell der „Zweiten Sparkasse“

Im Jahr 2006 wurde in Österreich eine neue Sparkasse gegründet, die Girokonten für finanziell ausgegrenzte Menschen zur Verfügung stellt. Die „Zweite Sparkasse“ bietet KlientInnen von Schuldnerberatungsstellen und Sozialorganisationen ein Girokonto mit marktüblichen Zinsen ohne Überziehungsmöglichkeit an. Bei herkömmlichen Geldinstituten bekommen diese Personen oft kein Bankkonto mehr. Für die KlientInnen ist das Bankkonto kostenlos. Jedoch wird vierjährlich ein kleiner Betrag abgezogen, der aber beiseite gelegt wird und nach drei Jahren, die planmäßige Laufzeit der Konten, als Sparguthaben ausgezahlt wird. Beschäftigt sind bei der Zweiten Sparkasse ausschließlich freiwillige MitarbeiterInnen und finanziert wird sie von der „Erste Stiftung“. Sparkonto, Rechtsberatung, Unfallversicherung sowie eine Haushaltsversicherung sind weitere Dienstleistungen, die angeboten werden (vgl. ASB Schuldnerberatungen, 2007:2).

Darüber hinaus ist das Recht auf ein Girokonto eine Forderung der Schuldnerhilfe, da zum einen Bareinzahlungen sehr kostspielig sind, andererseits auch keine Daueraufträge abgewickelt werden können (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:6f).

Die Probleme der KlientInnen, aufgrund derer sie in finanzielle Nöte geraten sind, sind verschiedenster Natur. Zum Einen stellt der lockere Umgang mit Geld ein Problem für viele Personen dar, zum Anderen sind auch unwirtschaftliche Budgetplanung, Einkommensverlust oder -verminderung, Scheidungen, Trennungen, Bürgschaften, selbstständige Tätigkeit, Spielsucht, Autokauf, Delogierung oder Wohnungskauf Probleme, mit denen die KlientInnen zu kämpfen haben (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:2f). Diese Probleme können natürlich auch unabhängig von der Finanzkrise auftreten, aber in Zeiten der Krise ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass durch sinkende Einkommen beziehungsweise Arbeitslosigkeit die Verschuldung plötzlich zur Überschuldung wird, oder das Leben ohne staatliche finanzielle Hilfe in Form von Beihilfen nicht mehr leistbar ist.

## Finanzielle Notlagen – wie äußert sich die Betroffenheit?

Aufgrund der derzeitigen Situation durch die Finanzkrise ist die Stimmung der KlientInnen der Beratungsstellen eher schlecht, vor allem aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt. Zum Einen kann festgestellt werden, dass die Unterbrechungen zwischen zwei Arbeitsverhältnissen länger geworden sind. Aber auch fehlende Überstunden sind in vielen Fällen zu verzeichnen, wodurch in beiden Fällen finanzielle Engpässe entstehen können (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:4). Zum Anderen ist die Angst der KlientInnen vor dem Verlust der Arbeitsstelle oder dem Konkurs der Firma, in der sie angestellt sind, sehr hoch (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:5). Die Medien spielen in diesem Zusammenhang eine sehr bedeutende Rolle, da negative Schlagzeilen die Stimmung in der Bevölkerung immer mehr verschlechtern. Viel besser wäre es, wenn aufgezeigt wird, dass die Be-

völkerung in Österreich trotz der Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Ländern immer noch im Wohlstand lebt. Zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit muss es in Zukunft mehr Solidarität zwischen den Ländern, denen es gut geht und den ärmeren Ländern geben. Generell muss es mehr globale Solidarität geben. Viele sind einfach enttäuscht, weil so mancher Wunsch momentan unerfüllbar ist. Bevor von der Krise die Rede war, strebten viele Personen eine Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse an. Nun muss jedoch eine große Anzahl dieser Menschen wieder davon Abstand nehmen und sich eher um kleinere, günstigere Wohnungen umsehen, da die jetzigen nicht mehr leistbar sind und das finanzielle Risiko zu groß ist. Die Nachfrage nach Mietkaufwohnungen und Eigentumswohnungen sinkt derzeit und im Gegenzug steigt die Nachfrage nach Mietwohnungen (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:2).

Ein positiver Aspekt resultiert aus dem Umgang mit Geld aus der Finanzkrise, denn für bereits überschuldete Personen wird es schwieriger werden einen Kredit zu bekommen, was zum Vorteil hat, dass eine weitere Verschuldung für die betreffenden Personen schwieriger wird. Auch die mediale Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzen stellt einen positiven Aspekt dar, denn es führt zu einer verstärkten Beachtung der Menschen mit dem Thema Vorsorge. Viele Menschen denken deshalb vermehrt an eine Altersvorsorge (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:6).

## Zukünftige Herausforderungen

Aufgrund der bereits genannten Veränderungen durch die Finanzkrise haben sich die Beratungsstellen in nächster Zeit nun einigen Herausforderungen zu stellen. Die größte davon wird sein, die steigende Nachfrage an

Beratungsleistungen von cirka 10 bis 15% zu befriedigen. Dies wird für die Organisationen sehr schwer zu bewältigen sein, da die Ressourcen gleich bleiben (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:5). Lobbying, um eine Gesetzesänderung zu bewirken, wird ein wichtiger Punkt in der Zukunft sein. Damit soll sowohl ein sozialer, als auch ein wirtschaftlicher Supergau verhindert werden (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:6).

Damit die Beratungsstellen den veränderten Rahmenbedingungen gerecht werden können, sind Planungen der Organisationen nötig. Prävention ist hier wohl als wichtigste Maßnahme zu nennen. Sowohl Berghuber als auch Herndler merkten im Interview an, dass verstärkte Prävention in Zeiten der Finanzkrise sehr wichtig ist, sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:2; vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:2). Jedoch muss auch beachtet werden, dass Prävention für viele Personen das Problem nur zeitlich verschiebt, daher ist eine Lösung seitens der GesetzgeberInnen sehr wichtig und wird von der Schuldnerberatung dezidiert gefordert. Die Forderung betrifft vor allem die Erhöhung der Pfändungsfreigrenze, was in der Exekutionsordnung (EO) geregelt ist, diese Ordnung wird auf der nächsten Seite näher erläutert. Die Pfändungsfreigrenze ist in Österreich im EU-Vergleich ziemlich niedrig und somit ist es vielen Menschen nicht mehr möglich, vernünftig zu leben (vgl. Interview mit Berghuber, T., 2009:2).

Herausforderungen der anderen Art ergeben sich für die Stadtgemeinde Freistadt und deren Bürger.Service.Center. Für die Gemeinde ist es schon seit längerem - und wird es auch in Zukunft - verstärkt eine Herausforderung sein, leistbare Wohnungen anzubieten. Die Sozialberatungsstelle im Bürger.Service.Center wird weiterhin vermehrte Anstrengungen betreiben müssen, um etwaige Delogierungen zu verhindern. Nicht zu vergessen ist

die Sicherung der Grundversorgung. Sie ist eine der wesentlichen Herausforderungen in nächster Zeit (vgl. Interview mit Edlbauer, J., 2009:1). Andere Planungen zielen direkt auf die Organisation ab, wie beispielsweise die bestmögliche Einsetzung der Personalposten, was sich jedoch als sehr schwierig herausstellt, da die Ressourcen für die Beratungsstellen sehr knapp sind und es für eine Erweiterung der Ressourcen einem Bekenntnis der öffentlichen Hand bedarf (vgl. Interview mit Herndler, F., 2009:2). Darüber hinaus gibt es auch noch Forderungen, wie gleiches Recht auf Privatkonkurs für Männer und Frauen sowie das Recht auf ein Girokonto (vgl. ASB Schuldnerberatungen, 2008:3).

#### INFOBOX 16: Exekutionsordnung (EO) - Pfändungsfreigrenze

Mithilfe des Exekutionsverfahrens werden ausstehende Ansprüche eingefordert, wobei dies durch ein Gericht oder einer sonstigen Behörde festgestellt werden musste. § 1 der Exekutionsordnung regelt die geltenden Ansprüche aus der zwangsweisen Durchsetzung. Sind Geldschulden betroffen, so sind diese durch Pfändungen oder Verwertung von Vermögen einzufordern (vgl. Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter, o.J.). Die Exekutionsordnung ist grundsätzlich anzuwenden auf SchuldnerInnen, welche nicht willig sind, ihre Schulden zu begleichen. Allerdings besteht in vielen Fällen eine lang andauernde Zahlungsunfähigkeit. In punkto Pfändungsfreigrenze beträgt diese ohne gesetzliche Unterhaltspflichten für das Jahr 2008 759,99 Euro. Dieser Betrag gliedert sich in fünf weitere Stufen, je nach Erhöhung der Unterhaltspflichten (vgl. ASB Schuldnerberatungen, 2008:7).

## Literatur

AMS Oberösterreich (2009): Medieninformation. Aktuelles vom Arbeitsmarkt, abrufbar unter: <http://docs.ams.at/ooe/monatsinfo/monatsinfo2009-03.pdf>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

ASB Schuldnerberatungen GmbH (2007): Die „Zweite Sparkasse“ in Österreich: Eine neue Bank für Menschen mit Finanzproblemen, abrufbar unter : [http://www.schuldnerberatung.at/fes\\_booklet\\_financial\\_services\\_D.pdf](http://www.schuldnerberatung.at/fes_booklet_financial_services_D.pdf), Zugriffsdatum 13.05.2009.

ASB Schuldnerberatungen GmbH (2008): Wege aus der Schuldenfalle. Rechtspolitische Vorschläge zur Vermeidung und Bekämpfung von Ver- und Überschuldung.

ASB Schuldnerberatungen GmbH (2009a): Homepage, abrufbar unter: <http://www.schuldnerberatung.at/>, Zugriffsdatum: 14.5.2009.

ASB Schuldnerberatungen GmbH (2009b): Steigende Arbeitslosigkeit verschärft Schuldenprobleme, abrufbar unter: <http://www.schuldnerberatung.at/schuldnerberatung-news.php?Index=60&PHPSESSID> , Zugriffsdatum: 22.04.2009.

Bürgerservice Linz (2007): Sozialberatungsstellen, abrufbar unter: <http://portal.linz.gv.at/Serviceguide/viewChapter.html?chapterid=121913>, Zugriffsdatum: 27.4.2009

Interview mit Ferdinand Herndler am 25. März 2009, Linz

Interview mit Thomas Berghuber am 22. April 2009, Linz

Interview mit Josef Edlbauer am 24. April 2009, Linz

Schuldnerhilfe (2008): Jahresbericht 2008, abrufbar unter: <http://www.schuldner-hilfe.at/>, Zugriffsdatum: 22.04.2009.

Schuldnerhilfe (2009): Homepage, abrufbar unter: <http://www.schuldnerhilfe.at/>, Zugriffsdatum: 27. 4. 2009.

Stadtgemeinde Freistadt (o.J.): Homepage, abrufbar unter: <http://freistadt.riskommunal.net/system/web/default.aspx?menuonr=218840624>, Zugriffsdatum: 20.02.2009.

Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter (o.J.): Exekutionsordnung, abrufbar unter: <http://www.richtervereinigung.at/content/view/152/45/>, Zugriffsdatum: 27.4.2009.



## Mehr oder weniger Staat?

Seit Beginn der Finanzkrise wird der Ruf nach mehr staatlichen Eingriffen und Regulierungen wieder lauter. Dabei orientieren sich Politik und Wissenschaft an früheren Modellen, die als überholt galten. Bis zu den 1970er Jahren beschränkte sich das Streben nach Gewinn noch auf die Realwirtschaft und die Finanzmärkte wurden reguliert. Diese Realinvestitionen führten zu einem erheblichen Wirtschaftswachstum und gleichzeitig zu einem Ausbau des Sozialstaates. Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus Anfang der 1970er Jahre wurde ein neues Paradigma eingeleitet, welches für eine uneingeschränkte Wirtschaftsfreiheit steht und zu immer mehr Deregulierung führte. Mit einem seiner wichtigsten Vertreter, Milton Friedman, richtete sich der Neoliberalismus gegen den Sozialstaat und die Gewerkschaften und bekämpfte somit die Vollbeschäftigungspolitik und insbesondere die Regulierung der Finanzmärkte. Damit verlagerte sich das Profitstreben immer mehr von der Realwirtschaft in Richtung der Finanzwirtschaft. Der Finanzmarkt entwickelte sich zu einem freien Markt und es wurden ihm auch immer mehr Aufgaben überlassen, so unter anderem die Verwaltung des Kapitals für Pensionen. Diese neue Strömung führte zu immer mehr Markt, weniger Staat und gleichzeitig zur Schwächung des Sozialstaates. Da der Neoliberalismus eher eine Theorie „begüterter Eliten“ ist (vgl. Stephan Schulmeister, 2009), befürchten besonders armutsgefährdete Personen, dass sie durch drohende Sparpakete in den Bereichen Gesundheit, Bildung und bei sozialen Belangen für die Auswirkungen der Finanzkrise bezahlen müssen (vgl. Armutskonferenz, 2009). Da der Staat das Gesetzgebungsmonopol besitzt, liegt es in seiner Hand, konkrete Schritte zu unternehmen, um die Auswirkungen so gut als möglich abzdämpfen, die Kosten der Krise zu verteilen und eine derartige Rezession in Zukunft

zu verhindern. Daher ist besonders die Politik gefordert, mit aktiven Handlungsmaßnahmen gegen eine zunehmende Armutsgefährdung in Österreich zu steuern.

Um herauszufinden, welche Maßnahmenpakete zur Bekämpfung und Vermeidung der Armut von den einzelnen Parteien erarbeitet werden oder welche bereits umgesetzt wurden, stützt sich die Analyse auf qualitative leitfadengesteuerte ExpertInneninterviews. Es handelt sich hierbei um Interviews, die eine allgemeine Einschätzung der Finanzkrise geben sollen. Darüber hinaus werden die bereits wahrnehmbaren und die noch zu erwartenden Auswirkungen sowie der Weg aus der Krise in Verbindung mit konkreten politischen Maßnahmen beleuchtet. In der Schlussfrage sollen die persönlichen Einschätzungen der PolitikerInnen zu den eventuell gewonnenen positiven Impulsen aus dieser Krise in Erfahrung gebracht werden.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erstreckt sich über die fünf im Nationalrat vertretenen Parteien, wobei VertreterInnen mit verantwortungsvollen Funktionen ausgewählt wurden. Vier PolitikerInnen standen für die mündlichen Interviews zur Verfügung.

- BZÖ: Herr Rainer Widmann ist seit 28. Oktober 2008 Nationalratsabgeordneter für das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ),
- Die Grünen: Frau Doris Eisenriegler ist seit 31. Oktober 1997 Landtagsabgeordnete für die Grünen und wurde am 23. Oktober 2003 zur Dritten Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags gewählt und

- ÖVP: Herr Thomas Stelzer ist Landtagsabgeordneter und seit Jänner 2009 Klubobmann der oberösterreichischen Volkspartei (ÖVP) im oberösterreichischen Landtag,
- SPÖ: Herr Franz Leidenmühler ist hauptberuflich an der Linzer Johannes Kepler Universität beschäftigt und seit 2003 für die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) im Linzer Gemeinderat tätig.
- Eine schriftliche Beantwortung der Fragen wurde von Herrn Lutz Weinzinger, der seit 2006 Abgeordneter zum Nationalrat für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist, vorgenommen.

## Die aktuelle Situation aus Sicht der Politik

In der Einschätzung der Finanzkrise im Bezug auf Österreich herrscht über die Grenzen der Parteien hinweg vorwiegend Einigkeit. Auffällig ist, dass als Verursacher der Krise die USA gesehen werden. Österreich wird nicht zu den am schlimmsten betroffenen Staaten gezählt, da es über eine verhältnismäßig stabile Wirtschaft verfügt. Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass auch die österreichische Wirtschaft unter der Krise leidet. Eine große Problematik wird in der Zunahme der Arbeitslosenzahlen gesehen. Die steigende Zahl an Arbeitslosen wird eine Herausforderung für Wirtschaft und Politik, vor allem aber auch für die Gesellschaft (Interview mit Widmann, R., 2009:2).

Viel diskutiert ist momentan auch das Investitionsvolumen österreichischer Banken in Osteuropa. Dass dieses Thema in der Medienlandschaft derzeit für Aufsehen sorgt, liegt zweifellos daran, dass Österreich im Vergleich zu anderen Staaten einen relativ hohen Anteil am osteuropäischen Markt hat. Nachdem die Staaten Osteuropas, speziell nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, eine enorme Entwicklung in den Bereichen Infrastruktur und

Konsum durchgemacht hatten, investierten österreichische Firmen und Banken in diesen wachsenden Markt. Da die österreichischen Banken in Osteuropa finanziell besonders aktiv waren, wird in Zeiten der Finanzkrise befürchtet, dass die österreichische Wirtschaft dadurch zusätzlichen Schaden erleiden könnte (Interview mit Stelzer, T., 2009:1).

Zur Frage, ob Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern stärker betroffen ist, ergibt sich ebenfalls ein relativ einheitliches Meinungsbild der diversen Fraktionen. Alle Parteien sehen die oberösterreichische Wirtschaft insofern betroffen, als dass Oberösterreich mit stark exportorientierten Bereichen wie der Schwerindustrie, der Voestalpine, der Autoindustrie und deren viele Zulieferbetriebe ein stark industrialisiertes Bundesland ist. Dass Oberösterreich von dieser Krise besonders betroffen ist, lässt sich beispielsweise an der Zahl der Beschäftigten der Voestalpine beobachten, die seit 1. Mai 2009 Kurzarbeit ausüben. Ungefähr 5.900 MitarbeiterInnen sind am Standort Linz von Kurzarbeit betroffen und sollen mindestens bis 1. Oktober 2009 in Kurzarbeit bleiben. Österreichweit sind laut einer Schätzung des Arbeitsmarktservice (AMS) circa 60.000 Menschen von Kurzarbeit betroffen. Das bedeutet, dass alleine die Voestalpine in Linz 10% der österreichischen KurzarbeiterInnen beschäftigt (Die Presse, 2009a).

Dieser besonderen Betroffenheit Oberösterreichs steht jedoch eine bislang gute und stabile wirtschaftliche Situation des Landes entgegen. Dies macht sich beispielsweise an den bisherigen Arbeitslosenquoten in Oberösterreich bemerkbar, welche im Österreich-Vergleich bis jetzt eher niedrig ausgefallen sind. Damit kann man die stärkere Betroffenheit durch die Krise in gewissem Maße ausgleichen (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:1f).

## Welche Bevölkerungsgruppen sind betroffen?

Da die politischen Parteien die EntscheidungsträgerInnen hinsichtlich der finanziellen Mittelverteilung sind, ist es von großer Bedeutung zu wissen, welche Bevölkerungsschichten beziehungsweise Gruppen die einzelnen Parteien als besonders von der Finanzkrise betroffen sehen. Dies kann hilfreich sein, um eventuelle Implikationen hinsichtlich der Begünstigten der Maßnahmenpakete zu erkennen.

Unbestritten ist dabei, dass sowohl Reiche als auch Arme die Auswirkungen der Krise spüren, wobei die Reichen allerdings „nur“ Teile ihres Vermögens verlieren. Besonders betroffen sind diejenigen Personen, die eine Arbeitsstelle verlieren oder massive Einkommensausfälle zu beklagen haben, denn sie können im Gegensatz zu den Reichen existenziell betroffen sein. Außerdem müssen sich Menschen, die auf Privatpensionen vertraut haben, auf Einbußen vorbereiten. Diese Entwicklung ist besonders erschreckend und bedauerlich, da in den letzten Jahren Versicherungen intensiv für die sogenannte Eigenvorsorge geworben haben (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:1).

Die beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ sehen speziell die mittleren und unteren Einkommensschichten stärker betroffen als die oberen. Sie führen die Finanzkrise auf die Gier der sogenannten „Finanzeliten“ zurück und gehen davon aus, dass es eine Krise der Reichen nicht geben wird. Besonders die Personen, die ihr Monatseinkommen genau durchkalkuliert und für bestimmte Verwendungszwecke reserviert haben, stehen vor einem großen Problem (Interview mit Widmann, R., 2009:3; Interview mit Weinzinger, L., 2009:1). Auch die SPÖ nimmt als sozialdemokratische Partei besonderen Bedacht auf sozial schwächere Bevölkerungsschichten. Dabei verweist sie auf zwei Gruppen, welche besonders gefährdet sind, in eine finanzielle

Krise zu schlittern: Zum einen sind dies die LeiharbeiterInnen, da von dieser Gruppe momentan viele Menschen keiner Arbeit nachgehen können. Oft sind sie in großen Unternehmen beschäftigt, die während der Finanzkrise Personal abbauen müssen und somit zuerst LeiharbeiterInnen in die Arbeitslosigkeit schicken, bevor eigene Arbeitskräfte entlassen werden. Das heißt, dass ganz besonders jene Menschen betroffen sind, die sich ohnehin in prekären Beschäftigungsverhältnissen befanden. Die zweite außerordentlich gefährdete Gruppe sind Personen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe befindet sich ebenfalls in großer Zahl in prekären Beschäftigungsverhältnissen und ist somit eher der Gefahr ausgesetzt, den Arbeitsplatz zu verlieren (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:2f). Dies ist sicher ein Punkt, in dem sich die Ansichten der beiden Rechtsparteien von jener der SPÖ trennen, wenngleich bezüglich der Notwendigkeit von Bedachtnahme auf sozial schwächere Gruppen ein weit reichender Konsens herrscht.

## Folgen der Finanzkrise aus politischer Sicht

Bereits wahrnehmbare Auswirkungen der Finanzkrise sind laut allen Parteien die Sorge vieler BürgerInnen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, beziehungsweise der Ärger vieler Unternehmen, dass die Banken keine oder zu niedrige Kredite vergeben. Davon sind in erster Linie kleine und mittlere Betriebe betroffen, wobei es nicht akzeptabel ist, dass die Masse der BürgerInnen beziehungsweise der Unternehmen unter der Unfähigkeit führender Bank- und FondsmanagerInnen leiden muss (Interview mit Weinzinger, L., 2009:1).

Auch bei der Einschätzung, was den weiteren Verlauf der Krise betrifft, herrscht seltene Einigkeit bei den diversen Parteien. Jede Fraktion vertritt

die Auffassung, dass die Auswirkungen der Finanzkrise noch nicht den Höhepunkt erreicht haben. Es ist zu erwarten, dass die Zahl der Arbeitslosen noch drastischer zunehmen wird.

Dieses erschreckende Szenario wird laut Herrn Leidenmühler eine gefährliche Spirale in Gang setzen: Er befürchtet, dass viele Arbeitslose für die Volkswirtschaft weniger Kaufkraft bedeuten und diese fehlende Kaufkraft wiederum zu mehr Arbeitslosen führt. Hier muss angesetzt werden, sowohl Unternehmen als auch sozial Schwächere müssen seitens der Politik unterstützt werden (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:4).

Momentan sind viele verschiedene Prognosen für den weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise im Umlauf. Sicher ist nur, dass niemand genau weiß, wie stark Österreich betroffen sein wird. Von großer Bedeutung wird sein, dass die PolitikerInnen die Krise ernst nehmen und nachhaltige Maßnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft setzen.

## **Vielfältige Handlungsmöglichkeiten der Politik – mehr Staat in der Krise?**

Was ist nun zu tun, um die Krise zu bekämpfen? Besonders die Politik ist gefragt, Lösungen zu finden, Geld an den „richtigen“ Stellen zu investieren und Armut abzufedern. Die fünf Parteien im Nationalrat haben dazu zum Teil unterschiedliche Ansichten, wo angesetzt werden soll. In einem Punkt sind sich alle InterviewpartnerInnen jedoch über die Parteigrenzen hinweg einig: Die PolitikerInnen bzw. der Staat kann konkret zur Bekämpfung der Krise beitragen und soll diese Verantwortung auch übernehmen.

## **Aufwärtsspirale in Gang setzen**

Insgesamt herrscht Einigkeit darüber, dass der Rezession wohl am effektivsten begegnet werden kann, indem man versucht, wieder eine Aufwärtsspirale in Gang zu setzen. Wo jedoch der erste Ansatz dieser Konjunkturbelebung sein soll beziehungsweise worauf man das Hauptaugenmerk legen soll, wird je nach Partei verschieden beurteilt. Sowohl bei der SPÖ und den Grünen als auch bei der FPÖ und dem BZÖ hat die soziale Absicherung der KonsumentInnen ein höheres Gewicht. Im Gegensatz dazu ist die ÖVP eher darauf bedacht, auf der unternehmerischen Ebene anzusetzen. Dabei wird deutlich, dass sich auch die Diskussion der Abfederung und Bekämpfung der Krise, nicht der üblichen ideologischen Haltungen der Parteien entzieht.

Trotz der Uneinigkeit über das Hauptaugenmerk sehen es auch alle Parteien als wichtig an, keinen der beiden Bereiche völlig außer Acht zu lassen. Schließlich muss man sich auch der Tatsache bewusst sein, dass die beiden Ansatzpunkte in starker Wechselwirkung zueinander stehen. Soziale Absicherung führt zu höherer Kaufkraft, was wiederum die Wirtschaft belebt und im Endeffekt neue Arbeitsplätze schafft, was erneut zu einem Anstieg der Kaufkraft führt. Setzt man bei den Unternehmen an und hilft man ihnen in Notlagen, braucht kein Personal eingespart zu werden, somit können viele Menschen vor dem Jobverlust bewahrt werden und die Kaufkraft bleibt stabil. Der Unterschied liegt wohl in der Mittelbarkeit der Ansätze. Dabei ist ein Ansatz bei den KonsumentInnen wohl jener, der ein (vorübergehendes) Abrutschen in die Armut eher und unmittelbarer verhindern kann.

Wichtig ist es also, an beiden Ecken anzusetzen, das heißt, soziale Maßnahmen und Maßnahmen für die Unternehmen zu treffen, um nicht ein-

seitig zu agieren. Dabei sind sich die befragten PolitikerInnen einig, auch wenn Frau Eisenriegler von den Grünen die Befürchtung einbringt, dass es durch die finanziellen Unterstützungen von Unternehmen zu Sparmaßnahmen auf den „falschen“ Ebenen kommen kann. *„Auf keinen Fall darf es passieren, dass jetzt aufgrund von Investitionen, die der Staat tätigt, im Sozialbereich eingespart wird“* (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:2). Sie betont, dass *„dort angesetzt werden [muss], wo die Ursachen liegen und nicht bei denen, [...] die Opfer dieser Entwicklung sind“* (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:2). Diejenigen, die das Geld verspielt haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

## **Privatisierung der Gewinne, Solidarisierung der Verluste**

Die erste Bemühung, welche wohl vorwiegend zur Belebung der Wirtschaft getätigt wurde, ist jene, die Kreditvergabe an Unternehmen seitens der Banken zu forcieren. Dazu wurde im Herbst 2008 ein Bankenpaket in der Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro beschlossen. Einerseits soll dieses die Einlagen der privaten SparerInnen garantieren und dadurch das Vertrauen der KundInnen in die Banken stärken. Zum anderen übernimmt der Staat Haftungen für Interbank-Kredite, um die gegenseitige Kreditvergabe wieder anzukurbeln und dadurch Zahlungsschwierigkeiten vorzubeugen. Zusätzlich können auch direkte Finanzspritzen an die Banken vergeben werden (vgl. Die Presse, 2009b).

Auch auf Landesebene gibt es Haftungspakete, die es den Unternehmen leichter machen sollen, zu Krediten bzw. zu Geld zu kommen. Herr Stelzer von der ÖVP erwähnt ein Haftungspaket des Landes Oberösterreich für Unternehmen ab 100 MitarbeiterInnen, welche durch erhaltene Kredite wieder Aufträge abwickeln können und somit die Wirtschaft in Schwung

bringen können. Ein Restrisiko soll allerdings auch bei den Haftungsübernahmen bei den Banken bleiben (Interview mit Stelzer, T., 2009:3).

Alle Parteien sind sich einig, dass ein Bankenpaket grundsätzlich notwendig ist. Kritisiert wird aber, dass diese Maßnahme die Kreditvergabe an Unternehmen zu wenig belebt habe. Die Banken würden aus Angst vor Verlusten bei Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen im Durchschnitt hohe Sicherheiten verlangen, welche aber von den Unternehmen nicht immer aufgebracht werden können. Kein Verständnis kommt seitens des BZÖ für Banken, die in den letzten Jahren im Osten hohe Gewinne gemacht haben und nun Staatshilfe beantragen: *„Denn dann geht halt mal eine Bank pleite“* (Interview mit Widmann, R., 2009:6), schließlich bekommen kleine Betriebe, die in Konkurs gehen, ebenso keine Gelder vom Staat. Die Grünen heben stärker als andere Parteien hervor, dass sich die Banken zum Teil selbst in die Gefahr des Konkurses gebracht haben, in dem sie riskante Anlagen getätigt hätten (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:3).

Von mehreren Seiten, allen voran seitens der Grünen, aber auch von SPÖ, FPÖ, dem BZÖ und darüber hinaus von anderen MeinungsträgerInnen abseits der Politik wird speziell kritisiert, dass der Staat zu wenig Bedingungen an die Vergabe von Geld an die Banken geknüpft habe. Der Staat müsse sich die Möglichkeit bewahren, Kontrolle auszuüben und beispielsweise als Teilhaber einzusteigen oder Aktien für die Summe des Zuschusses zu bekommen, so Eisenriegler von den Grünen (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:3). Ökonom Bruno Rossmann bringt ein, dass das österreichische Bankenpaket hinsichtlich des Gestaltungsfreiraumes und der anberaumten Höhe der Zinsen, die die Banken zu zahlen haben, deutlich von anderen europäischen Lösungen abweiche (vgl. Rossmann, B., 2008).

## Konjunkturbelebung von der staatlichen bis zur regionalen Ebene

Einig waren sich die befragten PolitikerInnen in dem Punkt, dass die Politik beziehungsweise der Staat dazu beitragen sollte, (unter anderem) die Wirtschaft wieder zu beleben. Dies bestätigt sich auch durch die Tatsache, dass alle Parlamentsparteien die Konjunkturpakete als wichtiges Programm zur Bekämpfung der Krise sehen. Diverse Baumaßnahmen im Bereich von öffentlichen Gebäuden, Schulen oder auch dem Wohnbau werden vorgezogen mit dem Hintergrund, dass der Bau eine der beschäftigungsintensivsten Branchen sei und so eine große Anzahl an Arbeitsplätzen gesichert werden kann (Interview mit Stelzer, T., 2009:4).

### Darstellung 33: Konjunkturpaket I

Konjunkturpaket I	
Beschlossen	Oktober 2008
Gültigkeit	2009 – 2012
Volumen	1 Milliarde Euro pro Jahr
Schwerpunkte	Bahn/Straße und KMU

Quelle: WKOÖ, 2009

### INFOBOX 17: Konjunkturpaket I

Das Konjunkturpaket I wurde unter dem Schlagwort „Mittelstandsmilliarde“ verkauft (WKOÖ, 2009). Der Schwerpunkt dieses ersten Konjunkturpaketes bestand darin, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mithilfe des Staates durch Kredite, Haftungen und Eigenkapital wieder leichter zu Bankkrediten kommen zu lassen und somit wieder Investitionen für KMU zu ermöglichen. Die Zuständigkeit für die Vergabe von Krediten, Eigenkapital und Haftungen besitzt die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS), die eine Förderungsbank des Bundes für Klein- und Mittelbetriebe darstellt. Durch die gesetzten Maßnahmen soll der drohenden Rezession im Bereich der KMU entschieden entgegengewirkt werden (vgl. Presse, 2008a).

Das BZÖ als Oppositionspartei hält das Konjunkturpaket der Regierung jedoch für wenig ambitioniert und viel zu klein. Als wirtschaftsbelebende Maßnahme nennt der BZÖ-Energiesprecher Rainer Widmann beispielsweise eine Forcierung des Ausbaus von erneuerbarer Energie und schlägt eine massive Erhöhung des Budgets für thermische Sanierung vor, die einerseits für Beschäftigung sorgen würde, andererseits aber auch in der Zukunft Energie einsparen helfe (Interview mit Widmann, R., 2009:7). Auf Landesebene ist eine derartige Maßnahme seit Ende April 2009 bereits in Planung.

Die FPÖ schlägt darüber hinaus eine Reihe an Maßnahmen vor, die Klein- und Mittelunternehmen stärken sollen: Herr Weininger nennt beispielsweise die Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, einen Vorsteuerabzug für betrieblich genutzte PKWs und die Einführung von echten Investitionsbegünstigungen (in Form eines Freibetrags). Zusätzlich würde eine Vereinfachung der Lohnverrechnungssysteme den Betrieben Kosten sparen helfen (Interview mit Weininger, L., 2009:3f).

Ende April wurde auch vom Land Oberösterreich ein von den Rücklagen des Landes gestütztes Konjunkturpaket beschlossen. Alle vier im Land vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, Die Grünen und die FPÖ) konnten sich auf ein Maßnahmenbündel einigen, welches Investitionen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro auslösen soll. Dabei sollen 60% der Investitionen noch im Jahre 2009 arbeitsplatzwirksam werden. Oberösterreich hat somit das größte Konjunkturpaket auf Landesebene geschnürt – dies sei aber auch notwendig, da Oberösterreich, wie bereits erwähnt, als exportstarkes Bundesland besonders betroffen ist. Ein bedeutender Schwerpunkt liegt im Ausbau der thermischen Sanierung und daher vor allem in der Wohnbauförderung. Zusätzlich wird die Heizkesseltauschaktion verlängert und der Bau des Marchlanddamms beschleunigt. Von den Grünen wird die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme betont, während von der FPÖ zusätzlich gefordert wird, dass die Unternehmen rasch zu ihrem Geld kommen sollten (orf.at, 2009).

Auch auf regionaler Ebene existieren bereits Vorschläge bzw. erste Umsetzungen von Konjunkturpaketen, so beispielsweise im Bezirk Freistadt. Auch in Linz wurde von der SPÖ das sogenannte „Linzer Konjunkturpaket“ ins Leben gerufen. Dieses soll insgesamt 260 Millionen Euro ausmachen und beinhaltet Investitionen der Stadt Linz in Infrastruktur oder Wohnungsbau. Besonders Unternehmen, die sich im Eigentum der Stadt Linz befinden, investieren verstärkt. So startet beispielsweise die Linz AG eine Fernwärme-Offensive und die GWG zieht ein für 2015 geplantes Wohnbauprogramm vor (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:5f).

Vom BZÖ kommt Kritik bezüglich eines Einsatzes von Konjunkturpaketen im regionalen Bereich. „Konjunktur“ sei im Zusammenhang mit der Volkswirtschaft zu sehen. Maßnahmen seien daher mindestens auf Landes-, besser noch auf Bundesebene zu setzen. Regionale Projekte könnten laut Widmann kaum zur Belebung der Wirtschaft beitragen (Interview mit Widmann, R., 2009:7). Das muss allerdings hinterfragt werden, schließlich können auch bei regional tätigen Unternehmen Arbeitsplätze gesichert und dadurch der Bevölkerung geholfen werden.

### Darstellung 34 : Konjunkturpaket II

Konjunkturpaket II	
Beschlossen	Februar 2009
Gültigkeit	2009 – 2010
Volumen	2 Milliarde Euro
Schwerpunkte	Investitionsanreize, Infrastruktur, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, thermische Sanierung

Quelle: WKÖ, 2009

#### Maßnahmen Konjunkturpaket I

- Betriebe haben die Möglichkeit, für Projekte zwischen 100.000 Euro und 7,5 Millionen Euro einen Kredit zu 3,75% Zinsen zu bekommen. Für kleinere Unternehmen werden Mikrokredite zwischen 10.000 und 30.000 Euro zu 2,5% Zinsen zur Verfügung gestellt.
- Um die Aussicht auf Bankkredite zu verbessern, wird der Haftungs-

rahmen der AWS um zusätzliche 400 Millionen Euro aufgestockt.

- Für stille Beteiligungen des Staates werden 80 Millionen Euro bereitgestellt und Unternehmen haben die Möglichkeit, zwischen 500.000 und 5 Millionen Euro Eigenkapital für Wachstumsprojekte zu erwerben (vgl. Presse, 2008a).
- Es wurde eine Vorverlegung der geplanten Bauvorhaben der nächsten vier Jahre bei Straße und Bahn mit einem Volumen von jeweils 240 Millionen Euro beschlossen (vgl. Presse, 2008b).

#### INFOBOX 18: Konjunkturpaket II

Zur weiteren Unterstützung der Wirtschaft wurde im Februar 2009 von der österreichischen Bundesregierung ein zweites Konjunkturpaket beschlossen. Das Konjunkturpaket II wurde mit 2 Milliarden Euro veranschlagt und konzentriert sich hauptsächlich auf die Bereiche Investitionen, Infrastruktur, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung sowie thermische Sanierung. Nachfolgend werden die Maßnahmen, welche im Rahmen der Konjunkturpaketes II beschlossen wurden, im Detail dargestellt.

#### Maßnahmen Konjunkturpaket II

- Degressive Abschreibung: Durch die vorzeitige Abschreibung von beweglichen Gütern sollen Investitionsanreize gesetzt werden.
- Infrastrukturinvestitionen: Diese Maßnahme beinhaltet Investitionen wie thermische Sanierung, Vorziehung der Instandhaltungsarbeiten und Generalsanierungen von Schulen, Universitäten und Justizgebäuden.
- Thermische Sanierung: Es werden 50 Millionen Euro Förderungen für die thermische Sanierung von privaten Gebäuden und weitere 50 Millionen Euro Förderungen für die thermische Sanierung bei Unternehmen zur Verfügung gestellt.
- Regionale Beschäftigungsoffensive: Eine jährliche Förderung von Unternehmensprojekten in der Höhe von 40 Millionen Euro soll zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen. Zusätzlich werden die AMS-Mittel zur Ausbildung von Arbeitslosen um 35 Millionen Euro aufgestockt.

- Forschung und Entwicklung: In die wirtschaftsnahe Forschungsförderung werden 33 Millionen Euro und zur Modernisierung von universitären technischen Geräten 17 Millionen Euro investiert.
- Kostenloses und verpflichtendes Kindergartenjahr (vgl. Presse, 2008b)

## Entlastung der Einkommen – Steuerreform 2009

Die im März 2009 beschlossene Steuerreform (siehe Infobox) bringt eine Entlastung der Lohn- und Einkommensteuer. So sollen statt bisher 10.000 Euro nun 11.000 Euro steuerfrei bleiben und auch die übrigen Einkommensteuersätze wurden herabgesetzt (vgl. Bruckner, 2009). Vor allem kommen die Neuerungen dem „Mittelstand“ zu Gute. Menschen mit niedrigem Einkommen und AlleinerzieherInnen profitieren verhältnismäßig wenig von den Entlastungen, deshalb kann man auch die Steuerreform nicht als unmittelbare Maßnahme zur Bekämpfung der drohenden Armut ansehen. Seitens der Politik argumentiert man, dass die untersten Einkommensschichten bereits im Jahre 2008 mit Entlastungsschritten, wie der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der 13. Familienbeihilfe, berücksichtigt wurden. Um niedrige Einkommen effektiv zu entlasten, müsste aber die Negativsteuer ausgeweitet oder eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge durchgeführt werden (vgl. Oswald, 2009:7).

Es stellt sich natürlich die Frage, welche Entlastungswirkungen sich durch die Steuerreform ergeben. Wie oben bereits erwähnt, wurde eine Erhöhung des Tariffreibetrages auf 11.000 Euro durchgeführt. Aufgrund dessen werden rund 160.000 Personen, die ohnehin wenig Einkommen zur Verfügung haben, der Steuerpflicht enthoben. Ab dem Jahr 2009 werden insgesamt etwa 2,7 Millionen ÖsterreicherInnen keine Lohn- und Einkommenssteuer bezahlen. Interessant erweist sich die Tatsache, dass die Entlastung mit steigendem Einkommen kontinuierlich zunimmt. Der Spitzensteuersatz von 50% kommt durch die Steuerreform erst ab 60.000 Euro

zum Tragen. Daher ergibt sich für steuerpflichtige Einkommen von 51.000 Euro bis 60.000 Euro ein starker Entlastungseffekt. Anhand der folgenden Beispiele wird ersichtlich, dass die Steuerreform auch für Familien mit Kindern Entlastungsmaßnahmen vorsieht (Bruckner, 2009):

- So steigt der monatlich ausbezahlte Kinderabsetzbetrag von 610 Euro auf 700 Euro jährlich. Das bedeutet, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern mit 90 Euro gefördert werden.
- Eine neue Förderungsmaßnahme stellt der Kinderfreibetrag von 220 Euro pro Kind und Jahr dar, der von der Steuerbasis abgesetzt wird.
- Für Kinder bis zum 10. Lebensjahr sind Kinderbetreuungskosten mit bis zu 2.300 Euro absetzbar.
- Das Entlastungsvolumen des Familienpakets beträgt laut Regierungsprogramm rund 500 Millionen Euro (Bruckner, 2009).

### INFOBOX 19: Steuerreform 2009

Die Steuerreform 2009 wurde von der neuen SPÖ/ÖVP Koalition beschlossen und tritt rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft. Ziel ist es, für alle SteuerzahlerInnen eine substantielle Entlastung zu erreichen. Durch die Steuerreform soll eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer von rund 2,2 Milliarden Euro erzielt werden und durch folgenden neuen Steuertarif erreicht werden:

- Steuerpflichtige Einkommen sind bis 11.000 Euro pro Jahr (bisher: 10.000 Euro) steuerfrei.
- Einkommen zwischen 11.000 und 25.000 Euro werden mit 36,5% besteuert (bisher: 38,33% ab 10.000 Euro Jahreseinkommen).
- Einkommen zwischen 25.000 und 60.000 Euro werden mit 43,214% besteuert (bisher 43,596% zwischen 25.000 und 51.000 Euro).
- Der Spitzensteuersatz von 50% bleibt zwar unverändert, gilt aber erst ab einem Einkommen von 60.000 Euro (bisher: 51.000 Euro) (Bruckner, 2009).

Ziel der Steuersenkung ist es, in Zeiten wie diesen, die Kaufkraft zu erhöhen, den Konsum zu beleben und damit die Wirtschaft anzukurbeln. Es soll damit ein wesentlicher Impuls für die Konjunkturbelebung gesetzt

werden. Darüber hinaus soll die erstmalige steuerliche Absetzbarkeit von Spenden die Verringerung des Spendenaufkommens verhindern. Aus Sicht des Bundesministeriums für Finanzen kann die Steuerreform als wichtiger Schritt zur Krisenbekämpfung angesehen werden (vgl. Bundesministerium für Finanzen, 2009).

Jedoch wird die hauptsächlich von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP getragene Reform von der Opposition auch der Kritik unterzogen. Die Steuerreform sei mit 2,2 Milliarden Euro viel zu klein angesetzt. Ein Großteil des Geldes ist alleine notwendig, um die kalte Progression der letzten Jahre auszugleichen (siehe Infobox). Herr Weinzinger von der FPÖ fordert die Einführung eines Familiensplittings. Das Einkommen der gesamten Familie könnte zusammengerechnet und auf die einzelnen Familienmitglieder aufgeteilt werden, wodurch die gesamte Steuerlast deutlich sinken würde (Interview mit Weinzinger, L., 2009:3).

#### INFOBOX 20: Kalte Progression

Kalte Progression bezeichnet das Phänomen des realen Einkommensverlustes, welcher durch eine nominelle Einkommenserhöhung (aufgrund von Inflationsanpassungen in den Lohnrunden) entsteht, durch welche sich ein höherer Grenzsteuersatz im progressiven Steuersystem ergibt. Dadurch kann trotz nomineller Einkommenserhöhung ein realer Einkommensverlust resultieren. Dem kann man mittels einer Anpassung des progressiven Steuertarifs entgegen.

Kritisiert wird von den Oppositionsparteien vor allem, dass eine echte Steuerreform für kleine und mittlere Einkommen wesentlich mehr Entlastung bringen müsse. Die Grünen fordern darüber hinaus eine Begrenzung der ManagerInnen-Gehälter im staatsnahen Bereich sowie eine Aufhebung

von Begünstigungen beim 13. und 14. Monatsgehalt für Gehaltsteile über 100.000 Euro (Presse, 2009c). Ganz allgemein wird von den Grünen betont, dass die Unterstützung der Kaufkraft von NiedrigverdienerInnen mehr effektiven Nutzen habe. Einkommensschwache Schichten würden zusätzliches Geld sofort wieder ausgeben, was die Wirtschaft schneller ankurbeln würde. Bei Personen mit mittleren bis hohen Einkommen bringt die Steuerreform kaum eine Erhöhung der Kaufkraft.

### Unterstützung von sozial Schwachen – Einführung einer Mindestsicherung?

Obwohl sich anfangs alle PolitikerInnen in den Interviews einig waren, dass Sozialmaßnahmen unerlässlich seien, um ein Steigen der Armut zu verhindern, kamen hier im Vergleich zu den bereits sehr detailliert ausgearbeiteten Maßnahmen im Bereich der Konjunktur- und Bankenpakete, also jenen Maßnahmen, welche vorwiegend auf der unternehmerischen Seite ansetzten, deutlich weniger konkrete Vorschläge. Auch die Steuerreform hat, wie eben erläutert, keine wirkliche Entlastung für sozial Schwache erreicht.

#### Darstellung 35: Sozialhilferichtsätze betragen in Oberösterreich seit 1. Jänner 2009 für:

Alleinstehende	569,50 Euro
Hauptunterstützte	514,17 Euro
Mitunterstützte ohne Familienbeihilfenanspruch	333,90 Euro
Mitunterstützte mit Familienbeihilfenanspruch	160,40 Euro
Alleinunterstützte in Haushalts-/Wohngemeinschaften	424,30 Euro

Quelle: Land Oberösterreich, 2009

Einige Sozialmaßnahmen, die besonders Menschen an der Armutsgrenze zu Gute kommen sollen, werden von Herr Widmann vom BZÖ angedacht: Er schlägt beispielsweise eine Wiedereinführung der Geburtenbeihilfe vor, würde ein sofort auszuzahlendes Tankgeld der Pendlerbeihilfe vorziehen und erinnert an das Müttergeld oder Teuerungsausgleiche, wie es sie in Kärnten bereits gibt. Er streicht hervor, dass das Maßnahmen gewesen sind, „die den Leuten sofort geholfen haben“ (2009:4). Zeigt sich die Wirkung einer Steuerreform erst im nächsten Jahr, ist dies für viele Menschen womöglich zu spät, um ein Abrutschen in die Armut zu verhindern (Interview mit Widmann, R., 2009:4).

#### INFOBOX 21: Sozialhilfe

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung stellt eine Reform zum bisher praktizierten System der Sozialhilfe dar. Die Sozialhilfe erweist sich als das unterste soziale Netz in Österreich und gebührt denjenigen, die von den anderen Leistungen nicht aufgefangen werden. Die Sozialhilfe soll hilfsbedürftigen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens ermöglichen, wenn diese nicht in der Lage sind, ihre Existenz durch Arbeit, Einkommen oder Vermögen zu sichern (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2009). Der Bezug der Sozialhilfe ist an bestimmte Voraussetzungen wie ein tatsächlicher sowie rechtmäßiger Aufenthalt in Oberösterreich, das Vorliegen einer Notlage und das Erfüllen der Bemühungspflicht gebunden. Da die Sozialhilfe im Geltungsbereich der Bundesländer liegt, ist sie in Österreich nicht einheitlich geregelt. Die Höhe der Sozialhilfe wird aufgrund von Richtsätzen bemessen, welche durch Verordnungen der Landesregierung festgelegt wurden (Land Oberösterreich, 2009).

Ein vieldiskutierter Punkt ist auch das Thema Mindestsicherung (siehe Infobox). SPÖ, ÖVP und die Grünen sprechen sich für eine bedarfsorientierte Mindestsicherung aus, die FPÖ setzt sich für die Einführung eines Mindestlohns ein, das BZÖ will allerdings in Kärnten das bestehende Modell der So-

zialhilfe beibehalten (vgl. Gaul, B., 2009). Kritik kommt von Seiten der SPÖ, die dem BZÖ vorwirft, dadurch nur eine Ausschließung von AusländerInnen vom Bezug der Mindestsicherung erreichen zu wollen (ÖÖN, 2009a).

#### INFOBOX 22: Konzept der bedarfsorientierten Mindestsicherung

Die Mindestsicherung soll die landesweit unterschiedlich geregelte Sozialhilfe ersetzen. Die Unterstützung soll dadurch bundesweit einheitlich in der Höhe der Ausgleichszulage für PensionistInnen, nämlich 772 Euro im Monat (14 Mal im Jahr), betragen und wäre somit deutlich höher als die Sozialhilfe. Das Arbeitsmarktservice will die Unterstützungsleistung ausbezahlt, während es gleichzeitig versucht, die EmpfängerInnen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (O.V. 2009b:3). Eigentlich war geplant, dass die unter dem ehemaligen Sozialminister Erwin Buchinger (SPÖ) entwickelte Mindestsicherung bereits Anfang 2009 in Kraft treten sollte, die Umsetzung wurde aufgrund eines Vetos Kärntens verhindert. Der derzeitige Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) musste zugestehen, dass die Einführung der Mindestsicherung erneut einer zeitlichen Verzögerung unterworfen sei, auch der zuletzt festgelegte Termin der Einführung, der 1. Jänner 2010, kann nicht eingehalten werden, da sich Kärnten mit Landeshauptmann Dörfler vom BZÖ bei der Landeshauptleutekonferenz im Mai 2009 erneut dagegen ausgesprochen hat (ÖÖN, 2009a).

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise würden sozial schwache Menschen finanzielle Hilfe des Staates benötigen und auf die Mindestsicherung angewiesen sein, um ihre Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen zu können (Standard, 2009c:6). Der Regierung wird im Hinblick auf die neuerlichen Verzögerungen vorgeworfen, dass sie den Banken milliardenschwere Rettungspakete rapide zur Verfügung stellt, während die Bekämpfung von Armut auf der Strecke bleibt (Kirchenzeitung, 2009:12). Vorteile würden sich bei der Einführung einer Mindestsicherung nicht nur durch eine einheitliche Regelung in allen Bundesländern und einer Anhe-

bung der Leistungen ergeben. Die Angst vor Stigmatisierung ist besonders in kleinen Gemeinden groß, weshalb die Sozialhilfe häufig trotz gültigen Anspruchs nicht beantragt wird. Auch dieser Tatsache würde man mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung entgegenen. Es ist die Errichtung einer zusätzlichen Anlaufstelle beim AMS geplant, welche höhere Anonymität gewährt und die „Non-take-up-Rate“ (das Nicht-In-Anspruch-Nehmen) senken soll. Auch die E-Card, die bisher für SozialhilfeempfängerInnen durch stigmatisierende Sozialhilfekrankenscheine ersetzt wurde, soll in Zukunft für alle Personen ausgestellt werden und somit allen BürgerInnen Zugang zu medizinischer Versorgung garantieren (BMASK, 2009).

### **Sozialmaßnahme auf Landesebene: Gratis-Kindergarten**

Eine der in Oberösterreich bereits umgesetzten Maßnahmen betrifft die Kinderbetreuung. Beschlossen ist, dass der Kindergartenbesuch gratis sein wird, was „eine wichtige Entlastungsmaßnahme“ für Familien bedeutet (Interview mit Stelzer, T., 2009:4). Das BZÖ hat den Gratis-Kindergarten in Kärnten vor drei Jahren eingeführt und hält das Nachziehen auch von Oberösterreich demnach für eine seit langem schon notwendige Maßnahme. Neben der Entlastung des Haushaltbudgets dürfe man auch die damit einhergehende Chancengleichheit und den Bildungsaspekt nicht vergessen, so Rainer Widmann (2009:3). In Linz gibt es zusätzlich seit 1. März 2009, auf eine Initiative der SPÖ hin, für alle Kindergartenkinder das Gratis-Mittagessen. 550 Euro pro Kind und Jahr sparen sich die Eltern durch diese Maßnahme, was wiederum zu mehr Geld in der Tasche und einer Steigerung der Kaufkraft führen soll (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:6).

Anzumerken ist, dass nicht überprüft werden kann, welche der von der Politik angegebenen Maßnahmen wirklich aufgrund der Krise ins Leben gerufen worden sind. Fest steht, dass konkrete Maßnahmen gegen eine drohende Steigerung der Armutgefährdung hinter jenen, welche auf der unternehmerischen Seite ansetzen, nachhinken.

### **Finanzierung der Maßnahmen**

Egal ob nun seitens der Politik Maßnahmen zur Förderung der Unternehmen, zur Unterstützung der Banken oder zur sozialen Absicherung verabschiedet werden, sämtliche Maßnahmen sind mit finanziellem Aufwand verbunden. Die Frage, woher das Geld kommen soll, wird wiederum sehr unterschiedlich beantwortet.

Neben einigen Vorschlägen, wie der Verwaltungsreform, dem Einfrieren von PolitikerInnengehältern oder Einsparungsmöglichkeiten im Bereich der Kulturausgaben, sticht vor allem die Diskussion um die Vermögensbesteuerung hervor. Leidenmühler von der SPÖ macht hierzu deutlich, dass es immer „eine Frage der *Prioritätensetzung*“ (2009:7) ist. In einem der reichsten Staaten der Welt sollte sich seiner Meinung nach die Frage der Finanzierbarkeit nicht stellen (Interview mit Leidenmühler, F., 2009:8).

### **Vermögenssteuer: Wo endet die Solidarität?**

Angesichts der nach der Krise notwendigen Sanierung des Staatshaushaltes wird die Diskussion über zusätzliche Einnahmequellen immer lauter, eine Möglichkeit wird vor allem von Teilen der SPÖ und den Grünen in der Einführung einer Vermögenssteuer (siehe Infobox) gesehen. Die

SPÖ brachte im April 2009 die Diskussion über eine Einführung wieder in Gange. In der Tagespolitik wird seitdem das Thema heftig diskutiert. Die SPÖ hat innerhalb der Partei beschlossen, bis 2010 an Vorschlägen zur Verteilungsgerechtigkeit zu arbeiten. Vermögensbesteuerung könnte dabei ein Bestandteil sein, momentan will man sich allerdings noch nicht festlegen (Presse, 2009d).

Ideen für Vermögensbesteuerung gibt es einige; von den Grünen wurde beispielsweise angedacht, die abgeschaffte Erbschafts- und Schenkungssteuer wieder einzuführen, wobei es auch hier Ansätze gibt, bei denen nur große Erbschaften (über 200.000 Euro) belastet werden sollen (Interview mit Eisenriegler, D., 2009:5). Weitere Möglichkeiten wären eine höhere Besteuerung von Privatstiftungen, die Verlängerung der Spekulationsfristen, höhere Grundsteuern oder die Besteuerung von Finanztransaktionen. Auch die Idee der Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögenssteuer besteht. So wurde beispielsweise von der SPÖ schon unter Bundeskanzler Gusenbauer eine Vermögenssteuer von 0,5% angedacht, wobei Freibeträge von circa 300.000 bis 500.000 Euro gefordert wurden. WirtschaftsforscherInnen sehen in einer solchen Steuer Einnahmepotenzial von 3,8 Milliarden Euro (vgl. Mascher, D., 2009:3). Ein weiteres Flat-Tax-Modell wird beispielsweise auch von Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister vorgeschlagen. Das gesamte Vermögen soll ab einem Freibetrag von 100.000 Euro plus 25.000 Euro pro Kind mit 0,5% besteuert werden. Weitere ähnliche Modelle wurden zum Beispiel auch von der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), der Arbeiterkammer, dem Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und den Grünen vorgeschlagen (vgl. Standard, 2009a).

Eines der Hauptargumente für die Vermögenssteuer resultiert aus einem Vergleich mit anderen europäischen Staaten. Während der OECD-Schnitt

von vermögensbezogenen Steuern in Prozent des BIP im Jahr 2006 bei 2% lag, lag die Rate in Österreich bei 0,6%. Mit diesem Wert befand man sich schon 2006 deutlich an der Untergrenze, wobei hier allerdings der Entfall der Erbschaftssteuer seit 2008 noch nicht einberechnet war (vgl. OÖN, 2009b:2). Darüber hinaus wird es von BefürworterInnen als ein gerechtes System angesehen, um Sozialleistungen finanzieren zu können.

Innerhalb der ÖVP gibt es zwar kontroverielle Meinungen, generell herrscht aber eine ablehnende Haltung gegenüber der Vermögenssteuer. Herr Stelzer befürchtet, dass dadurch das Vermögen sofort aus Österreich abgezogen und in andere Länder, in denen es geringer oder nicht besteuert ist, gebracht werden würde. In Folge würde das Kapital bei den heimischen Banken erst recht wieder fehlen und dadurch kaum ein schnelleres Ende der Finanzkrise hervorgerufen werden (Interview mit Stelzer, T., 2009:6). Genau in diesem Punkt – Auslagerung von Vermögen – gibt es allerdings (zum Beispiel seitens der G20) Bestrebungen, zusammenzuarbeiten und solche Steueroasen generell auszutrocknen.

Ein von GegnerInnen der Vermögenssteuer eingebrachtes Argument ist, dass in Österreich bereits genug „umverteilt“ wurde – mit 28% des Bruttoinlandsprodukts hat die Republik bereits eine der höchsten Sozialquoten (Sozialquote meint den Anteil des Bruttoinlandsproduktes, der für soziale Leistungen verwendet wird). Auch die Zahl der 2,7 Millionen KleinverdienerInnen, die seit der Steuerreform keine Einkommensteuern bezahlen müssen, geistert in den Medien herum und wird als ausreichend, von KritikerInnen sogar als zu hoch betrachtet (Kleine Zeitung, 2009).

Auf der anderen Seite besitzt laut Nationalbank-Umfragen das reichste Drittel der ÖsterreicherInnen mehr als die Hälfte des privaten Geldvermögens von mehr als 280 Milliarden Euro. Dies ist eine sehr große Anzahl an

„Reichen“, die bei der Einführung einer Vermögensbesteuerung verstärkt zur Kasse gebeten werden würden – es käme folglich zu einer Umverteilung (Kleine Zeitung, 2009).

Zu der angestrebten höheren Verteilungsgerechtigkeit ist allerdings auch anzumerken, dass generell kein einheitliches Verständnis von „gerechter Verteilung“ existiert. In Österreich wird in einigen Bereichen ein liberales Gerechtigkeitsprinzip praktiziert – hohe Beiträge in Pensions- oder Arbeitslosenversicherung führen zu hohen Sozialleistungen. Andere Bereiche wie etwa die Krankenversicherungen sind nach einem solidarischen Gerechtigkeitsprinzip organisiert, das heißt Leistungen können, mit Ausnahme des Krankengeldes, unabhängig vom eingezahlten Betrag in Anspruch genommen werden. Wird unter höherer Verteilungsgerechtigkeit eine Verringerung der Einkommensschere verstanden, gibt es im Rahmen der Steuerpolitik Möglichkeiten zur Umverteilung – Vermögensbesteuerung wäre eine davon (Heitzmann, K., 2004).

„Gerecht ist [...] auch nicht, dass ein Häuslbauer für jeden Ziegelstein Steuer bezahlen muss, während der „Häuslerbe“ dieselbe Wohnqualität nunmehr komplett steuerfrei bekommt“ (Schwaiger, R., 2009). Auch im Hinblick auf die abgeschaffte Erbschaftssteuer gibt es also Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit.

Schlussendlich muss festgehalten werden, dass die Verteilungsungleichheit auch mitunter als Grund für das Entstehen der Krise gesehen wird, was per se für die Einführung von Vermögensbesteuerungen spricht.

## Zusammenfassende Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte

Aus der Analyse der ExpertInnen-Interviews und weiteren Aussagen diverser PolitikerInnen bezüglich der Finanzkrise geht hervor, dass nicht in allen Punkten über die Parteigrenzen hinweg Einigkeit herrscht. Zwar sind alle der Meinung, dass vor allem die Politik gefragt sei, Handlungsmaßnahmen einzuleiten, wie diese genau auszusehen haben, darüber gibt es allerdings keine einheitliche Meinung.

Alle Parteien betonen die Notwendigkeit der Belebung der Wirtschaft durch Konjunkturpakete, die die Aufwärtsspirale in Gang setzen sollen. Das bedeutet, dass in der Krise der Staat eine wichtige Rolle als Regulierer der Wirtschaft einnimmt und die Märkte nicht sich selbst überlässt. Wie weit das Eingreifen des Staates gehen soll, ist ein anderer Diskussionspunkt, in dem sich die beiden Koalitionspartner SPÖ und ÖVP nicht einig sind: Während in der ÖVP betont wird, dass erst durch ein notwendiges Maß an Selbstregulierung ein Wettbewerb entsteht, der Wachstum und Entwicklung möglich macht, geht die Linie der SPÖ in die andere Richtung: Man habe nun gesehen, dass ewiges Wachstum nicht möglich sei, es sei an der Zeit, klare Regeln für den Marktwettbewerb aufzustellen, die diesen fördern würden. Wichtig seien auch umfassende Sozialmaßnahmen. In ebendiesem Punkt gibt es unter den Parteien wiederum sehr unterschiedliche Vorstellungen, was die Wirkung der bisherigen Maßnahmen (Steuerreform) oder die Einführung weiterer Maßnahmen wie der Mindestsicherung (welche vom BZÖ nicht unterstützt wird) oder einer Vermögensbesteuerung (welche aktuell im Gespräch ist) betrifft.

Die Finanzkrise zog schwerwiegende negative Folgen nach sich, jedoch sehen alle befragten PolitikerInnen auch Chancen, die sich daraus ergeben könnten. Es besteht die Aussicht, dass Maßnahmen gesetzt werden, die positive Folgen auf die österreichische, aber auch auf die oberösterreichische Wirtschaftslage haben. Als ein Beispiel kann die Forderung nach einem Standort für eine medizinische Universität in Oberösterreich gesehen werden, die dem Bundesland in Zukunft ein größeres Know-How zur Verfügung stellen wird. Erhöhte Investition in die Bereiche Bildung und Forschung sowie Baumaßnahmen, die auf die verstärkte Nutzung von erneuerbarer Energie ausgerichtet sind wären Schritte, die gerade jetzt verwirklicht werden könnten. Hervorzuheben ist die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen, was von hoher Bedeutsamkeit ist: Die Wirtschaft sollte nicht nur kurzfristig angekurbelt werden, sondern es sollte auch darauf Acht gelegt werden, einer derartigen Krise in Zukunft vorbeugen zu können.

## Literatur

Arbeiterkammer Oberösterreich (Hrsg.) (2009): Sozialhilfe, abrufbar unter: <http://www.arbeiterkammer.com/online/sozialhilfe15990.html?mode=711&STARTJAHR=2008#E112263>, Zugriffsdatum: 23.03.2009.

Armutskonferenz (2009): Armutsbetroffene zur Finanzkrise: Nicht auf unserem Rücken, abrufbar unter: [http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz\\_news\\_armutsbetroffene-zur-finanzkrise.html](http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz_news_armutsbetroffene-zur-finanzkrise.html), Zugriffsdatum: 10.04.2009.

BMSK (2009): Mindestsicherung, abrufbar unter: <http://www.bmsk.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0052&doc=CMS218620091441>, Zugriffsdatum 05.05.2009.

Bruckner, Karl (2009): Die vielen Wege zur Entlastung über die Steuerreform 2009, in: Wirtschaftsblatt vom 07.01.2009, abrufbar unter: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/service/steuertipps/356705/index.do>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Bundesministerium für Finanzen-Presseinformation (2009): Finanzminister Pröll: „Spürbare Entlastungen für Steuerzahler, Familien und die Wirtschaft“, abrufbar unter: <https://www.bmf.gv.at/Presse/Mrz/9451.htm>, Zugriffsdatum: 18.03.2009.

BZÖ (2009a): BZÖ-Widmann: Keine neuen Steuern!, abrufbar unter: <http://select.cms.apa.at/cms/bzoe/einzel.html?channel=CH0038&doc=CMS1241595854476>, Zugriffsdatum: 06.05.2009.

BZÖ (2009b): LG Ragger: Kärnten hat Mindestsicherung und behindert niemanden, abrufbar unter: <http://select.cms.apa.at/cms/bzoe/einzel.html?channel=CH0038&doc=CMS1239284178265>, Zugriffsdatum: 06.05.2009.

derStandard (2009a): Wen die Vermögenssteuer treffen würde, in: Der Standard vom 17.4.2009, abrufbar unter: [http://derstandard.at/?url=/?id=1237230238078%26sap=2%26\\_pid=12697496](http://derstandard.at/?url=/?id=1237230238078%26sap=2%26_pid=12697496), Zugriffsdatum: 05.05.2009.

derStandard (2009b): Mindestsicherung, Notstandshilfe, Arbeitslosengeld, abrufbar unter: <http://derstandard.at/>, Zugriffsdatum: 08.04.2009.

derStandard (2009c): Österreich Schlusslicht bei Vermögensbesteuerung, in: Der Standard vom 22.03.2009, abrufbar unter: [http://derstandard.at/?url=/?id=1237228062678%26sap=2%26\\_seite=3](http://derstandard.at/?url=/?id=1237228062678%26sap=2%26_seite=3), Zugriffsdatum: 28.04.2009.

derStandard (2009d): „Mindestsicherung wird erneut verschoben“, in: Der Standard, 11.03.2009, Seite 6.

Die Presse (2008a): Konjunktur: Staatskredite für kleine Unternehmen, in: Die Presse vom 10.12.2008, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/436706/index.do?from=suche.intenportal>, Zugriffsdatum: 14.04.2009.

Die Presse (2008b): Das zweite Konjunkturpaket im Detail, in: Die Presse vom 23.12.2008, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/439909/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum: 14.04.2009.

Die Presse (2008c): Grüne für Erbschaftssteuer, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/410370/index.do?from=simarchiv>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Die Presse (2008d): Steuer: Kleinverdiener werden stärker belastet, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/354079/index.do>, Zugriffsdatum: 27.04.2009.

Die Presse (2009a): Voestalpine: Ab 1. Mai 5900 Mitarbeiter in Kurzarbeit, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/470304/index.do>, Zugriffsdatum 10.05.2009.

Die Presse (2009b): Nationalrat beschließt Bankenpaket, in: Die Presse vom 20.10.2008, abrufbar unter: [http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/423793/index.do?direct=423964&\\_vl\\_backlink=/home/index.do&selChannel=504](http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/423793/index.do?direct=423964&_vl_backlink=/home/index.do&selChannel=504), Zugriffsdatum 10.04.2009.

Die Presse (2009c): Steuerreform: Grüne bekräftigten ihre Kritik, in: Die Presse vom 11.02.2009, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/451573/index.do?from=simarchiv>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Die Presse (2009d): Vermögenssteuern: SPÖ will 2010 Konzept vorlegen, abrufbar unter: [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/473150/index.do?\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/468894/index.do&direct=468894](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/473150/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/468894/index.do&direct=468894), Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Die Presse (2009e): Vermögenssteuern: Wifo fordert Anhebung, in: Die Presse vom 15.04.2009, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/470232/index.do?from=suche.intern.portal>, Zugriffsdatum 28.04.2009.

Die Presse (2009): „Einheitliche Sozialhilfe verzögert sich“, in: Die Presse, vom 11.03.2009, Nr. 18330, Seite 3.

E-Mail Interview mit Abg.z.NR Lutz Weinzinger am 18. März 2009, Seite 1-4, Linz.

FPÖ – (2008a): Weinzinger zu Banken-Hilfspaket: FPÖ für Rechnungshofkontrolle, abrufbar unter: [http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=1741&tt\\_news=23099](http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=1741&tt_news=23099), Zugriffsdatum: 06.05.2009.

FPÖ (2009a): Weinzinger zum OÖ. Konjunkturpaket: Kleine und mittlere Unternehmen brauchen sichere Investitionskredite, abrufbar unter: [http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt\\_news=35811](http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt_news=35811), Zugriffsdatum: 06.05.2009.

FPÖ (2009b): Weinzinger zur Vermögenssteuer: „Wenn sie nicht mehr weiter weiß, gründet die SPÖ einen Arbeitskreis, abrufbar unter: [http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt\\_news=35985](http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt_news=35985), Zugriffsdatum: 06.05.2009.

FPÖ (2009c): Kickl: Mindestsicherung bleibt falsches Signal, abrufbar unter: [http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=1741&tt\\_news=27135](http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=1741&tt_news=27135), Zugriffsdatum: 06.05.2009.

Gaul, Bernhard (2009): Mindestsicherung: BZÖ legt sich quer, in: Kurier vom 27.01.2009, abrufbar unter: <http://www.kurier.at/nachrichten/290190.php>, Zugriffsdatum: 13.04.2009.

Gusenbauer, A. (2008): Markt braucht klare Regeln, In: Der Standard, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=/?id=1224776321808>, Zugriffsdatum: 11.05.2009.

Heitzmann, Karin (2004): Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilungsoptionen in Österreich, abrufbar unter: [http://www.dioezese-linz.at/redaktion/data/sozialreferat/2004-07-12\\_Download\\_Verteiligungsgerechtigkeit\\_Heitzmann.doc](http://www.dioezese-linz.at/redaktion/data/sozialreferat/2004-07-12_Download_Verteiligungsgerechtigkeit_Heitzmann.doc), Zugriffsdatum: 05.05.2009.

Interview mit Abg.z.NR Mag. Rainer Widmann am 19. März 2009, Seite 1-9, Linz.

Interview mit GR Dr. Franz Leidenmühler am 30. März 2009, Seite 1-6, Linz.

Interview mit LAbg Doris Eisenriegler am 31. März 2009, Seite 1-4, Linz.

Interview mit KO LAbg. Mag. Thomas Stelzer am 3. April 2009, Seite 1-6, Linz.

Kirchen-Zeitung (2009): Mindestsicherung, in: Kirchen Zeitung-Diözese Linz, Nr.12/2009, Seite 12.

Kleine Zeitung (2009): Vermögenssteuer, abrufbar unter: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1913114/index.do>, Zugriffsdatum: 30.04.2009.

Land Oberösterreich (Hrsg.) (2009): Maßnahmen/Angebote im Rahmen der laufenden Geldleistungen aus der Sozialhilfe, abrufbar unter: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-F24BC96790531951/ooe/hs.xsl/23004\\_DEU\\_HTML.htm](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-F24BC96790531951/ooe/hs.xsl/23004_DEU_HTML.htm), Zugriffsdatum: 22.03.2009.

Mascher, Dietmar (2009): Zehn Fragen und Antworten zur Vermögenssteuer. in: OÖN, vom 11.05.2009.

Molterer, W. (2008): Freie Märkte und ihre Grenzen, In: Der Standard, abrufbar unter: <http://derstandard.at/?url=/?id=1224776589108>, Zugriffsdatum: 10.05.2009.

OÖN (2009a): Kärnten blockierte erneut die geplante Mindestsicherung, abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/art385,170868>, Zugriffsdatum: 06.05.2009.

OÖN (2009b): Steuern auf Kapital und Vermögen, in: OÖN, vom 09.04.2009, Seite 2.

Orf.at (2009): Land Oberösterreich zapft seine Rücklagen an, abrufbar unter: <http://ooe.orf.at/stories/358473/>, Zugriffsdatum: 29.04.2009.

Oswald, Günther (2009): Kein Bonus für Alleinerzieher, in: Der Standard, vom 16.03.2009, Seite 7.

Rossmann, Bruno (2008): Bankenpaket: Teure Übervorsorge?, in: Der Standard, abrufbar unter: [http://derstandard.at/?url=/?id=1227288115485%26sap=2%26\\_seite=2](http://derstandard.at/?url=/?id=1227288115485%26sap=2%26_seite=2), Zugriffsdatum: 09.05.2009.

Schwaiger, Rosemarie (2009): Schröpft Omas und Häuslbauer: Experten empfehlen Vermögensteuern, die alle treffen, In: Profil, abrufbar unter: <http://www.profil.at/articles/0918/560/240993/schroepft-omas-haeuslbauer-experten-vermoegensteuern>, Zugriffsdatum: 10.05.2009.

Stadtmagazin - In Linz beginnts! (2009): Hilfe für Linzer Arbeitsplätze: Linz zündet Konjunkturprogramm, in: Stadtmagazin - In Linz beginnts!, Nr. 1/09, Seite 2-3.

Statistik Austria (2009): Arbeitslose (international und nationale Definition), arbeitssuchende Nicht-Erwerbstätige, abrufbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose\\_arbeitssuchende/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/index.html), Zugriffsdatum: 27.04.2009.

Schulmeister, Stephan (2009): Großes Geld, große Krise, in: Der Standard vom 24. April 2009, abrufbar unter: [http://derstandard.at/?url=/?id=1240549766062%26sap=2%26\\_pid=12751525](http://derstandard.at/?url=/?id=1240549766062%26sap=2%26_pid=12751525), Zugriffsdatum: 05.05.2009.

Wirtschaftskammer Oberösterreich (2009): Maßnahmen und Inhalte der Konjunkturpaket I und II, abrufbar unter: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?AnglID=1&StlID=460406&DstID=3901](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=460406&DstID=3901), Zugriffsdatum: 10.04.2009.

*„Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein:  
Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“*

Karl Raimund Popper



## Finanzkrise und Armutsgefährdung - eine Zusammenschau

*„Ideen, Kunst, Wissen, Gastfreundschaft und Reisen sollten international sein. Dagegen sollten Waren lokal erzeugt werden, wo immer dies vernünftig möglich ist; vor allem aber die Finanzen sollten weitgehend im nationalen Kontext verbleiben“* (John Maynard Keynes, 1933 nach Felber, C., Vortrag, 04.02.2009).

### Die Verlockung des Geldes

Nach Aufkommen des Neoliberalismus Anfang der 1970-er Jahre schränkte eine breite Politik der Deregulierung den Staat in seinen Handlungsspielräumen, insbesondere auch hinsichtlich Sozialagenden, ein und auch der Kampf der Gewerkschaften für Vollbeschäftigung wurde erschwert. Es entstand ein Wirtschaftssystem, in dem nur mehr die kurzfristige Gewinnerzielung und Profitmaximierung zählten, um die InvestorInnen mit Dividenden zufrieden stellen zu können. Dabei verlagerte sich im Lauf der Zeit das Profitstreben immer mehr von der Realwirtschaft in Richtung Finanzwirtschaft. Der klassische Neoliberalismus hat zugelassen, dass Staatsseigentum privatisiert und die Gewinne fast ausschließlich an Private ausgeschüttet wurden. Dadurch wurde dem Geld bzw. der Finanzspekulation sehr viel Macht verliehen, Gewinne und Renditen in Buchgeld stellen den Machtfaktor Nummer eins dar. Das dahinter liegende Prinzip ist dabei die Gier, modern ausgedrückt in den Bezeichnungen Profitstreben und Gewinnabsicht (vgl. Rothschild, K., Vortrag Lunch Lectures, 3.6.2009).

Wie sich in den voran gegangenen Kapiteln zeigt, liegt der Ursprung der jetzigen Krise in der Immobilienpolitik der USA, ausgelöst durch niedrige Zinsen, Marktversagen, Fehlverhalten von Banken und Staaten, sowie der Gier von InvestorInnen. Während der Finanzmarkt mit immer mehr Aufgaben ausgestattet wurde, brachten sich die Banken durch riskantere Anlagepraktiken zum Teil selbst in die Gefahr, in Konkurs gehen zu müssen. Die Suche nach gewinnbringenden Veranlagungsmöglichkeiten verschaffte den Finanzinstituten höhere Gewinne, als durch Investitionsobjekte eingebracht werden konnte. Beispielsweise wurden unsolide Kredite an ärmere Bevölkerungsschichten vergeben, die sich damit Häuser kauften, die sie sich gar nicht leisten konnten. Der Finanzsektor verselbstständigte sich, verlor seine die Realwirtschaft unterstützende Funktion, und der Slogan „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“ klang lange Zeit allzu verlockend, einfach und risikoarm. Die Entwicklung der Krise erfolgte aber nicht nur durch das Versagen des Finanzsektors, sondern ist auch Ergebnis der zunehmenden Verteilungsschieflage der vergangenen Jahre. Somit ist Armut und Ungleichverteilung nicht nur als Resultat der Krise, sondern auch als Mitursache selbiger anzusehen. Eine derartige Schieflage kann nicht nur im Machtgefüge zwischen Individuen oder Institutionen, sondern auch zwischen dem Finanzkapital und dem Arbeitseinkommen diagnostiziert werden: Glötzl, ehem. Vorstandsdirektor der Linz AG, schreibt die Verantwortung mitunter dem exponentiellen Wachstum des Kapitals zu. Bei dem vorherrschenden linearen Wachstum des BIP, so Glötzl, sei das exponentielle Wachstum des Kapitals nur durch fortwährende Einschneidungen im Arbeitseinkommen möglich. Weiters führt er aus, dass die Zinsen des Kapitals global gesehen durch Arbeitseinkommen lukriert werden. Sin-

ken diese, können die Zinsen nicht mehr bezahlt werden und die Kredite geraten ins Wackeln. (Glötzl, E., Vortrag Lunch Lectures, 11.03.2009).

## Wen trifft die Krise und wie äußert sie sich?

Zwar wurde anfangs der Eindruck erweckt, als handle es sich um eine von Eliten verursachte Krise, welche vorrangig die Reichen trifft, doch ließen sich diese Annahmen bereits früh widerlegen. Es zeigte sich, dass die Effekte für breite Bevölkerungsschichten spürbar sind, denn die Finanzmarktkrise entwickelte sich rasch zu einer veritablen Wirtschaftskrise. Durch den raschen Einfluss auf die Realwirtschaft macht die Krise nicht Halt vor irgendeiner sozialen Schicht. Während die Angst der einen dazu führt, dass sie mit ihrem Finanzvermögen vermehrt Goldkäufe tätigen, müssen sich andere mit existenziellen Ängsten und Sorgen abkämpfen. Für mittlere Schichten sind etwa bei den viel gepriesenen privaten Zukunftsvorsorgen Auswirkungen spürbar: Viele haben ihre Ersparnisse in Investmentfonds und Aktien zur privaten Pensionsvorsorge angelegt. Zahlreiche unter ihnen müssen sich nun mit hohen Einbußen abfinden, andere wiederum haben ihr gesamtes Ersparnis verloren.

Existenziell betrifft die Krise vorwiegend jene, die sich von vornherein in einer schlechteren Ausgangssituation befanden. Arme haben zwar in nominellen Beträgen ‚weniger‘ zu verlieren, dafür ist dieses ‚Wenige‘ oft schon alles. Selbst moderate Abstriche im Einkommen können hier bereits existentielle Schwierigkeiten hervorrufen. Meist bestehen auch keine Möglichkeiten, sich für schwierige Zeiten ausreichend abzusichern, ein Polster zur Absicherung ist demnach nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass benachteiligte Gruppen bzw. „Arme“ auch wenig Gehör in der Gesell-

schaft finden und kaum Interessen durchsetzen können, denn sie haben keine einflussreiche Lobby im Hintergrund. Deutlich wird dies auch anhand der Statistiken der Hilfsorganisationen und Beratungsstellen. Immer mehr Menschen nehmen Angebote dieser Organisationen in Anspruch. Nachdem der Staat den Hilfsorganisationen immer weniger Geld zur Verfügung stellt, erwarten diese in naher Zukunft Probleme bei der Finanzierung ihrer Leistungen. Ein erhöhter Zulauf zu den Angeboten wird eine Erhöhung der staatlichen Zuwendungen notwendig machen und kann vielleicht auch als Chance gesehen werden, die Einfluss-Spielräume von derartigen Organisationen auszuweiten.

Trotz der Breitenwirkung der Krise auf die gesamte Gesellschaft und alle Schichten, gibt es doch Gruppen, welche die Krise nun mit voller Härte zu spüren bekommen. Dies sind vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende und psychisch belastete Menschen, da diese ein höheres Risiko aufweisen, auch unter „normalen“ wirtschaftlichen Bedingungen über wenig Einkommen zu verfügen und/oder schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt vorfinden. Ähnlich verhält es sich mit ArbeitnehmerInnen mit geringer Qualifikation sowie MigrantInnen und LeiharbeiterInnen. Diese befanden sich oftmals schon zuvor in prekären Arbeitsverhältnissen und sind jetzt von Kündigungen in erster Linie betroffen. Auch für Jugendliche und BerufseinsteigerInnen sind die Perspektiven am Arbeitsmarkt alles andere als rosig, der Kampf um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz spitzt sich weiter zu. Gerade ein gelungener Berufseinstieg ist aber notwendig, um jungen Menschen den Weg ins selbstbestimmte, unabhängige Leben zu ermöglichen. Scheitert der berufliche Einstieg, hat das nicht nur messbar negative Auswirkungen auf künftige Berufsverläufe der Betroffenen, sondern auch weitreichende Folgen im Privaten.

Obwohl Österreich global betrachtet nicht zu den am stärksten von der Krise betroffenen Staaten zu zählen ist, hat sich die Lage in Oberösterreich wegen der stark exportorientierten Unternehmen drastisch verschlechtert. Allein im oberösterreichischen Stahlunternehmen voestalpine sind seit März 2009 rund ein Zehntel aller in Österreich von Kurzarbeit Betroffenen zu finden. Klein- und Mittelbetriebe leiden unter der bescheidenen Auftragslage und haben darüber hinaus auch noch besonders mit den schlechten Kreditkonditionen zu kämpfen. Ebenso nehmen die Konkurse und Insolvenzen stark zu und auch die Anzahl der Anträge für Privatkonkurse ist im Steigen. Zahlreiche „Ostgeschäfte“ von Banken stellen einen weiteren Grund zur Sorge dar. Bislang üben sich Verantwortliche aber in beruhigenden Floskeln. Aufgrund der stabilen Wirtschaftslage in den vergangenen Jahren sei in Oberösterreich glücklicherweise ein gewisser finanzieller ‚Puffer‘ vorhanden, es liege nun an der Politik, diese Mittel „an den richtigen Stellen“ einzusetzen.

Der extrem hohe Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal des Jahres kam auch für ExpertInnen völlig unerwartet. Ein Ende des Anstiegs ist noch nicht absehbar, Prognosen von WirtschaftsexpertInnen werden laufend nach oben korrigiert. Waren anfangs hauptsächlich Männer in der Exportindustrie betroffen, folgte rasch der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen. Laut der Arbeitsmarktexpertin Biffl geht die vorerst relativ stabile Beschäftigung der Frauen auf Kosten derer Löhne. *„Arbeit gibt es genug, es ist die Frage, ob sie bezahlt ist“*, spielt die Expertin auf die Versorgungsökonomie im Privaten an (Biffl, G., Vortrag, 22.04.2009).

Deutlich wird, dass die „VerursacherInnen“ der Krise, also jene Personen die jahrelang vom vorherrschenden System profitiert haben, nicht die (einzigen) Leidtragenden der Krise sind. Die Frage, warum Profite in die privaten Taschen der Investoren gehen und Verluste oder die Folgen der Krise

nun von der Gemeinschaft getragen werden müssen - es sind gerade jene InvestorenInnen, die als erstes und am lautesten Ausfallhaftungen und dergleichen einfordern - ist also eine durchaus berechnete.

## Weichenstellung für die Zukunft

Um den Weg aus der Krise zu schaffen und in Zukunft vor derartigen ‚Überraschungen‘ gefeit zu sein, ist ein koordiniertes und permanentes Krisenmanagement notwendig (vgl. o.V. 2009:11). Eine kritische Auseinandersetzung mit Auslösern und Erscheinungsformen der Krise ist dabei unumgänglich. Die Krise muss bei den Ursachen bekämpft und dazu genutzt werden, sich endlich von überholten und zerstörerischen Wirtschaftsdogmen abzuwenden und in Maßnahmen für eine sozial- und geschlechtergerechte Politik zu investieren. Der Glaube an grenzenloses Wachstum und endlosen Konsum geht auf Kosten von Umwelt und Sozialem. Auch die Devise ‚Mehr Privat, weniger Staat‘ und der damit verbundene Abbau von sozialer Sicherheit und Infrastruktur geht auf Kosten der am stärksten von Armut betroffenen Menschen (vgl. Armutskonferenz, 2009:1). Notwendig ist ein Überdenken neo-liberaler Dogmen und das Setzen aktiver Maßnahmen in Richtung Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, vielleicht gar ein Paradigmenwechsel.

## Rückkehr zum Status quo

Nachdem nun gezeigt wurde, dass es eine Diskrepanz zwischen „VerursacherInnen“ und „Leidtragenden“ der Krise gibt, scheint es von zentralem Interesse, zu sehen, ob diese durch gesetzte Maßnahmen auszugleichen versucht wird. Es zeichnet sich durchwegs ein ernüchterndes Bild. Anstatt

an den Wurzeln der Krise - der fortwährenden Deregulierungen und anderen systemimmanenten Eigenschaften - anzusetzen, weisen die seitens der Politik gesetzten Maßnahmen durchwegs einen systemstabilisierenden Charakter auf. Es zeigt sich, dass die Maßnahmen darauf abzielen, die wirtschaftliche Situation zu stärken und dabei vorwiegend an der UnternehmerInnenseite ansetzen. Wenngleich VertreterInnen der Politik der Ansicht sind, es müsse sowohl auf der Unternehmensseite als auch auf der KonsumentInnenseite angesetzt werden, ist von Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft von sozial Schwachen noch wenig spürbar. Auch bei den Konjunkturpaketen scheint Kritik, dass ärmere Bevölkerungsschichten nur unzureichend Berücksichtigung finden, durchwegs gerechtfertigt. Die HauptprofiteurInnen der Konjunkturpakete sind Bevölkerungsgruppen, welche vorwiegend nicht existenziell betroffen sind. Was zusätzlich zu Unverständnis führt, da eine Stärkung der Kaufkraft sozial schwächerer Schichten unmittelbar den Konsum beflügeln würde, mittlere und höhere Einkommensschichten hingegen eher zum Sparen neigen.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass die sehr kostenintensiven Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung zukünftig zu Lasten der Sozialleistungen finanziert werden, was wiederum die Falschen treffen würde. Von einem „Umbau“ des Systems oder einem Paradigmenwechsel kann demnach keine Rede sein, sodass zu befürchten ist, dass man nach der Krise vor dem Ergebnis „Rückkehr zum Status quo“ steht. Die gegenwärtigen Maßnahmen vermögen die Wurzeln der Krise nicht bekämpfen. Keineswegs sei damit jedoch gemeint, dass die Stabilisierung der Realwirtschaft vernachlässigbar ist, wie auch der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) anmerkt (vgl. Kontraste, 2009:23). Jedoch kann dies nicht der einzige Schritt sein, die Maßnahmen müssen „über den Tellerrand“ blicken.

### INFOBOX 23: BEIGEWUM

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist ein Verein, der sich aus österreichischen SozialwissenschaftlerInnen zusammensetzt. Das Ziel des BEIGEWUM ist, dass die Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die politische Diskussion eingebracht werden (vgl. Kontraste, 2009:21). Hinsichtlich der Finanzkrise wurden Ende Oktober 2008 acht Forderungen vom BEIGEWUM verfasst. Mithand dieser soll ein Kurswechsel in der Finanzpolitik möglich gemacht werden (vgl. Kontraste, 2009:21).

### Ende der Solidarität?

Deutlich wird die Zurückhaltung gegenüber sozial wirksamen Maßnahmen auch an momentan diskutierten bzw. geplanten Maßnahmen wie der Vermögensbesteuerung und der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Hierbei würde es sich um Maßnahmen handeln, die eine Umverteilung herbeiführen würden. Somit würde einerseits dem drohenden Anstieg der Armut entgegen getreten und andererseits der wachsenden Ungleichheit gegengesteuert werden, welche als kausal für das Entstehen der Krise angesehen werden kann.

Am 21. April 2009 hielt Finanzminister Josef Pröll die Budgetrede für Österreichs Haushalt 2009/2010 unter dem Motto: ‚Kampfansage an die Krise – Fahrplan für die Zukunft.‘ Darin war eine bemerkenswerte Passage enthalten. „Man kann sicherlich vieles über Österreich behaupten aber doch sicher nicht, dass es unserem Land an Verteilungsgerechtigkeit mangelt. Österreich gehört zu jenen Ländern, in denen es europaweit die geringste Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und eine der höchsten Sozialquoten gibt“ (BMF, 2009:9).

Allerdings gibt es in Österreich eine Höchstbeitragsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge. Wird diese überschritten, bleibt die Sozialabgabe gleich hoch. Das hat den Effekt, dass mit steigendem Einkommen die prozentuelle Belastung sinkt, Personen mit besonders hohem Einkommen entlastet werden. Immer mehr ExpertInnen merken auch an, dass es in Österreich an Verteilungsgerechtigkeit stark mangelt. So meint etwa Helene Schubert, dass Österreich durch zahlreiche Entlastungen „ein Eldorado der Reichen“ ist und eine massive Umverteilung notwendig sei.

Nur eine Woche nach der Budgetrede des Finanzministers präsentierte AK Präsident Tumpel eine Studie, wonach bei ManagerInnengehältern in den Jahren 2003 bis heute die Lohnsteigerungen 140% betragen. Verdienten die ManagerInnen der Top ATX Unternehmen im Jahr 2003 das 20fache durchschnittlicher ArbeitnehmerInnen, so ist es mittlerweile das 48fache. Die Lohnsteigerungen der ArbeitnehmerInnen betragen im Vergleichszeitraum 12%. In guten Zeiten werde außerdem zu wenig in die MitarbeiterInnen investiert – etwa in deren Weiterbildung - Gewinne würden in zu hohem Maße ausgeschüttet. Von den 2 Milliarden Gewinnausschüttung der Top Unternehmen könnten für deren 300.000 Beschäftigte vier Lohnrunden mit 5% finanziert werden (Tumpel, H., Aussage im ö1 Abendjournal, 28.04.2009). Die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von hohen ManagerInnengehältern als Betriebsausgaben sowie die Beendigung der steuerlichen Begünstigung der Entlohnung über Stock Options könnte dieser zweifelhaften Entwicklung entgegen wirken (vgl. Kontraste, 2009:22).

Derzeit sind die ArbeitnehmerInnen der Spielball der AktionärInnen. Wo früher Wachstum und soziale Sicherheit im Zentrum standen, sind es nun kurzfristige Gewinne und der Shareholder Value, also das Vermögen der AktionärInnen. Die Folgen sind immer mehr kurzfristige und schlecht bezahlte

Arbeitsplätze und eine Vergrößerung der Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen und Vermögen (Schubert, H., Vortrag, 18.03.2009). Laut Schubert handelt es sich bei der Forderung nach einer Vermögenszuwachssteuer um eine absolut wichtige und gerechtfertigte. Leider sei diese aber derzeit politisch nicht durchsetzbar und so würden zur Konsolidierung des belasteten Budgets wohl wieder Arbeitssteuern verwendet (Schubert, H., Vortrag, 18.03.2009).

Zur Stabilisierung braucht es soziale Gerechtigkeit, die sowohl Chancengleichheit als auch Verteilungsgerechtigkeit erfordert. Dies betrifft insbesondere die Themenbereiche Bildung, Frauen, Steuerlast und Einkommensverteilung. Ist unter derzeitigen Bedingungen aber durchaus zu befürchten, dass die Krisensanierung wiederum auf dem Rücken belasteter Gruppen ausgetragen wird und wenig hinsichtlich soziale Gerechtigkeit vorangetrieben werden kann. Befürchtet könnte auch werden, dass die Krise im Worst-Case-Szenario gar zum Ende der Solidarität führt.

Die Frage, wer für die Krise zahlt, ist also nicht so leicht vom Tisch zu wischen. Im Gegenteil – sie enthält sogar enormes Potenzial für soziale Spannungen. Die Gefahr ist groß, dass sich der Unmut der Enttäuschten gegen die noch Schwächeren wendet. So richtete sich beispielsweise in Großbritannien der Protest der Arbeitslosen nicht gegen die VerursacherInnen der Situation, sondern gegen ausländische ArbeitnehmerInnen. Die Gefahr, dass aus der Krise ausgerechnet die populistischen Rechtsparteien als GewinnerInnen hervorgehen (Weidenholzer, J., Vortrag Lunch Lectures, 06.05.2009).

#### **INFOBOX 24: Attac**

Die internationale Bewegung Attac („Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“ auf Deutsch „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der BürgerInnen“) setzt sich für eine demokratische sowie sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft ein (vgl. Attac, o.J.a).

In Summe entsteht der Eindruck, dass die bisherigen Maßnahmen stark auf Systemerhaltung ausgerichtet sind, obwohl eben dieses System als gescheitert betrachtet werden kann. Dabei gäbe es durchaus die Möglichkeit, die Krise zur politischen Weichenstellung zu nützen. Die Ideen dazu leben, allerdings sind es nicht die politischen Parteien, welche Gegenpositionen zum Neoliberalismus zu bieten haben. In den vergangenen Jahrzehnten hat dieser vielmehr Einzug in fast alle politischen Lager gefunden (Weidenholzer, J., Vortrag Lunch Lectures, 6.5.2009). Der Wille der Macht zu systemverändernden Schritten scheint weltweit gering zu sein. Es fällt auf, dass die auf Systemänderung abzielenden Ideen, beispielsweise von Attac, auch kaum Eingang in die Medien finden, obwohl das Interesse der BürgerInnen daran wohl selten so groß wäre wie jetzt.

#### **“Das Geld verweigert die Arbeit” (Schulmeister, 2009)**

„Wir leben um zu arbeiten und wir arbeiten um zu konsumieren“ beantwortet der Politikwissenschaftler und Rechtssoziologe Nikolaus Dimmel die Frage, wozu Arbeit in der modernen Gesellschaft gut sei. Nach und nach kommen immer mehr Menschen zu der Ansicht, dass in der heutigen Gesellschaft dringend ein Wertewandel, auch in Bezug auf Arbeit, notwendig sei. Lohnar-

beit, Zeitökonomie und Konsum bedürfen einer anderen Verknüpfung als bisher. In der heutigen Zeit gilt das Entgelt als ein zentrales Jobkriterium. Der Beruf wird vom Job abgelöst, Identität und Selbstwert stehen demnach nicht mehr im Vordergrund, sondern das Geld am Konto spielt eine entscheidende Rolle. Das heißt aber nicht, dass jemand, der arbeitet, vor Armut sicher ist. Aufgrund dessen sollen sich nicht Menschen an Jobs anpassen müssen, sondern Beschäftigungen angeboten werden, welche sich an den Menschen orientieren (Dimmel, N., 2008:7).

Dass qualitatives Wirtschaftswachstum eine völlig andere Arbeitskultur erfordert, beispielsweise massive Arbeitszeitverkürzung, ist allerdings ein Aspekt, der durchaus konträr gesehen wird. Während die Wirtschaftsexpertin der Österreichischen Nationalbank Helene Schubert dies für nötig hält, ist die Arbeitsmarktexpertin Gudrun Biffel der Ansicht, Arbeitszeitverkürzungen seien kein probates Mittel, sie hätten bisher nirgends positive Auswirkungen hervorgebracht. Einig sind sich die beiden Expertinnen darin, dass Investitionen in nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, sowie den Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich absolut sinnvoll sind, da hier sowohl qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, in denen mit stabiler Beschäftigung zu rechnen ist, als auch ohnehin anstehenden Problemen adäquat begegnet werden kann. Es bestünde die große Chance, gesellschaftspolitische Visionen (beispielsweise Ganztagschulen) durch Konjunkturpakete zu steuern, meint etwa Gudrun Biffel. Leider werde dies aber bisher nicht verwirklicht, eher ginge die Konsensentwicklung in Österreich durchwegs auf Kosten Vieler (Schubert, H., Vortrag, 18.03.2009, Biffel, G., Vortrag, 22.04.2009).

## Wiederherstellung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie

Laut Christian Felber, Gründungsmitglied von Attac, ist es nicht verwunderlich, dass es zu einer Krise kam, da Verteilungsschiefen, Ungerechtigkeiten und Deregulierungstendenzen vorherrschen. Zudem arbeitet der derzeitige Markt ausschließlich gewinnorientiert und lässt sich seiner Meinung nach von folgendem Slogan leiten: „Wer nimmt, dem wird gegeben“ (Felber, 29.04.2009).

Am freien Markt setzt sich grundsätzlich der Rücksichtslosere und der Skrupellosere durch. Diese Sichtweise erfolgreichen Wirtschaftens stellt jedoch einen fatalen Fehlanreiz dar. Sinnvoll wäre vielmehr, dass soziale Verantwortung rechtlich gesichert werden soll. Umso verantwortlicher, demokratischer und ökologisch nachhaltiger sich ein Unternehmen verhält, desto mehr rechtliche Vorteile soll es erhalten. Das Kapital soll in der Gesellschaft nur als Mittel, und nicht als Zweck gesehen werden. Eine Maßnahme gegen die rücksichtslose Gewinnanstreben wäre die Heilung des Wert-Widerspruches, was bedeutet, dass Werte von Freundschaftsbeziehungen auch auf Wirtschaftsbeziehungen projiziert werden sollen (Felber, C., Vortrag, 04.02.2009).

Bei den Finanzmärkten müssten Regeln durch eine demokratische Politik bestimmt werden, um den wirtschaftlichen Interessen der gesamten Bevölkerung gerecht zu werden. Stabilität und langfristige Investitionen müssen die angestrebten Ziele sein. Um diese zu erreichen, wären Kapitalverkehrskontrollen, Kreditbeschränkungen, eine Börsenumsatzsteuer, die Schließung von Offshore-Zentren, eine Regulierung des Derivat Handels, ein Verbot von Hochrendite-Fonds, eine Haftung der AnlegerInnen im Fall von Finanzkrisen, eine globale Währungs Kooperation nach Keynes, eine

Reform von Weltbank und Währungsfonds, eine gerechte Verteilung sowie die Einführung der Tobin Steuer erstrebenswert (vgl. Attac, o.J.c).

### INFOBOX 25: Tobin Steuer

Der Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin ist der Gründer der Tobin-Steuer. Unter der Tobin-Steuer wird eine geringfügige Umsatzsteuer verstanden, die sich von ein bis fünf Promille auf grenzüberschreitende Geldgeschäfte bezieht. Durch die Anwendung der Tobin-Steuer könnten spekulative Kapitalflüsse stark reduziert werden. Weiters könnte diese für die globale Armutsbekämpfung zu einer wichtigen Einnahmequelle werden. Die Tobin-Steuer soll nur bei der neuen globalen Finanzarchitektur einen zentralen Baustein einnehmen (vgl. Attac, o.J.e).

Anlässlich der vorangegangenen schweren Finanzkrise in Asien haben unter anderen China und Malaysia erfolgreich Kapitalein- sowie -ausfuhrkontrollen angewandt. Mit einer Börsenumsatzsteuer sollen Spekulationen mit Aktien sowie Anleihen eingeschränkt werden. Offshore-Zentren (wo institutionelle AnlegerInnen sowie reiche Menschen ihr Geld hin verfrachten, um der Besteuerung und Regulierung zu entgehen), könnten ebenso leicht abgeschafft werden. Diese Offshore-Zentren unterstehen meist westlichen Staaten und sind vom Zugang zu den globalen Finanzmärkten abhängig. Ein risikoreicher Derivat Handel, welcher rein spekulative Absichten verfolgt, sollte strikt verboten werden. Hier wird vor allem der unregulierte Handel außerhalb der Börse angesprochen (vgl. Attac, o.J.c).

Wichtig wäre auch, dass alle Finanzinnovationen einer Bewilligungspflicht unterliegen und standardisiert werden, bevor sie auf Börsen gehandelt werden, damit sie der Öffentlichkeit zur Beobachtung unterliegen. In der Vergangenheit hat bekanntlich die Finanzindustrie den KundInnen eine innovative Finanzproduktpalette angeboten, bei denen selbst die Profis die

Risiken nicht mehr erkannten und dadurch den Überblick verloren (vgl. Kontraste, 2009:23). Hedge-Fonds, hochriskante Spekulationen mit Aktien, Rohstoffen sowie Währungen sollten verboten werden und Private Equity Fonds (Beteiligung an Unternehmen mit extremen Renditenforderungen) auf Risikosegmente begrenzt werden. Internationale AnlegerInnen können zurzeit hohe Risiken eingehen, da sie im Falle einer Finanzkrise das Geld von den Schuldnerländern (AnlegerInnen wird vom IWF mit Notkrediten geholfen) wieder zurückbekommen. Hinsichtlich dessen sollten AnlegerInnen für die Kosten der Krise aufkommen, da sie möglicherweise auf hochriskante Spekulationen verzichten würden. Darüber hinaus fordert Attac, dass die Weltbank sowie der Internationale Währungsfond IWF der UNO unterstellt und die Stimmrechte demokratisiert werden sollen (vgl. Attac, o.J.c).

Der Sozialethiker Klaus Gabriel empfiehlt die Forcierung ethisch verantwortlicher Investments. Als konkrete Beispiele für ethisches Investment nennt er Mikrokredite, wo mit geringen Mitteln große Fördereffekte erzielt werden können oder Investmentfonds, die bewusst nachhaltige Wirtschaftsweisen fördern sollen. Solche Formen der Geldanlage können als erste Schritte zu mehr Transparenz und demokratischer Mitbestimmung auf den Finanzmärkten gesehen werden (Gabriel, K., Aussage im ö1 Mittagsjournal, 17.04.2009).

Die Freiheit des Kapitalverkehrs - auch in globalen Zusammenhängen - muss demnach kritisch überdacht und streng reguliert werden. Zur Durchsetzung wäre eine rechtliche Grundlage für eine stärkere staatliche Finanzmarktaufsicht wünschenswert. (Schuberth, H., Vortrag 18.03.2009).

Eine globale Währungs Kooperation ist denkbar, erfordert aber ebenfalls umfassende Regulierungen. Keynes hatte bezüglich der globalen Währungs Kooperation bereits 1944 den zentralen Konstruktionsfehler des Bretton-Woods-Systems erkannt. Das internationale Währungssystem fester Wechselkurse (Bretton-Woods-System) ist nach Ende des zweiten Weltkriegs in Kraft getreten. Die USA verpflichteten sich, jederzeit ihre Währung in Gold einzutauschen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2006). Eine künstliche Währung („Bancor“) sollte laut Keynes die Weltleitwährung sein und nicht eine nationale Währung. Alle gewinnen an höherer Stabilität, wenn die Notenbanken die Wechselkurse gemeinsam zum Bancor festlegen. Um dies zu erreichen, könnten regionale Währungsverbände den Zwischenschritt darstellen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die EU eine Expertise braucht, die vielmehr auf gesamtwirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Interessen eingeht (vgl. Kontraste, 2009:22). Um zu einer gerechten Verteilung zu gelangen, soll eine ökonomisch sinnvolle, sozial gerechte Finanz-, Geld- sowie Steuerpolitik Hilfe leisten. Diese Politik soll für flächendeckend günstige Kredite, hohe Realrenditen und Einkommen sowie niedrige Finanzrenditen sorgen (vgl. Attac, o.J.c).

## Quo vadis?

Es ist noch zu früh, um feststellen zu können, in welche gesellschaftlichen Szenarien die Krise führen wird. Wie bereits ausgeführt, kann sowohl ein Treten auf der Stelle bzw. eine „Rückkehr zum Status quo“ oder eine Verstärkung der sozialen Kluft eintreten. Der Krise wohnt aber jedenfalls das Potenzial inne, eine soziale Erneuerung der Gesellschaft und der Ökonomie

herbeizuführen. Möglich ist auch die Etablierung einer neuen progressiven Reformbewegung. Diese kann eine Alternative jenseits eines gezähmten Kapitalismus oder eine Rückeroberung des politischen Vorrangs bedeuten oder aber auch eine Synthese politischer, sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegung beinhalten. (Weidenholzer, J., Vortrag Lunch Lectures, 06.05.2009).

Außer Zweifel steht, dass mehr soziale Gerechtigkeit und Umverteilung nicht nur als Mittel gegen die Krise geeignet, sondern zur generellen Verhinderung von Armut absolute Notwendigkeit sind. Der Staat wird das Primat über die Wirtschaft dringend wiedererlangen müssen, um die Krise zu überwinden und die Machtverhältnisse in der Gesellschaft auszugleichen, um Österreich zu einem Staat mit hohem sozialen Zusammenhalt und gleichberechtigten Lebenschancen umzugestalten.

## Literatur

Attac Österreich (o.J.a): Was ist Attac?, abrufbar unter: <http://www.Attac.at/Attac.html>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Attac Österreich (o.J.b): Fehlentwicklungen und Krisen, abrufbar unter: <http://www.Attac.at/6029.html>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Attac Österreich (o.J.c): Die Attac Forderungen, abrufbar unter: <http://www.Attac.at/6031.html>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Attac Österreich (o.J.d): Geschichtlicher Hintergrund, abrufbar unter: <http://www.attac.at/6032.html>, Zugriffsdatum: 30.05.2009.

Attac Österreich (o.J.e): Die Tobin-Steuer, abrufbar unter: <http://www.Attac.at/tobinsteuer>, Zugriffsdatum: 07.04.2009.

aws, arp-fonds (2008): Konjunkturpaket der österreichischen Bundesregierung, abrufbar unter: <http://www.konjunkturpaket.at/Satellite.aspx?35=44>, Zugriffsdatum: 28.03.2009.

Biffi, Gudrun (2009): „Die Krise und der österreichische Arbeitsmarkt“, Vortrag Lunch Lectures 22.04.2009, Linz.

Böhm, Markus (2009): „Arbeitslose Männer machen mehr Angst“, in: der Standard, Nr. 6119/2009, Seite, F4.

Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.) (2009): Budgetrede Finanzminister Josef Pröll 21. April 2009 Kampfansage an die Krise - Fahrplan für die Zukunft, abrufbar unter: [www.bmf.gv.at/Allgemeines/Flashmeldung/KampfansageandieKri\\_9964/Budgetrede\\_2009\\_2010.pdf](http://www.bmf.gv.at/Allgemeines/Flashmeldung/KampfansageandieKri_9964/Budgetrede_2009_2010.pdf), Zugriffsdatum: 28.04.2009.

Bundeszentrale für politische Bildung (2006): Bretton-Woods-System, abrufbar unter: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=FN88H0](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=FN88H0), Zugriffsdatum: 07.04.2009.

Die Armutskonferenz. AG Frauen und Armut (Hrsg.) (2009): Presseinformation zum Internationaler Frauentag 6. März 2009, abrufbar unter: [http://www.armutskonferenz.at/Frauentag09\\_Presseaussendung.pdf](http://www.armutskonferenz.at/Frauentag09_Presseaussendung.pdf), Zugriffsdatum: 29.04.2009.

Dimmel, Nikolaus (2008): DSE-Wien Tagungsbericht. Diskurs//Vernetzung//Perspektiven, abrufbar unter: [http://www.dse-wien.at/admin/upload/Schlussbericht\\_151008-org.pdf](http://www.dse-wien.at/admin/upload/Schlussbericht_151008-org.pdf), Zugriffsdatum: 20.04.2009.

Felber, Christian (2009): „Die Finanzmärkte bändigen“, Vortrag 29.04.2009, Wels.

Felber, Christian (2009): „Neue Werte für die Wirtschaft“, Vortrag 04.02.2009, Linz.

Gabriel, Klaus, Aussage in ö1 Mittagjournal, 17.04.2009.

Glötzl, Erhard (2009): „Finanzkrise – Ursachen, Ablauf, Maßnahmen“, Vortrag Lunch Lectures, 11.03.2009, Linz.

Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik (2009):  
BEIGEWUM fordert stärkere Regulierung des Finanzsektors, Nr.1/Februar  
2009, Seite, 21ff.

O.V. (2009): „Auch in andere Werte investieren“, in: Der Standard,  
16.03.2009, Seite 11.

Österreichische Nationalbank (Hrsg.) (2009): FAQs zu aktuellen  
Finanzmarktentwicklungen, abrufbar unter: [http://www.oenb.at/de/  
presse\\_pub/faqs/faqs.jsp#a14-898547](http://www.oenb.at/de/presse_pub/faqs/faqs.jsp#a14-898547) Zugriffsdatum: 25.05.2009.  
Vorträge

Rothschild, Kurt (2009): „Krise und die ethischen Grundlagen der  
Ökonomie“, Vortrag Lunch Lectures, 03.06.2009, Linz.

Schuberth, Helene (2009): „Die Finanzmarktkrise Ursachen,  
Auswirkungen und Gegenstrategien“, Vortrag 18.03.2009, Wels.

Schulmeister, Stephan (2009): „Finanzmarktpolitische Ursachen der  
Krise“, Vortrag Lunch Lectures, 25.03.2009.

Tumpel, Herbert, Aussage im ö1 Abendjournal, 28.04.2009.

Weidenholzer, Josef (2009): „Neoliberalismus und sozialdemokratische  
Politik“, Vortrag Lunch Lectures, 06.05.2009, Linz.



## Darstellungen

Darstellung 1: Lorenzkurve für Österreich	22
Darstellung 2: Gini-Koeffizient, Verteilung der Haushaltseinkommen	23
Darstellung 3: Gini-Koeffizient in ausgewählten Staaten	23
Darstellung 4: Vermögensbilanz für die privaten Haushalte im Jahr 2000	24
Darstellung 5: Ländervergleich bei der Osteuropa-Kreditvergabe	44
Darstellung 6: Bewältigung der Wirtschaftskrise	51
Darstellung 7: Wirtschaftslage nach Ostern	51
Darstellung 8: Wirtschaftliche Lage aus ManagerInnen-Sicht	52
Darstellung 9: Das Vertrauen in die eigene Bank	54
Darstellung 10: Sicherungssysteme der Stabilität	56
Darstellung 11: Bankenpaket im Überblick	57
Darstellung 12: Arbeitsmarktdaten in Österreich 01/2009	68
Darstellung 13: Arbeitslosenquoten nach Bundesländern im Jänner 2009	70
Darstellung 14: Arbeitsmarktsituation in OÖ 01/2009	70
Darstellung 15: Arbeitslose nach Regionen	72
Darstellung 16: Personen in Schulungen nach Bezirken in OÖ 01/2009	72
Darstellung 17: Einschätzung über die Betroffenheit der AMS-Regionalstellen	73
Darstellung 18: Lehrstellensuchende nach Regionen in OÖ	75
Darstellung 19: Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich	75
Darstellung 20: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in OÖ	76

Darstellung 21: Anteil der Geringqualifizierten unter den Beschäftigten und Arbeitslosen	78
Darstellung 22: Arbeitslosigkeit und Armut	81
Darstellung 23: Gehaltskürzung bei einem Monatsverdienst von 1.000 Euro brutto vor Kurzarbeit (1 Kind; 38,5 h)	84
Darstellung 24: Gehaltskürzung bei einem Monatsverdienst von 3.000 Euro brutto vor Kurzarbeit (2 Kinder; 40 h)	84
Darstellung 25: AMS-Weiterbildungsgeld, 2008/2009 pro Bundesland	86
Darstellung 26: Prognose IHS und WIFO 2009-2010	88
Darstellung 27: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 2009	88
Darstellung 28: Forderungen der Sozialpartnerschaft	112
Darstellung 29: Strukturelle Daten der befragten Organisationen im Vergleich	121
Darstellung 30: Spendenabsetzbarkeit gestaffelt nach Einkommen	128
Darstellung 31: Überblick signifikanter Daten der österreichischen Schuldnerberatungen	137
Darstellung 32: Überblick der KlientInnenzahlen bei den Beratungsstellen	138
Darstellung 33: Konjunkturpaket I	150
Darstellung 34: Konjunkturpaket II	151
Darstellung 35: Sozialhilferichtsätze	153

## Infoboxen

Infobox 1: Bretton Woods-System	43
Infobox 2: Hedge-Fonds	43
Infobox 3: Lehman Brothers	46
Infobox 4: Derivate	48
Infobox 5: Basel II	53
Infobox 6: Stresstest	57
Infobox 7: Zinssatz Bankenpaket	57
Infobox 8: Gold	59
Infobox 9: Arbeitslosenquote	68
Infobox 10: Kurzarbeit	69
Infobox 11: Bildungskarenz plus	69
Infobox 12: Ausländerbeschäftigungsgesetz	79
Infobox 13: Österreichische Gewerkschaften	99
Infobox 14: Konkursordnung (KO) - Privatkonkurs	139
Infobox 15: Modell der "Zweiten Sparkasse"	140
Infobox 16: Exkutionsordnung (EO) - Pfändungsfreigrenze	142
Infobox 17: Konjunkturpaket I	150
Infobox 18: Konjunkturpaket II	151
Infobox 19: Steuerreform 2009	152
Infobox 20: kalte Progression	153

Infobox 21: Sozialhilfe	154
Infobox 22: Konzept der bedarfsorientierten Mindestsicherung	154
Infobox 23: Beigewum	168
Infobox 24: Attac	170
Infobox 25: Tobin Steuer	171

Wir möchten uns bei folgenden Institutionen und Personen für Spenden bedanken:

- Caritas OÖ
- Sozialistische Jugend Linz
- Landesrätin Dr. Silvia Stöger

**Armut bekämpfen =  
Absicherung statt Almosen**





- Grundsicherung verwirklichen
- Soziale Dienstleistungen absichern
- Wohnbeihilfe ausweiten
- Vermögen besteuern

**LT-Abg. Ulrike Schwarz**  
Die Grünen OÖ

[www.ooe.gruene.at](http://www.ooe.gruene.at)




**KRISENINTERVENTION 0 732 / 719 719**  
schnell, unbürokratisch, rund um die Uhr

Wir stehen Menschen mit psychischen und sozialen Problemen zur Verfügung.

**EXIT-sozial** Verein für psychosoziale Dienste  
4040 Linz Wildbergstraße 10a | [service@exitsozial.at](mailto:service@exitsozial.at) | [www.exitsozial.at](http://www.exitsozial.at)

www.arbeiterkammer.com

Ihr Recht im Beruf!



Jetzt jeden  
**DIENSTAG**  
bis 19 Uhr

**AK-SERVICE: 050/6906-1**  
Aus ganz Oberösterreich



„Kompetente Expertinnen und Experten stehen Ihnen jetzt jeden Dienstag bis 19 Uhr für alle Fragen zum Arbeits- und Sozialrecht telefonisch zur Verfügung. Für persönliche Beratung vereinbaren Sie Ihren individuellen Termin.“

Dr. Johann Kalliauer, AK-Präsident

**AK**  
Oberösterreich

## Gratis-Mittagessen in Linzer Kindergärten



„Die Linzer Kindergartenkinder haben es gut: Sie können sich täglich ein gesundes Mittagessen schmecken lassen, das seit März gratis ist! Das gilt für städtische und private Einrichtungen.“

Auch die Eltern profitieren von diesem tollen Angebot, denn sie ersparen sich damit rund 550 Euro im Jahr. Der Stadt Linz ist diese familienfreundliche Initiative jährlich rund 2,5 Millionen Euro wert.“

**Ingrid Holzhammer**  
Vizebürgermeisterin

Sozialstadt Linz

**LinZ**  
verändert



## PILOTPROJEKT BEGEGNUNGSZONEN



Jürgen Himmelbauer  
Mobilitätsstadtrat

In Linz gibt es mit der Herrenstraße und der Klosterstraße zwei Begegnungszonen auf Probe. Dabei steht der Mensch im Mittelpunkt bei der Einrichtung von Verkehrsflächen. Straßen, Wege und Plätze werden von allen MobilitätsteilnehmerInnen gemeinsam genutzt. Die Fahrbahnen wurden auf Gehsteigniveau angehoben und eine einzige Verkehrsfläche geschaffen. Das Konzept Begegnungszonen gestaltet den öffentlichen Raum ohne Organisation durch Ampeln, Verkehrsschilder, Fußgängerinseln und andere Barrieren. Es gibt keine Trennung von Kfz-Verkehr, Radfahrerinnen und FußgängerInnen und besonders wichtig ist die absolute Gleichberechtigung aller VerkehrsteilnehmerInnen.

Mobilitätsstadtrat Jürgen Himmelbauer:

*„Die Begegnungszonen auf Probe sind ein Versuch das Miteinander im Straßenverkehr zu fördern. Verkehrsregeln werden beseitigt und durch soziale Regeln ersetzt. Grundsätzlich soll der Verkehr nicht reduziert, sondern sicherer und zugleich der partnerschaftliche Umgang im Straßenverkehr gestärkt werden. In vielen europäischen Ländern wurden Begegnungszonen mit großem Erfolg umgesetzt. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen ist eine gesetzliche Einführung der Mischverkehrsführung auch für Österreich zu erwarten.“*

Mobilitätsreferat

**LinZ**  
verändert

Glauben? Ja.  
Besonders an soziale  
Verantwortung!



Es liegt nicht am Geld. Es liegt an der Bank.

[www.hypo-investor.at](http://www.hypo-investor.at)  
[www.hypo.at](http://www.hypo.at)



www.sozialplattform.at



# Rundbrief

die Infodrehscheibe im öö. Sozialbereich

Berichte zur sozialen Lage, Seminare, Termine,  
Veranstaltungen, Jobbörse, Interessantes und  
Neues aus sozialen Unternehmen und anderswo ...

Abonnement: 26 Euro jährlich (13 Euro erm.)  
11 Ausgaben jährlich (inkl. Sozialratgeber für ÖÖ)

Zu bestellen bei:

Sozialplattform ÖÖ, Weingartshofstr. 38, 4020 Linz  
office@sozialplattform.at, 0732-667594



Dienstleistungen, Projekte  
und Betreuungsstrukturen  
für Menschen,  
die Unterstützung benötigen.

<http://www.volkshilfe-ooe.at>

**volkshilfe.**   
wir leben solidarität

## Ganz Linz um nur 10 Euro

- mit dem Aktivpass
- für alle mit weniger als 1053.- netto pro Monat
- Monatskarte der LINZ LINIEN um 10.-
- viele andere Ermäßigungen

Alle Hauptwohnsitz-LinzerInnen, die monatlich weniger als 1053 Euro netto zur Verfügung haben, können den Aktivpass beantragen. Damit erhält man die Monatsfahrkarte der LINZ LINIEN um 10 Euro.

Landeshauptstadt Linz

**LiNZ**  
verändert

**HILFSWERK**

**WEIL ES UM MENSCHEN GEHT!**

Das OÖ **Hilfswerk** ist ein Anbieter von sozialen Dienstleistungen rund um Kinder, Familien und Senioren, Haushalt, Gesundheit und Pflege.

**Hilfe, Unterstützung und Beratung:** im Haushalt, Gesundheit, Kranken- und Altenpflege, mobiler Menüservice, Notruftelefon, Besuchsdienste, Kinderbetreuung, Schülertreffs, außerschulische Nachmittagsbetreuung, Lernbegleitung, Arbeitsbegleitung für Jugendliche. **Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitarbeit.**

Service und Info zu unseren Diensten erhalten Sie unter:  
Tel: 0732/775111-0 oder unter [www.hilfswerk.at](http://www.hilfswerk.at).

**WIR INFORMIEREN SIE GERNE!**

Die Bank, der Oberösterreich vertraut.\*

Spectra-Umfrage Herbst 2008

[www.raiffeisen-ooe.at](http://www.raiffeisen-ooe.at)

**Raiffeisen Bankengruppe**  
Oberösterreich

[www.sparkasse-ooe.at](http://www.sparkasse-ooe.at)

Unser Beitrag zu allem, was unbezahlbar ist.

**SPARKASSE**  
Oberösterreich

Es gibt Dinge, die kann man mit Geld nicht kaufen. Aber finanziell unterstützen. Wir freuen uns, ausgewählten Organisationen mit unserer Spende helfen zu dürfen.